

# Kreisarchiv Stormarn E103

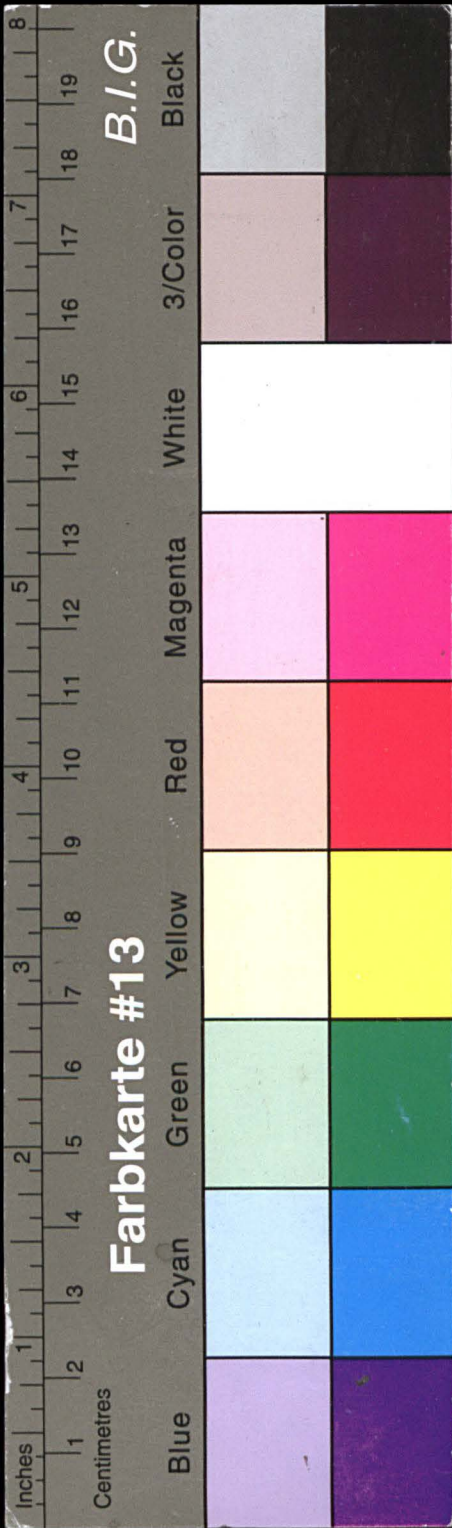
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

Kreisarchiv Stormarn

Bestand E103

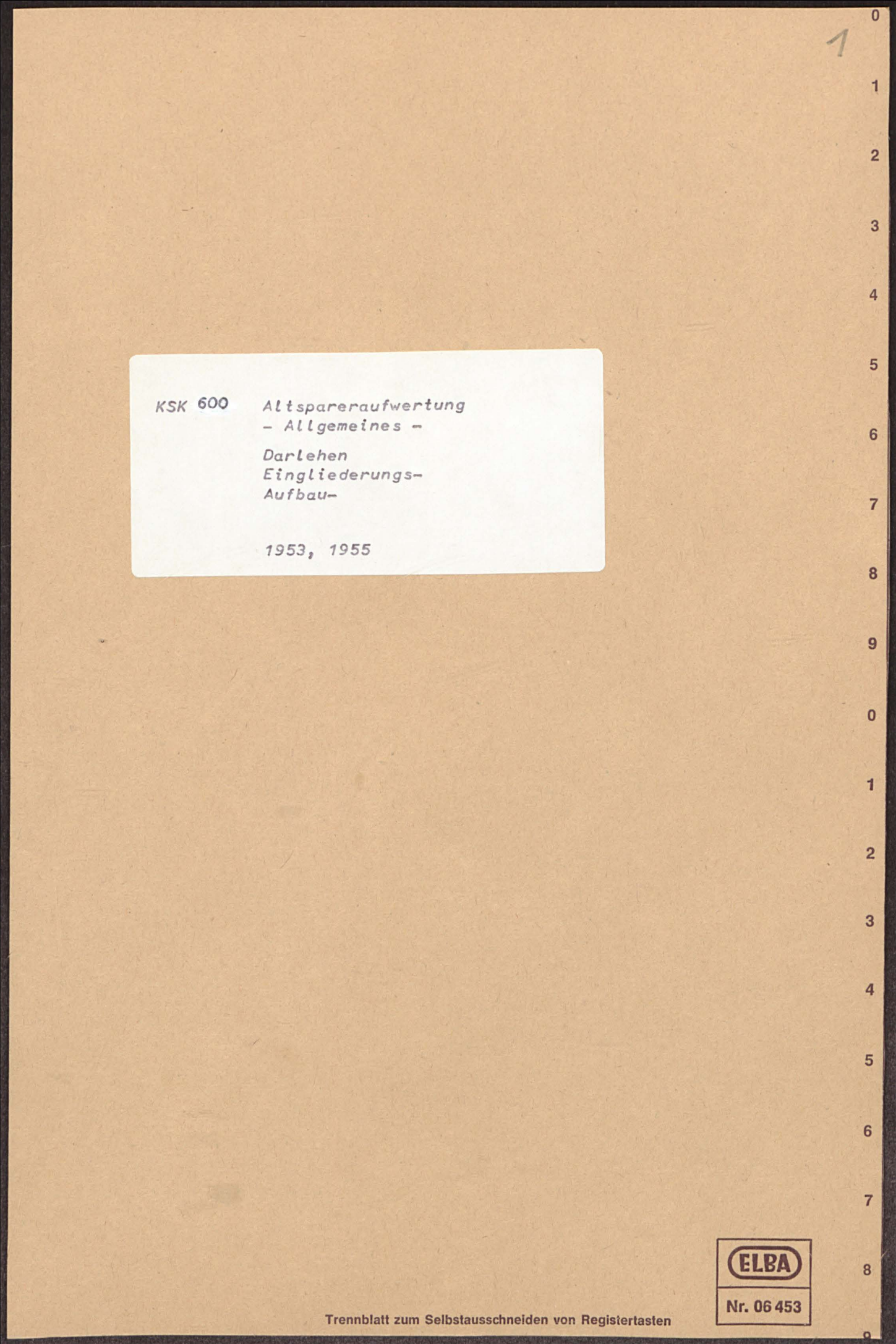
272



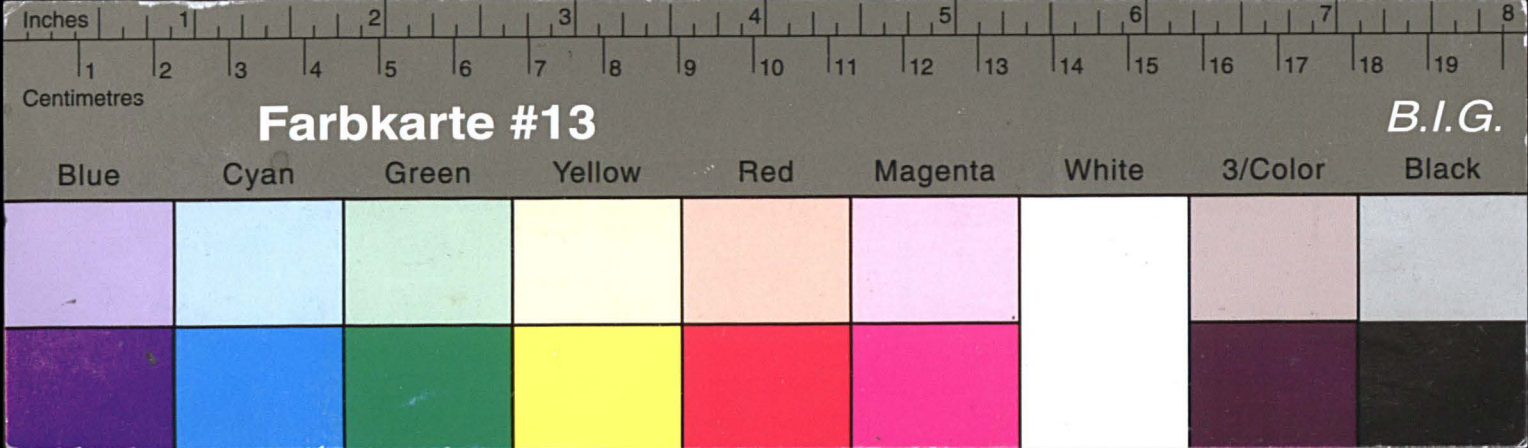


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

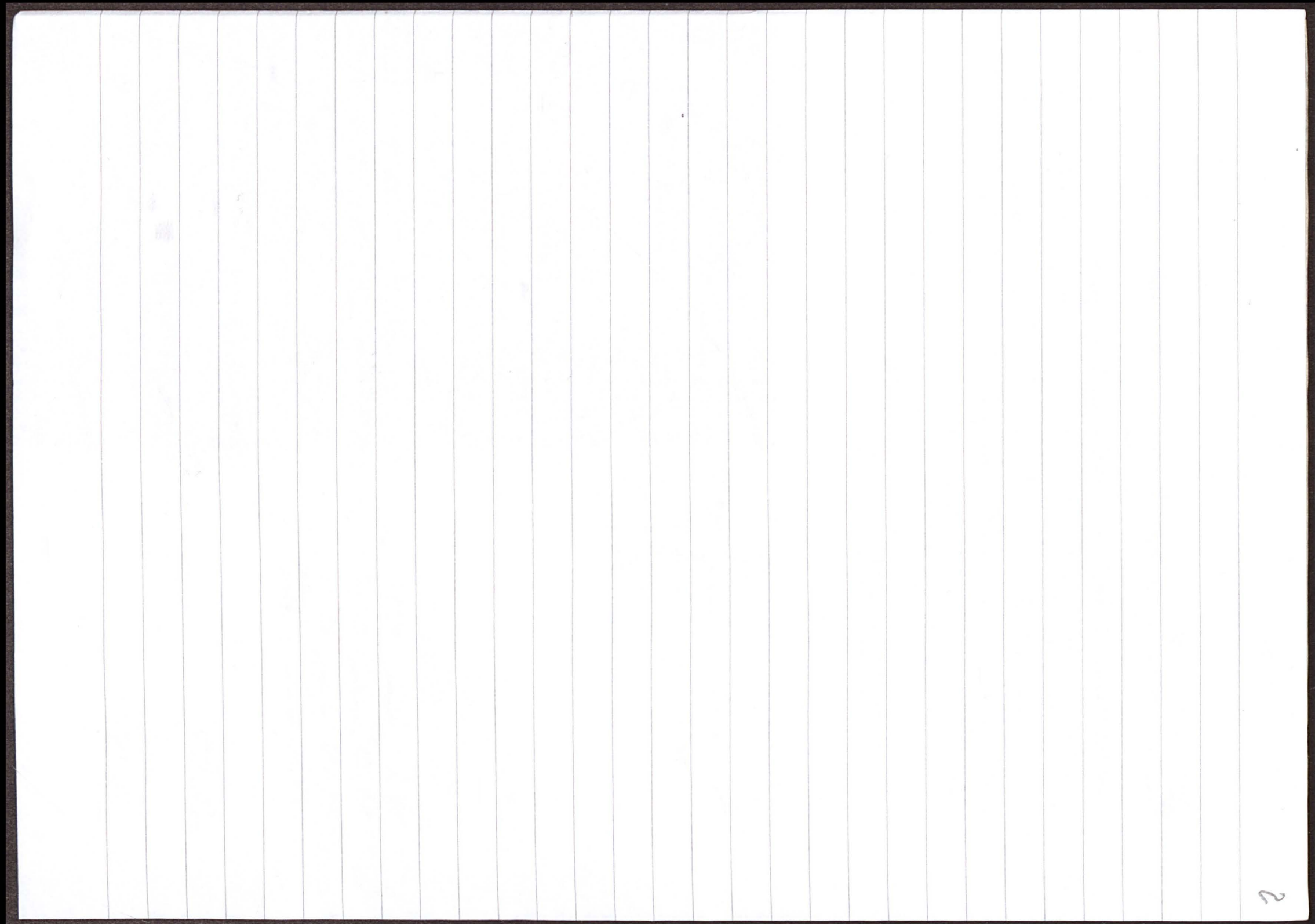
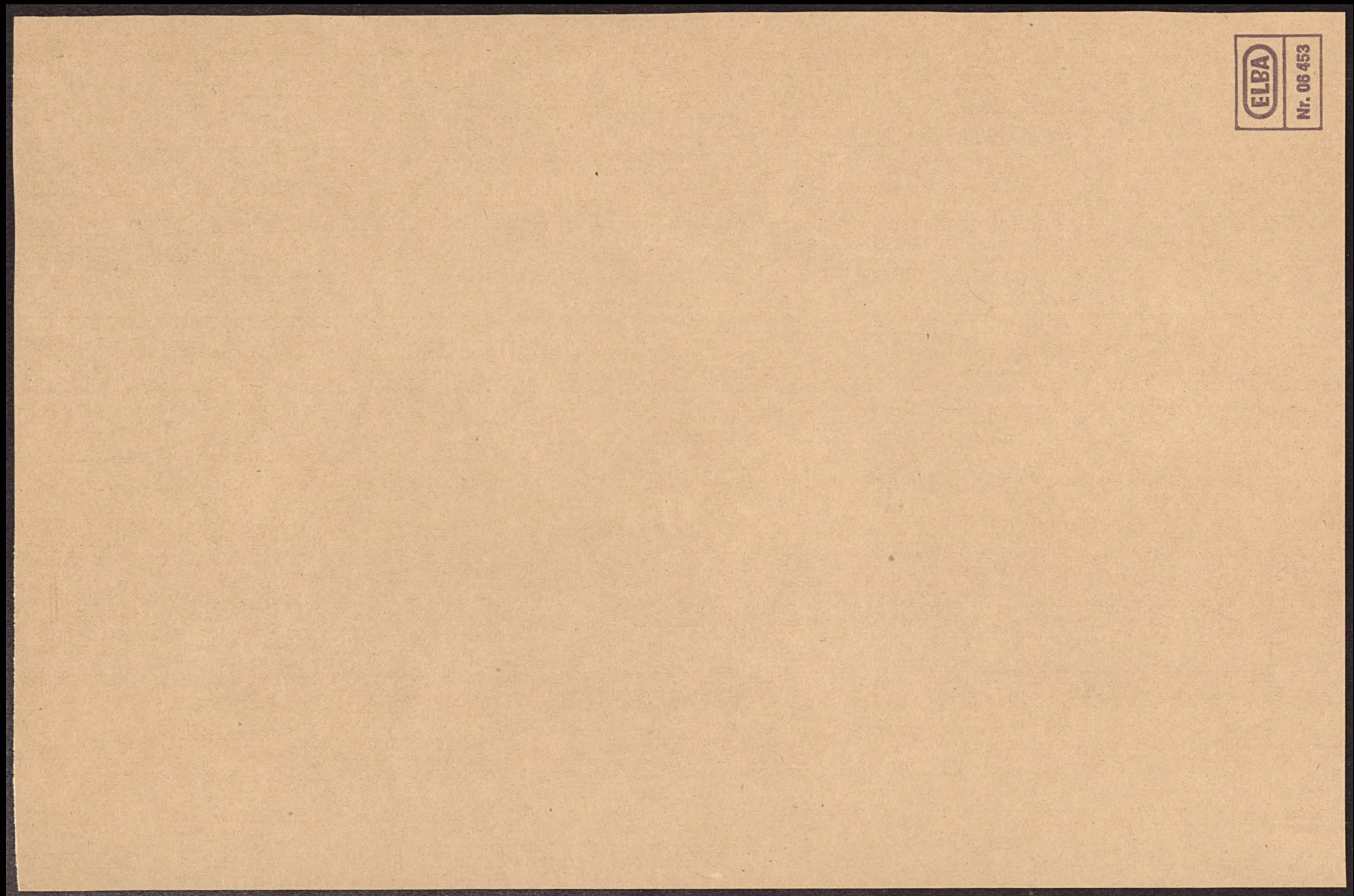




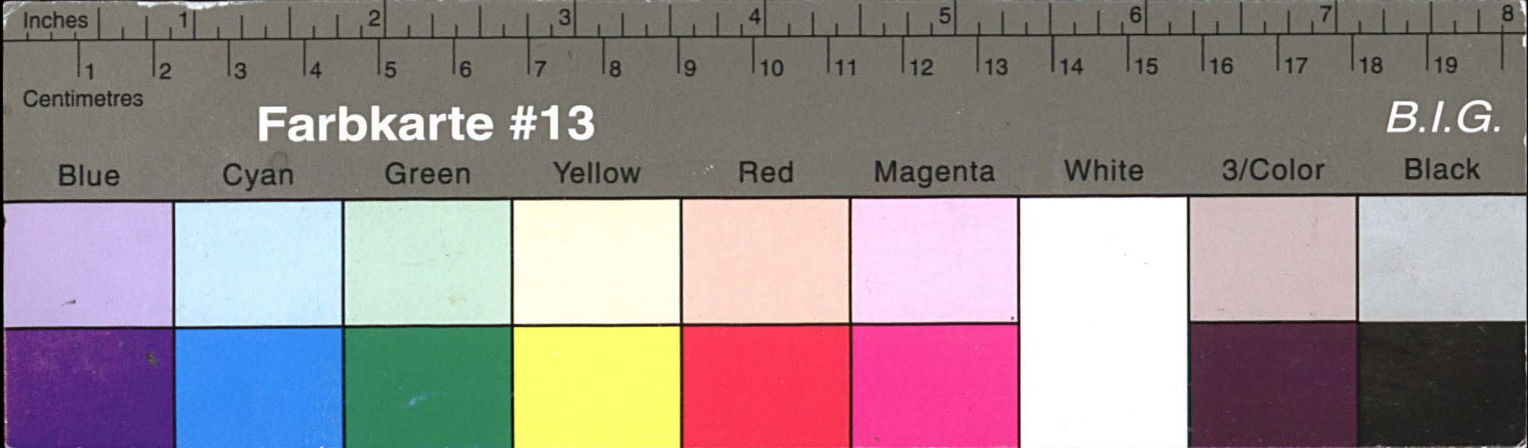


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

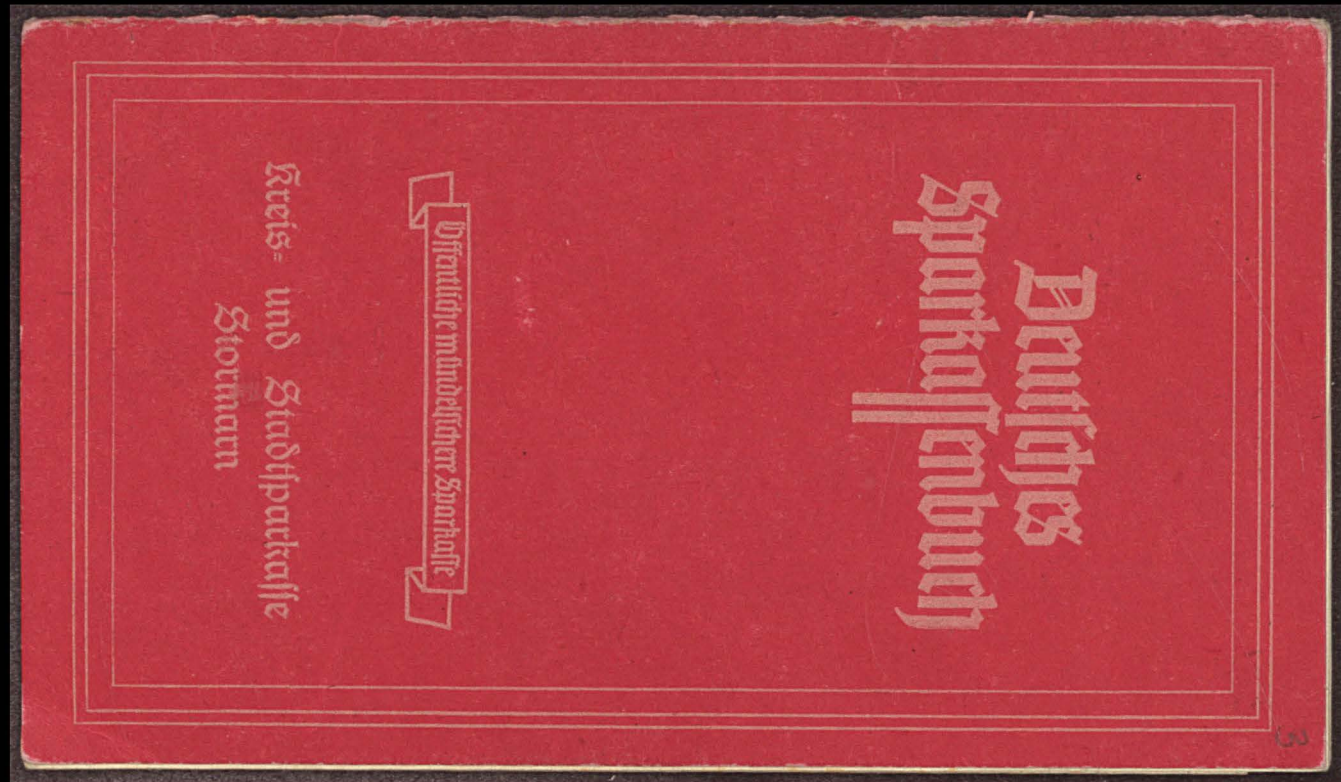
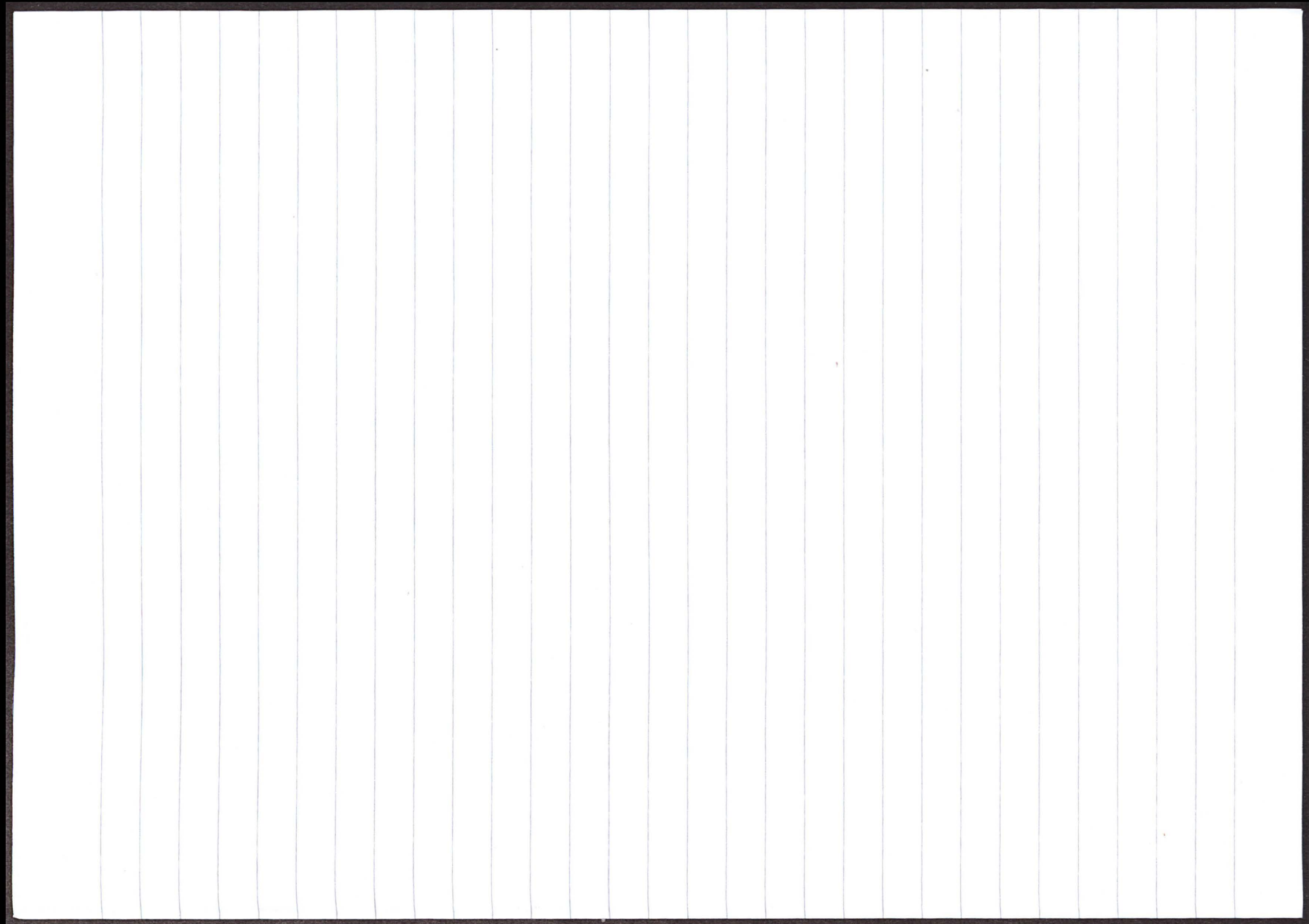




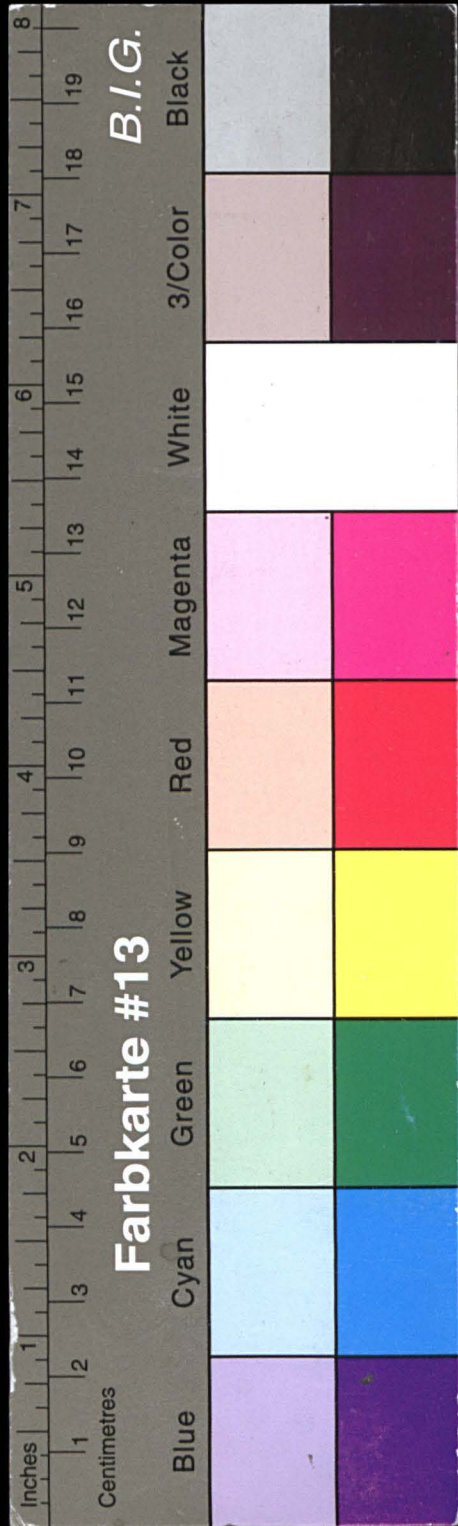


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

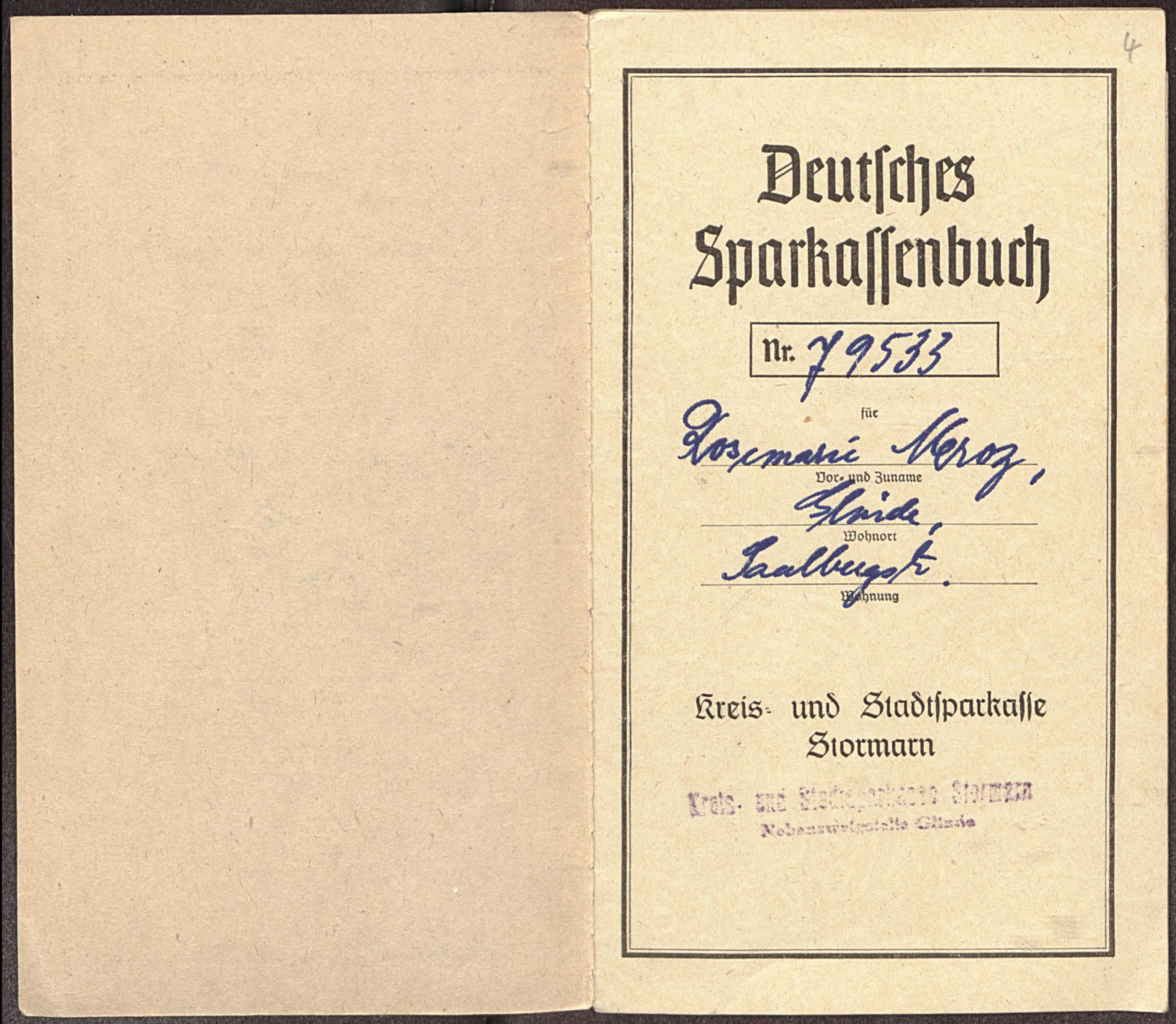






# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552







# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

<b>für besondere Vermerke</b> Eintragungen des Sparers sind unzulässig			
<b>Der Zinssatz beträgt zur Zeit</b> <div style="display: flex; justify-content: center; align-items: center; margin-top: 10px;"> <div style="background-color: #cccccc; width: 100px; height: 30px; display: flex; align-items: center; justify-content: center; margin-right: 10px;"> <span style="font-size: 24px; font-family: cursive;">2 1/2</span> </div> <span style="font-size: 24px;">%</span> </div> <p style="font-size: 10px; margin-top: 10px;">Eine Änderung dieses Satzes tritt ohne besondere Mitteilung mit dem Tage in Kraft, der durch Aushang im Kassentraum bekanntgemacht wird.</p>			

2
5

<b>Kündigungsvermerke</b> Eintragungen des Sparers sind unzulässig			
gekündigt			Unterschrift der Sparkasse
am	zum	Reichsmark	

2
3





Unterschriften	Datum	Zugangs- Nr.	Rückzahlung Zahl.	Einzahlung Zahl.	Guthaben Zahl.	Guthaben in Zahlung Zahlung	Guthaben Zahlung
<i>Fischer</i>	13. März 1945			10.-	10.-		6
<i>Fischer</i>	3. April 1945			210.-	220.-		
<i>Fischer</i>	7. Aug. 1945			20.-	240.-		
<i>Fischer</i>	6. Nov. 1945			10.-	250.-		
<i>Fischer</i>	28. Dez. 1945			40.-	290.-		



[illegible]

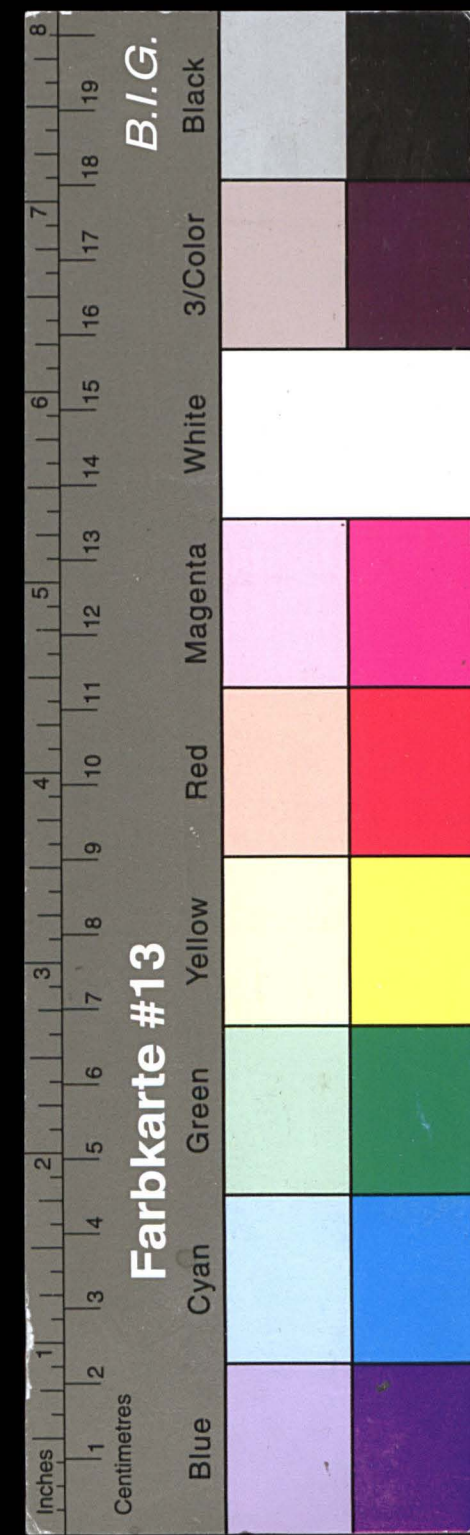










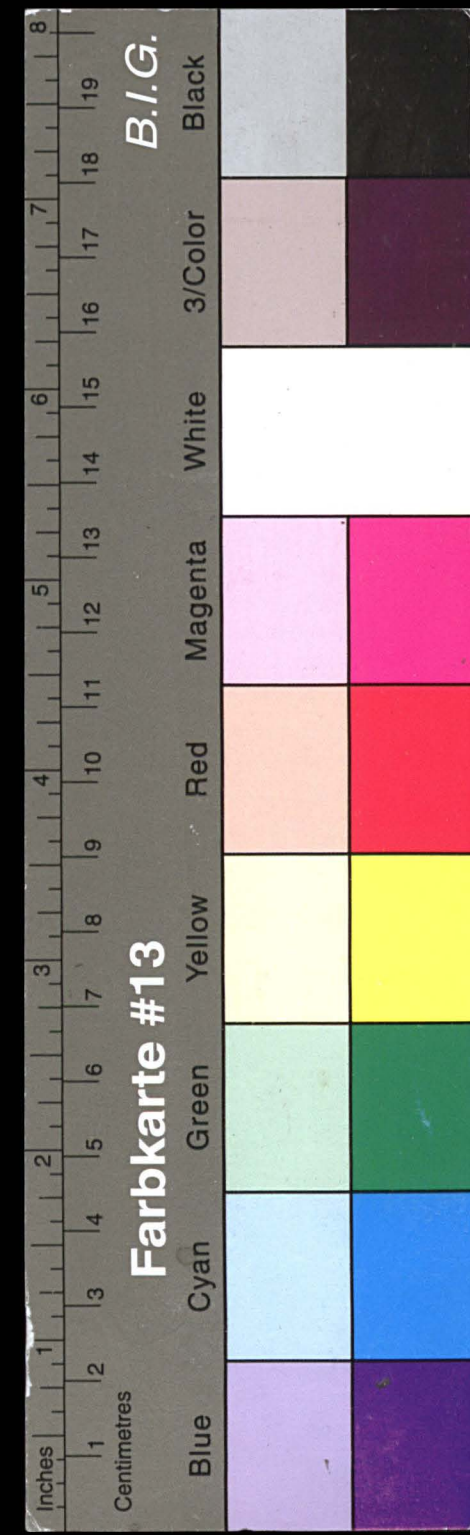


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

[illegible]



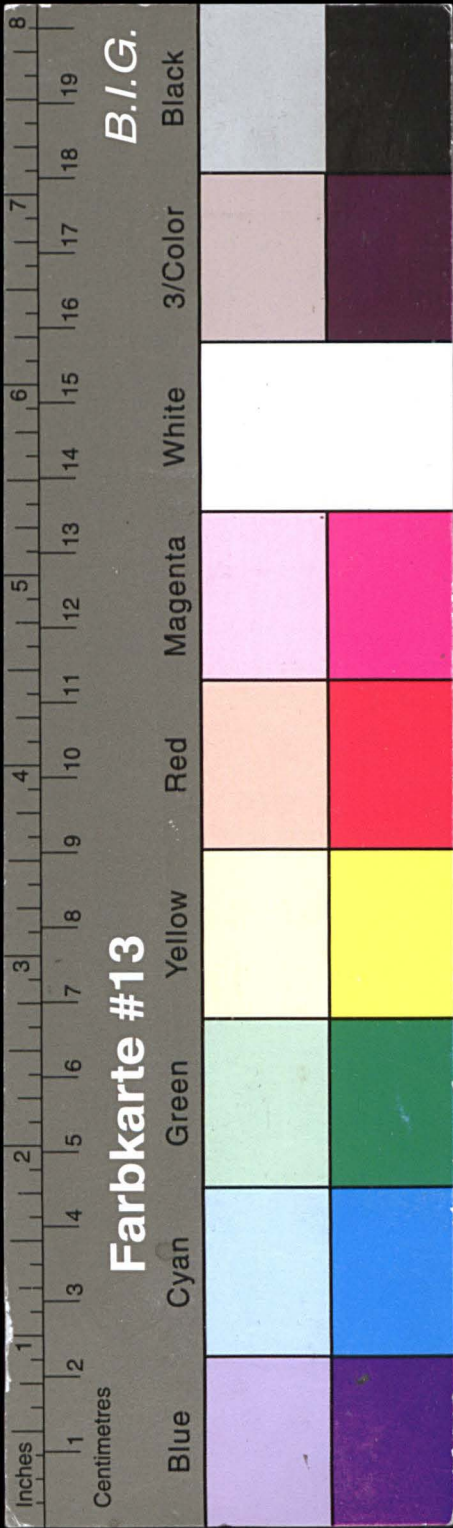


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

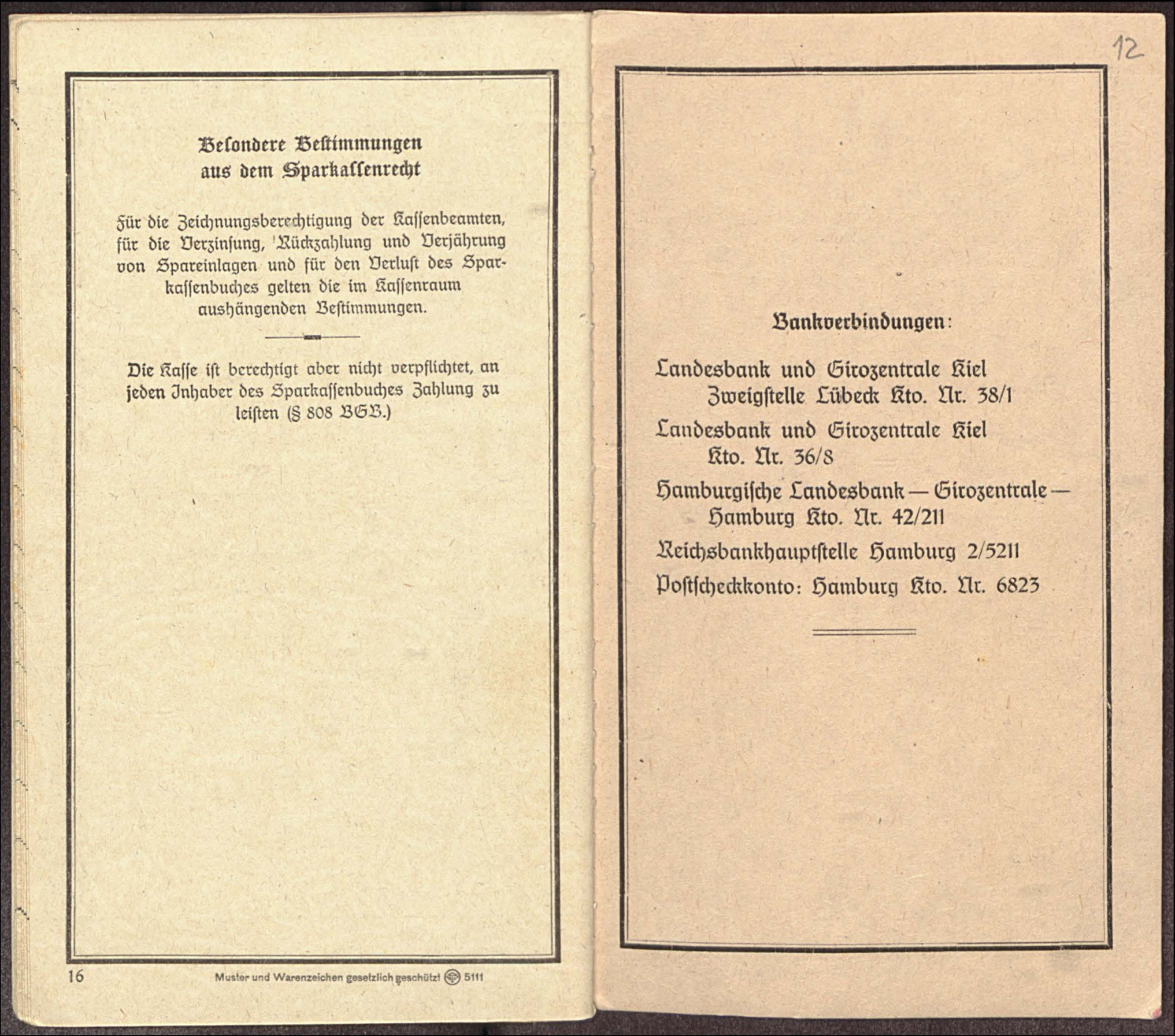
[illegible]



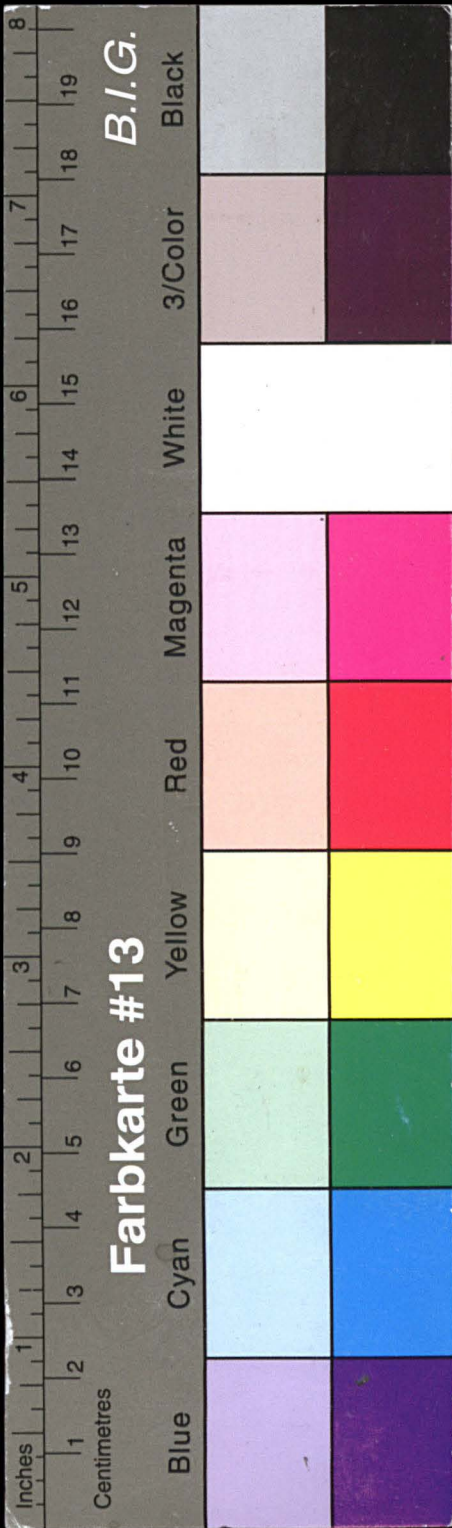


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

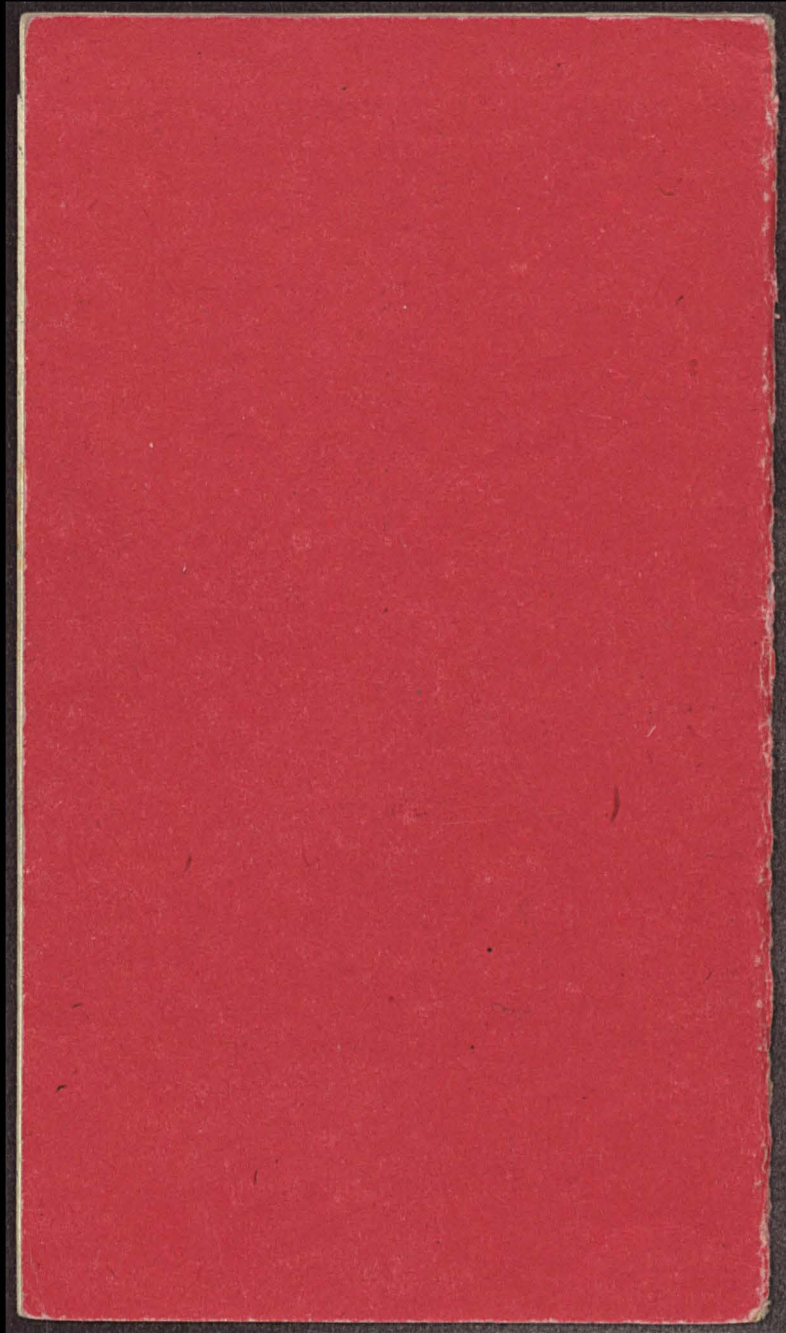






# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



13

Vordruck — A  
Natürliche Personen

3. Ausfertigung erhält der Einreicher

3

Ablieferung von Bargeld  
und  
Anmeldung von Reichsmarkkonten bei Geldinstituten

Diesen Vordruck müssen alle natürlichen Personen ausfüllen, die eigenes Bargeld in Reichs- oder Rentenmark oder in Marknoten der Alliierten Militärbehörde besitzen oder die bei einem Geldinstitut ein Reichsmarkkonto für eigen: Rechnung unterhalten. Sämtliche Bargeldbestände und Reichsmarkkonten der Mitglieder einer Familie oder einer alleinstehenden Person sind auf einem Vordruck aufzuführen. Familienmitglieder sind Ehemann, Ehefrau und Kinder, die beim Inkrafttreten der neuen Währung das 18. Lebensjahr nicht vollendet haben. Nur wer nicht Mitglied einer Familie in diesem Sinne ist, hat als alleinstehende Person für sich allein einen Vordruck auszufüllen. Auf die Haushaltzugehörigkeit kommt es nicht an.

Kann infolge räumlicher Trennung der Familie ein gemeinsamer Vordruck nicht ausgefüllt werden, so sind die getrennt lebenden Familienmitglieder berechtigt und verpflichtet, einen eigenen Vordruck unter Beachtung der Ziffern 5 und 6 auszufüllen.

Alle Fragen sind zu beantworten, gegebenenfalls mit „ja“, „nein“ oder „entfällt“.

Diesen Vordruck kann auch ein durch schriftliche Vollmacht ausgewiesener Vertreter des zur Ablieferung oder Anmeldung Verpflichteten ausfüllen und abgeben. In diesem Fall sind sämtliche Angaben nicht auf den Vertreter, sondern auf den Vertretenen abzustellen.

1. Angaben über die Person, die Bargeld abliefern oder Reichsmarkkonten anmeldet, und über ihre Familienmitglieder. Familienmitglieder, für die infolge räumlicher Trennung die Angaben zu den Ziffern 2 und 3 nicht gemacht werden können, sind nicht hier, sondern unter Ziffer 6 aufzuführen.

Lfd. Nr.	Zuname	Vorname	Geburtsdatum	Verwandtschaftsverh.	Beruf
1	Kroß	Leinhard	29.8.05	Ehefrau	Hausfrau
2	Kroß	Friede	1.12.08	Ehefrau	„
3	Kroß	Kelge	12.9.30	Kind	„
4	Kroß	Kopmann	10.4.37	Kind	„

2. Sämtliche Reichsmarkkonten der unter Ziffer 1 genannten Personen

Auf welchen Namen lautet des Konto?	Geldinstitut		Konto Nr.	Gesperrt nach Gesetz 52 ja / nein	Kontostand * RM
	Name	Ort			
Friede Kroß	Zentralbank	Gleinde	78930	nein	2.45
Kelge Kroß	Bank	„	24123	nein	326.30
Kopmann Kroß	Bank	„	79533	nein	290.00
Karlmann Kroß	Bank	„	12/109562	nein	290.12
Leinhard Kroß	Bank	„			

Summe aller Konten

RM. 888,92

3. Gesamtbetrag der abzuliefernden Bargeldbestände der unter Ziffer 1 genannten Personen

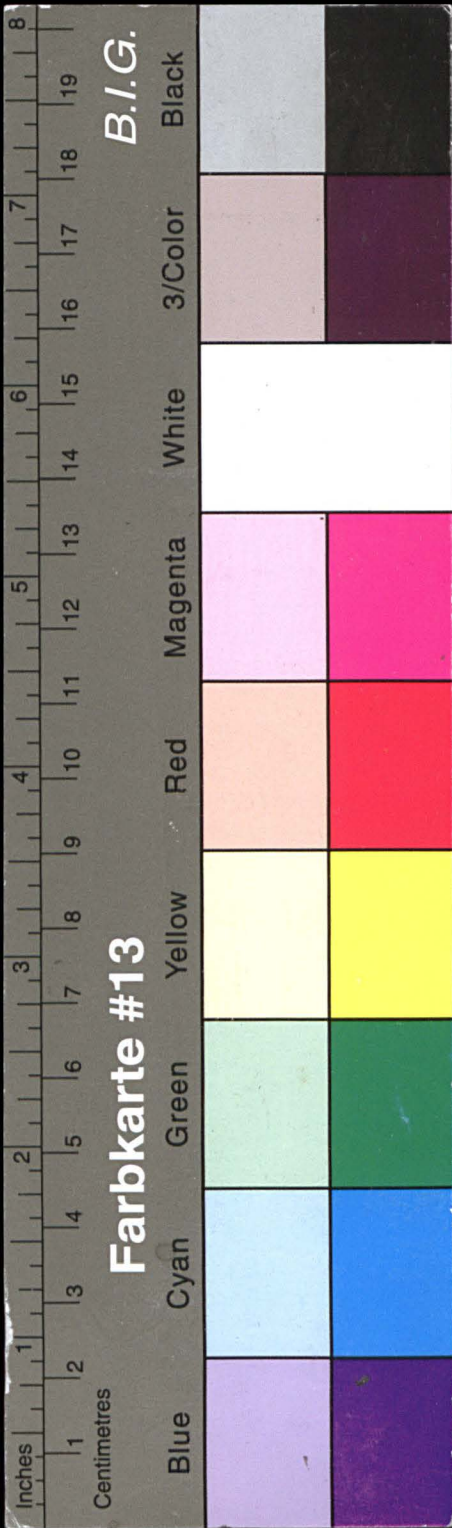
RM. —

4. Gesamtsumme des Bargeldes und aller Konten

RM. 888,92

\*) Ist der genaue Kontostand vom Tage des Inkrafttretens der neuen Währung nicht bekannt, so ist er so genau wie möglich anzugeben.





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

5. Wohnsitz des Haushaltsvorstandes  
(von ihm nur auszufüllen, wenn er diesen Vordruck nicht am Wohnsitz abgeben kann;  
von Familienmitgliedern auszufüllen, die infolge räumlicher Trennung einen eigenen Vordruck abgeben müssen)

(Zuname) *unfilled* (Vorname) (Genaue Anschrift)

6. Familienmitglieder, die infolge räumlicher Trennung nicht unter Ziffer 1 aufgeführt sind (einschliesslich des etwa abwesenden Haushaltsvorstandes).

Lfd. Nr.	Zu- und Vorname	Geburtsdatum	Verwandtschaftsverh.	Gegenwärtiger Aufenthalt		
				Ort	Kr	Strasse Nr.

7. Finanzamt, bei dem die letzte Einkommen- oder Vermögensteuererklärung abgegeben wurde:

(Bezeichnung und Ort des Finanzamtes)

8. Wird dieser Vordruck bei einer Hilfsuntersuchungsstelle abgegeben, und besteht kein Konto bei einem Kreditinstitut, so ist hier das Kreditinstitut anzugeben, an welches das Bargeld abgeliefert werden soll.

(Bezeichnung des Kreditinstituts) (Ort)

9. Wird der Vordruck von einem schriftlich bevollmächtigten Vertreter unterzeichnet, so sind hier dessen Name und Anschrift anzugeben.

(Name) (Vorname) (Ort) (Strasse)

Ich versichere, daß ich die vorstehenden Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe.  
Mir ist bekannt, daß vorsätzlich falsche Angaben mit einer **Geldstrafe** bis zu 50,000 Deutsche Mark und mit **Gefängnis** bis zu 5 Jahren bestraft werden können.

*Glinde, Nebelungstr.* *26.6.48* *unfilled* *Krieda Meyer*  
(Ort) (Strasse) (Datum) (Unterschrift)

Quittung

Der Empfang des umstehend unter Ziffer 3 aufgeführten Barbetrages und der Ausfertigungen 1 und 2 dieses Vordrucks wird hiermit bescheinigt.

*Sparkasse des Kreises Stormarn*  
*26.6.48* *Nebenzweigstelle Glinde*  
*D-Mark 80 -*  
*Restliche 20.000 10.000 bezahlt*  
*Kreis Stormarn*  
*Nebenzweigstelle Glinde*

\*Spiegel-Druck - Bad Oldesloe D 2287 1023 6000 G 48 A

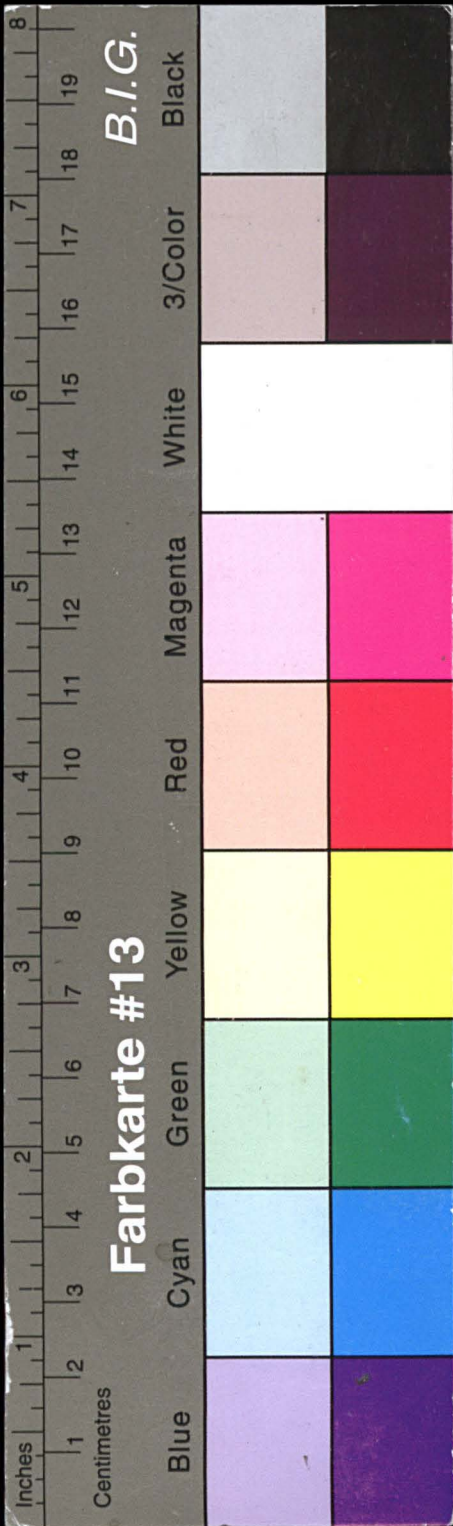
KREISSPARKASSE  
STORMARN  
BAD OLDESLOE

Entschädigungs-Gutschrift  
(Altsparenerschädigung)

Nr. *09 / 4362*

Friedr. Lindt - Buchdruckerei - Bad Oldesloe 35000 1. 54.





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

*Blum, Elisabeth*

**Ahrensburg**

*Stückamp*

**Entschädigungs-Gutschrift**

gemäß § 18 des Gesetzes zur Milderung von Härten der Währungsreform (Altspargergesetz)

Konto-Nummer	Stand Ihres Sparguthabens am		Entschädigungsfähiger Betrag
	20. 6. 48	1. 1. 40	
<i>09/1 1362</i>	RM <i>2050.20</i>	RM <i>345.52</i>	RM <i>345.-</i>

**Bad Oldesloe,**

den 31. 1. 1954

Wir freuen uns, Ihnen die zustehende Altsparerentschädigung mitteilen zu können. Die näheren Bestimmungen finden Sie auf der Rückseite. Wir bitten Sie, diese Mitteilung sorgfältig aufzubewahren und bei Verfügungen vorzulegen.

Mit freundlicher Empfehlung

Ihre

**KREISSPARKASSE STORMARN**

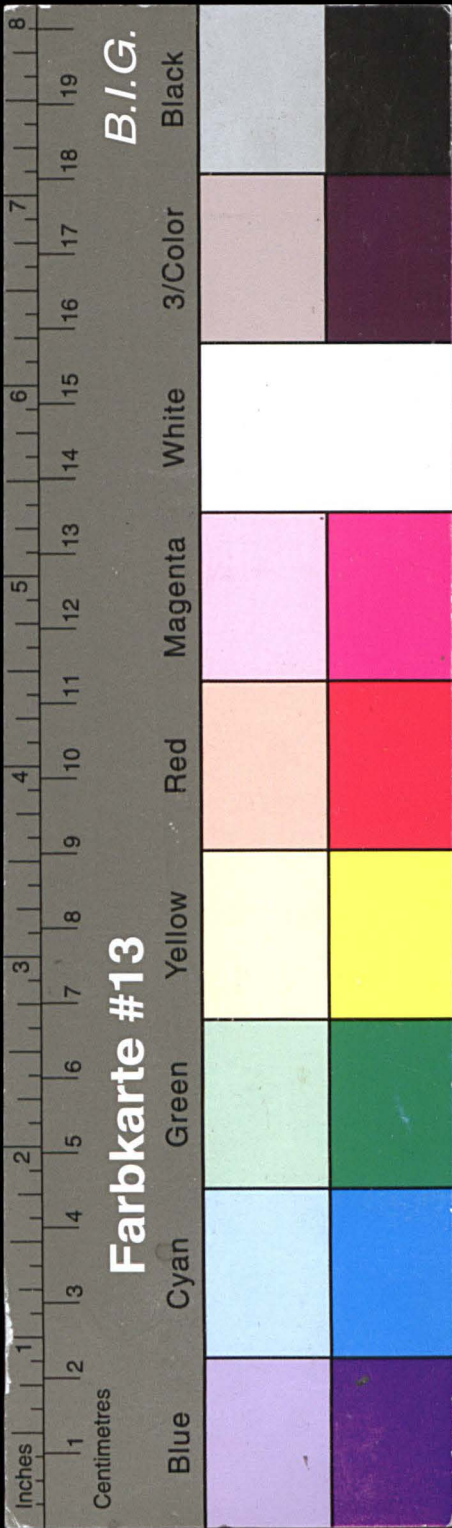
*Klein* *Winkel*

Unterschriften	Erläuterungen	Datum	Auszahlung	Einzahlung	Bestand	Vorgang
<i>Klein</i> <i>Winkel</i>	E Guthaben	8 1. 2. 1954		<i>48.60</i>		
	Zinsen 1953	9 21. 8. 1954	<i>48.44</i>	<i>1.84</i>	<i>48.44</i>	
		10				
		11				
		12				
		13				
		14				
		15				
		16				
		17				
		18				
		19				
		20				
		21				
		22				
		23				

Vermerke:

Konto erloschen am \_\_\_\_\_





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

Bestimmungen  
über die Altsparentschädigung

1. Das Entschädigungsguthaben wurde nach dem Gesetz zur Milderung von Härten der Währungsreform (Altsparengesetz) vom 14. Juli 1953 (Bundesgesetzblatt I, S. 495) errechnet.

2. Gemäß den Bestimmungen dieses Gesetzes beträgt der Entschädigungsanspruch für Altspareinlagen 13,5% des niedrigeren Sparbetrages vom 1. 1. 1940 oder 20. 6. 1948, aufgerundet auf volle 10 Dpf.

3. Der Anspruch aus dem Entschädigungsguthaben wird in dem Umfange zur Auszahlung freigegeben, in dem Mittel aus dem Lastenausgleichsfonds zugewiesen werden. Ungeachtet dieser gesetzlichen Regelung haben wir E-Guthaben bis zu DM 100.— in vollem Umfange und bei höheren Guthaben einen Betrag von DM 100.— zuzüglich 4 % Zinsen für das Jahr 1953 freigegeben.

4. Verfügungen über freigegebene Beträge können nur von dem in dieser Mitteilung aufgeführten Berechtigten oder von einem ausreichend legitimierten Vertreter, in jedem Fall nur gegen Vorlage entsprechender Personalausweise und dieser Benachrichtigung, getroffen werden.

5. Wünschen Sie die Umschreibung der freigegebenen Guthaben auf ein Sparkonto, so genügt eine kurze schriftliche oder mündliche Mitteilung. Soweit bereits ein Sparkonto besteht, wird gebeten, diese Sparkontonummer anzugeben.

Vordruck—A  
Natürliche Personen

3. Ausfertigung  
erhält der Einreicher

16

Ablieferung von Bargeld  
und  
Anmeldung von Reichsmarkkonten bei Geldinstituten

Diesen Vordruck müssen alle natürlichen Personen ausfüllen, die eigenes Bargeld in Reichs- oder Rentenmark oder in Marknoten der Alliierten Militärbehörde besitzen oder dja bei einem Geldinstitut ein Reichsmarkkonto für eigene Rechnung unterhalten. Sämtliche Bargeldbestände und Reichsmarkkonten der Mitglieder einer Familie oder einer alleinstehenden Person sind auf einem Vordruck aufzuführen. Familienmitglieder sind Ehemann, Ehefrau und Kinder, die beim Inkrafttreten der neuen Währung das 18. Lebensjahr nicht vollendet haben. Nur wer nicht Mitglied einer Familie in diesem Sinne ist, hat als alleinstehende Person für sich allein einen Vordruck auszufüllen. Auf die Haushaltzugehörigkeit kommt es nicht an.

Kann infolge räumlicher Trennung der Familie ein gemeinsamer Vordruck nicht ausgefüllt werden, so sind die getrennt lebenden Familienmitglieder berechtigt und verpflichtet, einen eigenen Vordruck unter Beachtung der Ziffern 5 und 6 auszufüllen.

Alle Fragen sind zu beantworten, gegebenenfalls mit “ja”, “nein” oder “entfällt”.

Diesen Vordruck kann auch ein durch schriftliche Vollmacht ausgewiesener Vertreter des zur Ablieferung oder Anmeldung Verpflichteten ausfüllen und abgeben. In diesem Fall sind sämtliche Angaben nicht auf den Vertreter sondern auf den Vertretenen abzustellen.

1. Angaben über die Person, die Bargeld abgeliefert oder Reichsmarkkonten anmeldet, und über ihre Familienmitglieder. Familienmitglieder, für die infolge räumlicher Trennung die Angaben zu den Ziffern 2 und 3 nicht gemacht werden können, sind nicht hier, sondern unter Ziffer 6 aufzuführen.

Lfd. Nr.	Zuname	Vorname	Geburtsdatum	Verwandtschaftsverh.	Beruf
1	Schmidt, Elisabeth		14.5.29	2-	Schneiderehrling

2. Sämtliche Reichsmarkkonten der unter Ziffer 1 genannten Personen

Auf welchen Namen lautet das Konto?	Geldinstitut	Konto Nr.	Gesperrt nach Gesetz 52 ja/nein	Kontostand* RM
Schmidt ,Elisabeth	Kreissparkasse Ahrensburg	4367	nein	1 350.—
" "	Postsparkbuch Reichspost	8.686.596	"	432.—

3. Gesamtbetrag der abzuliefernden Bargeldbestände der unter Ziffer 1 genannten Personen

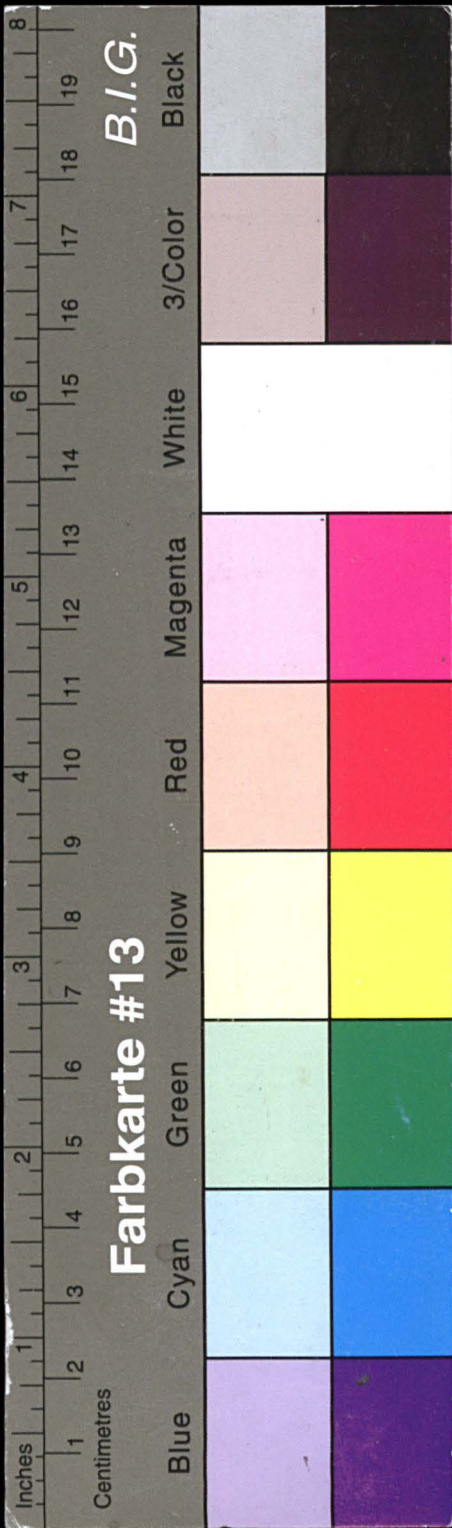
Summe aller Konten RM 1 782.—

RM 700.—

4. Gesamtsumme des Bargeldes und aller Konten RM 2 482.—

\*Ist der genaue Kontostand vom Tage des Inkrafttretens der neuen Währung nicht bekannt, so ist er so genau wie möglich anzugeben.





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

5. Wohnsitz des Haushaltsvorstandes  
(von ihm nur auszufüllen, wenn er diesen Vordruck nicht am Wohnsitz abgeben kann;  
von Familienmitgliedern auszufüllen, die infolge räumlicher Trennung einen eigenen Vordruck abgeben müssen)

entfällt

(Zuname) (Vorname) (Genaue Anschrift)

6. Familienmitglieder, die infolge räumlicher Trennung nicht unter Ziffer 1 aufgeführt sind (einschliesslich des etwa abwesenden Haushaltsvorstandes).

Lfd. Nr.	Zu- und Vorname	Geburtsdatum	Verwandtschaftsverh.	Gegenwärtiger Aufenthalt		
				Ort	Kreis	Strasse Nr.
				entfällt		

7. Finanzamt, bei dem die letzte Einkommen-oder Vermögensteuererklärung abgegeben wurde:

entfällt

(Bezeichnung und Ort des Finanzamts)

8. Wird dieser Vordruck bei einer Hilsumtauschstelle abgegeben, und besteht kein Konto bei einem Kreditinstitut, so ist hier das Kreditinstitut anzugeben, an welches das Bargeld abgeliefert werden soll.

entfällt

(Bezeichnung des Kreditinstituts) (Ort)

9. Wird der Vordruck von einem schriftlich bevollmächtigten Vertreter unterzeichnet, so sind hier dessen Name und Anschrift anzugeben.

entfällt

(Name) (Vorname) (Ort) (Strasse)

Ich versichere, dass ich die vorstehenden Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe.  
Mir ist bekannt, dass vorsätzlich falsche Angaben mit einer Geldstrafe bis zu 50,000 Deutsche Mark und mit Gefängnis bis zu 5 Jahren bestraft werden können.

Rudolf Schmidt  
Ahrensburg / Holst.  
Steinkamp 2  
(Ort) (Strasse)

Elisabeth Schmidt  
(Datum) (Unterschrift)

Quittung

Der Empfang des umstehend unter Ziffer 3 aufgeführten Barbetrages und der Ausfertigungen 1 und 2 dieses Vordrucks wird hiermit bescheinigt.

Schleswig-Holsteinische und Westbank  
Abteilung Ahrensburg

120606 + Absp. Schleswig

KREISSPARKASSE STORMARN  
Hauptzweigstelle Ahrensburg

21.8.1954

17 9

31.12.39 Sp 11.700

20.6.48 9.300 barhand

AE 3.200.

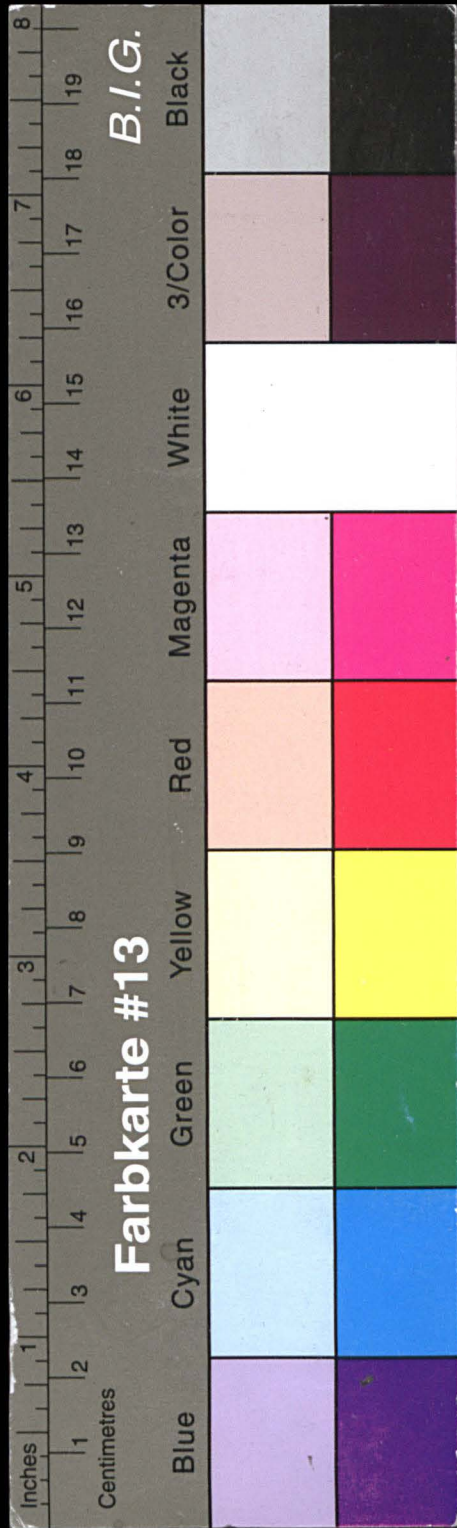
3 Wochen 2 Mann

300 Stunden

Krsp Schleswig

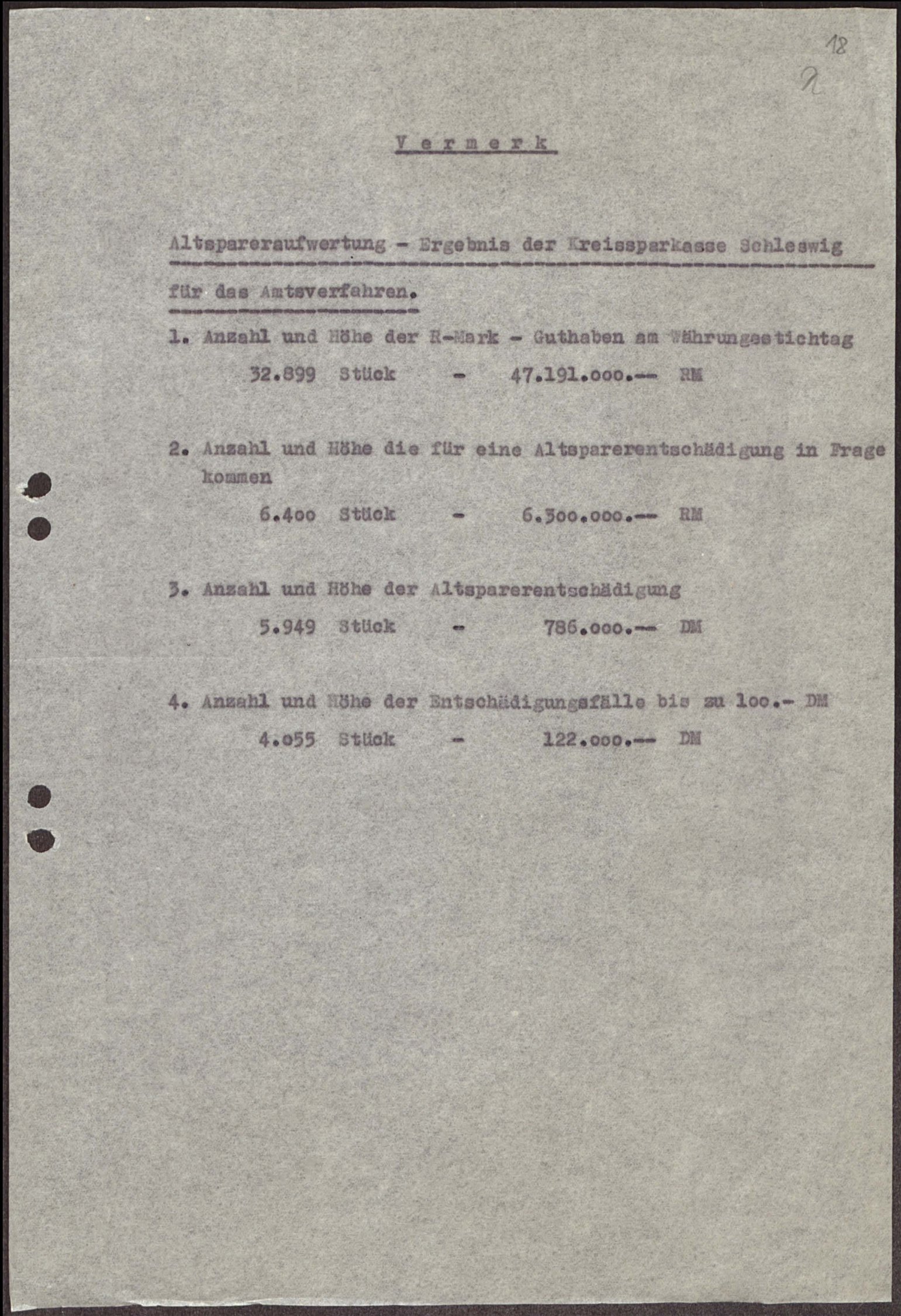
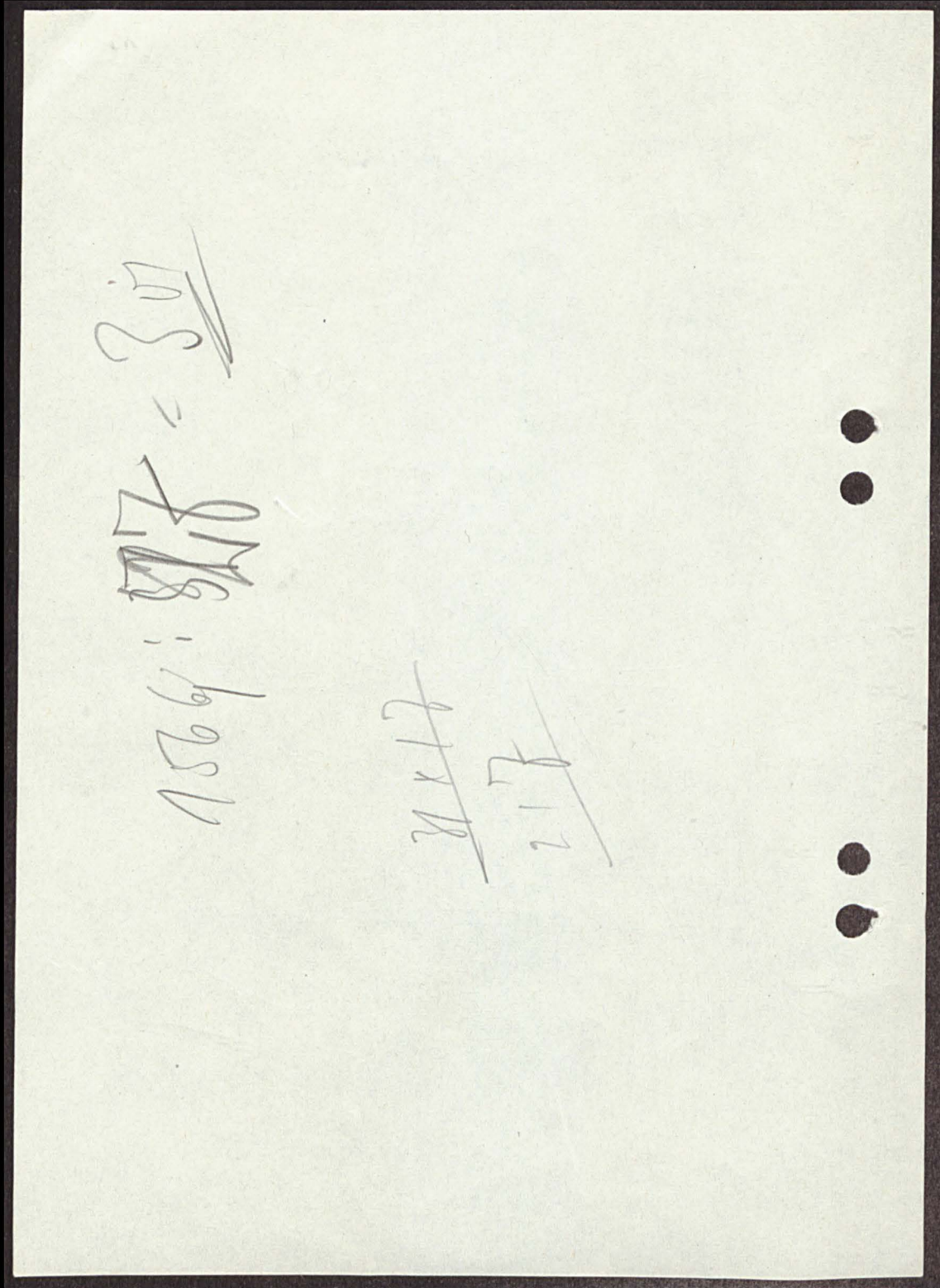
Kauptstelle





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



18  
2

## Vermerk

Altspareraufwertung - Ergebnis der Kreissparkasse Schleswig  
für das Amtsverfahren.

1. Anzahl und Höhe der R-Mark - Guthaben am Währungseintichtag

32.899 Stück - 47.191.000.-- RM

2. Anzahl und Höhe die für eine Altspararentschädigung in Frage  
kommen

6.400 Stück - 6.500.000.-- RM

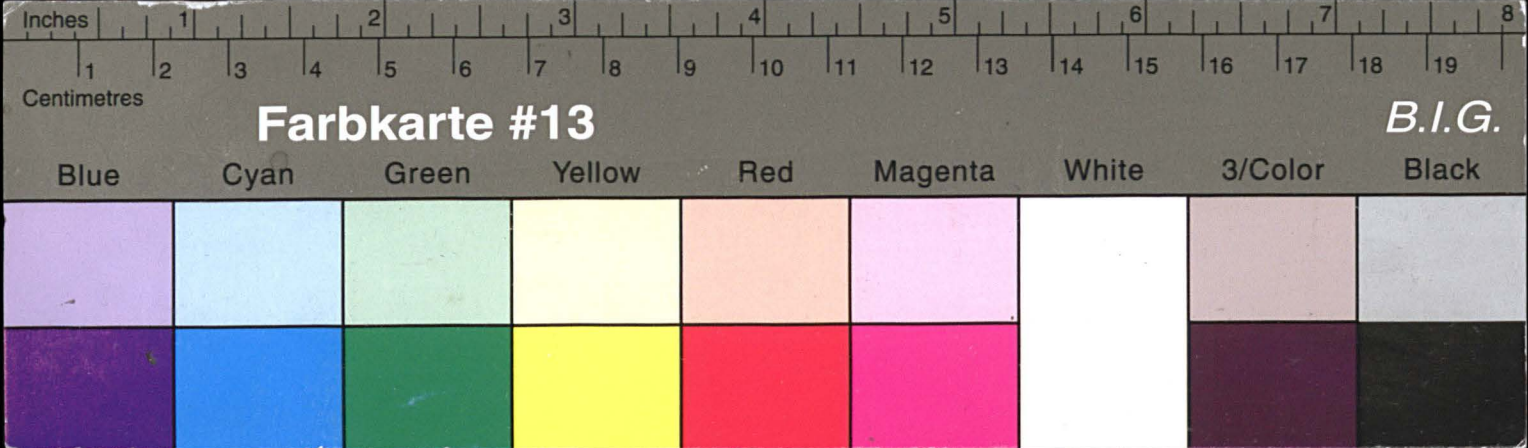
3. Anzahl und Höhe der Altspararentschädigung

5.949 Stück - 786.000.-- DM

4. Anzahl und Höhe der Entschädigungsfälle bis zu 100.-- DM

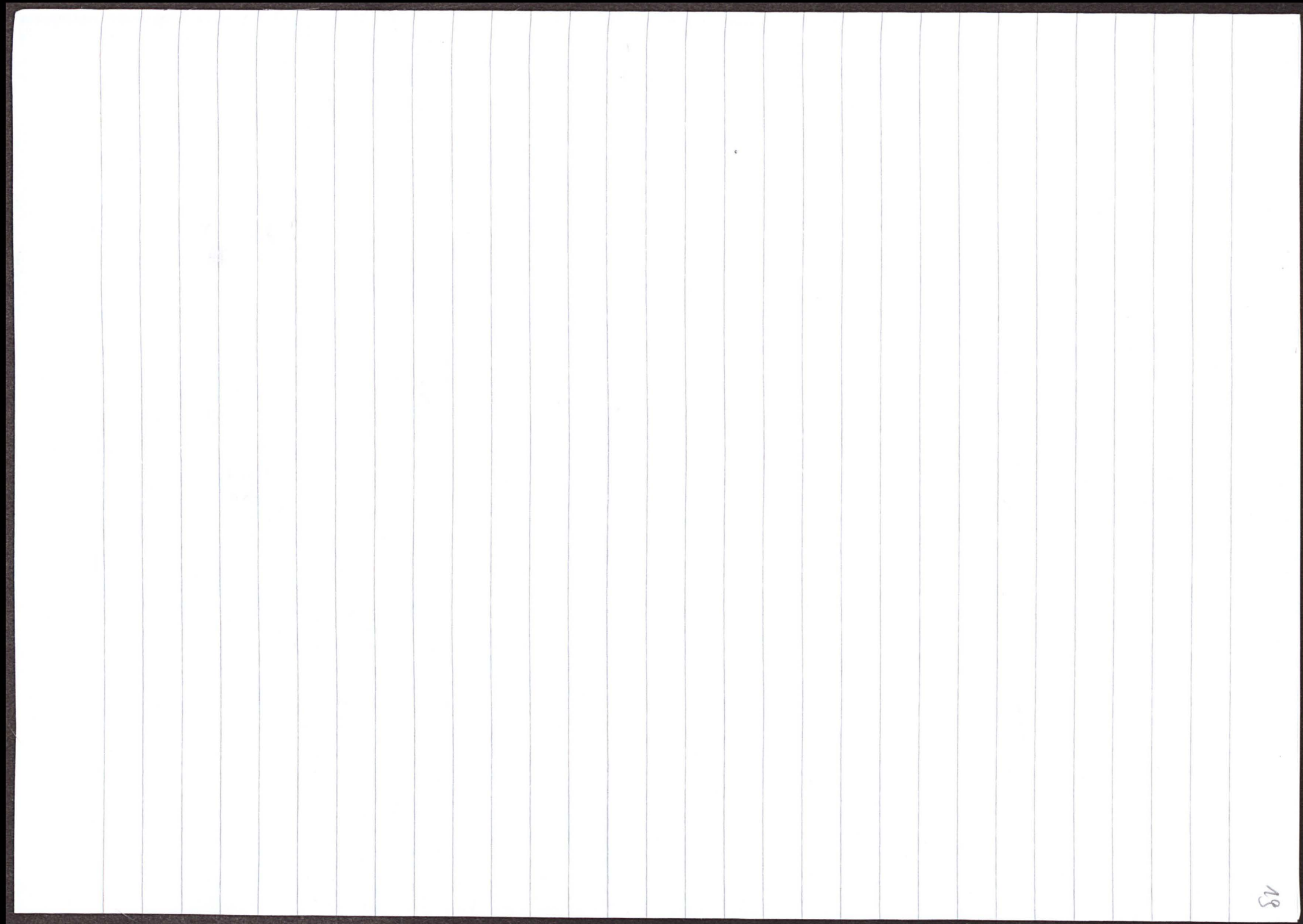
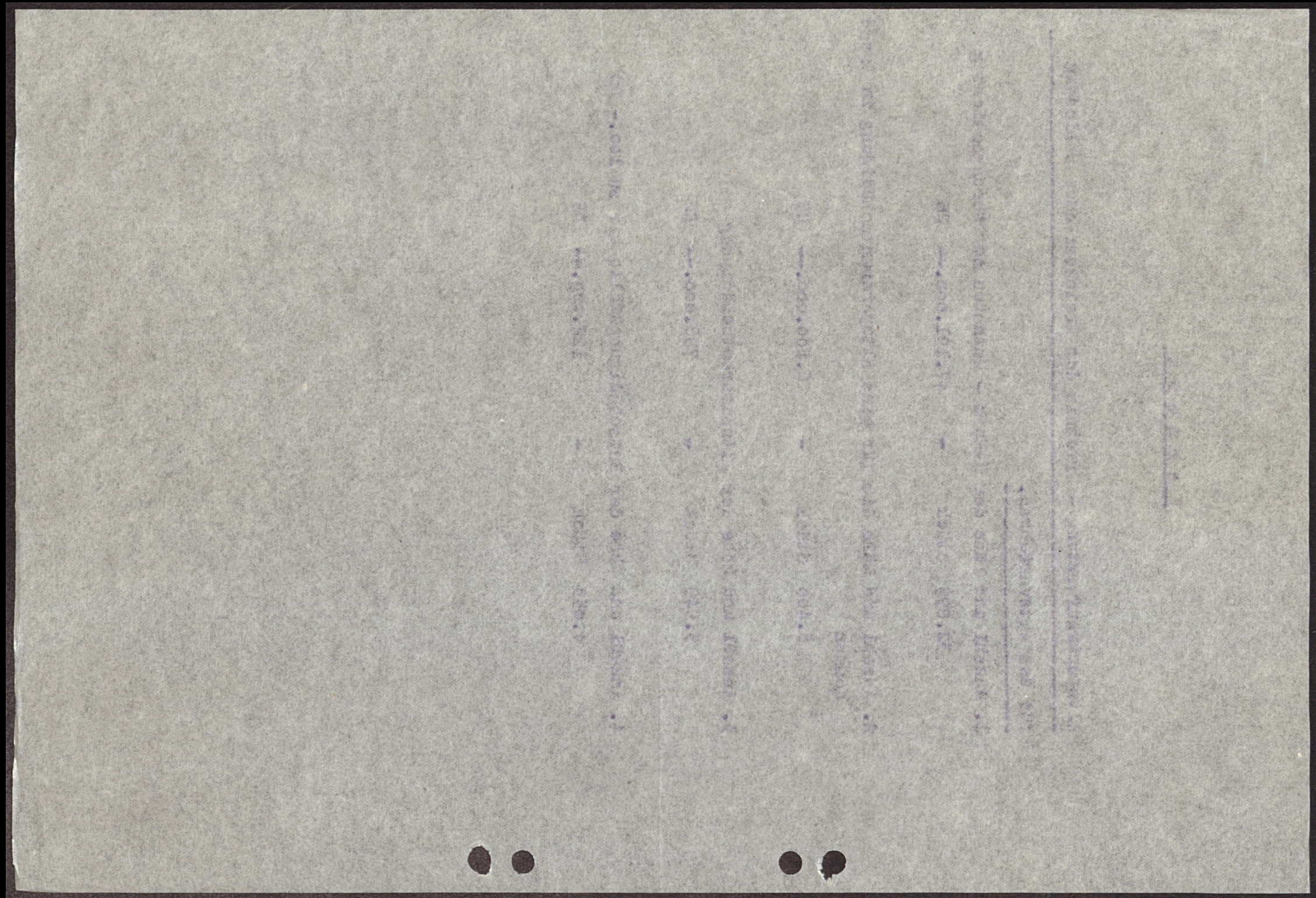
4.055 Stück - 122.000.-- DM



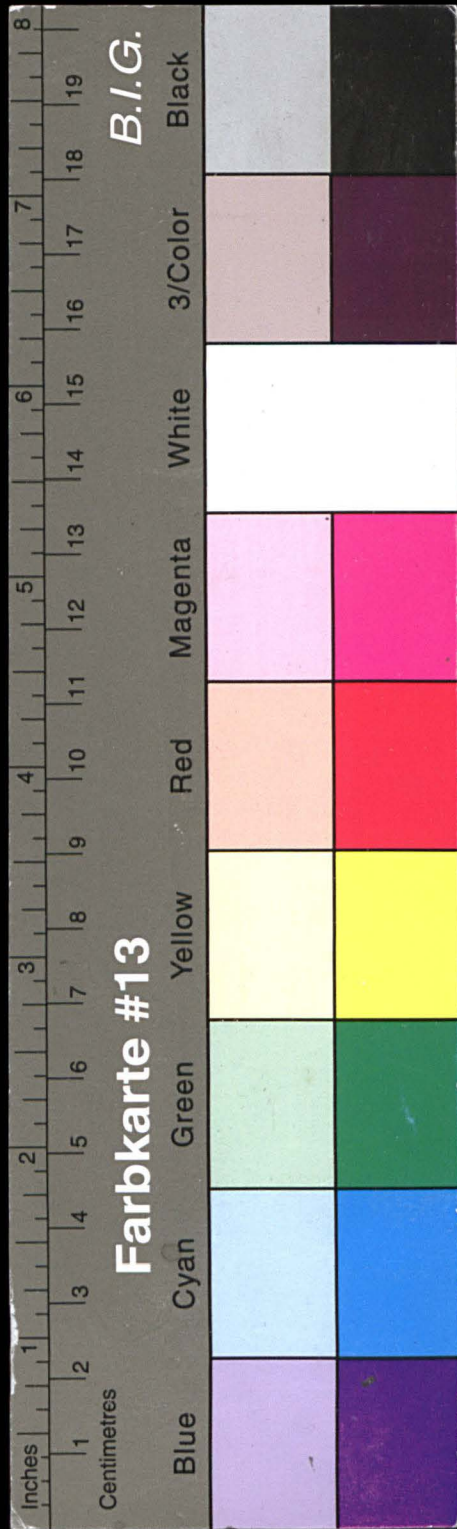


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

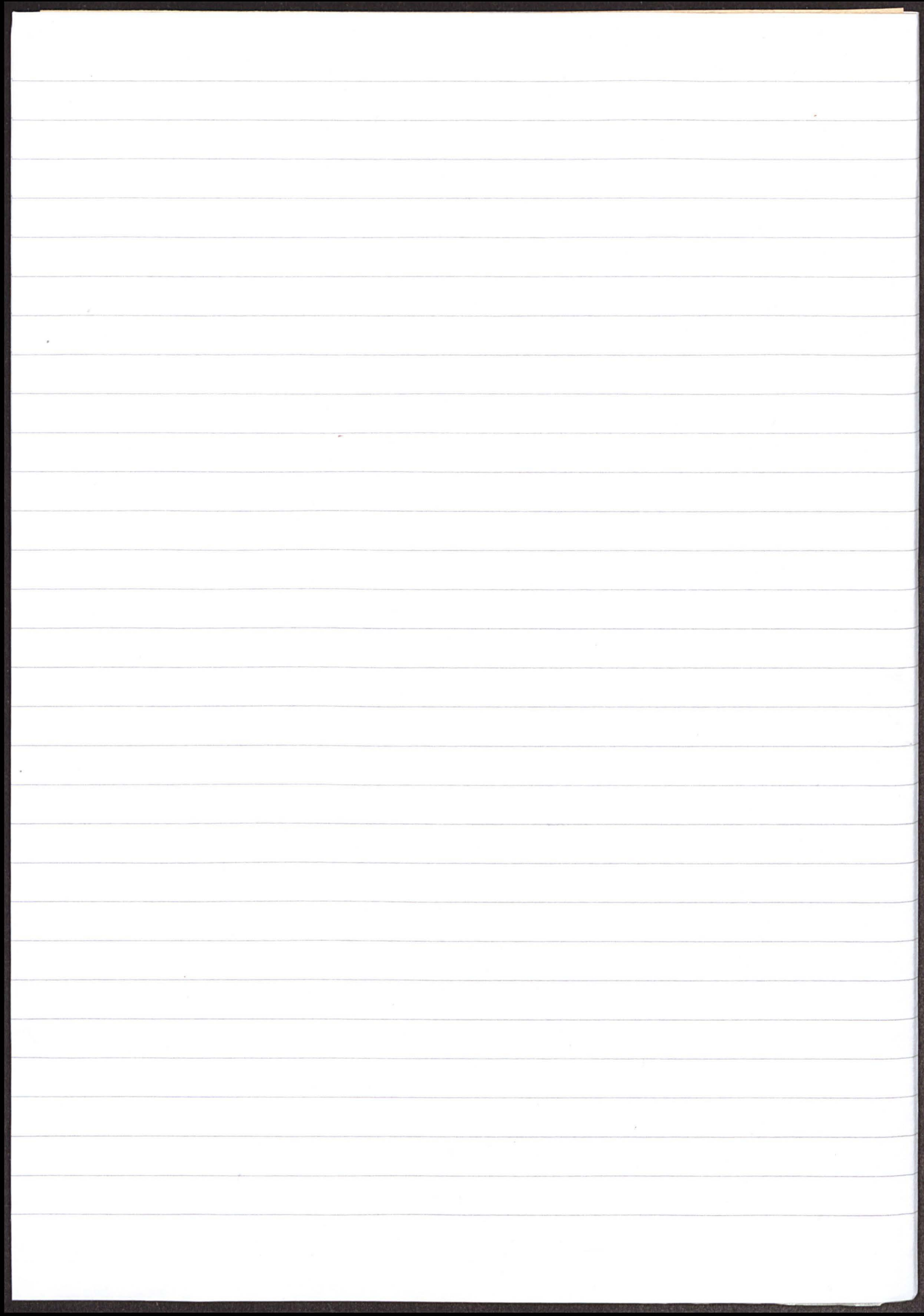






# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



## Betriebswirtschaftliche Blätter für die Praxis der Sparkassen und Girozentralen

Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sparkassen- und Giroverbände und Girozentralen e.V. Bonn

August 1953

Bonn

Heft 8

### Altsparerentschädigung

#### Querschnitt durch die Diskussion über die technische Durchführung

Am 15. Juli 1953 wurde das Altsparger Gesetz verkündet. Kurze Zeit vorher ging den Sparkassen das Merkblatt NF 13 zu. Seitdem hat sich die Diskussion über die technische Durchführung der Altsparerentschädigung von der zentralen Ebene in die regionale und lokale Ebene verlagert. Fast täglich treffen Anfragen, Hinweise und Organisationsvorschläge bei den Verbänden und der Arbeitsgemeinschaft ein. Zwei dieser Zuschriften, die sich mit der Frage der Nutzbarmachung des Lochkartenlohnverfahrens für die Durchführung der Altsparerentschädigung beschäftigen, werden nachstehend wiedergegeben. In den übrigen Zuschriften und Hinweisen werden vorzugsweise folgende grundsätzliche Fragen behandelt:

#### Gutschrift auf Sparkonto oder auf Entschädigungsguthabenkonto?

Es ist vorgesehen, bedarf allerdings noch einer endgültigen Entscheidung, daß vorzeitig, d. h. vor der Freigabe von Entschädigungsguthaben durch das Bundesausgleichsamt, die Entschädigungsguthaben auf Konten bis 100,— DM nach Abschluß des Amtsverfahrens freigegeben werden sollen. Demzufolge wird im Merkblatt vorgeschlagen, diese Beträge sofort auf den in der Regel bereits bestehenden DM-Sparkonten zu verbuchen und damit in mindestens 60 bis 70 % aller Entschädigungsfälle eine endgültige Lösung zu schaffen. Sowohl zur materiellen als auch zur verfahrensmäßigen Seite dieses Vorschlags liegen zahlreiche Hinweise vor.

Die materielle Regelung wird von manchen als liquiditätsmäßig zu weitgehend, von anderen als geschäftspolitisch und betriebstechnisch zu eng angesehen. Daraus werden dann für die technische Abwicklung die entsprechenden Schlußfolgerungen gezogen.

Bei den Überlegungen über die zweckmäßigste Form der technischen Durchführung sind zwei Gesichtspunkte von Bedeutung.

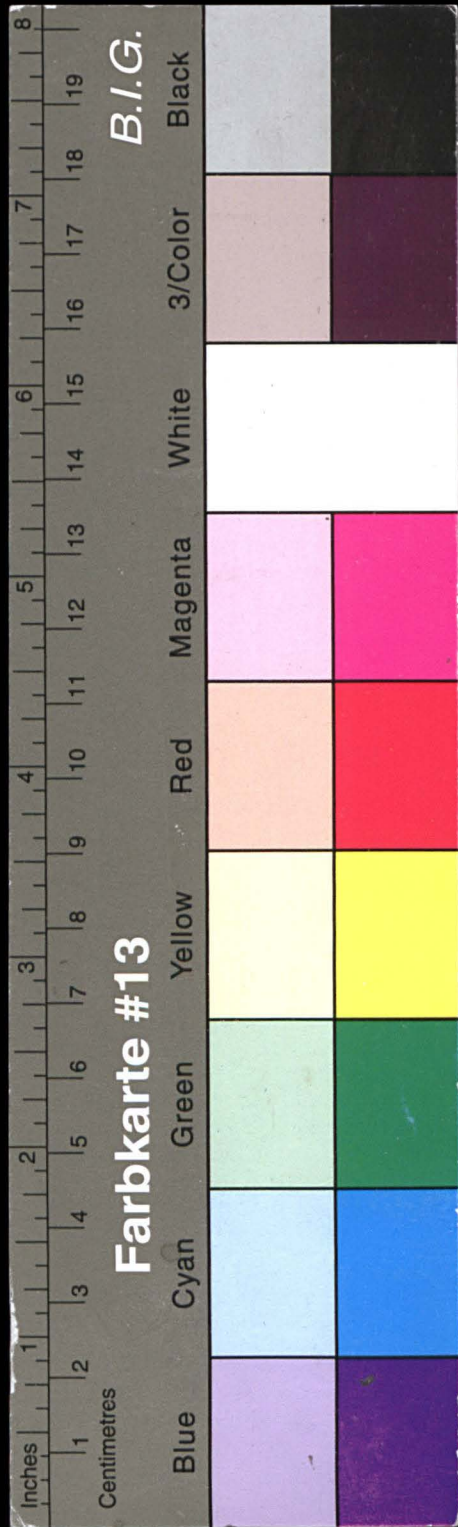
1. Es kann davon ausgegangen werden, daß die endgültige Fassung der „Richtlinien über die vorzeitige Auszahlung von Entschädigungsguthaben“ lediglich die Freigabe der Entschädigungsguthaben bis 100,— DM vorsehen wird.
2. Geschäfts- und sparpolitisches Ziel der Freigabe ist es, die Entschädigungsguthaben zwar disponibel zu machen, sie aber in möglichst großem Umfang in echte Spareinlagen umzuwandeln. In welchem

Ausmaß dieses Ziel erreicht werden wird, läßt sich mit Bestimmtheit nicht sagen. „Neigt man der optimistischen Betrachtungsweise zu“, wurde neulich erklärt, „dann wird man die Beträge sofort auf Sparkonto verbuchen. Ist man der Auffassung, daß wesentlich mehr als die Hälfte der Guthaben abgehoben wird, dann ist ein Entschädigungsguthabenkonto in primitivster Form, das zugleich als Abhebungs- oder Buchungsbeleg verwendet werden kann, zweckmäßig.“ Entsteht aber bei der Ausfertigung eines solchen Guthabenkontos nicht ein größerer sächlicher und personeller Aufwand als bei der Buchung auf bereits bestehenden DM-Sparkonten und, soweit das nicht möglich ist, auf den RM-Konten? Gewiß, die RM-Konten sind vielfach unübersichtlich. Für eine Übergangslösung reichen sie aber noch in jedem Fall aus. Sobald feststeht, daß über den Entschädigungsbetrag nicht verfügt wird, wäre dann eine neue Kontokarte anzulegen. Bei Entschädigungsguthaben über 100,— DM, die bis auf weiteres noch gesperrt bleiben, wird zu berücksichtigen sein, daß sich aus der sofortigen Verbuchung auf bereits bestehenden DM-Sparkonten gewisse Schwierigkeiten hinsichtlich der Zinsberechnung ergeben. Unüberwindlich sind diese Schwierigkeiten zwar nicht. Doch scheint in solchen Entschädigungsfällen die Anlage eines besonderen Entschädigungsguthabenkontos zweckmäßiger zu sein. Ob es formularmäßig den bei der Sparkasse üblichen Sparkonten entspricht oder anders gestaltet wird, ist grundsätzlich belanglos. Sparkassen, die den Sparverkehr maschinell verbuchen, scheinen die üblichen Sparkontovordrucke zu bevorzugen, wobei daran gedacht ist, auf der Vorderseite die gesperrten und auf der Rückseite die freigegebenen Beträge einzutragen.

#### Besondere Entschädigungsgutschrift oder Gutschrift im Sparkassenbuch?

Bei den Beratungen des Altsparger Gesetz-Entwurfs war es infolge des „Vorgangs“-WAG nicht ganz leicht, die Gesprächspartner davon zu überzeugen, daß, wie jetzt im Gesetz vorgesehen, im Normalfall weder ein formeller Bescheid noch eine besondere Entschädigungsgutschrift erforderlich sei und daß die Gutschrift im Sparkassenbuch genüge. Auf dem Vorgang WAG basieren auch einige uns vorliegende organisatorische Vorschläge. Es ist selbstverständlich möglich, eine





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

formularmäßige Entschädigungsgutschrift an die Stelle der Eintragung im Sparkassenbuch treten zu lassen. Ob das betriebswirtschaftlich, sparkassenpolitisch und werbepsychologisch zweckmäßig und empfehlenswert ist, dürfte unter Beachtung folgender bisher in der Diskussion geltend gemachter Gesichtspunkte zu prüfen sein:

1. Durch die Erstellung einer Entschädigungsgutschrift entsteht, welche Form der Abwicklung auch immer gewählt wird, ein zusätzlicher Aufwand.
2. Aus dem Versand der Entschädigungsgutschriften erwachsen weitere persönliche und sächliche Kosten.
3. Viele Entschädigungsgutschriften werden als unbestellbar zurückkommen.
4. Die Buchung im Sparkassenbuch wird in der Mehrzahl der Fälle ohnehin erforderlich sein.
5. Ob der Sparer eine „Abrechnung“ erwartet und sich aus der Entschädigungsgutschrift herausfindet, ist zweifelhaft. Ein aufklärendes Wort am Schalter dürfte werbepsychologisch günstiger sein. Der Aufwand, der dabei entsteht, wird in der Regel den Aufwand für die Fertigung und den Versand der Entschädigungsgutschrift nicht übersteigen.
6. Die Postsparkasse wird in jedem Fall die Entschädigungsgutschrift über ein Postsparbuch leiten. Infolge der zentralen Kontoführung muß sie den Entschädigungsberechtigten zwar Gutschriftszettel als Buchungsgrundlage für die Postämter übersenden, sie will aber in all den Fällen, in denen ein DM-Postsparkonto bisher nicht besteht, dem Gutschriftszettel ein Blankopostsparbuch beifügen. Der Zeitpunkt, an dem die Eintragung der Entschädigungsgutschrift in die Postsparbücher erfolgt, steht allerdings noch nicht fest.
7. Für die Altsparerentschädigung aus Wertpapierbesitz werden ebenfalls nicht nur Zettel, sondern Wertpapiere ausgegeben.

## Ausführliche oder vereinfachte Nachweisung?

Zu den im Merkblatt alternativ vorgesehenen Formen der Entschädigungsguthaben-Nachweisung liegen folgende Hinweise vor:

1. Die ausführliche Form der Nachweisung schafft eine gute Abstimmungsmöglichkeit.
2. Diese Abstimmungsmöglichkeit ist nur gegeben, wenn außer den entschädigungsfähigen Konten zusätzlich noch die doppelte oder dreifache Zahl von Konten aufgestrippt wird. Außerdem ist es erforderlich, die Pfennigbeträge mit zu erfassen, auf die sonst, da sie nicht entschädigungsfähig sind, verzichtet werden kann.
3. Bei den Sparkassen, bei denen die Nummern erschoner Konten nicht wieder besetzt wurden, ist es ausreichend, die Konten der am 1. 1. 1940 bereits bestehenden Gruppen zu erfassen.
4. Je mehr Konten aufgestrippt werden, desto größer sind die Fehlermöglichkeiten. Zweifelsohne werden Tippfehler nicht nur bei den Konten Entschädigungsberechtigter, sondern auch bei den Konten Nichtentschädigungsberechtigter entstehen.
5. Die Gegenüberstellung der Bestände vom 1. 1. 1940 und 20. 6. 1948 erleichtert die Nachprüfung.
6. Man muß in jedem Fall die Konten zur Hand nehmen, einerseits um die Entschädigungsberechtigung zu prüfen, andererseits um das Unentdecktbleiben

von Tippfehlern auszuschließen. Wird, wie vorgeschlagen, die Errechnung der Entschädigung durch Gegenüberstellung der Bestände in den Spareinlagennachweisungen per 31. 12. 1939 und per 20. 6. 1948 vorgenommen, dann ist diese Gefahr besonders groß.

## Beispiel:

Spareinlagennachweisung 1939		Spareinlagennachweisung 1948	
Konto-Nr.	RM	Konto-Nr.	RM
1	1 000,—	1	2 000,—
3	2 000,—	3	1 500,—
4	5 000,—	4	10 000,—
5	9 000,—	5	—

In der Nachweisung 1948 ist die Kontonummer 4 zu unrecht angegeben; das Guthaben von 10 000 RM steht auf Konto-Nr. 5. Konto-Nr. 4 ist erloschen.

7. Eine Abstimmung der Bestände per 1. 1. 1940 ist oftmals überhaupt nicht möglich, weil der Sparkontenabschluß auf den 15. Dezember vorverlegt war.
8. Auch in diesen Fällen läßt sich die ausführliche Nachweisung fertigen. Man muß dann lediglich, wie auch sonst ratsam, auf die Konten zurückgreifen und den Bestand per 1. 1. 1940 hauptbuchmäßig abstimmen.
9. Ist es nicht zweckmäßiger, angesichts der mannigfaltigen Erschwernisse und Schwierigkeiten überhaupt auf die Abstimmung zu verzichten und die volle Aufmerksamkeit auf die Konten, auf denen eine Entschädigung erfolgte, und die Nachweisung dieser Konten zu konzentrieren?
10. Für die restlose Erfassung aller Entschädigungsfälle im Amtsverfahren sind die Institute nicht verantwortlich, wohl aber für die Ordnungsmäßigkeit der gewährten Entschädigungen. Das Amtsverfahren ist nur eine Vorstufe des Antragsverfahrens. Im Antragsverfahren hat jeder Entschädigungsberechtigte mindestens während der Dauer eines Jahres die Möglichkeit, eine im Amtsverfahren etwa unterbliebene Entschädigung zu beantragen.

## Verzinsung der vorzeitig freigegebenen Entschädigungsguthaben mit 3% oder 4%?

Nach § 18 Abs. 4 ASpG sind Entschädigungsguthaben ab 1. 1. 1953 mit 4% zu verzinsen. Werden sie vorzeitig zur Auszahlung freigegeben und auf Sparkonto übertragen, dann richtet sich die Verzinsung nach dem für das Sparkonto maßgebenden Zinssatz. Ob bei Entschädigungsguthaben bis 100,— DM 4% oder der Spareinlagenzins vergütet wird, hängt von dem Zeitpunkt der Freigabe ab. Erfolgt sie erst, wie verschiedentlich vorgeschlagen, mit Wirkung von Anfang 1954, dann sind für 1953 auch 4% zu vergüten. Erfolgt die Freigabe noch in 1953, dann wird eine Verzinsung mit dem Spareinlagenzinssatz vertretbar sein.

## Welche Form der technischen Abwicklung ist die zweckmäßigste?

Eine allgemein gültige Beantwortung dieser Frage ist nicht möglich. Während z. B. in einem Bezirk die Auffassung vorherrscht, daß die Inanspruchnahme des Lochkarten-Lohnverfahrens eine starke Entlastung des Personals herbeiführt, stehen die Sparkassenleiter eines anderen Bezirks auf dem Standpunkt, daß die Entlastung (praktisch die Fertigung der Nachweisung

und die Errechnung der Entschädigung) „nicht so sehr ins Gewicht fällt“ und einen verhältnismäßig hohen Aufwand verursacht.

Manche Sparkassen halten die Technik des WAG-Verfahrens in der ursprünglichen oder einer etwas abgewandelten Form für besonders zweckmäßig. Wiederum andere Sparkassen wollen Nachweisung, vereinfachtes Sparkassenbuch und Konto in der Technik der Girobuchhaltung erstellen. Andere machen, sowohl dem WAG-Verfahren als auch dem Girobuchhaltungs-

verfahren gegenüber geltend, daß dann für die meisten Sparer mindestens 2 Konten bestehen und daß sich das bei künftigen Jahresabschlüssen nachteilig auswirken muß.

Uns scheint es angebracht zu sein, jedes Verfahren als ganzes zu sehen und zu werten. Entscheidend ist nicht, was das Verfahren im Augenblick, sondern per Saldo kostet und ob den o. a. sparpolitischen und werbepsychologischen Gesichtspunkten ausreichend Rechnung getragen ist. Sch.

## Technische Abwicklung der Altsparerentschädigung im Lochkartenlohnverfahren

### 1. Verfahren. (Strichelkarten dienen als Arbeitsgrundlage; Entschädigungsguthabennachweisung in vereinfachter Form.)

Es lag nahe, die in dem Merkblatt NF 13 geschilderten Verfahren darauf zu untersuchen, ob sich eine rationelle Abwicklung mittels Lochkartenverfahren auch für diejenigen Sparkassen erreichen ließe, die dieses Buchungsverfahren sonst nicht anwenden. Voraussetzung für die Anwendungsmöglichkeit mußte sein, daß sich das Lochkartenverfahren zumindest auch noch für mittlere Sparkassen rentiere, dabei aber eine einfache, schnelle und übersichtliche Aufbereitung der Unterlagen gewährleiste.

Für die Anwendung des Lochkartenverfahrens können daher nur Chancen bestehen, wenn es sich ermöglichen läßt, die Arbeitsbeteiligung der Sparkasse auf ein Minimum herabzusetzen und wenn außerdem der Preis für die Durchführung der übrigen Arbeiten im Lohnverfahren annehmbar ist.

Eingehende Untersuchungen haben ergeben, daß die Durchführung der Altsparerentschädigung im Lochkartenverfahren den vorerwähnten Anforderungen entsprechen dürfte, wenn das nachstehend geschilderte Verfahren angewendet wird, das zunächst nur für das Amtsverfahren gedacht ist. Es kann später auch das Antragsverfahren erfassen.

Die von den Sparkassen durchzuführenden Vorarbeiten unterscheiden sich bei Anwendung des Lochkartenverfahrens nicht von den allgemein in dem Merkblatt NF 13 vorgesehenen. Es ist auch möglich, bei der Fertigung der Nachweisung, die in dem Merkblatt jeweils vorgesehenen Lösungen 1 und 2 durchzuführen. Es soll aber bei den folgenden Vorschlägen nur das einfachste Verfahren des Merkblattes berücksichtigt werden, weil dabei das Verhältnis zwischen Leistung der Sparkasse und dem Preis für das Lohnverfahren interessant zu werden beginnt.

Für die Erstellung des Buchungsträgers für das Lochkartenverfahren werden keine Lochkarten, sondern sogenannte „Strichelkarten“ benutzt. In diesen Strichelkarten werden von den Mitarbeitern der Sparkasse mittels eines Spezialstiftes die Werte in ähnlicher Form wie bei der eigentlichen Lochkarte markiert. Dabei ist vorgesehen, daß diese Strichelkarten mit entsprechender senkrechter Einteilung versehen und Kontenköpfe eingedruckt werden, so daß auch Unbeteiligte in späteren Jahren den Inhalt der Karte ohne Rückfrage verstehen können.

Die Arbeit der Sparkasse beschränkt sich nun auf die Strichelung der Kontonummer und des für die Umwandlung infrage kommenden Reichsmarkbetrages, letzteren allerdings nur in vollen Reichsmark. Es kann daran gedacht werden, diese Karten sofort durch den Rechenlocher lochen und lochschriftübersetzen zu lassen und alsdann durch Mitarbeiter der Sparkasse

eine Prüfung vorzunehmen. Das hat den Nachteil, daß die Konten zweimal gezogen werden müssen. Einfacher und zweckmäßiger erscheint es, unmittelbar hinter den ersten Arbeitsgang der Strichelung einen Kontrolleur einzusetzen, der die Strichelung kontrolliert. Die Einarbeitung für das Strichelverfahren ist erfahrungsgemäß in kürzester Zeit möglich. Für die Konten-Nummern wäre für den Verbandsbezirk die höchste infrage kommende Stellenzahl zu ermitteln, um die Schaltung der Tabelliermaschinen einheitlich halten zu können.

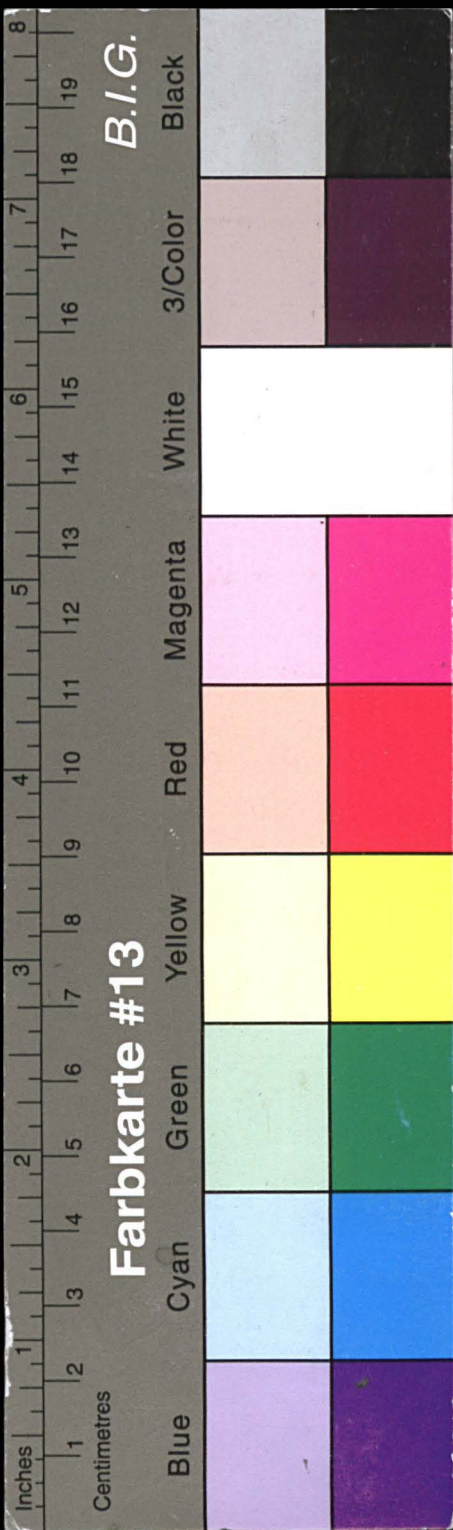
Mit der Markierung der Strichelkarten und der unmittelbar nachfolgenden Kontrolle ist der eigentliche Umwertungsvorgang für die Sparkasse bereits erledigt. Falsch markierte Karten werden sofort durch neue ersetzt.

Die Strichelkarten werden nunmehr getrennt nach Kontrollgruppen in den Lohnarbeitsbetrieb gegeben. Dort werden die Angaben der Sparkasse sowie die Kenn-Nr. der Sparkasse automatisch eingelocht. Anschließend wird durch den Rechenlocher die 13,5%ige Altsparerentschädigung, aufgerundet auf volle 0,10 DM, ermittelt und ebenfalls automatisch eingelocht.

Zinsen werden im allgemeinen summarisch für den Jahresabschluß ermittelt und brauchen deshalb für die Entschädigungsguthaben über 100,— DM nicht einzeln errechnet zu werden. Dagegen interessiert für die Entschädigungsguthaben bis zu 100,— DM bereits der Zins pro Einzelkonto. Entschleißt sich dem Sparkasse, die Entschädigungsguthaben bis zu 100,— DM schon per 1. 1. 1953 auf bestehende oder neue Sparkonten zu übertragen, dann wären die Zinsen ab 1. 1. 1953 in Höhe der Verzinsung des geführten Sparkontos zu errechnen. Da es sich in der Regel um Konten mit einem Zinssatz von 3% handeln wird, ist dieser daher auch für die Errechnung zugrunde zu legen, obwohl auch von dem Rechenlocher ohne weiteres ein unterschiedlicher Zinssatz zugrunde gelegt und errechnet werden kann. Dies hätte aber zur Voraussetzung, daß die Sparkasse im voraus schon die Gutschrift auf ein höher verzinsliches Sparkonto feststellt.

Die Errechnung der Zinsen mit 3% kann nunmehr dazu benutzt werden, um bei der später erfolgenden Auflistung (Nachweisung nach Seite 12 NF 13) eine automatische Trennung der Entschädigungsbeträge bis zu 100,— DM und über 100,— DM in zwei verschiedenen Spalten durchzuführen. Dabei werden die errechneten Zinsen auch sofort dem Kapital zugeschlagen, so daß für den Übertrag auf laufende Sparkonten nur ein Betrag — der zugleich die Zinsen enthält — infrage kommt. Bei Abhebung geschieht die Rückrechnung der Zinsen auf dem üblichen Weg. Es wird angenommen, daß gegen die Sofortkapitalisierung der Zinsen kaum Einwendungen zu erheben sind. Bei dem Übertrag ändert sich mithin nur das Kapital, während die Zinsspalte unverändert bleibt.





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

Praktisch hat also die Sparkasse bei der Markierung der Strichelkarten in einem besonderen Feld bei den Sparguthaben über 741,— RM eine vereinbarte Markierung anzuzeichnen. Es wird davon ausgegangen, daß dies die geringere Anzahl der Konten sein wird. Für die nichtmarkierten Konten wird dann automatisch ein Zinssatz von 3 % berechnet und kapitalisiert. Nach der Errechnung der verschiedenen Beträge werden die Strichelkarten lochschriftübersetzt, d. h., jede Angabe auf der Karte, die als Lochung erscheint, mit Ausnahme der Kenn-Nr. der Sparkasse, wird in dem vorgedruckten Kontokopf in Ziffern lesbar gedruckt.

Anschließend werden die Nachweisungen erstellt, die folgende Aufteilung aufweisen:

Konto-Nr.	Entschädigungsfähiger RM-Betr.	Altsparentsched. über bis 100,— DM	Zinsen für Altsparentsched. bis zu 100,— DM	Altsparentsched. bis zu 100,— DM einschl. Zinsen
-----------	--------------------------------	------------------------------------	---	--

Für jede von der Sparkasse angegebene Kontrollgruppe werden in der Auflistung Zwischensummen gebildet. Eine summarische Abstimmung der 13,5 %igen Altsparentschedung ist gegeben. Desgleichen die summarische Zinsabstimmung.

Aufgrund der in den Nachweisungen getrennt aufgeführten Beträge bis zu 100,— DM (dazu bereits kapitalisierte Zinsen), oder aufgrund der lochschriftübersetzten Strichelkarten kann nunmehr unter Berücksichtigung der Arbeitslage des Betriebes der jeweilige Übertrag auf laufende Sparkonten vorgenommen werden, wobei aufgrund der Kontrollgruppen-Ergebnisse die sonst üblichen Abstimmungen durch die Kontrolle möglich sind. Für die Kassen, die noch die Zinsen über die Kontrolle laufen lassen, sowie für die Stapelbuchhaltung im Sparverkehr ergeben sich daneben gesonderte Arbeitersparnisse.

Als besonderer Vorteil ist anzusehen, daß die lochschriftübersetzte und mit Kontokopf versehene Lochkarte zumindest bis auf weiteres als vollwertiges Konto für die Altsparentschedung geführt werden kann. Eine Ergänzung ist eigentlich nur hinsichtlich des Zunamens des Kontoinhabers notwendig. Eine Unterscheidung der Kontonummer von der gleichen Nummer des laufenden Kontos erscheint wegen der Verschiedenheit der Kontenformate nicht erforderlich.

Ein weiterer, nicht zu unterschätzender Vorteil liegt darin, daß später auf den Lochkarten mit Beträgen über 100,— DM die Zinsen bis zum Übertrag durch den Rechenlocher errechnet und kapitalisiert werden können. Diese Möglichkeit sollte nicht unterschätzt werden, weil auch dann nur ein Betrag auf das laufende Sparkonto zu übernehmen ist.

Nach sorgfältiger Schätzung, die auch bereits durch entsprechende Angebote unterlegt ist, werden sich die Kosten für die im Lohnverfahren zu erledigenden Arbeiten nicht über 45,— DM für je 1000 Konten belaufen, wenn die Aufleistung nach Beträgen bis zu 100,— DM — über 100,— DM getrennt erfolgt, so daß die nochmalige Zusammensortierung der Lochkarten entfallen kann. Der Preis für die Lochkarten ist darin einbezogen. Nicht darin enthalten sind die Versandkosten für die Karten, ebenso der Materialverbrauch, der sich auf ca. 0,20 DM pro 1000 Konten belaufen wird.

Als Ergänzung des geschilderten Verfahrens ist es möglich, eine Benachrichtigung des Entschädigungsberechtigten über die erfolgte Entschädigungsschrift mit Konto-Nummer und Beträgen in Endlos-Form, Format DIN A 5, zu schreiben. Es müßte dann jedoch die Anschrift noch später eingesetzt werden.

Die hierfür beim Lohnarbeitsbetrieb entstehenden Kosten (ohne Vordruckkosten) werden pro 1000 Konten ca. 7,35 DM betragen. Wahrscheinlich wird zufolge der Empfehlungen in NF 13 in den meisten Fällen auf eine Benachrichtigung verzichtet werden.

Das vorstehend geschilderte Verfahren zeigt, daß die mechanische Arbeitsleistung der Sparkasse einschl. eines großen Teils der Kontrollen auf ein Minimum reduziert wird. Die Belastung der Buchungs- und Kontrollmaschinen kann auf betriebsruhigere Zeiten verlegt werden. Da es sich um keine termingebundene Arbeit, wie etwa den Jahresabschluß handelt, wird auch keine Stauung in den verschiedenen Lohnarbeitsbetrieben für das Lochkartenverfahren eintreten.

Hörr, Frankfurt

## 2. Verfahren. (Spareinlagennachweisungen per 31. 12. 1939 und 20. 6. 1948 bilden die Arbeitsgrundlage; Entschädigungsguthabennachweisung in ausführlicher Form.)

Bei unserer Sparkasse bestanden am 1. 1. 1940 rd. 127 000 Sparkonten; nach genauen Feststellungen lebten hiervon am 20. 6. 1948 noch rd. 71 000 Sparkonten, die also für die jetzige Bearbeitung in Frage kommen.

Wir haben die notwendigen Vorarbeiten mit wenigen freiwilligen Arbeitsgruppen so weit vorantreiben können, daß alle Kontensalden per 1. 1. 1940 und die Salden der Konten dieser Kontengruppen per 20. 6. 1948 listenmäßig zur Weiterbearbeitung im IBM-Lohnarbeitsdienst erfaßt sind. Die Arbeiten ließen sich an zwei Samstagnachmittagen und Sonntagen mit eigenen Betriebsangehörigen gut durchführen — je Arbeitsgruppe zu zwei Personen in Akkordarbeit mit einem Kostenanfall von 0,12 DM je Konto =  $71\,000 \times 0,12 = 8\,520,—$  DM. Als Unterlagen standen zur Verfügung die Passivnachweisung per 31. 12. 1939 und fertige Umstellungsnachweisung per 20. 6. 1948 mit folgenden Spalten:

Lfd. Nr.	1 Konto-Nr.	2 RM-Bestand 20. 6. 48	3 Verbrauch nach § 4 U.G.	4 Nicht zur Umstellung kommende Beträge
5 In der Schwebe befindliche Beträge	6 Umzustellende RM-Beträge	7 Umgestellte DM-Freibeträge 5 %	8 Umgestellt auf DM-Festkonto 1 %	
9 Umgestellt auf DM-Anlagekonto	10	11	12	13

Die Spalten 10 — 12 dieser Nachweisung waren bisher unausgenutzt; in der Spalte 11 wurden jetzt anhand der vorhandenen Passivnachweisung per 31. 12. 1939 die Salden per 1. 1. 1940 handschriftlich von den Arbeitsgruppen eingesetzt. Es werden in der Umstellungsnachweisung alle Salden per 1. 1. 1940 erfaßt, d. h. von den Sparkonten, die am 20. 6. 1948 noch einen Bestand führten. Die in der Zeit vom 1. 1. 1940 bis 20. 6. 1948 erloschenen Sparkonten sind von den Sachbearbeitern bei den Übertragungsarbeiten durch Farbstreich unter dem Saldo in der Passivnachweisung — 31. 12. 1939 — gekennzeichnet worden. Mit der Additionsmaschine werden die farbig unterstrichenen Salden ohne großen Zeitaufwand gestrippt. Das Eintippen der Kontonummern kann wegfallen. Es erübrigt sich hier die Lochkartenerfassung durch die IBM. Eine zwar nicht erforderliche, aber meines Erachtens bei Großsparkassen vertretbare und wünschenswerte Abstimmung ergibt sich aus der Gesamtsumme der durch

IBM lochkartenmäßig erfaßten Salden per 1. 1. 1940 und durch die Gesamtsumme der Strippen von den in den Jahren 1940 — 1948 erloschenen Konten. Ich betone, daß bei unserer Sparkasse die Kontonummern der erloschenen Sparkonten nicht neu belegt wurden.

Die einfache Abstimmung des Zahlengebäudes per 1. 1. 1940 und der Bestände per 20. 6. 1948 auf den am 1. 1. 1940 bereits bestehenden Kontogruppen („Tausender“) ist hundertprozentig möglich. Die Vollzähligkeit der Sparkonten zu den Stichtagen ist gegeben. Die Entschädigungsberechtigung wurde anhand der früher erstellten Umstellungskarte (21. 6. 1948) oder des Sparkontos nach den gegebenen Richtlinien geprüft. Für die weitere Bearbeitung im IBM-Lohnarbeitsdienst war es notwendig, die entschädigungsberechtigten Beträge mit dem Namenszug des Sachbearbeiters (Gummistempelchen rechts neben Spalte 11) zu kennzeichnen. Durch ein Zeichen „S“ hinter dem Saldo in der U.-Nachweisung werden die nicht im Geltungsbereich des Gesetzes ansässigen Altsparer herausgestellt. Durch besondere Lochung bei der Lochkartenerstellung ist eine in sich geschlossene Erfassung dieser Guthaben im Hinblick auf die zu erwartende Sonderregelung schon jetzt ohne weiteres möglich.

Die vorhandene Umstellungsnachweisung wurde vorweg aus Arbeitseinteilungs- und Bearbeitungsgründen getrennt und neu in Gruppen von rd. 2 000 Konten geheftet (Arbeitsanfall für eine Arbeitsgruppe).

Nach Lösung des Listenproblems — RM-Salden per 1. 1. 1940 und 20. 6. 1948 — bei unserer Sparkasse gibt die folgende Darlegung einen Überblick über den für die Entschädigung der Altsparer vorzunehmenden Arbeitslauf, und zwar unter Berücksichtigung der Durchführung der weiteren Arbeiten im IBM-Lohnarbeitsdienst.

Die zu verwendende Lochkarte hat folgende Einteilung:

Feld:	Bezeichnung:	Stellen:	Spalten:
1	Kassenstelle	2	1 — 2
2	Konto-Nummer	6	3 — 8
3	Altguthaben 1. 1. 1940	8 (6,2)	9 — 16
4	Altguthaben 20. 6. 1948	8 (6,2)	17 — 24
5	Entschädigungsfähiger Betrag	8 (6,2)	25 — 32
6	Entschädigung (13,5 %)	7 (5,2)	33 — 39
7	Jahreszinsen 1953	6 (4,2)	40 — 45

Anhand der vorher vorbereiteten und gut übersichtlichen Nachweisungen werden für die einzelnen Konten Karten gelocht, und zwar mit den Begriffen

Kassenstelle (Hauptstelle und Zweigstellen),  
Konto-Nummer,  
Altguthaben 1. 1. 1940 und  
Altguthaben 20. 6. 1948

mit insgesamt 24 Lochspalten.

In einem anschließenden Arbeitsgang werden die Karten auf richtige Ablochung geprüft.

Da nach den Bestimmungen das kleinere Sparguthaben an den Stichtagen 1. 1. 1940 oder 20. 6. 1948, jedoch mit einem Mindestwert von 20,— RM, entschädigungsfähig ist, müssen die entschädigungsfähigen Be-

träge entsprechend erfaßt werden. Dies geschieht mit Hilfe des Kartenmischers in der Weise, daß im ersten Kartendurchlauf zunächst der niedrige Kontenstand ermittelt wird. Es fallen somit zwei Kartenpakete an:

- a) mit niedrigem Wert Altguthaben 20. 6. 1948
- b) mit niedrigem Wert Altguthaben 1. 1. 1940.

Ein zweiter Kartendurchlauf durch den Mischer scheidet aus den niedrigen Beträgen die Werte unter 20,— RM und die sonstigen nicht entschädigungsberechtigten Konten aus, die lediglich für eine GesamtAbstimmung verwendet werden.

Die verbleibenden Lochkarten mit dem niedrigen Wert ohne Beträge unter 20,— RM der Kartenpakete a) und b) werden auf dem Rechenlocher weiterverarbeitet. Es erfolgt hierauf die Errechnung des Entschädigungsbetrages und der Jahreszinsen 1953.

Die ermittelten Beträge sowie der entschädigungsfähige RM-Betrag werden bei der Rechenoperation gleichzeitig in die entsprechenden auf der Lochkarte vorgesehenen Felder eingelocht.

Die nunmehr bewerteten und die nicht bewerteten mit einem niedrigen Kontenbestand unter 20,— RM vorher ausgeschiedenen Lochkarten werden je für sich für die Altsparer-Grundbuchliste anschließend ausgewertet. Die Auswertung aus den bewerteten Karten zeigt folgendes Listenbild (zukünftige Altsparer-Nachweisung):

Kassenstelle	Konto-Nummer	Altguthaben 1. 1. 1940 RM	Altguthaben 20. 6. 1948 RM	Entschädigungsfähiger Betrag RM	Entschädigung 13,5 % DM	Zinsen 1953 DM
--------------	--------------	---------------------------------	----------------------------------	------------------------------------	-------------------------------	----------------------

Aus den nicht bewerteten Karten (niedriger Kontenbestand unter 20,— RM) und der sonstigen nicht entschädigungsberechtigten RM-Guthaben ergibt sich die Grundbuchliste ohne die Angaben

Entschädigungsfähiger Betrag RM,  
Entschädigung DM,  
Zinsen 1953 DM.

Die Grundbuchliste dient einmal als Nachschlagewerk aller überhaupt erfaßten Altsparguthaben der Stichtage 1. 1. 1940 und 20. 6. 1948, zum anderen wird sie zwecks Abstimmung mit den Unterlagen unserer Sparkasse verwendet.

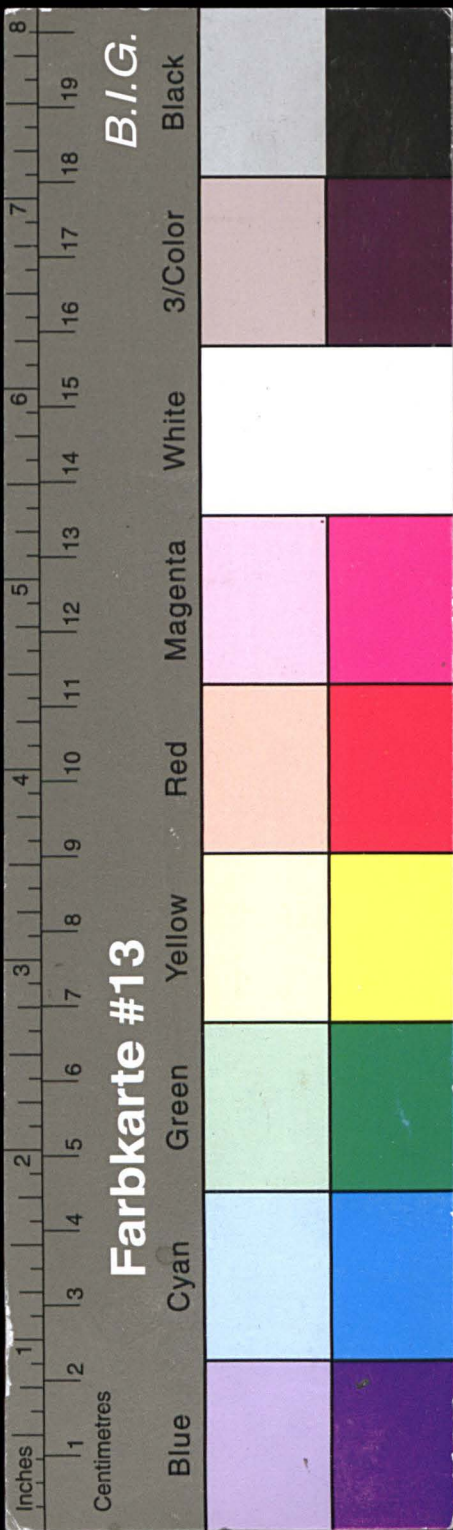
Die Grundbuchliste nimmt also jede einzelne Kontonummer mit den entsprechenden Beträgen auf und weist beliebige, noch festzustellende Zwischensummen sowie die Endsumme je Kassenstelle aus.

Für die evtl. Benachrichtigung der Altsparer werden die bewerteten Lochkarten wie folgt weiterbearbeitet:

Mit dem Kartenmischer wird hinter jede Lochkarte eine Leerkarte eingemischt. Anschließend erfolgt die Lochschriftübersetzung der hintereinander liegenden Karten mit Folgekartenbeschriftung. Für jede Kontonummer liegt nunmehr also eine gelochte und eine ungelochte Karte vor, die jedoch beide lochschriftübersetzt sind.

Durch die Sortiermaschine werden die beiden Kartenarten voneinander getrennt. Die zweite Karte mit folgendem Aufdruck dient als Benachrichtigung oder Gutschriftsanzeige für den Altsparer:





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

Sp. St.	Konto-Nr.	RM-Guthaben 20. 6. 1948	RM-Guthaben 1. 1. 1940	Entschädigungs- fähiger RM-Betrag	Entschädigungs- Gutschrift 13,50/0 DM	Jahreszinsen DM

## Städtische Sparkasse Duisburg Altsparer-Guthaben (Entschädigungs-Gutschrift)

_____
_____
_____
_____
_____


**Bitte beachten!** Über das Altsparer-Entschädigungsguthaben kann erst nach Freigabe durch die Bundesregierung verfügt werden. Bei der Verfügung ist diese Karte vorzulegen. Außerdem hat sich der Verfügende bei der ersten Verfügung zu legitimieren. Nach der ersten Verfügung hat diese Entschädigungs-Benachrichtigung den Charakter eines qualifizierten Legitimationspapiers nach § 808 BGB. Die Sparkasse ist von diesem Zeitpunkt an berechtigt, aber nicht verpflichtet, an jeden Vorleger dieser Karte freigegebene Entschädigungsguthaben auszu zahlen. Diese Karte ist deshalb sorgfältig aufzubewahren.

Sie wird später noch mit der Anschrift des Altsparers versehen, und zwar derart, daß sie in einem Fensterbriefumschlag versandt werden kann. (Für unter 100,— DM Entschädigungsberechtigte nicht vorgesehen.)

Die gelochte (Ursprungs-)Karte findet Verwendung als Kontokarte und wird ebenfalls mit einem Aufdruck für spätere Kontenbewegungen versehen.

Für die Durchführung der geschilderten Arbeiten im IBM-Lohnarbeitsdienst fallen etwa folgende Kosten an:

### a) Arbeitskosten

Lochen und Prüfen, maschinelle Bearbeitung (Mischen, Sortieren, Rechnen und Auswerten der Lochkarten wie Lochschriftübersetzung)  
Preis %/oo Karten = 70,80 DM  
= 71 000 × 70,80 rd. 5 000,— DM

### b) Materialkosten

rd. 1 100,— DM  
rd. 6 100,— DM

Die Gesamtkosten setzen sich zusammen aus 8 500,— DM für Betriebsangehörige und 6 100,— DM IBM-Lohnarbeitsdienstkosten, das sind 0,32 DM pro Konto, auf denen eine Entschädigungsgutschrift erfolgte, da von den 71 000 Konten nur rund 46 000 für eine Entschädigung infrage kamen (Ausfall der Konten unter 20,— RM, Konten von Gläubigern, die in der Ostzone oder im Ausland leben); hinzuzurechnen ist noch ein kleiner Aufwand, der beim Übertrag von den vorläufigen Kontokarten auf die echten Sparkonten entsteht.

Hier kann aber wesentlich durch Arbeitsteilung eingespart werden; z. B. werden die Altsparer durch Zeitungsnotiz zur Entgegennahme der Entschädigungsgutschrift zur Sparkassenstelle gebeten. (Alphabetisch auf einen sechswöchigen Zeitraum verteilt.) Bei dieser Gelegenheit läßt sich die Entschädigungsgutschrift

auf das laufende Sparkonto und Sparbuch gleichzeitig maschinell einbuchen. Das Nachtragen im Sparbuch erübrigt sich und ein großer Arbeitsanfall von Entschädigungsgutschriften kann nach dieser Arbeitsmethode auf lebende Sparkonten übertragen werden. Aus Ersparnisgründen kann die Entschädigungsgutschriftskarte — siehe oben — gleichzeitig als vereinfachtes Sparkassenbuch ihren Zweck erfüllen. Zur Aufbewahrung durch den Sparer kann eine ansprechende Altsparer-Kontokartentasche an den Abholer der Entschädigungsgutschriftskarte ausgehändigt werden. Die Vorderseite der Kartentasche zeigt die Sparkassenbezeichnung, und die Rückseite gibt die „Allgemeinen Bestimmungen über Altsparer-Entschädigungsguthaben“ wieder. Diese Altsparer-Kontokartentasche ist nur für Entschädigungsguthaben von über 100,— DM vorgesehen.

Auf der Kontokartentasche sollte jedoch herausgestellt werden, daß die Sparkasse sofort nach Freigabe der Entschädigungsguthaben durch die Bundesregierung eine Guthabenübertragung auf bereits bestehende oder neue ordentliche Sparbücher gebührenfrei vornimmt.

Aus Gründen der Betriebssicherheit und unter dem Gesichtswinkel der künftigen Altsparerabwicklung — dabei bleibt die heutige im Fluß befindliche Gesetzgebung besonders zu beachten — kann leider der zweifellos psychologisch richtige Weg der Sofortgutschrift auf lebende oder neue ordentliche Sparbücher nicht unbedenklich empfohlen werden. (Ausnahme der Beträge unter 100,— DM)

Ab 15. 10. 1953 wird unsere Sparkasse nach der geschilderten Arbeitsmethode bereit sein, die Altsparer durch Zeitungsnotiz in der alphabetischen Reihenfolge aufzurufen, um an den Kassenschaltern die Entschädigungsgutschriftskarte entgegenzunehmen bzw. die Entschädigungsgutschriften unter 100,— DM auf die lebenden Sparkonten gutschreiben zu lassen.

Nr. 56 B. Bl. 8/1953

H. Ruhland, Duisburg

## Urkundenverwahrung und Urkundenverwaltung

Die Verwahrung der für ein Kreditverhältnis wichtigen Urkunden wird bei den Sparkassen von dem Grundsatz beherrscht, daß Urkunden mit Wertcharakter in der Stahlkammer bzw. in einem feuersicheren Schrank unter Doppelverschluß aufzubewahren sind (s. Sparkassenheft Nr. 1 n. F. „Schriftgutablage der Sparkassen“ Seite 27). Die Form der Verwaltung der Urkunden wird durch das Bestreben bestimmt, möglichst schnell feststellen zu können, wo sich die einzelnen Urkunden befinden (Stahlkammer, Kreditabteilung oder vorübergehend außerhalb der Sparkasse). Die Erfahrung hat gezeigt, daß die nach diesem Gesichtspunkt entwickelten Techniken der Verwaltung und Verwahrung den Geschäftsablauf außerordentlich belasten; sie hat aber auch gelehrt, daß die Sicherheit nicht gefährdet wird, wenn betriebsgünstigere Verfahren zur Anwendung kommen, die eine Lockerung der bisherigen Grundsätze voraussetzen. Es erscheint angebracht, aus diesen Erfahrungen die notwendigen Folgerungen zu ziehen und zu versuchen, zeitgemäße Grundsätze und Richtlinien für die Verwahrung und Verwaltung von Urkunden aufzustellen.

### 1. Verwahrung

Urkunden in dem hier erörterten Sinne sind Beweisunterlagen für der Sparkasse zustehende Rechte. Aus diesem Charakter der Urkunden erwächst für die Sparkasse die Verpflichtung, sie einmal vor Vernichtung und zum anderen vor einer unrechtmäßigen Verwertung zu schützen.

Ein ausreichender Schutz gegen Vernichtung kann durch die Aufbewahrung der Urkunden in der Stahlkammer oder in einem feuersicheren Schrank außerhalb der Stahlkammer als gegeben angesehen werden. Die absichtliche Vernichtung einer Urkunde durch einen Bediensteten der Sparkasse bleibt hierbei unberücksichtigt, da sie nach der bisherigen Erfahrung nicht anzunehmen ist und im übrigen auch durch wirtschaftlich vertretbare Sicherheitsmaßnahmen nicht verhindert werden könnte. Ob die Verwahrung unter Doppelverschluß oder Einzelverschluß erfolgt, ist unter dem Gesichtspunkt der Schutzmaßnahmen gegen Vernichtung ohne Bedeutung. Der Doppelverschluß führt zu keiner erhöhten, der Einzelverschluß zu keiner geminderten Sicherheit. Dem Einzelverschluß wird aber der Vorzug gegeben, da er arbeitsgünstiger ist.

Im Hinblick auf die Schutzmaßnahmen gegen eine unrechtmäßige Verwertung sind zwei Gruppen von Urkunden zu unterscheiden:

- Urkunden, bei denen die Möglichkeit der Verwertung durch nur einen Bediensteten der Sparkasse besteht (z. B. Wertpapiere, Sparkassenbücher, Depotwechsel);
- Urkunden, die nur unter Mitwirkung der Sparkassenleitung verwertet werden können (z. B. Hypothekenbriefe, Grundschuldbriefe, Abtretungserklärungen usw.)

Von den Urkunden der Gruppe a) nehmen die Wertpapiere eine Sonderstellung ein, da ihre Verwahrung gemäß § 17 Depotgesetz nach den Vorschriften des Depotgesetzes zu erfolgen hat. Für den Sicherungnehmer wird deshalb zweckmäßig in der Depotabteilung ein Depotkonto eröffnet und dieses Konto mit einem Verpfändungsvermerk versehen. Alle übrigen zur Gruppe a) gehörenden Urkunden sind in der Stahlkammer oder in feuersicheren Schränken unter

Doppelverschluß zu verwahren. Ob die Verwahrung unter Verantwortung der Kreditabteilung oder einer anderen Abteilung erfolgt, ist eine organisatorische Frage, die nach den personellen und sachlichen Möglichkeiten der Sparkasse zu bestimmen ist und nicht von der grundsätzlichen Regelung der Verwahrungsform berührt wird.

Bei Urkunden der Gruppe b) ist durch die bei ihrer Verwertung notwendige Mitwirkung der Sparkassenleitung das im Sicherheitssystem der Sparkasse wichtige Vieraugenprinzip zwangsläufig gewahrt. Darüber hinausgehende Schutzmaßnahmen gegen eine unrechtmäßige Verwertung sind nicht erforderlich. Die Sparkasse hat für den Kreis dieser Urkunden ihre Sorgfaltspflicht erfüllt, wenn sie die notwendigen Maßnahmen gegen ihre Vernichtung beachtet. Damit kann als Ergebnis festgehalten werden, daß alle zur Gruppe b) gehörenden Urkunden unter einfachen Verschluß aufbewahrt werden können. Vom organisatorischen Standpunkt aus ist dabei der Aufbewahrung der Sicherheiten in den Kreditakten der Vorzug zu geben, vorausgesetzt, daß die Kreditakten in feuersicheren Schränken aufbewahrt werden können. Sind derartige Schränke nicht vorhanden, so werden den einzelnen Kreditsachbearbeitern entsprechende Gelasse in der Stahlkammer zur Verfügung zu stellen sein. An dem Grundsatz des Einzelverschlusses kann auch dann festgehalten werden, wenn bei Sparkassen aus besonderen Gründen die Urkunden in einem besonderen Sicherheitendepot zentral verwaltet werden.

### 2. Verwaltung

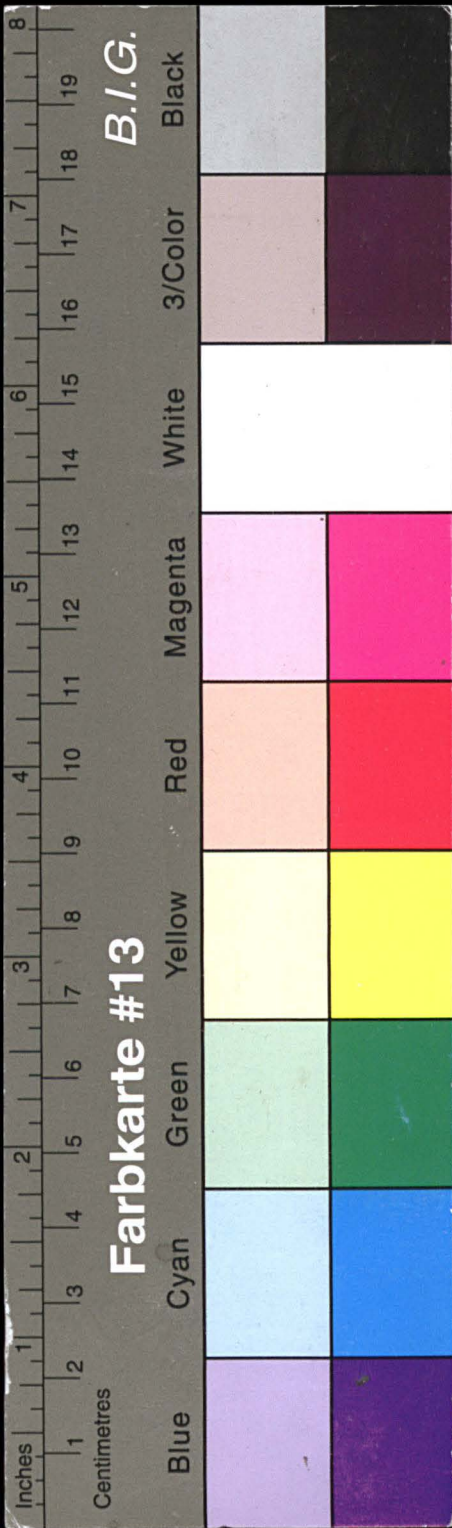
Während die Maßnahmen der Verwahrung auf den Schutz gegen Vernichtung und unrechtmäßige Verwertung der Urkunden ausgerichtet sind, soll durch die Maßnahmen der Verwaltung sichergestellt werden, daß jederzeit festgestellt werden kann

- welche Urkunden von der Sparkasse hereingenommen wurden,
- wo sich diese Urkunden befinden.

Die Feststellung, welche Urkunden hereingenommen wurden, braucht sich nur auf das einzelne Kreditverhältnis bzw. sämtliche Kreditverhältnisse eines Schuldners zu beziehen. Für die Ermittlung des Gesamtbestandes der im Kreditgeschäft hereingenommenen Urkunden besteht kein praktisches Bedürfnis, zumal derartigen Bestandsaufstellungen mit Rücksicht auf die in vielen Fällen nur stückmäßige Bewertung der Urkunden ein nur sehr bedingter Wert beizumessen ist.

Welche Urkunden von der Sparkasse in dem einzelnen Kreditverhältnis hereingenommen wurden und wo sich diese Urkunden befinden, kann den Kreditakten entnommen werden, wenn sie ordnungsmäßig geführt sind. Die Kreditverträge geben Auskunft über die hereingenommenen Urkunden. Aus dem Schriftwechsel ist ersichtlich, ob Urkunden zur Berichtigung oder aus anderen Gründen versandt wurden. Ist derartige Schriftwechsel nicht vorhanden, müssen sich die Urkunden der bei der Sparkasse üblichen Verwahrungsform entsprechend in der Kreditakte oder in der Stahlkammer befinden. Hieraus ließe sich die Folgerung ziehen, daß außer einer ordnungsmäßigen Aktenführung keine besonderen Maßnahmen für die Verwaltung der Urkunden zu treffen sind. Diese Folgerung berücksichtigt aber nur zum Teil die tatsächlichen Verhältnisse der Praxis und kann nicht zu





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

einem allgemeinen Grundsatz erhoben werden. Sie bedarf einer sinngemäßen Anpassung an den Umfang des Kreditgeschäfts der einzelnen Sparkasse und führt dann zu folgendem Ergebnis:

- Kleinere und mittlere Sparkassen können bei ordnungsmäßiger Aktenführung auf besondere Verwaltungsmaßnahmen verzichten. Es ist aber zu empfehlen, insbesondere bei größeren Krediten, die hereingenommenen Urkunden auf dem Vordruck der Kreditakte (Vordruck Nr. 9461 des Sparkassenverlages) zu vermerken. Vorübergehend von der Sparkasse herausgegebene Sicherheiten (z. B. Hypotheken- und Grundschuldbriefe) sollten in einem laufend geführten Register vermerkt werden, damit eine zweckmäßige Überwachung und Terminkontrolle zur Verfügung steht.
- Bei Großsparkassen ist aus Gründen der Übersichtlichkeit eine karteimäßige Erfassung der Urkunden zu empfehlen. Da bei diesen Sparkassen in der Regel die Verwahrung der Kreditsicherheiten in einem zentral geführten Sicherheiten-depot erfolgt, werden für eine solche karteimäßige Erfassung zweckmäßig Vordruck Nr. 6851 des Sparkassenverlages oder nach dem gleichen Prinzip aufgebaute Karteivordrucke benutzt. Das Ver-

fahren bei Verwendung des Vordrucks Nr. 6851 ist im Sparkassenheft Nr. 1 n. F. „Die Schriftgutablage der Sparkassen“ S. 28/29 ausführlich dargestellt.

Sobald die Kredite und Darlehen abgedeckt sind, sind die Urkunden den Sicherungsgebern gegen Quittung zurückzugeben. Ist eine persönliche Aushändigung nicht möglich, so kann eine Übersendung durch Einschreiben oder Wertbrief, je nach dem Charakter der Urkunden, erfolgen. Kann aus irgendeinem Grunde die Herausgabe der Urkunden nicht erfolgen (z. B. ungeklärte Erbschaft), so sollten die Urkunden in einem hierfür besonders einzurichtenden Depot in der Depotabteilung verwahrt werden. Verfügungen über dieses Depot sollten nur mit Zustimmung der Innenrevision oder der Sparkassenleitung zulässig sein.

Pfandentlassungen, Löschungsbewilligungen und lösungsfähige Quittungen werden zweckmäßig in ein Lösungsregister eingetragen. Bei der Unterschriftsleistung ist das Register vorzulegen und jede Eintragung ist von den Zeichnungsberechtigten (§ 11 Abs. 1 Satz 2 MuSa) mit Handzeichen zu versehen.

Die ordnungsmäßige Rückgabe der Kreditsicherheiten ist von der Innenrevision laufend zu überwachen.

Nr. 57 B. Bl. 8/1953

Krüger, Bonn

## Gehaltsabrechnung mit Registrierkassen

Vielfach werden die Gehaltsabrechnungen auch heute noch handschriftlich erstellt. Man bedient sich dabei in den meisten Fällen verschiedener Durchschreibeverfahren. An Versuchen, die Gehaltsabrechnungen mit den vorhandenen Walzenbuchungsmaschinen zu erstellen, hat es nicht gefehlt. Sie scheiterten in der Regel daran, daß bei den genannten Maschinen für die Vielzahl der darzustellenden Abzüge zu wenig Zählwerke zur Verfügung standen. Die Anschaffung von Spezialmaschinen für Gehaltsabrechnungen ist wohl für fast alle Sparkassen indiskutabel, da der erzielte Erfolg in keinem Verhältnis zu dem Anschaffungspreis steht. Daß man bei der Gehaltsberechnung bisher kaum auf die vorhandenen Registrierbuchungsmaschinen zurückgegriffen hat, liegt wohl in der Hauptsache daran, daß diese Maschinen nicht die Möglichkeit haben, die Abrechnung in horizontaler Form darzustellen. Das ist jedoch nicht erforderlich. Viele der heute bei den Sparkassen in Betrieb befindlichen Registrierbuchungsmaschinen sind mit zehn und mehr Soll- bzw. Habenzählwerken ausgerüstet. Es ist damit durchaus möglich, Gehaltsabrechnungen mit weitestgehender Spezifikation der einzelnen Abzugsarten zu erstellen.

Die Gehaltskarten werden in Kontenform geführt. Zweckmäßigerweise bedient man sich der faltbaren Doppelkonten, da ein Blatt bei rationeller Aufteilung grundsätzlich für zwölf Monate ausreicht. Es bleibt außerdem soviel Platz übrig, daß man allen Erfordernissen, die durch die Steuergesetzgebung an das sogenannte „Lohnkonto“ gestellt werden (Name, Beruf, Geburtstag, Wohnsitz, Steuerklasse etc.) Rechnung tragen kann. Die Beschriftung der Gehaltskarte erfolgt durch die Druckstelle an der Maschine, die normalerweise das Spar- bzw. Scheckkonto bedruckt. Der Sparbuchdrucktisch liefert die Abrechnung für den Arbeitnehmer. Eine Zusammenfassung aller Einzelberechnungen ist durch den Journalstreifen gegeben.

Bei neutralem Zählwerksdruck (1, 2, usw.) oder einer Beschriftung, die dem wirklichen Vorgang nicht entspricht, wäre eine Erläuterung auf der Gehaltskarte und der Abrechnung für den Arbeitnehmer leicht möglich.

Eine mit Registrierbuchungsmaschinen erstellte Gehaltsabrechnung würde etwa so aussehen:

1.II.53 Bruttogehalt	*** 367,90	HA
1.II.53 *** 19,40 Lohnsteuer	.....	1
1.II.53 *** 2,75 Notopfer Berlin	.....	2
1.II.53 *** 35,66 Soz.-Vers. (Arb.-Nehm.)	.....	3
1.II.53 *** 8,40 Zusatzversorgung „	.....	4
1.II.53 *** 0,97 evgl. Kirchensteuer	.....	5
1.II.53 *** 0,92 kath. Kirchensteuer	.....	6
1.II.53 *** 3,00 Betriebssparen	.....	7
1.II.53 *** 50,00 Vorschuß	.....	8
1.II.53 *** 3,60 Gewerkschaftsbeitrag	.....	9
1.II.53 Nettogehalt	*** 243,20	.....

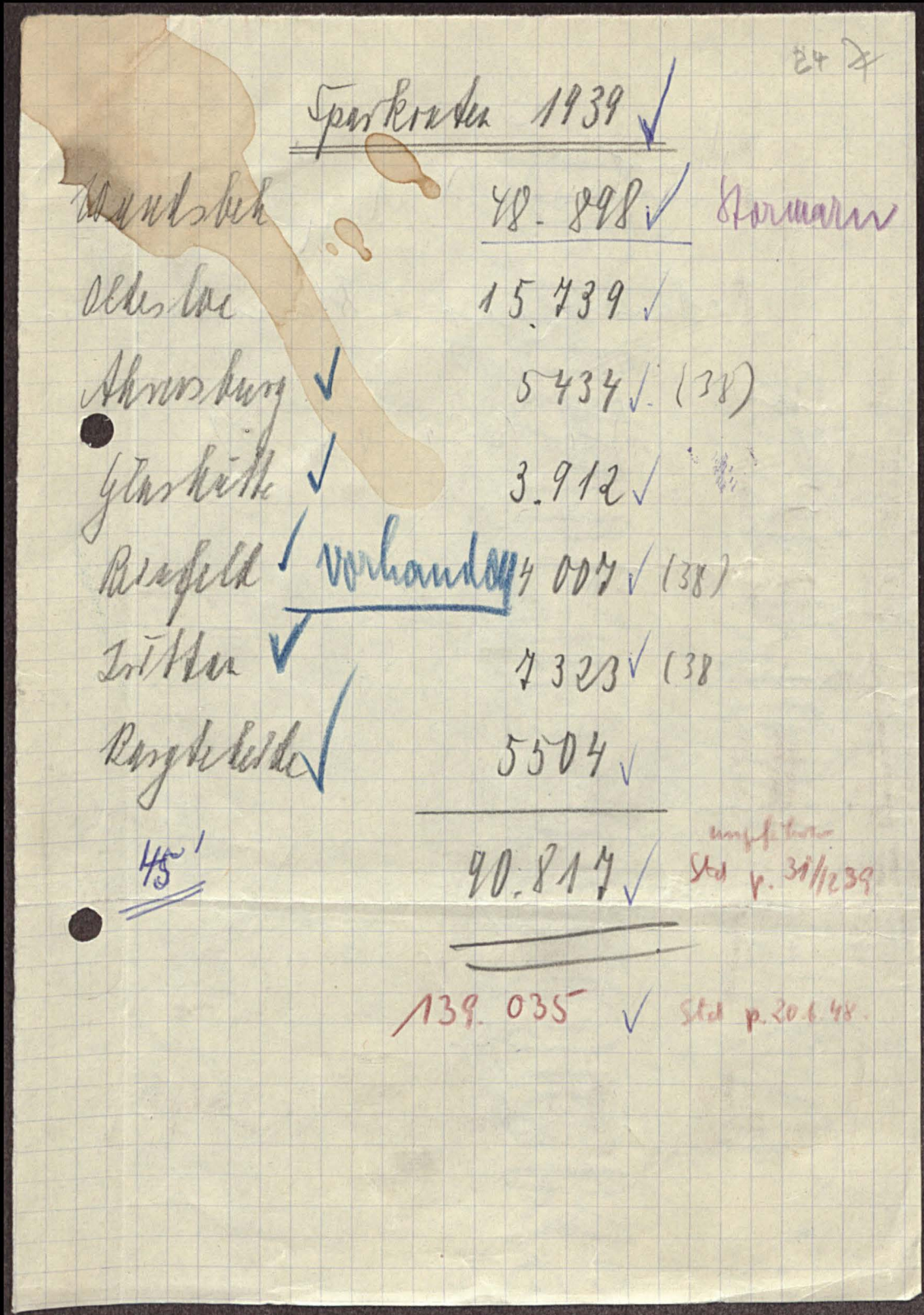
In vorstehendem Beispiel wurde das Bruttogehalt als „Alter Habensaldo“ vorgetragen, während die Abzüge über Sollzählwerke verbucht wurden. Nach Entleerung der Zählwerke stehen die Abzüge und die Vergütungen für die einzelnen Begünstigten fest; eine nachfolgende Kontrolle könnte sich also auf die richtige Errechnung nach den entsprechenden Tabellen und die richtige Zählwerksanrufung beschränken.

Nr. 58 B. Bl. 8/1953

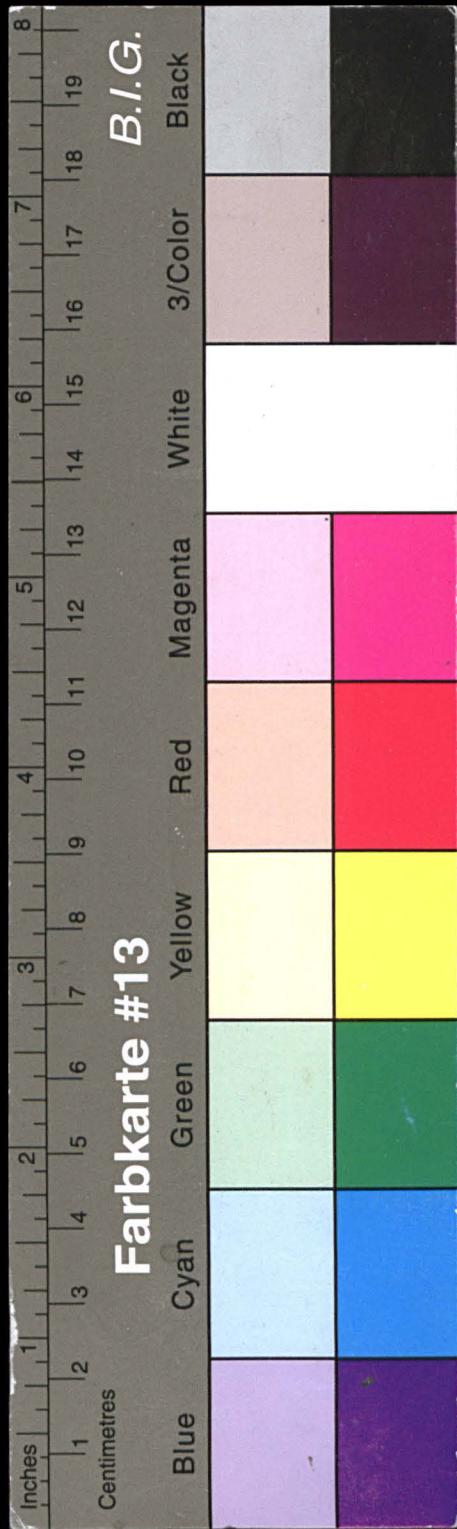
Sänger, Herne

## Inhaltsverzeichnis

Altsparerechtschädigung — Querschnitt durch die Diskussion über die technische Durchführung (Nr. 56) . . . . .	65
Urkundenverwahrung und Urkundenverwaltung (Nr. 57) . . . . .	71
Gehaltsabrechnung mit Registrierkassen (Nr. 58) . . . . .	72

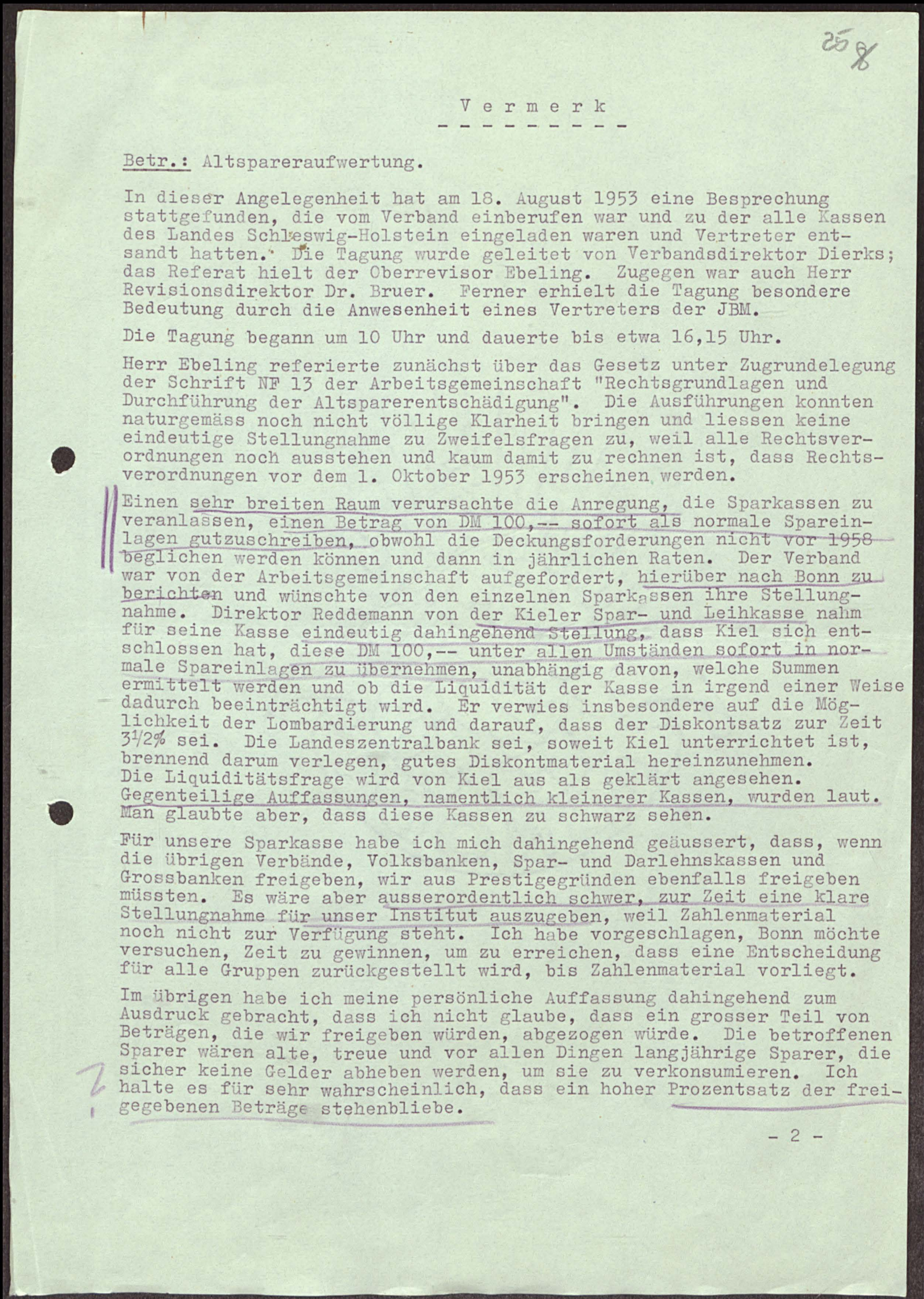
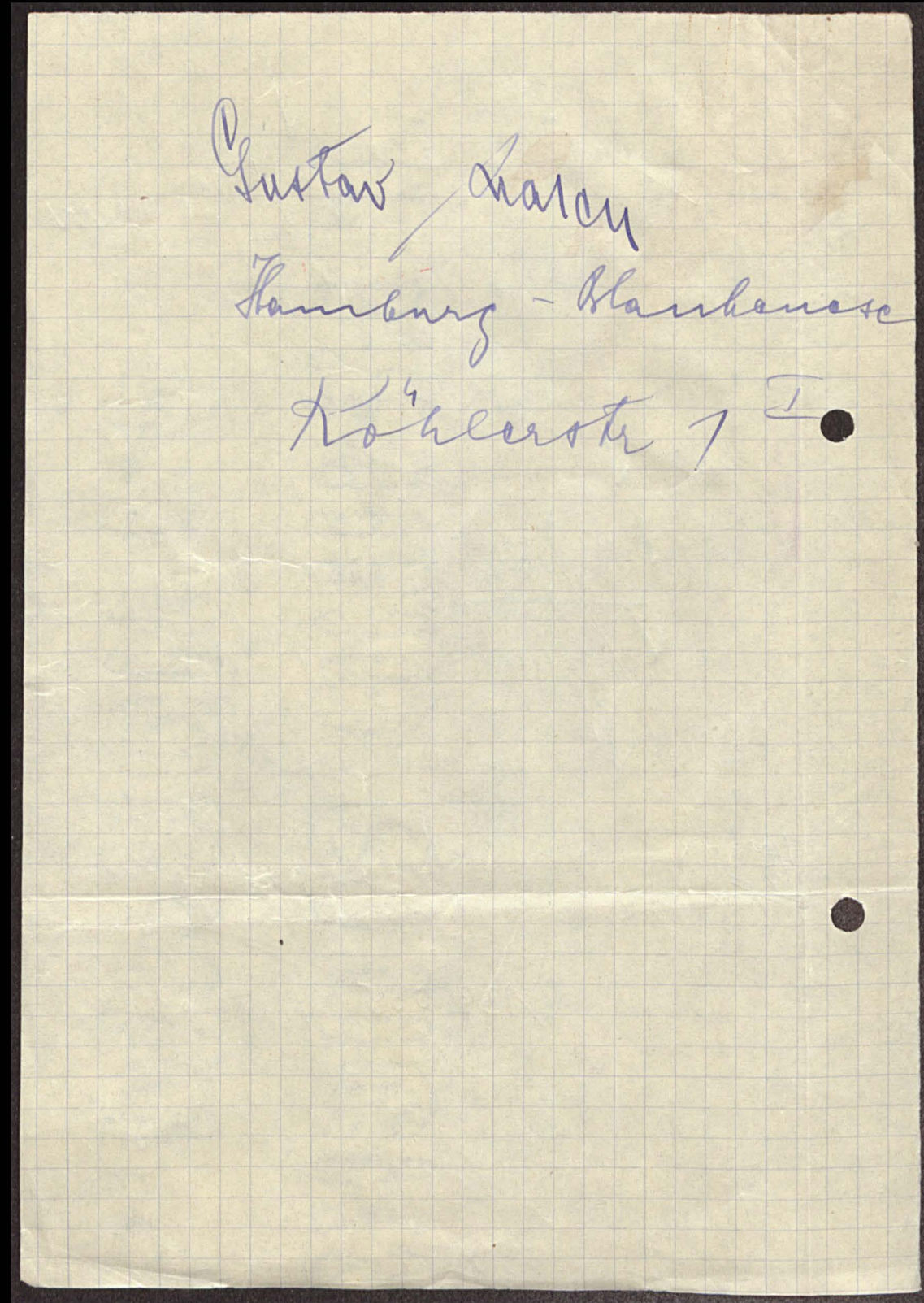






# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



258

V e r m e r k  
-----

Betr.: Altspareraufwertung.

In dieser Angelegenheit hat am 18. August 1953 eine Besprechung stattgefunden, die vom Verband einberufen war und zu der alle Kassen des Landes Schleswig-Holstein eingeladen waren und Vertreter entsandt hatten. Die Tagung wurde geleitet von Verbandsdirektor Dierks; das Referat hielt der Oberrevisor Ebeling. Zugegen war auch Herr Revisionsdirektor Dr. Bruer. Ferner erhielt die Tagung besondere Bedeutung durch die Anwesenheit eines Vertreters der JBM.

Die Tagung begann um 10 Uhr und dauerte bis etwa 16,15 Uhr.

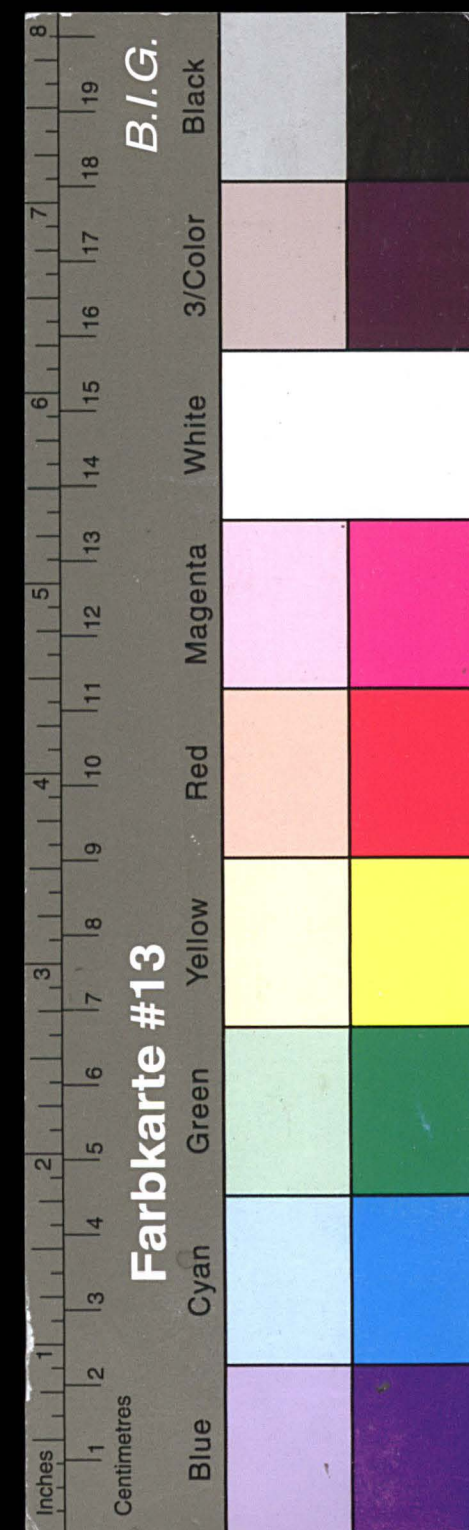
Herr Ebeling referierte zunächst über das Gesetz unter Zugrundelegung der Schrift NF 13 der Arbeitsgemeinschaft "Rechtsgrundlagen und Durchführung der Altsparerentschädigung". Die Ausführungen konnten naturgemäss noch nicht völlige Klarheit bringen und liessen keine eindeutige Stellungnahme zu Zweifelsfragen zu, weil alle Rechtsverordnungen noch ausstehen und kaum damit zu rechnen ist, dass Rechtsverordnungen vor dem 1. Oktober 1953 erscheinen werden.

Einen sehr breiten Raum verursachte die Anregung, die Sparkassen zu veranlassen, einen Betrag von DM 100,-- sofort als normale Spareinlagen gutzuschreiben, obwohl die Deckungsforderungen nicht vor 1958 beglichen werden können und dann in jährlichen Raten. Der Verband war von der Arbeitsgemeinschaft aufgefordert, hierüber nach Bonn zu berichten und wünschte von den einzelnen Sparkassen ihre Stellungnahme. Direktor Reddemann von der Kieler Spar- und Leihkasse nahm für seine Kasse eindeutig dahingehend Stellung, dass Kiel sich entschlossen hat, diese DM 100,-- unter allen Umständen sofort in normale Spareinlagen zu übernehmen, unabhängig davon, welche Summen ermittelt werden und ob die Liquidität der Kasse in irgend einer Weise dadurch beeinträchtigt wird. Er verwies insbesondere auf die Möglichkeit der Lombardierung und darauf, dass der Diskontsatz zur Zeit 3 1/2% sei. Die Landeszentralbank sei, soweit Kiel unterrichtet ist, brennend darum verlegen, gutes Diskontmaterial hereinzunehmen. Die Liquiditätsfrage wird von Kiel aus als geklärt angesehen. Gegenteilige Auffassungen, namentlich kleinerer Kassen, wurden laut. Man glaubte aber, dass diese Kassen zu schwarz sehen.

Für unsere Sparkasse habe ich mich dahingehend geäußert, dass, wenn die übrigen Verbände, Volksbanken, Spar- und Darlehnskassen und Grossbanken freigeben, wir aus Prestigegründen ebenfalls freigeben müssten. Es wäre aber ausserordentlich schwer, zur Zeit eine klare Stellungnahme für unser Institut auszugeben, weil Zahlenmaterial noch nicht zur Verfügung steht. Ich habe vorgeschlagen, Bonn möchte versuchen, Zeit zu gewinnen, um zu erreichen, dass eine Entscheidung für alle Gruppen zurückgestellt wird, bis Zahlenmaterial vorliegt.

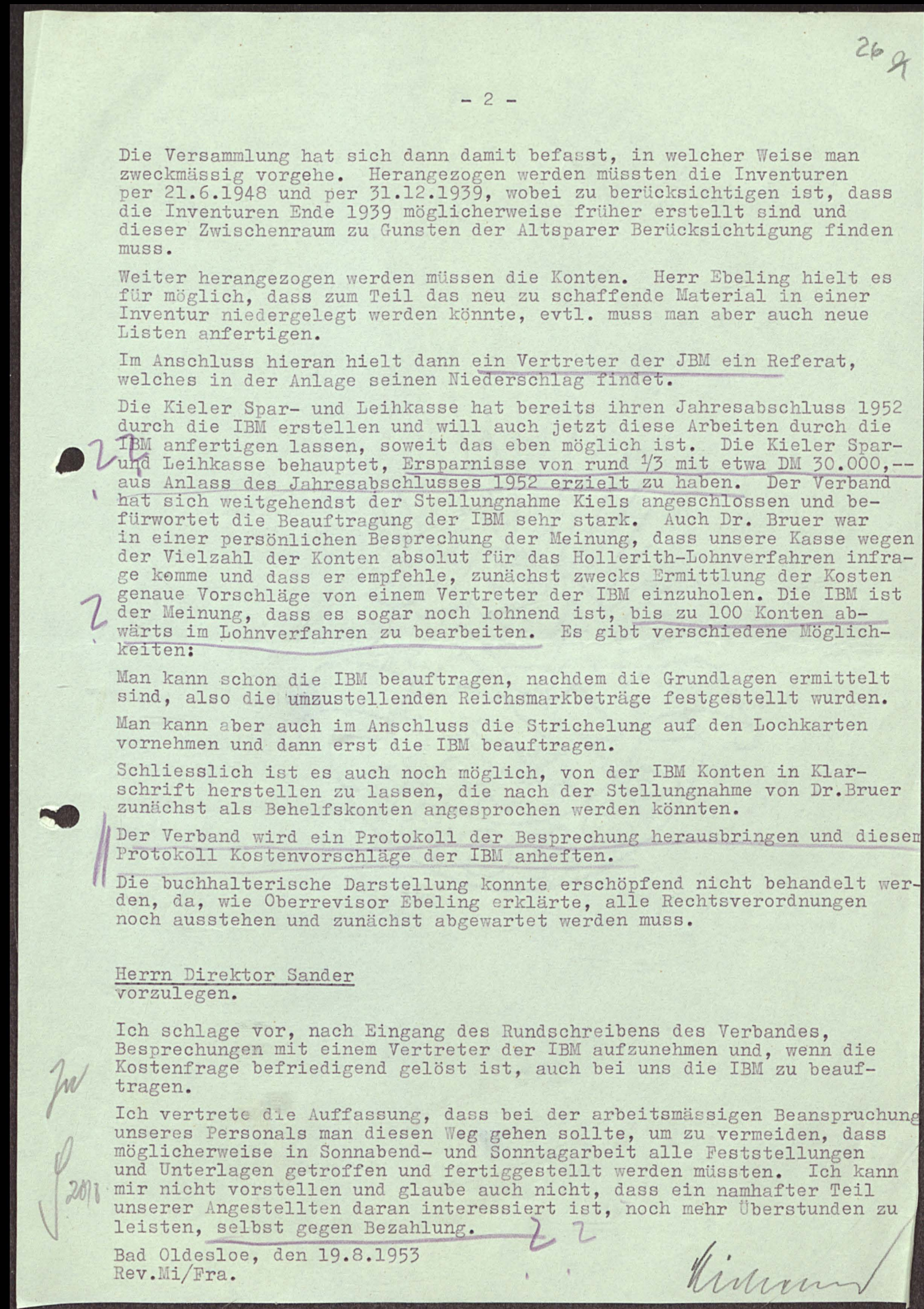
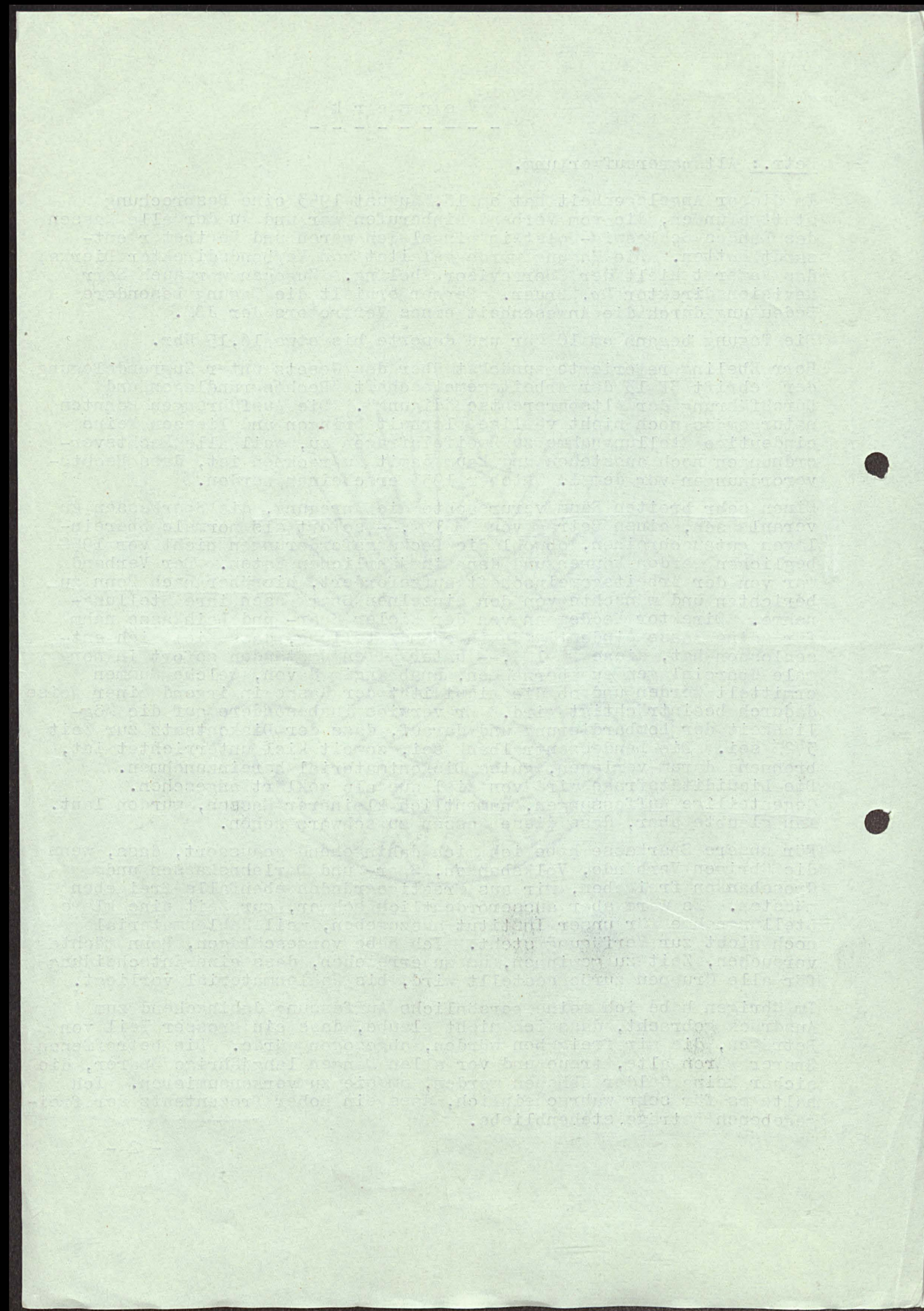
Im übrigen habe ich meine persönliche Auffassung dahingehend zum Ausdruck gebracht, dass ich nicht glaube, dass ein grosser Teil von Beträgen, die wir freigeben würden, abgezogen würde. Die betroffenen Sparer wären alte, treue und vor allen Dingen langjährige Sparer, die sicher keine Gelder abheben werden, um sie zu verkonsumieren. Ich halte es für sehr wahrscheinlich, dass ein hoher Prozentsatz der freigegebenen Beträge stehenbliebe.



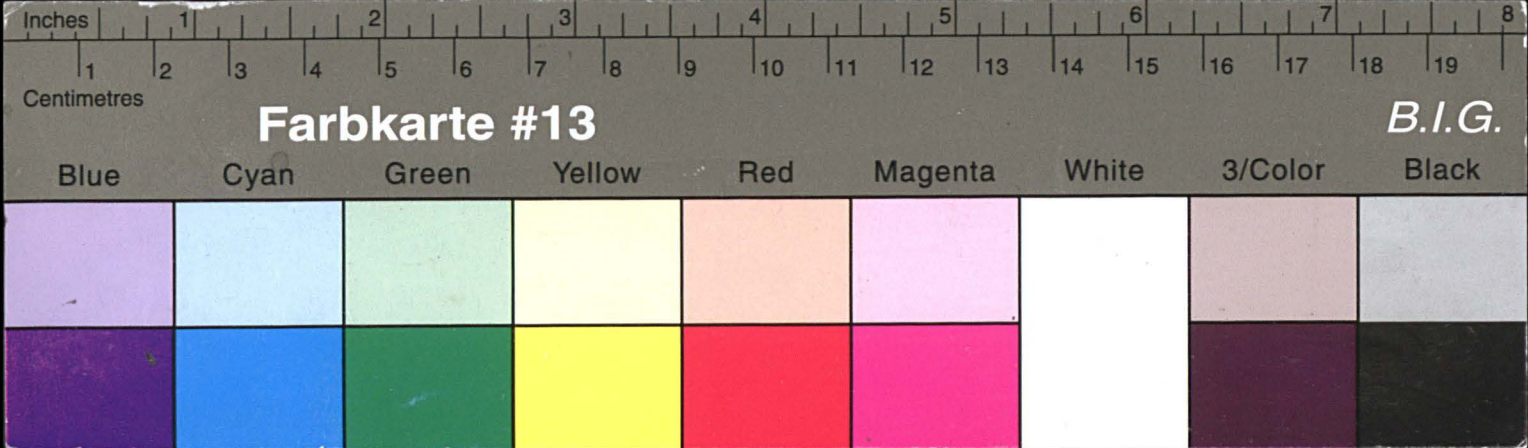


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

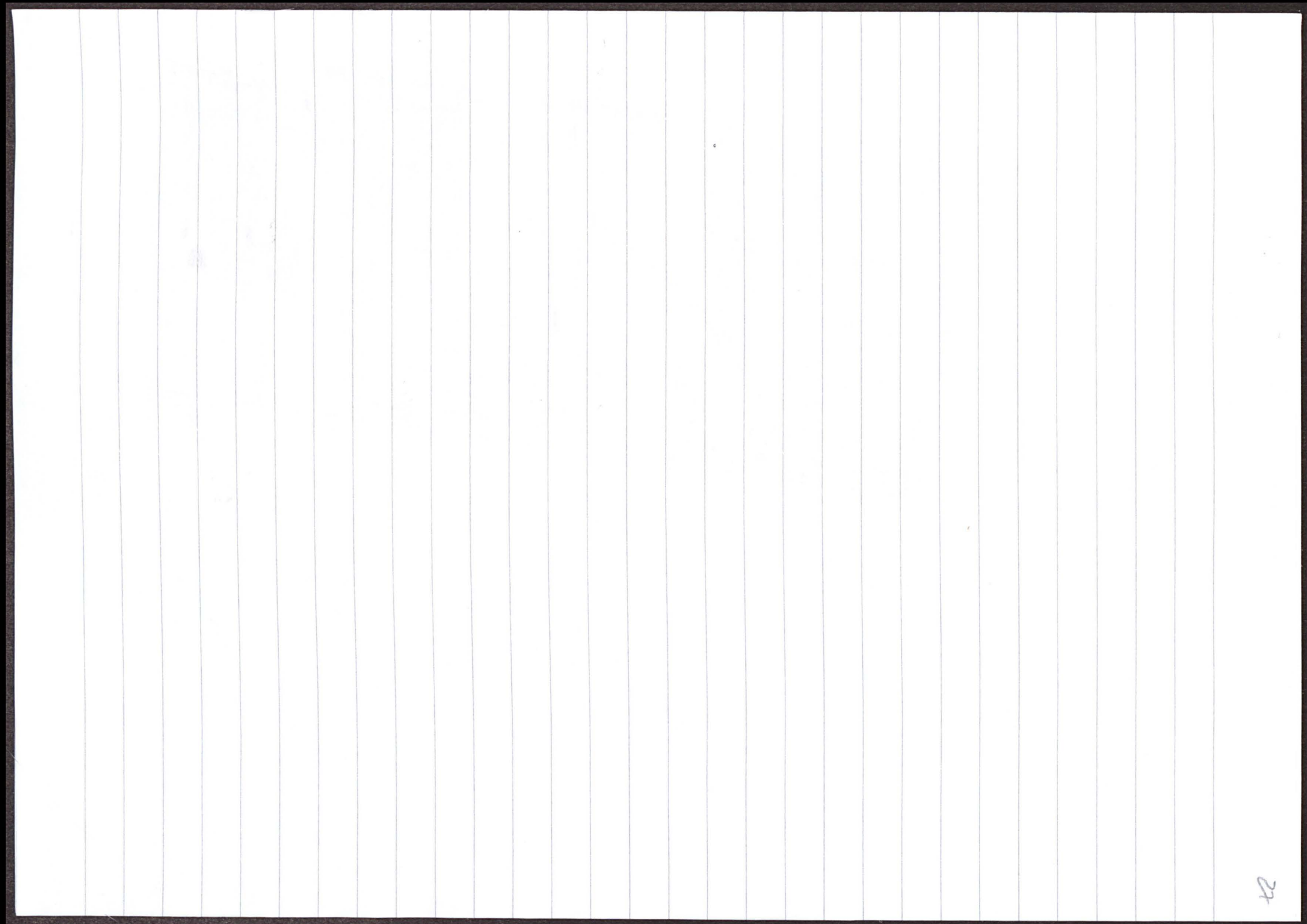
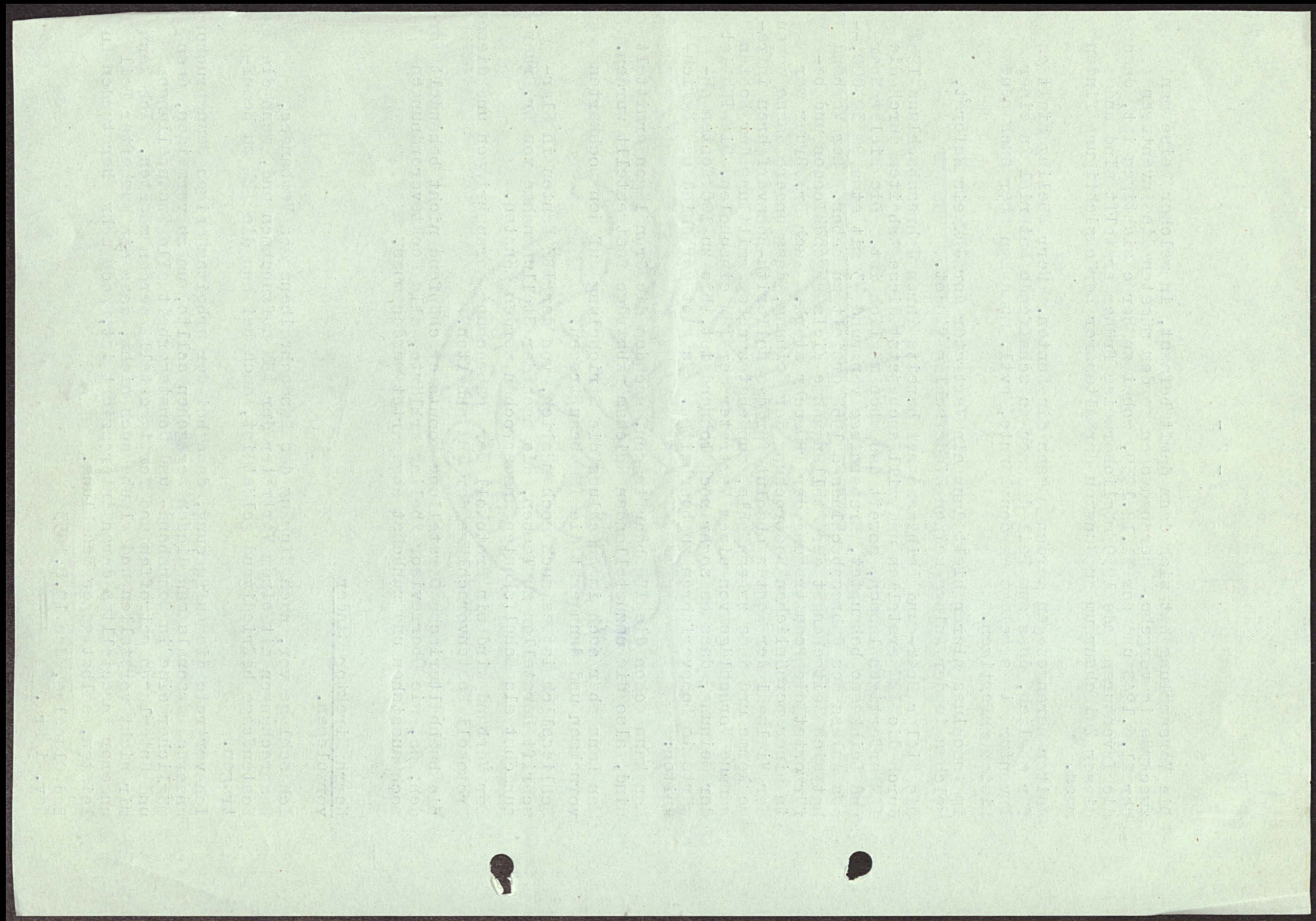




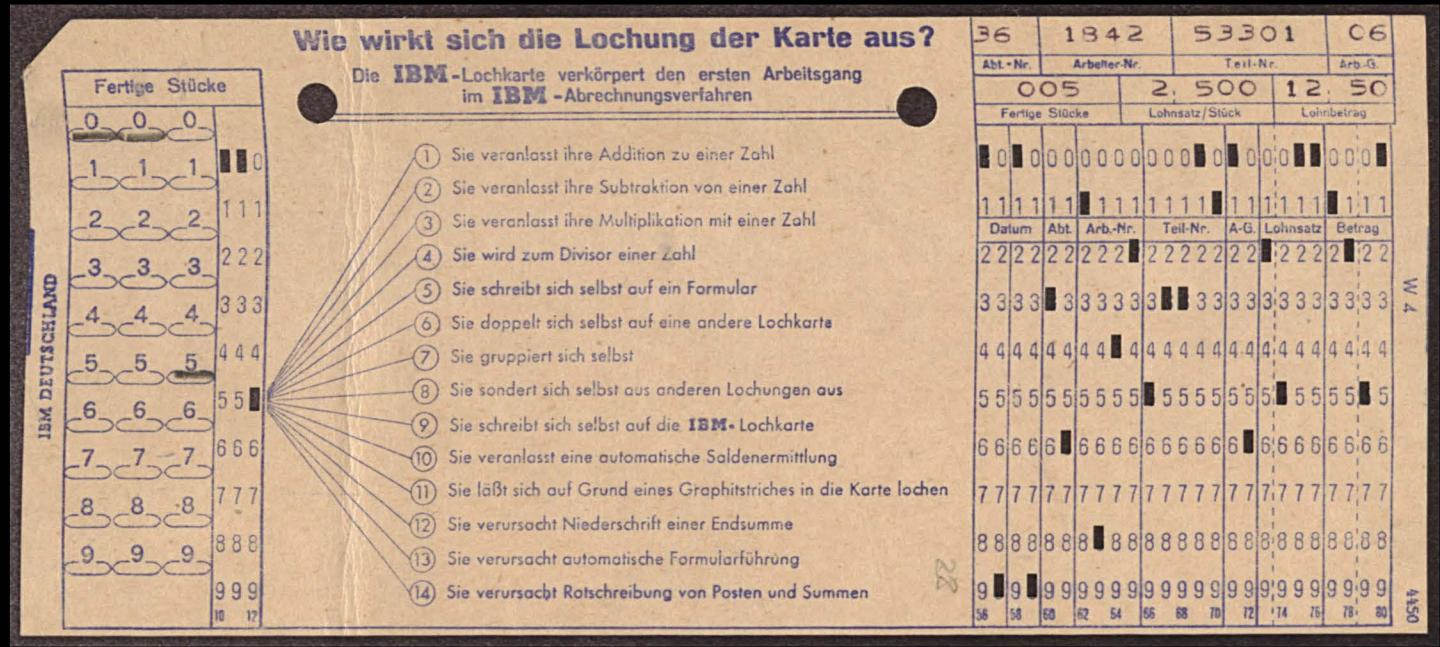


# Kreisarchiv Stormarn E103

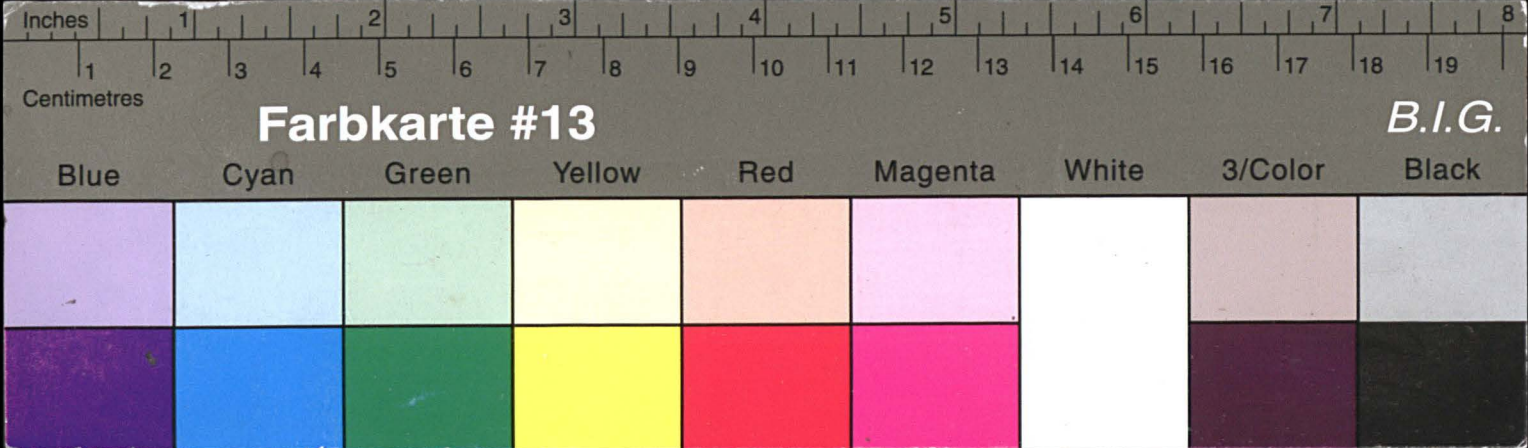
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552





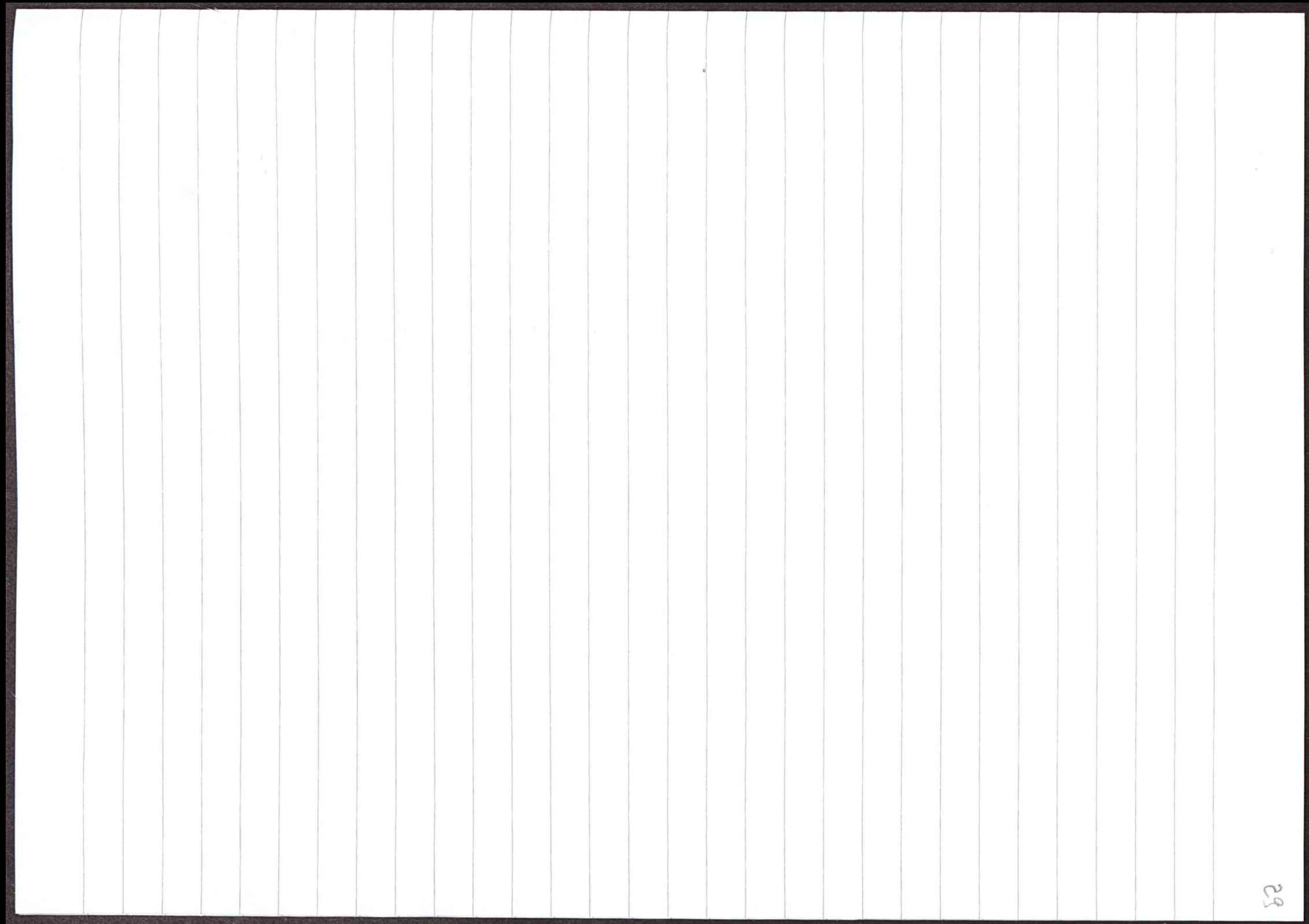
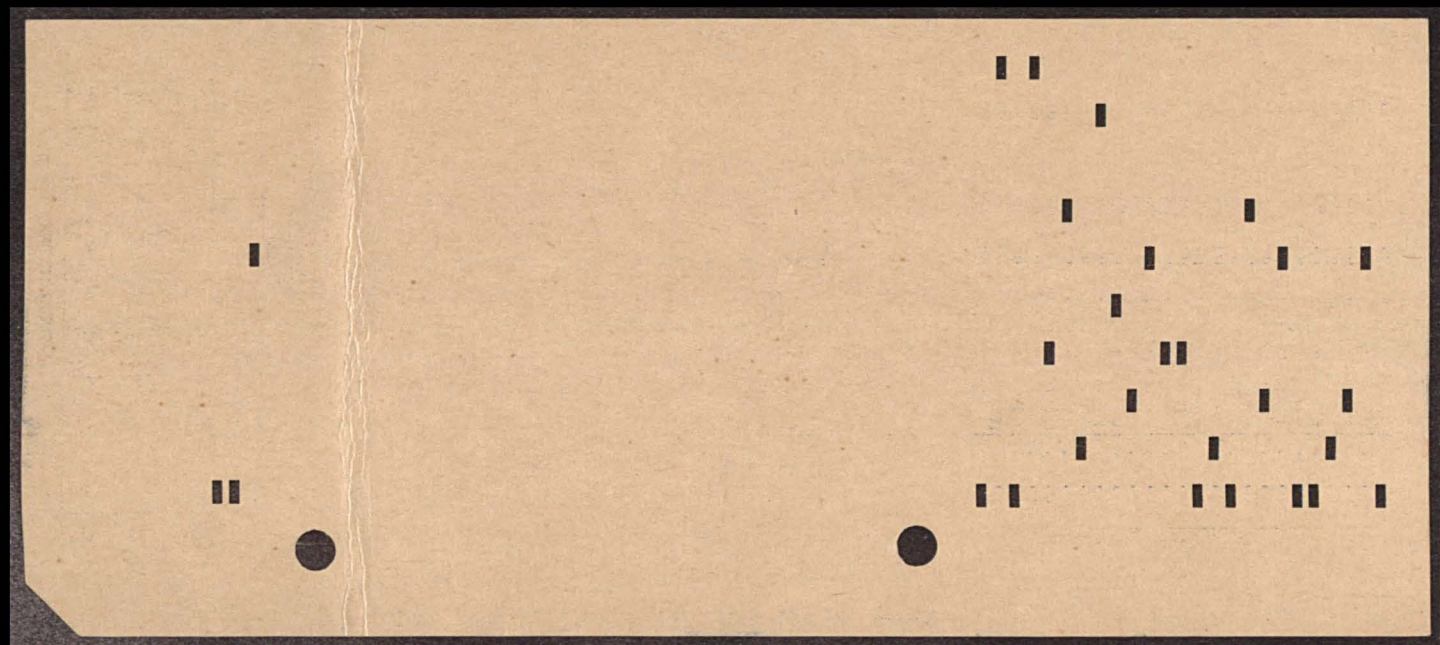




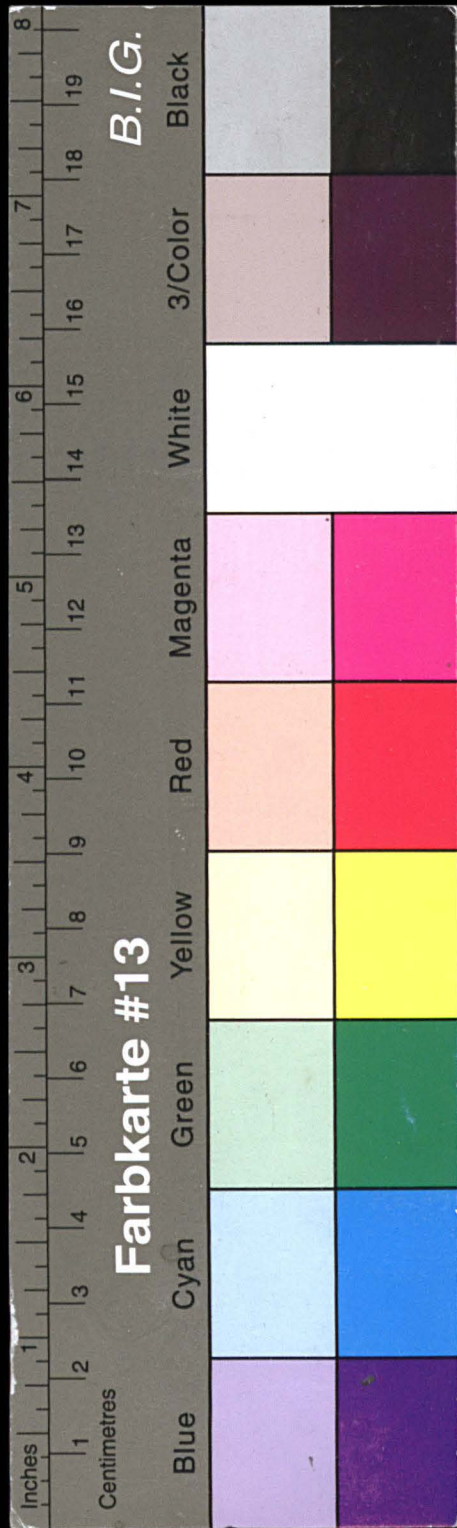


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

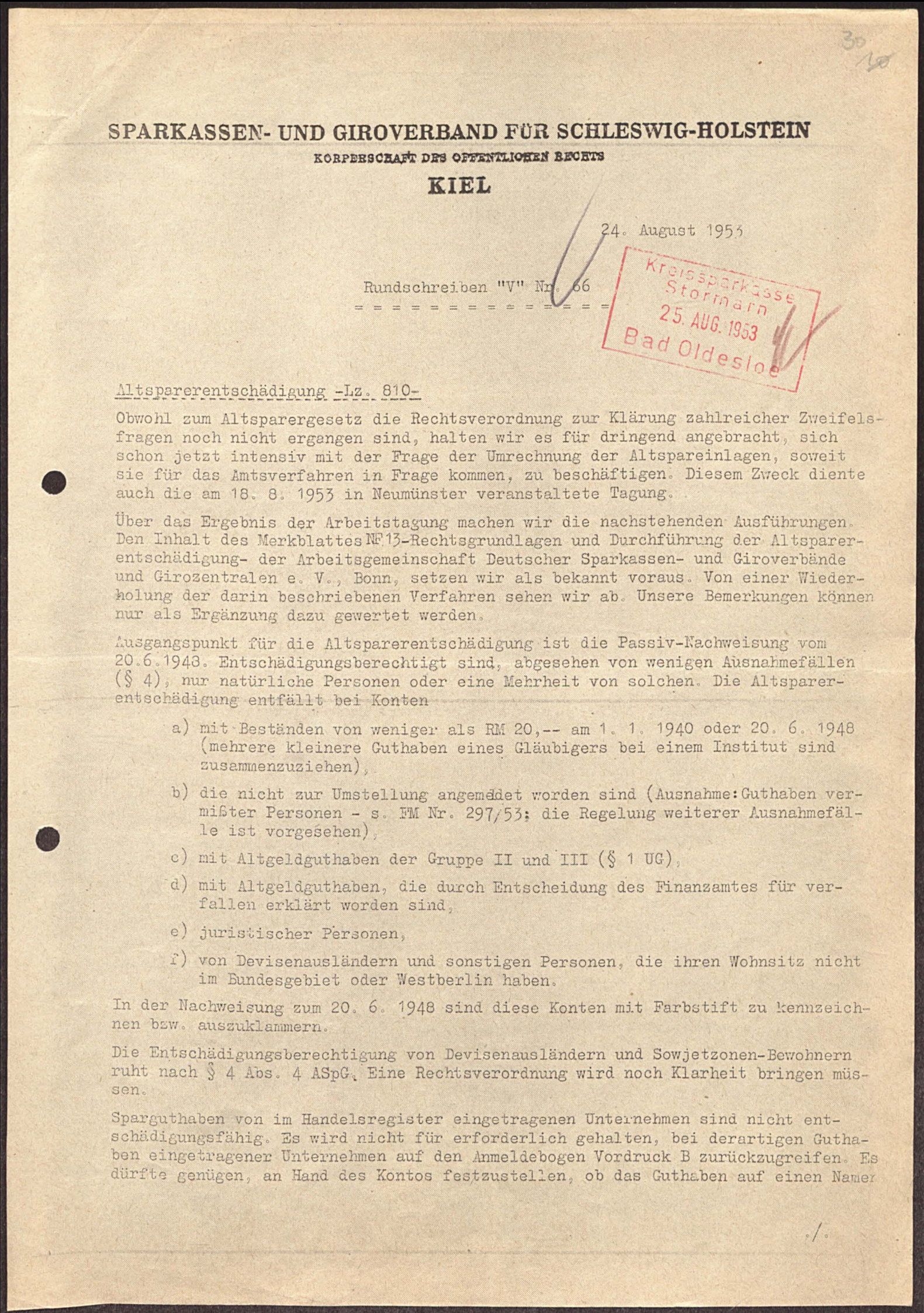




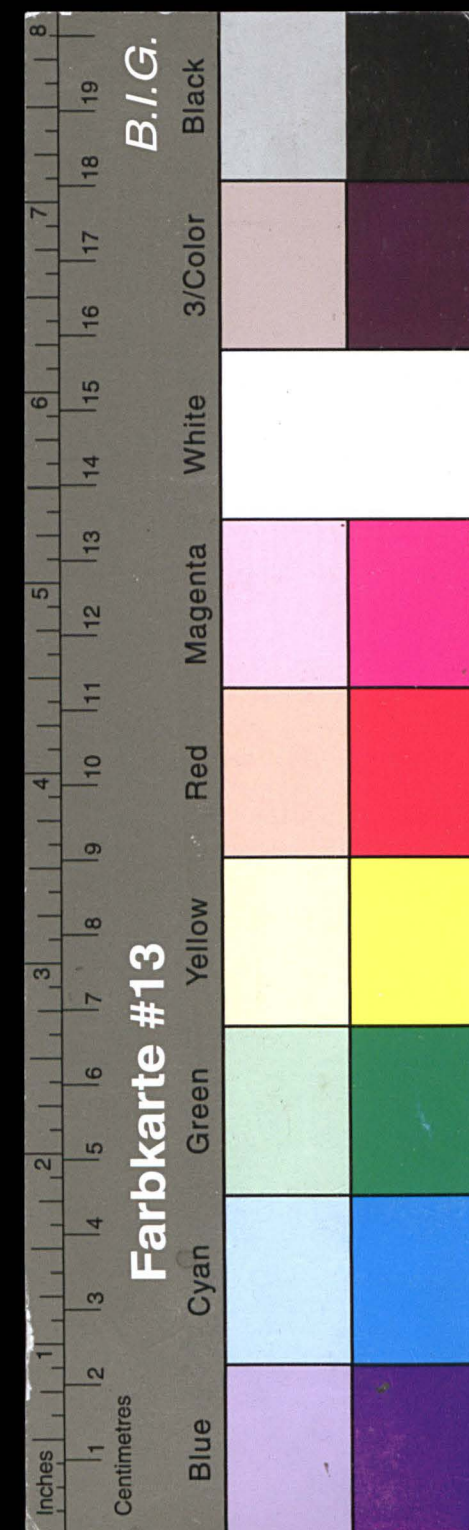


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552







# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

- 2 -

lautet, der erkennen läßt, daß es sich um ein Unternehmen handelt, das in das Handelsregister eingetragen ist (oHG, AG, GmbH, KG). Bei einer Bezeichnung "Firma" müßte eine Prüfung erfolgen. Grundsätzlich ist davon auszugehen, daß der Text auf dem Konto entscheidend ist.

Für die umgestellten Konten ist eine Nachweisung zu erstellen, die mindestens folgende Spalten enthält:

- Konto Nr.
- Bestand am 1. 1. 1940
- Bestand am 20. 6. 1948
- umzustellender RM-Betrag
- umgestellter DM-Betrag unter DM 100,--
- umgestellter DM-Betrag über DM 100,--

Die Pfennig-Beträge können in den Spalten b) und c) weggelassen werden. Der umgestellte Betrag ist auf volle DM 0,10 aufzurunden.

Die Aufteilung in umgestellte Beträge in solche unter DM 100,-- und größere Posten ist im Hinblick auf die spätere Freigabe und Ablösung der Deckungsfordernungen zweckmäßig. Auf die Frage, ob eine summenmäßige Abstimmung mit den Inventuren 1939 oder 20.6.1948 notwendig ist, kommen wir noch zurück. Es wird empfohlen, das gesamte Kontenmaterial in Gruppen von 1.000 - 2.000 Stück aufzuteilen.

Die Errechnung der Umstellungsbeträge muß grundsätzlich an Hand der Konten vorgenommen werden, da nur diese einwandfreien Aufschluß über den Gläubiger und das berücksichtigende Guthaben geben. Ein- und Auszahlungen, die in den letzten Tag des Jahres 1939 erfolgten, aber aus innerbetrieblichen Gründen erst Anfang 1940 auf den Sparkonten verbucht wurden, sind bei der Ermittlung der umzustellenden Beträge zu berücksichtigen. Maßgebend ist in jedem Falle das im Sparkassenbuch bescheinigte Guthaben. Das gilt auch für Schulsparbücher, in die der Lehrer Ende 1939 Eintragungen vorgenommen hat, während die Buchung auf den Konten erst Anfang 1940 erfolgte. Es dürfte in der Regel keine Schwierigkeiten bereiten, derartige Posten auch im Amtsverfahren zu klären.

Über die Form des Entschädigungsbescheides nach § 15 ASpG wird eine Rechtsverordnung Klarheit bringen. Sollte eine Zustellung der Bescheide durch die Post beabsichtigt oder notwendig werden, erscheint die Verwendung eines Scheinverschlußschlages aus Gründen der Portoersparnis empfehlenswert (Drucksache).

Eine Verbuchung der Entschädigungsgutschriften im Einzelbetrag von weniger als DM 100,-- auf lebende Sparkonten bitten wir, zunächst zurückzustellen. Abgesehen von der in Erwägung gezogenen Freigabe dieser Posten bedarf auch noch die Frage der Verzinsung einer Klärung.

Wir nehmen an, daß alle Sparkassen im Besitz des in Neumünster schriftlich unterbreiteten Vorschlages des IBM-Internationale Büromaschinen-Gesellschaft m.b.H. für den Einsatz von Lochkartenmaschinen für die Bearbeitung der Altsparerentschädigung sind.

Soweit sich unsere Sparkassen zu einer Inanspruchnahme von Lochkartenmaschinen im Lohnverfahren für die Errechnung der Altsparerentschädigung entschließen, ergeben sich folgende möglichen Verfahren:

Die Arbeit der Sparkasse besteht in der Erstellung einer Unterlage mit folgenden Angaben:

- Zweigstelle Nr. bzw. Gruppen Nr.
- Konto Nr.
- Kontostand am 20. 6. 1948
- Kontostand am 1. 1. 1940

- 3 -

Das kann geschehen durch

- Auflieferung einer Strichelkarte (Graphitstift) in Lochkartenschrift (s. während der Tagung ausgehändigtes Muster),
- Einreichung der Angaben in Klartext,
- Einreichung von ergänzten Inventuren.

Auf Grund der eingereichten Unterlagen führt der Lochkartenlohnbetrieb folgende Arbeiten aus:

- Errechnung des aufzuwertenden RM-Betrages,
- Errechnung des aufgewerteten DM-Betrages,
- Ausrechnung der Jahreszinsen 3 % bzw. 4 %, *3 %*
- Herstellung der Lochkarten mit Abdruck eines Klartextes am Kopf (diese Lochkarte kann als Hilfskonto behandelt werden),
- Aufstellung der Inventuren, seitenweise zusammengestellt in der gewünschten Größengliederung.

Bei Einlieferung der Strichelkarten stellt sich der Bearbeitungspreis für 1.000 Kontokarten auf ca. DM 65,-- bis DM 70,--. Sofern die Unterlagen in Klartext nach 2 und 3 aufgeliefert werden, erhöht sich der Bearbeitungspreis um DM 30,-- je 1.000 Lochkarten. Sonderwünsche werden gegen entsprechendes Honorar erfüllt. U. E. müßte es möglich sein, von seiten der Sparkasse die Strichelkarten zu erstellen. Diese Arbeit ist nach den Erfahrungen einer Großsparkasse schneller zu erledigen als die Erstellung von Klartextunterlagen.

Mit Rücksicht darauf, daß für die Lochkarten längere Lieferfristen bestehen, empfehlen wir den Sparkassen, die sich für eine Inanspruchnahme des Lochkartenlohnverfahrens entscheiden, baldmöglichst Verbindung mit der Geschäftsstelle Kiel der IBM Deutschland, Neue Straße 13, aufzunehmen. Eine Mitteilung hierüber wäre uns erwünscht.

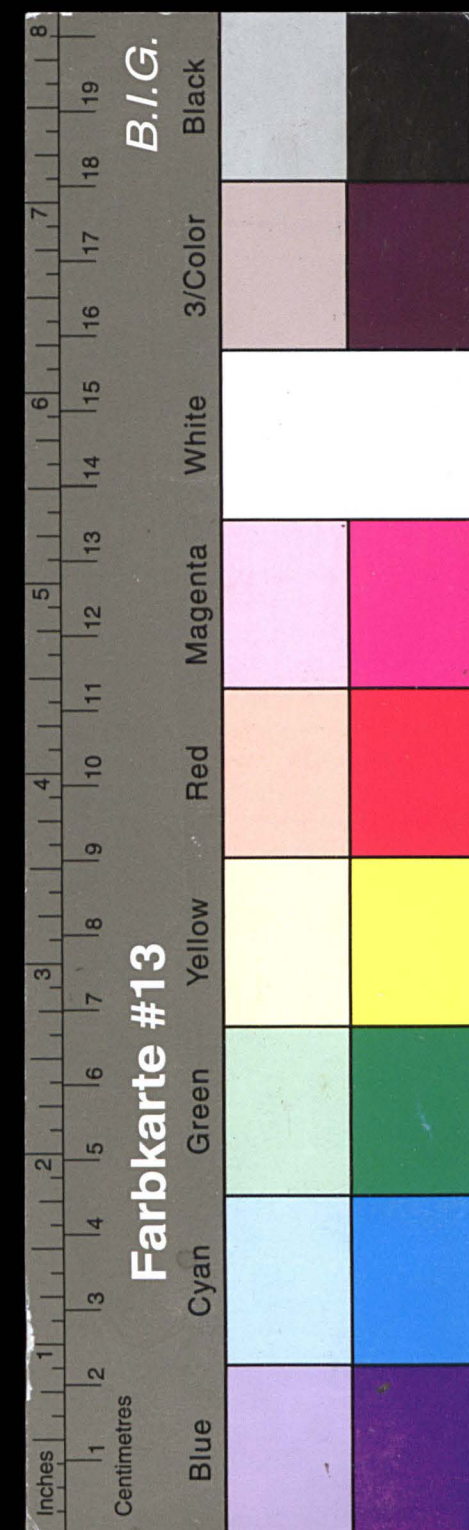
Der Verbandsvorsteher

i. A. Dircks

*Korn Michaelis*  
*CR*

*L. 257803*





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

IBM DEUTSCHLAND  
INTERNATIONALE BÜRO-MASCHINEN GESELLSCHAFT M.B.H.  
Geschäftsstelle Kiel

V o r s c h l a g  
für die Durchführung der Aufwertung der Altsparer-Konten mit  
Hilfe des IBM-Lochkarten-Verfahrens.

## I. Allgemeines

Die Arbeitsweise des IBM-Lochkarten-Verfahrens wird in seinen Grundzügen für den nachfolgenden Vorschlag als bekannt vorausgesetzt. Für zusätzliche Erklärungen steht auf Anforderung entsprechendes Prospektmaterial zur Verfügung.

Die lochkartenmäßige Erfassung und Durchführung der Aufwertung für die Altsparer-Konten wird für die notwendigen Arbeiten der Geldinstitute in den Einzelheiten, für die maschinellen Arbeitsgänge nur andeutungsweise und für die zu erstellenden Auswertungsunterlagen wiederum in den Einzelheiten dargestellt.

Es werden IBM-Lochkarten, die nach dem modernsten Verfahren der Lochkartentechnik, nämlich der

Zeichenlochungsmethode  
aufgebaut sind, zum Einsatz vorgeschlagen.

## II. Arbeitsablauf bis zur Schreibung der Aufwertungslisten

### 1.) Erfassung der aufzuwertenden Konten

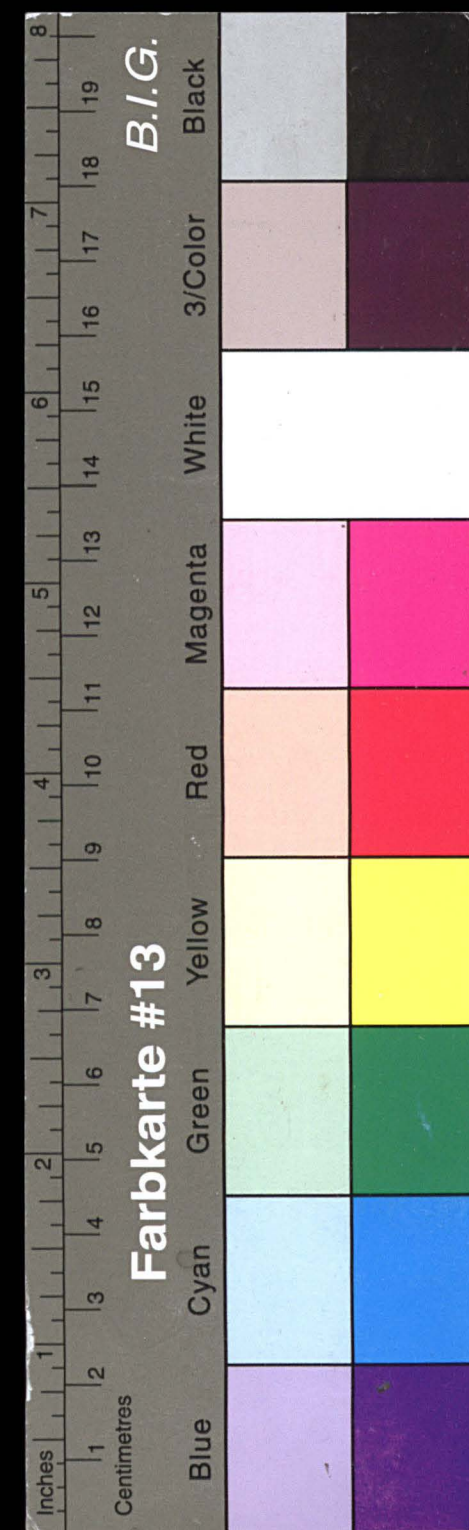
Die Sparkassen legen für jedes für eine Aufwertung in Frage kommende Konto eine Lochkarte mit der Strichmarkierung an, - Muster einer solchen Karte anliegend -.  
Zu markieren sind:

Bezirks- bzw. Zweigstelle = 2 Stellen  
Konto-Nr. = 6 Stellen  
Kontostand am 1.1.40 ohne Pfennigbeträge = 5 Stellen  
Kontostand am 21.6.48 " " " = 5 Stellen

Das aufzuwertende Sparguthaben (jeweils das kleinere Guthaben der Stichtage 1.1.40 oder 21.6.48) ist, sofern nicht eine maschinelle Feststellung vereinbart wird, zu kennzeichnen.

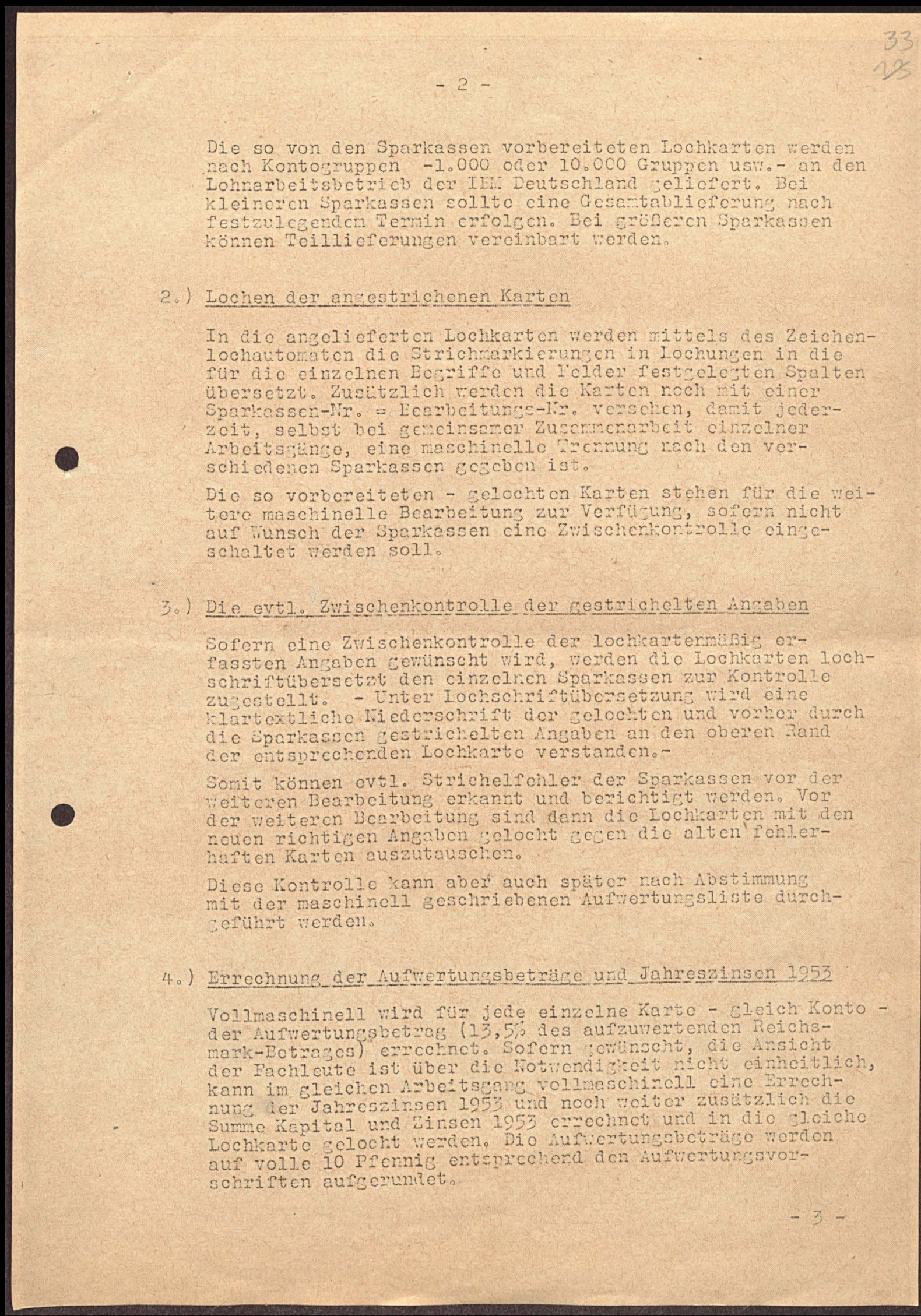
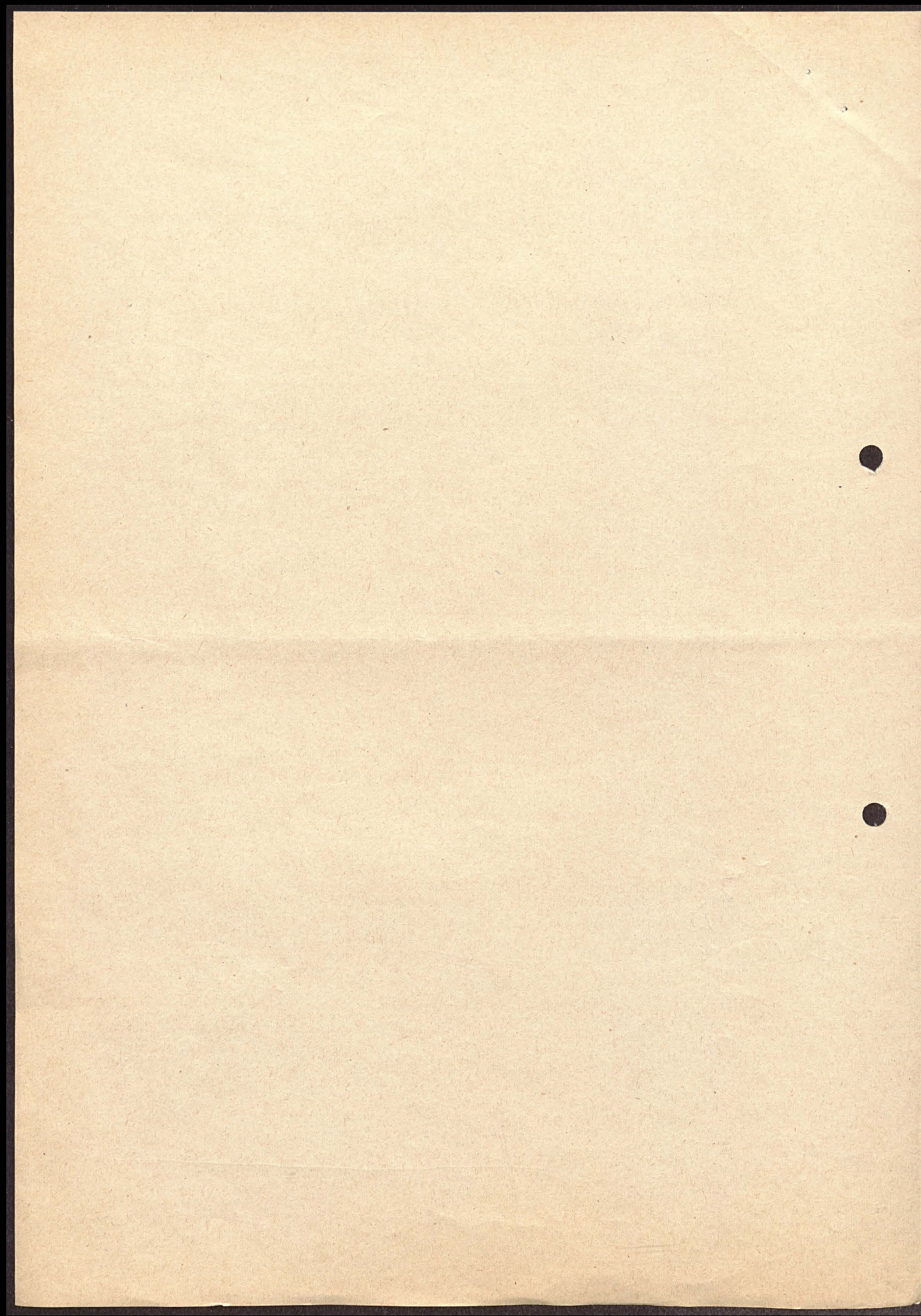
Sofern einzelne Spalten z.B. Bezirksstelle oder auch die 5. und 6. Stelle der Kontonummer bei einer Sparkasse grundsätzlich nicht in Frage kommen sollten, so kann nach getroffener Vereinbarung auf die Strichelung dieser Spalten verzichtet werden. Im übrigen ist aber sonst jede vorgezeichnete Spalte, auch wenn keine Zahlen einzutragen sind, mit Null = 0 zu stricheln. Diese Forderung muß aus maschinen-technischen Gründen erhoben werden.





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



Die so von den Sparkassen vorbereiteten Lochkarten werden nach Kontogruppen -1.000 oder 10.000 Gruppen usw.- an den Lohnarbeitsbetrieb der ILM Deutschland geliefert. Bei kleineren Sparkassen sollte eine Gesamtablieferung nach festzulegenden Termin erfolgen. Bei größeren Sparkassen können Teillieferungen vereinbart werden.

## 2.) Lochen der angestrichenen Karten

In die angelieferten Lochkarten werden mittels des Zeichenlochautomaten die Strichmarkierungen in Lochnungen in die für die einzelnen Begriffe und Felder festgelegten Spalten übersetzt. Zusätzlich werden die Karten noch mit einer Sparkassen-Nr. = Bearbeitungs-Nr. versehen, damit jederzeit, selbst bei gemeinsamer Zusammenarbeit einzelner Arbeitsgänge, eine maschinelle Trennung nach den verschiedenen Sparkassen gegeben ist.

Die so vorbereiteten - gelochten Karten stehen für die weitere maschinelle Bearbeitung zur Verfügung, sofern nicht auf Wunsch der Sparkassen eine Zwischenkontrolle eingeschaltet werden soll.

## 3.) Die evtl. Zwischenkontrolle der gestrichelten Angaben

Sofern eine Zwischenkontrolle der Lochkartentermüßig erfassten Angaben gewünscht wird, werden die Lochkarten lochschriftübersetzt den einzelnen Sparkassen zur Kontrolle zugestellt. - Unter Lochschriftübersetzung wird eine klartextliche Niederschrift der gelochten und vorher durch die Sparkassen gestrichelten Angaben an den oberen Rand der entsprechenden Lochkarte verstanden.-

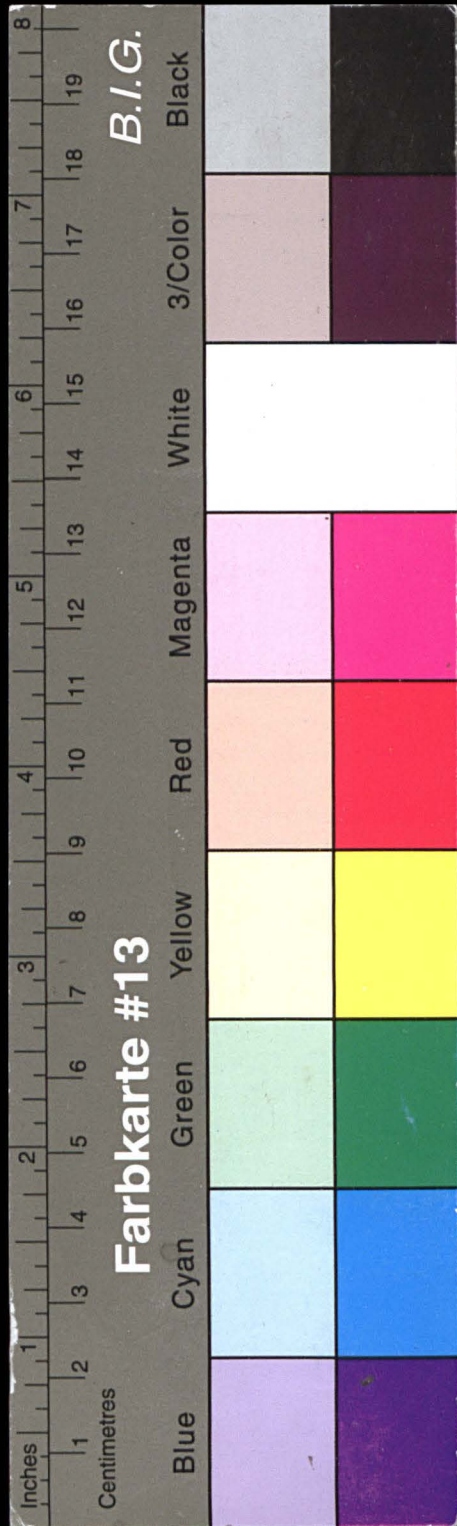
Somit können evtl. Strichfehler der Sparkassen vor der weiteren Bearbeitung erkannt und berichtigt werden. Vor der weiteren Bearbeitung sind dann die Lochkarten mit den neuen richtigen Angaben gelocht gegen die alten fehlerhaften Karten auszutauschen.

Diese Kontrolle kann aber auch später nach Abstimmung mit der maschinell geschriebenen Aufwertungsliste durchgeführt werden.

## 4.) Errechnung der Aufwertungsbeträge und Jahreszinsen 1953

Vollmaschinell wird für jede einzelne Karte - gleich Konto - der Aufwertungsbetrag (13,5% des aufzuwertenden Reichsmark-Betrages) errechnet. Sofern gewünscht, die Ansicht der Fachleute ist über die Notwendigkeit nicht einheitlich, kann im gleichen Arbeitsgang vollmaschinell eine Errechnung der Jahreszinsen 1953 und noch weiter zusätzlich die Summe Kapital und Zinsen 1953 errechnet und in die gleiche Lochkarte gelocht werden. Die Aufwertungsbeträge werden auf volle 10 Pfennig entsprechend den Aufwertungsvorschriften aufgerundet.





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

## 5.) Schreiben der Aufwertungslisten

Mit Hilfe der IBM-Tabelliermaschine werden in der von den Sparkassen gewünschten Reihenfolge, z.B. innerhalb der Zweigstelle nach Konto-Nr., die Aufwertungslisten geschrieben. Diese enthalten folgende Angaben:

Bezirks- stelle	Konto- Nr.	Konto- stand 1.1.40	Konto- stand 21.6.48	Konto- aufzuwertd. RM-Betrag	Aufwertg- betrag DM	Zinsen 1953
--------------------	---------------	---------------------------	----------------------------	------------------------------------	---------------------------	----------------

Je Seite bzw. Kontrollgruppe werden von allen Beträgen Summen gebildet und die Kontenzzahl ausgewiesen.

Gesamtzusammenstellungen können entsprechend den Wünschen der einzelnen Sparkassen jederzeit gefertigt werden.

Bei der Schreibung dieser Aufwertungslisten, für die vor-  
teilhafterweise Vordrucke beschafft werden, erfolgt eine  
zusätzliche maschinelle Kontrolle der richtigen Bearbei-  
tung.

## III. Größenklassenstatistik

Mit Hilfe der jetzt bereits vorliegenden Lochkarten kann voll-  
maschinell eine Größenklassenstatistik nach den von den Spar-  
kassen gewünschten Gruppierungen erstellt werden.

Zum Beispiel: Aufwertungsbeträge

von 50,-- DM	bis 49,99 DM
von 100,-- DM	bis 99,99 DM
von 200,-- DM	bis 199,99 DM
über 300,-- DM	bis 299,99 DM

In dieser Auswertung wird nicht nur die Kontenzzahl der  
einzelnen Gruppen ausgewiesen, sondern auch gleichzeitig der  
Betrag, der in seiner Gesamtsumme wiederum mit den bei der  
Schreibung der Aufwertungslisten ermittelten Summen überein-  
stimmen muß.

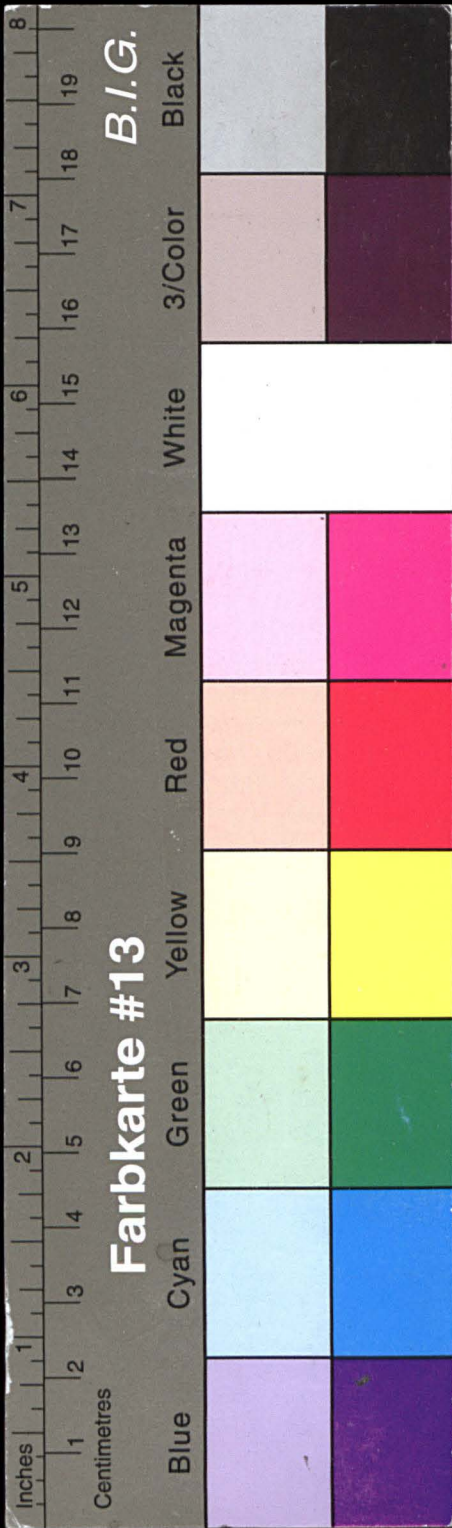
## IV. Lochkarten als Kontokarten

Die Lochkarten können, wie bereits unter Punkt II./3. erwähnt,  
mittels eines Lochschriftübersetzers am oberen Kartenrand  
klartextlich beschrieben werden. Wenn nun neben den von der  
Sparkasse gestrichelten Angaben noch zusätzlich, wie aus den  
Mustern ersichtlich, die weiteren Angaben, insbesondere aber  
der aufgewertete DM-Betrag ausgewiesen wird, kann die Loch-  
karte bis zur endgültigen Abwicklung der Aufwertung als Konto-  
karte abgestellt werden.



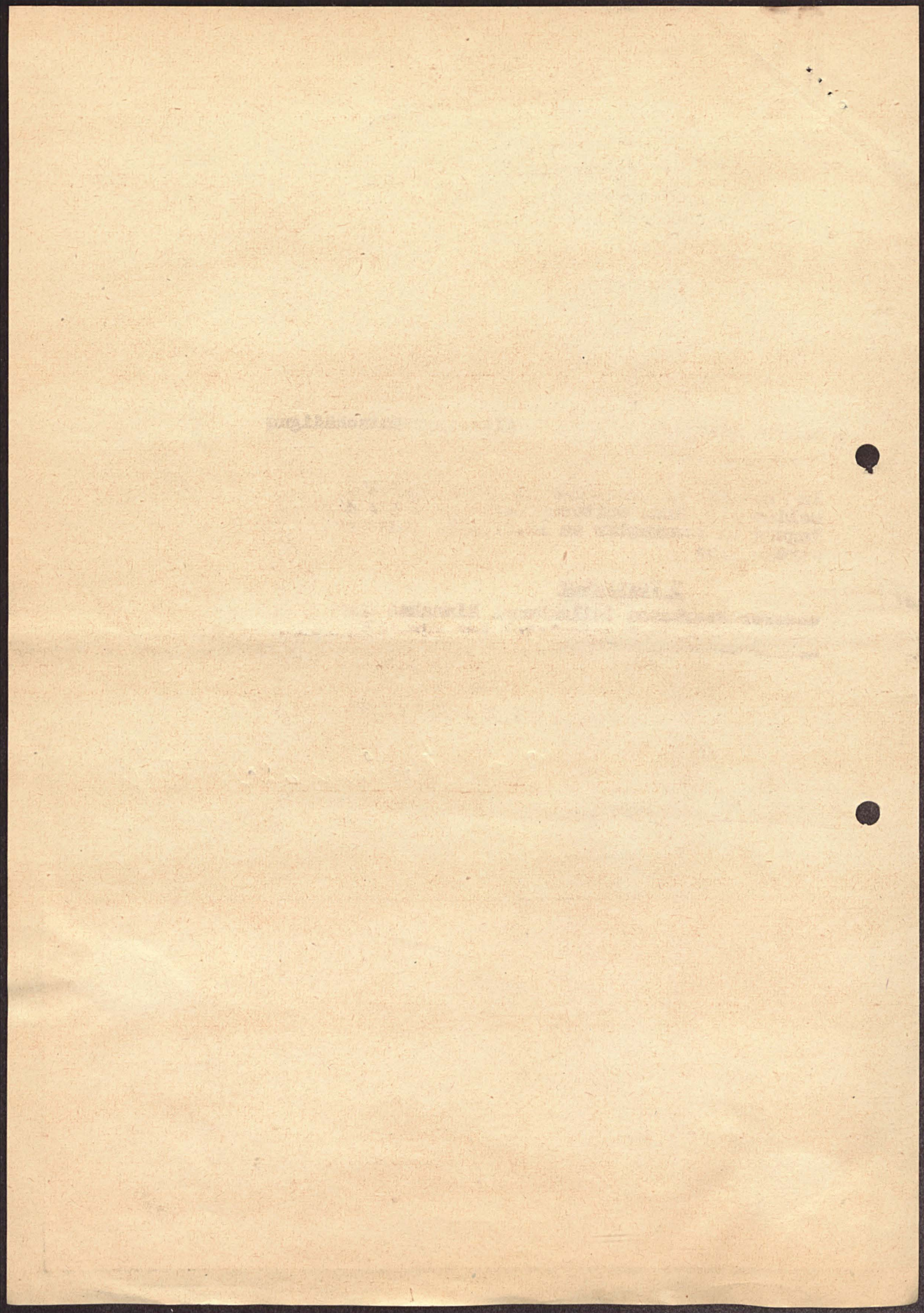






# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



36  
26

An den  
Sparkassen- und Giroverband  
für Schleswig-Holstein

K i e l  
Holstenstraße

Lu/Wi. 14.8.1953.

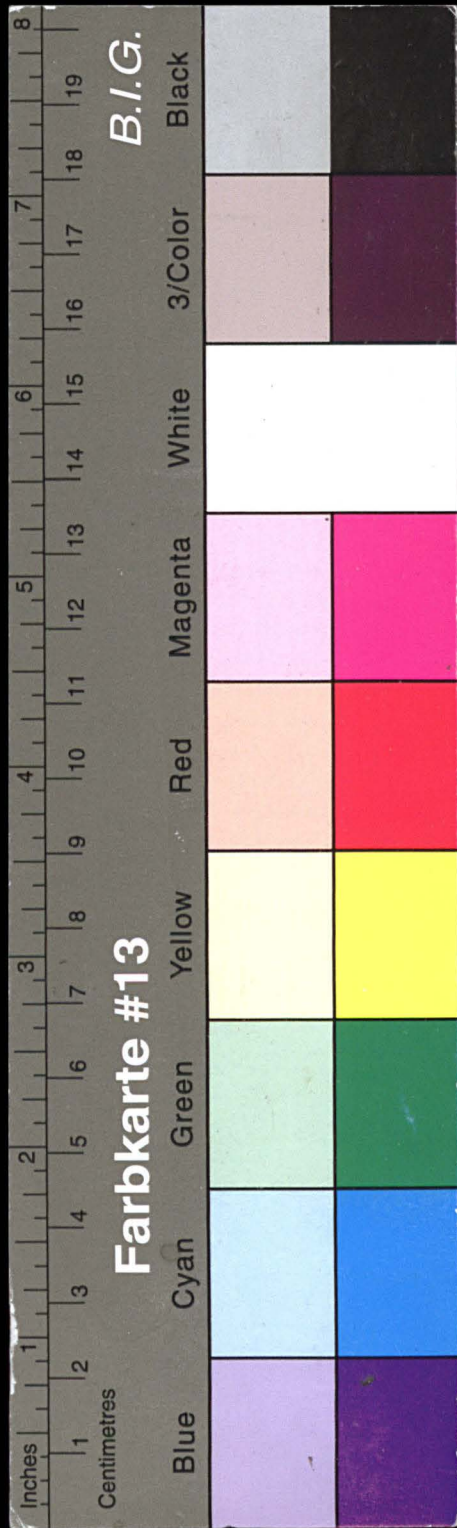
Betr.: Aussprache über die Altsparer-Entschädigung  
LZ. 810-.

Im Nachgang zu unserer Meldung vom 13.8.1953  
melden wir einen weiteren Teilnehmer für die  
Tagung in Neumünster am 18.8.1953. Insgesamt  
werden also

3 Vertreter  
unserer Sparkasse teilnehmen. Einnahme des  
Mittagessens im Tagungslokal ist für alle Teil-  
nehmer erwünscht.

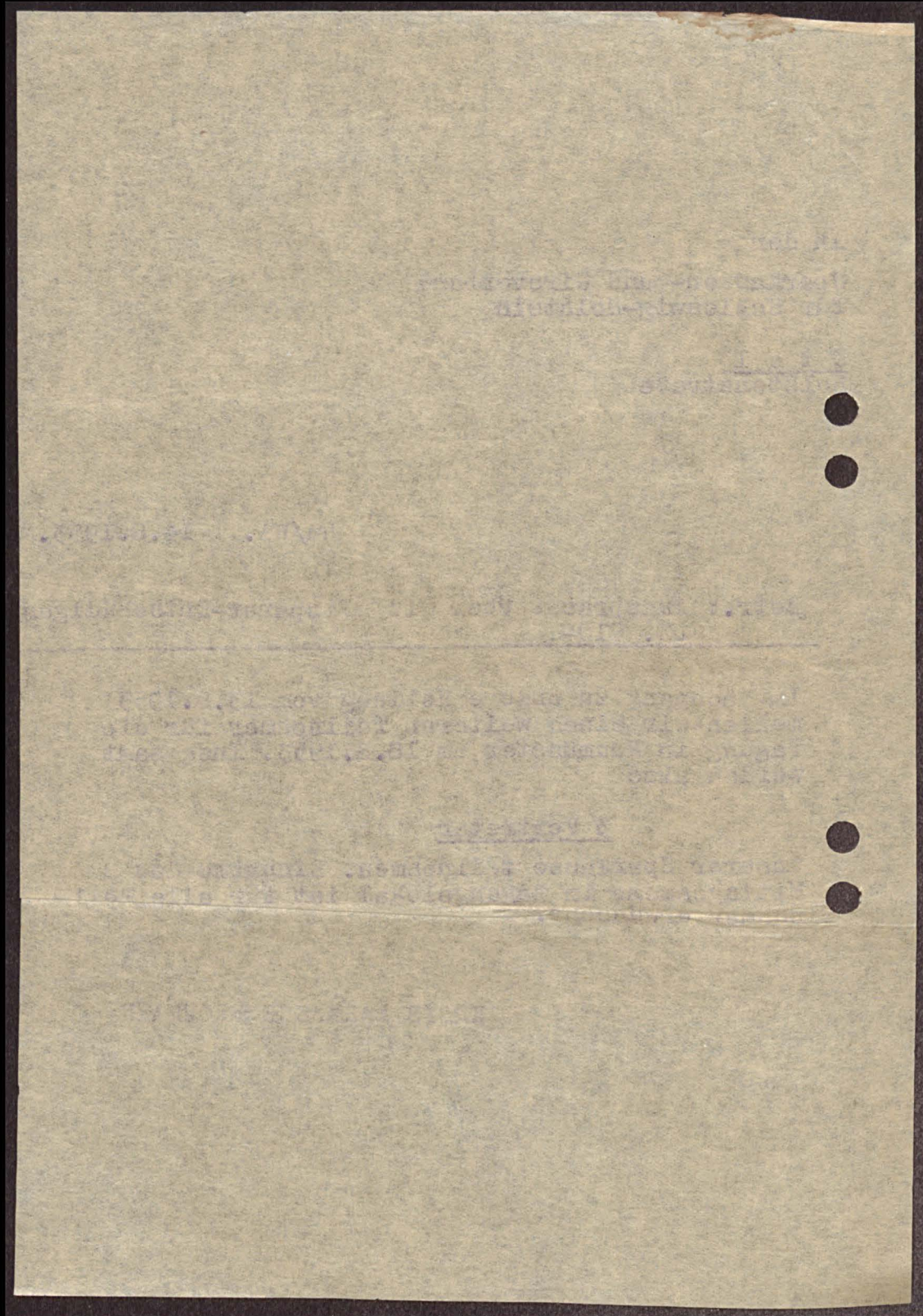
KREISS PARKASSE STORMARN





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



12x  
37

**SPARKASSEN- UND GIROVERBAND FÜR SCHLESWIG-HOLSTEIN**  
KORPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS  
**KIEL**

12. August 1953  
13 IV

Rundschreiben "H" Nr. 28  
=====

Durchführung der Altsparerentschädigung -Lz.810-

Zu einer Aussprache über das Altspargergesetz laden wir hiermit zu einer Tagung

am Dienstag, dem 18.8.1953, 10 Uhr  
in Neumünster, Harms Gasthof, Friedrichstr.26,

ein. Das Tagungslokal ist vom Bahnhof in 3 Minuten zu erreichen (durch die Unterführung 1. Straße links).

Neben den Rechtsgrundlagen der Altsparerentschädigung soll auch die Technik der Abwicklung erörtert werden. Wir deuteten bereits an, daß der Einsatz von Lochkartenmaschinen im Lohnverfahren für eine große Anzahl von Sparkassen wirtschaftlich sein wird. Mit Rücksicht hierauf legen wir Wert darauf, daß auch die verantwortlichen Sachbearbeiter an der Aussprache teilnehmen. In dem Merkblatt NF.13 der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sparkassen- und Giroverbände und Girozentralen e.V., Bonn, -Rechtsgrundlagen und Durchführung der Altsparerentschädigung- sind wertvolle Hinweise über die Arbeitsverfahren gemacht. Wir bitten die Teilnehmer, sich mit dem Inhalt dieser Broschüre vertraut zu machen.

Folgende Themen sind zur Behandlung vorgesehen:

1. Altspargergesetz -Allgemeine Ausführungen-,
2. Technik der Altsparerentschädigung,
3. Einsatz von Lochkartenmaschinen für die Altsparerentschädigung,
4. Buchhalterische Darstellung.

Zu jedem Punkt ist anschließend eine Diskussion erwünscht.

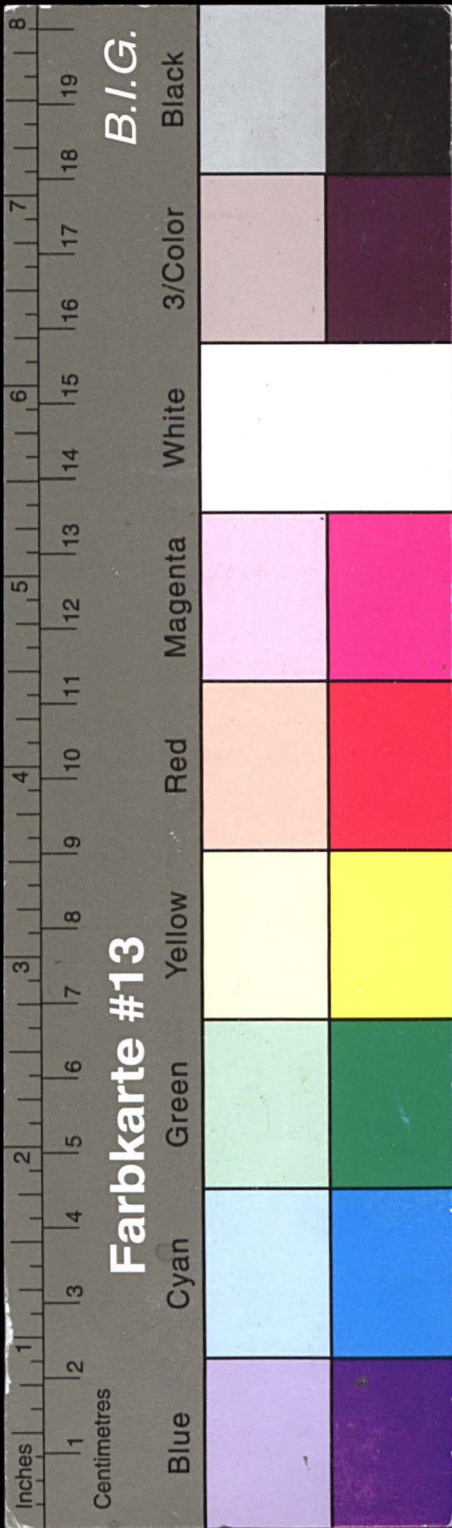
Es ist in Aussicht genommen, das Mittagessen in dem Tagungslokal einzunehmen. Aus Dispositionsgründen bitten wir, uns die Zahl der Vertreter aufzugeben, die an dem Essen teilzunehmen wünschen.

Weiter erscheint es für die Kalkulation wichtig zu wissen, wieviel Sparkonten bei den einzelnen Sparkassen für die Altspareraufwertung in Frage kommen. Wir bitten, uns beide Angaben unter Benutzung der beigegeführten Anlage rechtzeitig zuzuleiten.

Der Verbandsvorsteher  
i.A. Dircks

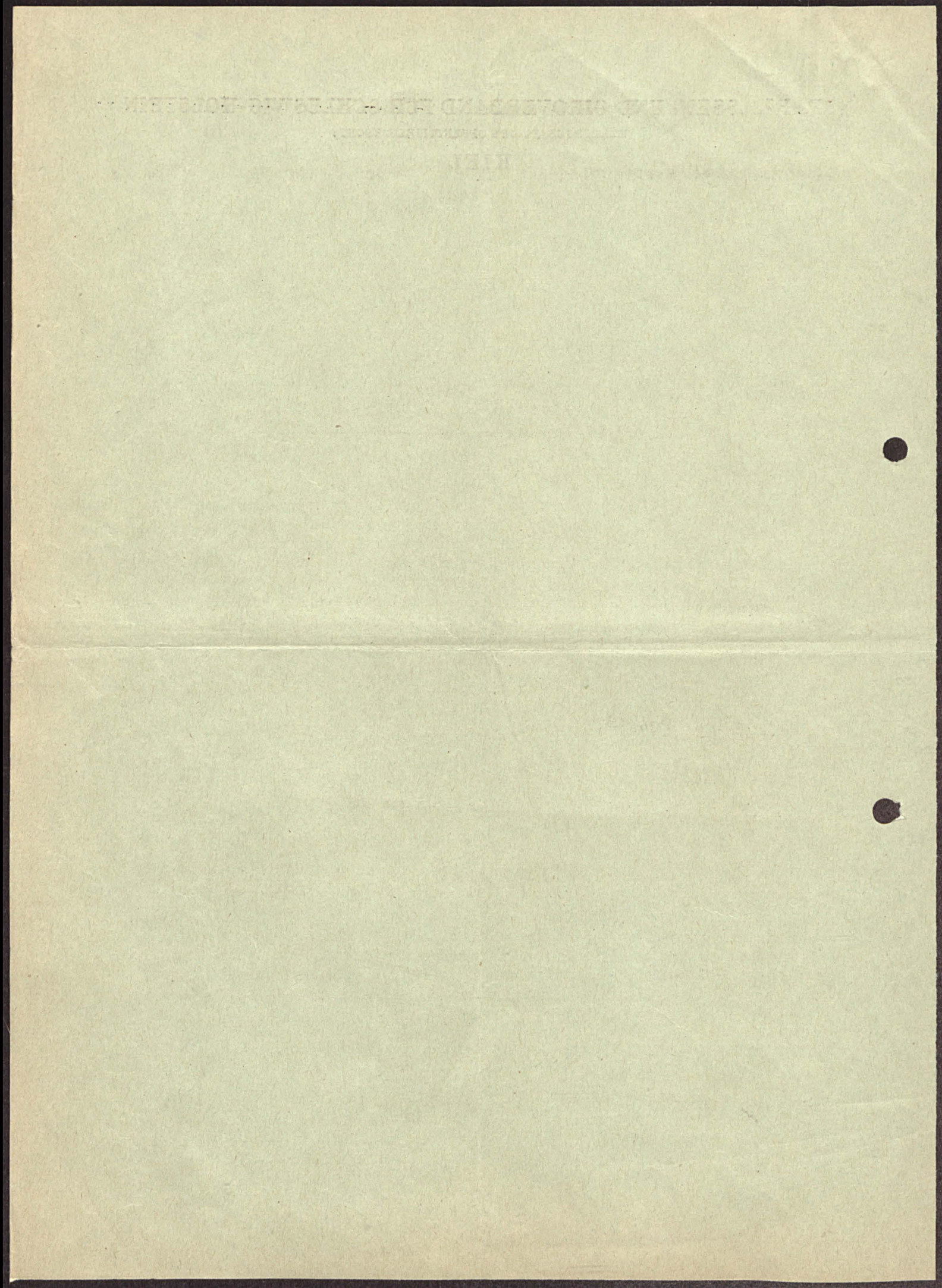
Anlage...





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



28  
38

Kreissparkasse Stormarn                      Bad Oldesloe                      13. 8.  
....., den .....1953  
(Sparkasse)

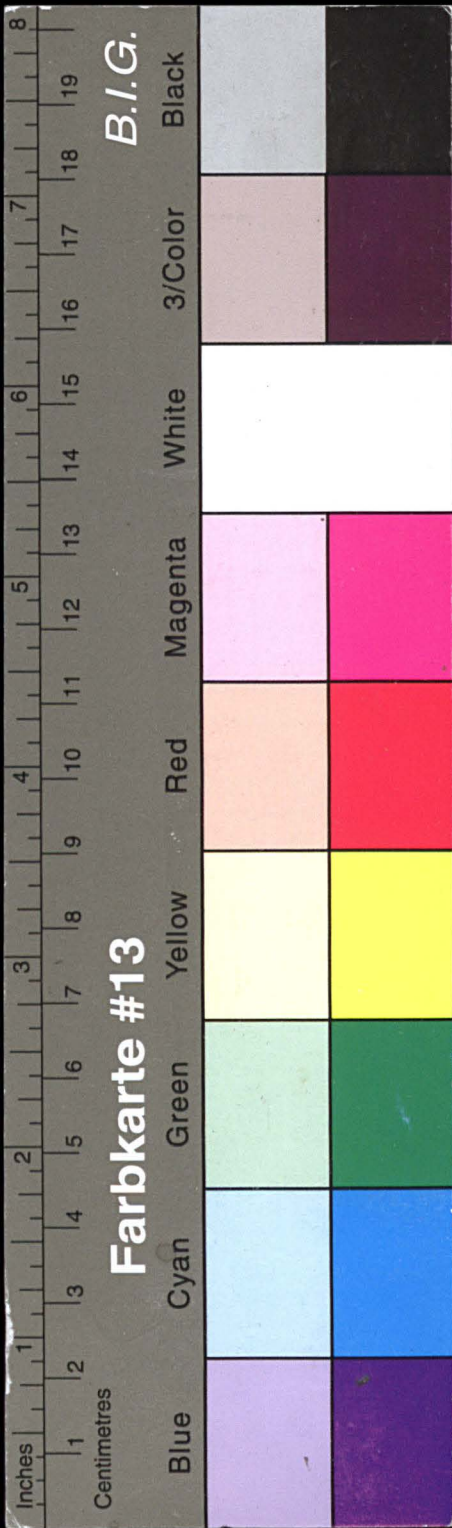
An den  
Sparkassen- und Giroverband  
für Schleswig-Holstein  
(24b) K i e l  
-----

Betr. Aussprache über die Altsparerentschädigung -Lz.810-  
An der Tagung in Neumünster am 18.8.1953 in Harms Gasthof nehmen von unserer  
Sparkasse  
2  
..... Vertreter

teil. Einnahme des Mittagessens im Tagungslokal ist erwünscht.  
Für die Altsparerentschädigung im Amtsverfahren kommen für unsere Sparkasse  
schätzungsweise 70.000 ..... Sparkonten in Frage.  
70.000

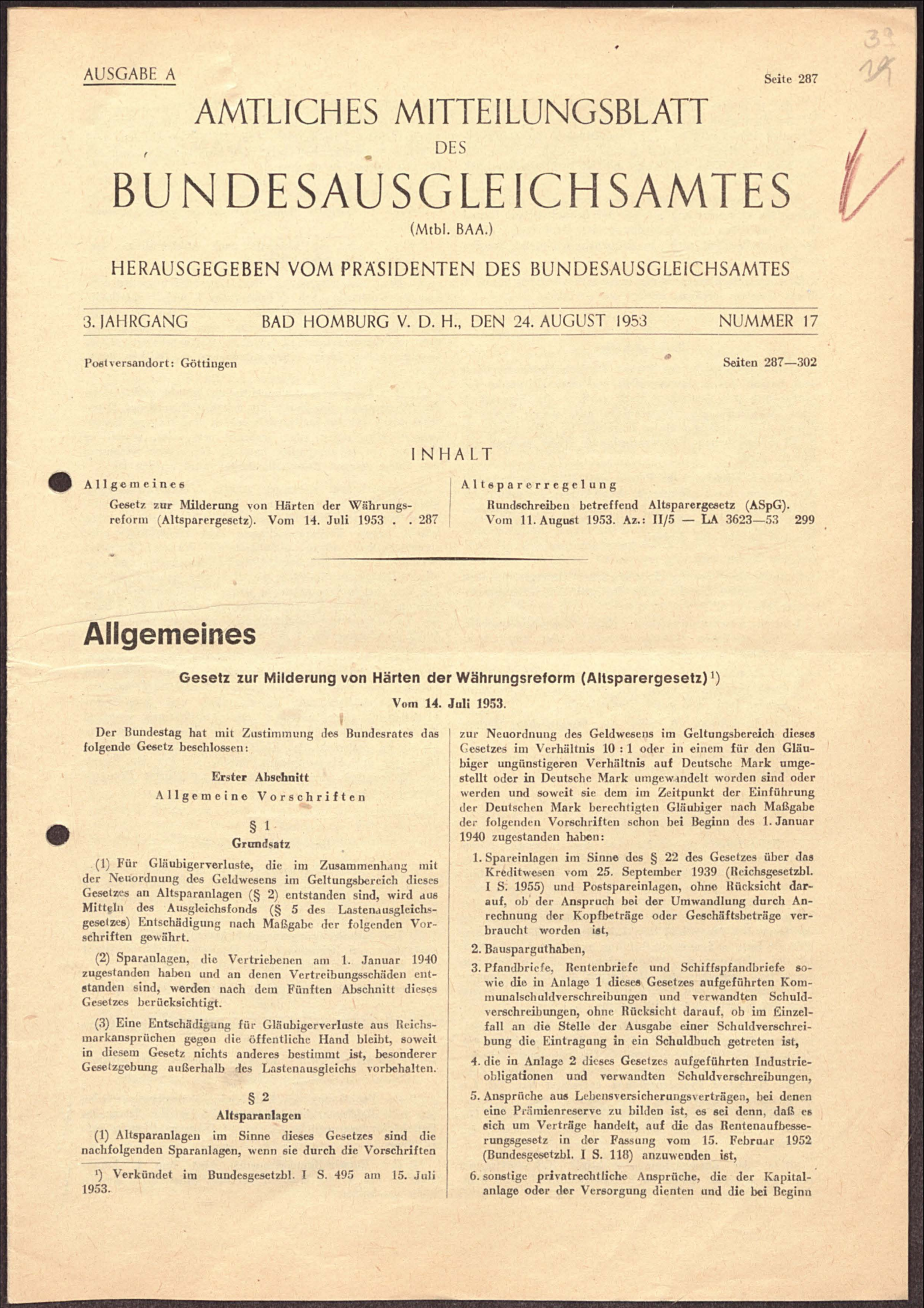
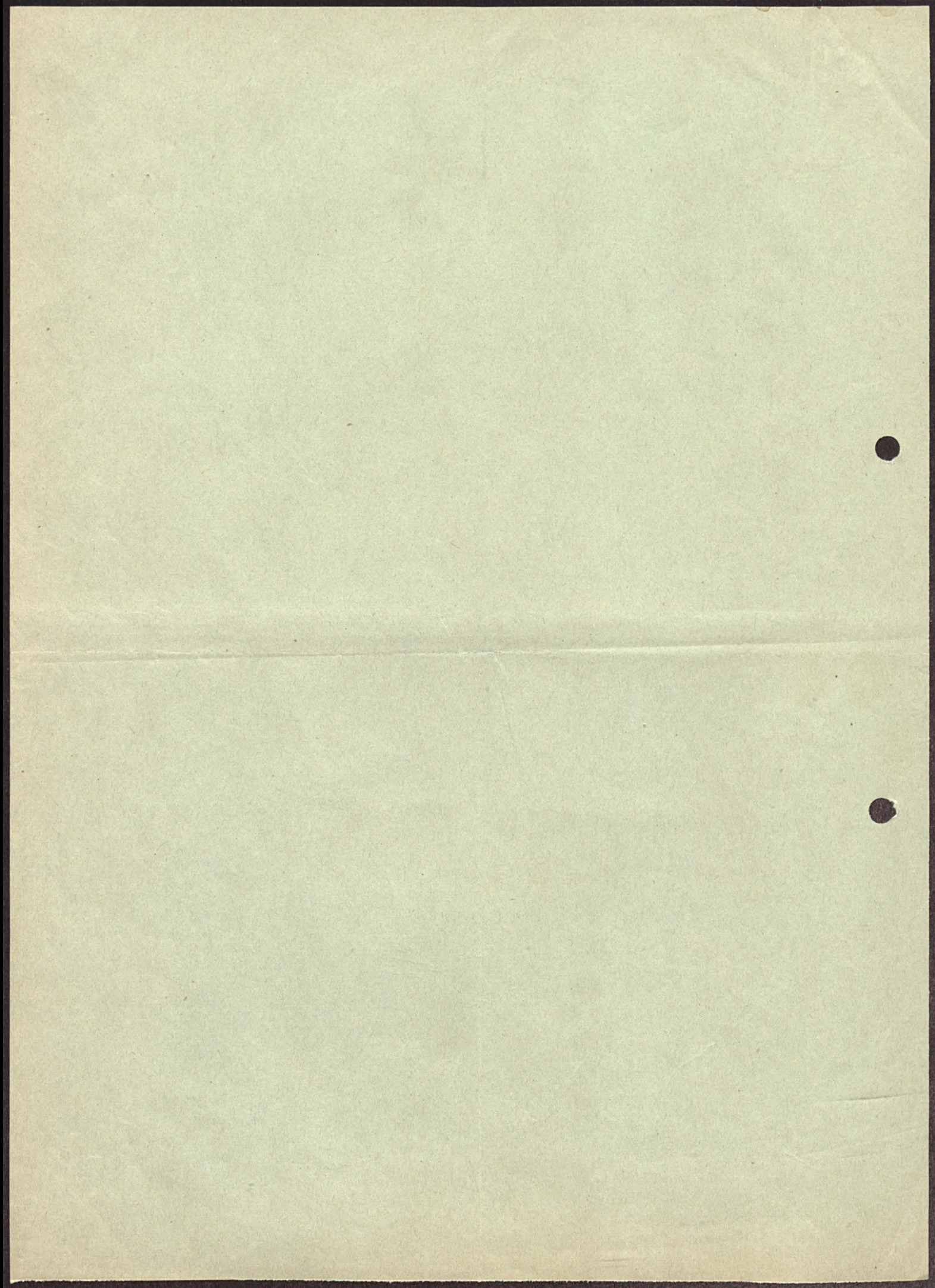
KREISSPARKASSE STORMARN  
.....  
(Stempel und Unterschriften der Sparkasse)



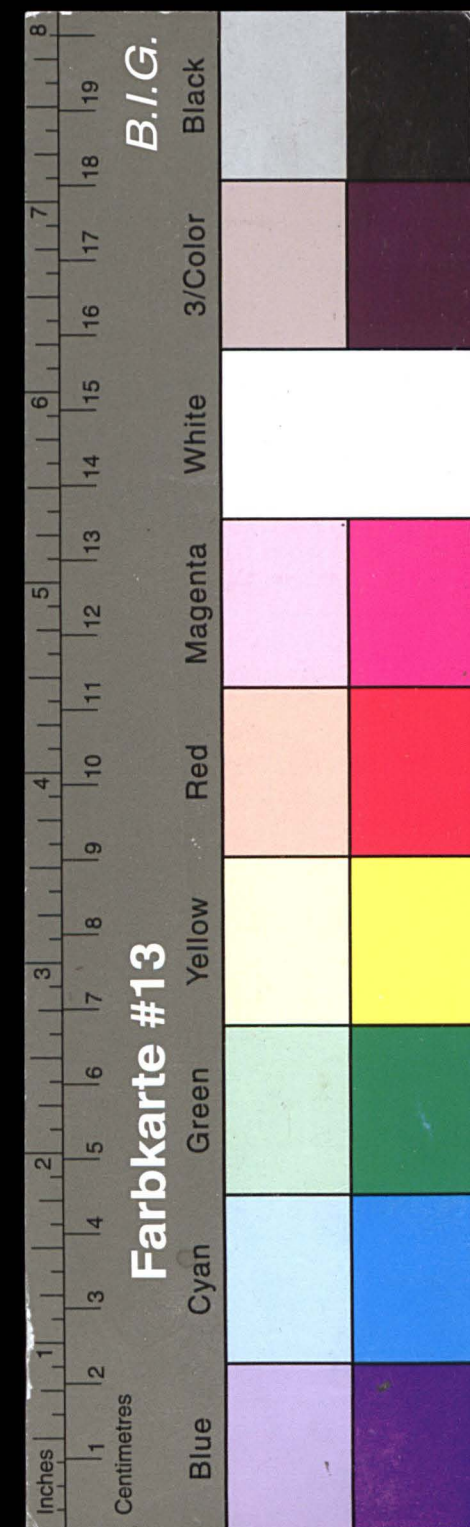


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552







# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

des 1. Januar 1940 und im Zeitpunkt der Einführung der Deutschen Mark durch Hypotheken, Grundschulden oder Rentenschulden auf Grundstücken im Geltungsbereich dieses Gesetzes gesichert waren, sofern die Sicherung nicht im Wege der Höchstbetragshypothek erfolgt ist.

(2) Altspananlage im Sinne dieses Gesetzes ist eine Sparanlage nicht, sofern und solange der Schuldner auf Grund der Vorschriften zur Neuordnung des Geldwesens wegen der Verbindlichkeit nicht in Anspruch genommen werden kann.

(3) Durch Rechtsverordnung können die Anlagen 1 und 2 dieses Gesetzes ergänzt werden.

## § 3 Rechtsnachfolge

(1) Ein Wechsel in der Person des Schuldners zwischen dem Beginn des 1. Januar 1940 und dem Zeitpunkt der Einführung der Deutschen Mark schließt die Eigenschaft eines Anspruchs als Altspananlage aus, soweit nicht in diesem Gesetz etwas anderes bestimmt ist oder in der in § 13 vorgesehenen Rechtsverordnung etwas anderes bestimmt wird.

(2) Ein Wechsel in der Person des Gläubigers zwischen dem Beginn des 1. Januar 1940 und dem Zeitpunkt der Einführung der Deutschen Mark schließt die Eigenschaft eines Anspruchs als Altspananlage nicht aus, sofern der Wechsel beruht auf Erwerb

1. von Todes wegen,
2. durch Vereinbarung einer ehelichen Gütergemeinschaft oder durch Eintritt einer fortgesetzten Gütergemeinschaft,
3. durch Auseinandersetzung einer Erbengemeinschaft, einer ehelichen Gütergemeinschaft oder einer fortgesetzten Gütergemeinschaft,
4. mit Rücksicht auf ein künftiges gesetzliches Erbrecht,
5. durch Schenkung unter Ehegatten, unter Verwandten gerader Linie und unter Geschwistern,
6. als Ausstattung (§ 1624 des Bürgerlichen Gesetzbuchs),
7. aus Einräumung einer Bezugsberechtigung aus einem Lebensversicherungsvertrag.

## § 4 Entschädigungsberechtigung

(1) Entschädigungsberechtigt nach diesem Gesetz ist eine natürliche Person oder eine Mehrheit solcher Personen, die im Zeitpunkt der Einführung der Deutschen Mark Gläubiger der Altspananlage war. Eine Übertragung der Altspananlage oder das Erlöschen des Anspruchs aus der Altspananlage in dem Zeitraum zwischen der Einführung der Deutschen Mark und dem Inkrafttreten dieses Gesetzes läßt die Entschädigungsberechtigung nach Satz 1 unberührt. Ist der Gläubiger der Altspananlage in diesem Zeitraum verstorben, bestimmt sich die Person des Entschädigungsberechtigten nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechts über den Erwerb von Todes wegen.

(2) Als entschädigungsberechtigt gilt bei Lebensversicherungsverträgen, aus denen eine Versicherungsleistung im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes noch nicht erbracht worden ist, derjenige, welcher vor diesem Zeitpunkt die letzte Prämienzahlung entrichtet hat, bei Lebensversicherungsverträgen, aus denen eine Versicherungsleistung im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes bereits erbracht worden ist, der Empfänger der Leistung.

(3) Ist der Entschädigungsberechtigte Kriegsgefangener oder wegen seiner deutschen Volkszugehörigkeit oder deutschen Staatsangehörigkeit im Ausland oder in den deut-

schen unter polnischer oder sowjetischer Verwaltung stehenden Gebieten interniert oder dort in einem Zwangsarbeitsverhältnis festgehalten oder ist er verschollen, sind folgende Angehörige berechtigt, den Entschädigungsanspruch für ihn geltend zu machen:

1. der Ehegatte,
2. wenn ein Ehegatte nicht vorhanden ist, jeder Abkömmling,
3. wenn weder ein Ehegatte noch Abkömmlinge vorhanden sind, jeder Elternteil.

(4) Die Geltendmachung der Entschädigungsansprüche von Personen, die nach den Absätzen 1 und 2 entschädigungsberechtigt sind oder nach Absatz 3 den Entschädigungsanspruch geltend zu machen berechtigt sind, aber ihren ständigen Aufenthalt nicht im Geltungsbereich dieses Gesetzes haben, bleibt einer besonderen gesetzlichen Regelung vorbehalten.

(5) Eine Entschädigungsberechtigung besteht nicht, wenn die Altspananlage im Zeitpunkt der Einführung der Deutschen Mark für ein im Handelsregister eingetragenes Unternehmen eingetragen oder verbucht war oder, soweit es sich um ein Inhaberpapier handelt, für eigene Rechnung von einem solchen Unternehmen verwahrt worden ist.

(6) Natürlichen Personen werden Versorgungskassen gleichgestellt, die im Zeitpunkt der Einführung der Deutschen Mark den Sitz im Geltungsbereich dieses Gesetzes gehabt haben. Versorgungskassen sind rechtsfähige oder steuerrechtlich diesen gleichgestellte Kassen (Witwen-, Waisen-, Sterbe-, Kranken-, Unterstützungskassen und sonstige Hilfskassen für Fälle der Not oder Arbeitslosigkeit), die den Leistungsempfängern keinen Rechtsanspruch gewähren, sofern sie die Voraussetzungen des § 5 Nr. 1 bis 3 der Vermögensteuer-Durchführungsverordnung vom 4. Juli 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 382) erfüllen.

(7) Durch Rechtsverordnung können Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die nach Satzung oder sonstiger Verfassung und nach ihrer tatsächlichen Geschäftsführung ausschließlich und unmittelbar kirchlichen, gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken dienen, natürlichen Personen insoweit gleichgestellt werden, als sie im Zeitpunkt der Einführung der Deutschen Mark Gläubiger aus Altspananlagen waren, die für den Zweck der Versorgung oder Unterstützung natürlicher Personen gebunden waren.

## § 5 Entschädigungsanspruch

(1) Der Entschädigungsberechtigte hat nach Maßgabe dieses Gesetzes einen Rechtsanspruch auf Entschädigung gegen den Ausgleichsfonds. Die Erfüllung dieses Anspruchs bestimmt sich nach § 18.

(2) Der Entschädigungsanspruch beträgt, soweit die Altspananlage von Reichsmark auf Deutsche Mark umgestellt oder in Deutsche Mark umgewandelt worden ist

- |                          |                                     |
|--------------------------|-------------------------------------|
| im Verhältnis 100 zu 10  | 10 vom Hundert der Altspananlage,   |
| im Verhältnis 100 zu 6,5 | 13,5 vom Hundert der Altspananlage, |
| im Verhältnis 100 zu 5   | 15 vom Hundert der Altspananlage.   |

(3) Bei Berechnung des Entschädigungsanspruchs werden nur volle Reichsmarkbeträge berücksichtigt; der Betrag des Entschädigungsanspruchs ist auf 10 Deutsche Pfennig aufzurunden.

(4) Der Entschädigungsanspruch wird vom 1. Januar 1953 ab mit 4 vom Hundert verzinst. Zinseszinsen werden nicht geschuldet.

(5) Ein Entschädigungsanspruch besteht nicht, wenn die Summe der Altspananlagen des im Zeitpunkt der Einführung der Deutschen Mark berechtigten Gläubigers bei einem Schuldner 50 Reichsmark nicht erreicht; § 7 Abs. 3 bleibt unberührt.

(6) Der Entschädigungsanspruch ist vom Inkrafttreten dieses Gesetzes ab nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechts übertragbar und vererblich.

## § 6 Verfügungsbeschränkungen

(1) Rechte, die an der Altspananlage oder an der umgestellten oder umgewandelten Altspananlage bestanden haben oder bestehen, und Verfügungsbeschränkungen, denen der Inhaber insoweit unterworfen war oder ist, setzen sich an dem Entschädigungsanspruch nicht fort. Als Verfügungsbeschränkung gilt auch ein Zurückbehaltungsrecht.

(2) Sparanlagen, die zum Zweck der Sicherung oder zu treuen Händen übertragen worden sind, werden bei Anwendung der §§ 2 bis 5 dem Veräußerer oder Treugeber zugerechnet.

## Zweiter Abschnitt Besondere Vorschriften für die einzelnen Sparanlagen

### § 7 Spareinlagen

(1) Bei Spareinlagen (§ 2 Abs. 1 Nr. 1) wird der Nennbetrag der Altspananlage durch Vergleich der Spareinlage des Gläubigers bei demselben Schuldner bei Beginn des 1. Januar 1940 und im Zeitpunkt der Einführung der Deutschen Mark festgestellt, wobei die durch Anrechnung von Kopf- oder Geschäftsbeträgen verbrauchten Reichsmarkbeträge hinzuzurechnen sind. Der niedrigere von beiden Beträgen ist zugrunde zu legen.

(2) Kann der Nachweis der Altspananlage nur dem Grunde, nicht aber der Höhe nach erbracht werden, kann von dem Stand der Spareinlage zu demjenigen dem 1. Januar 1940 nichtsteigenden späteren Zeitpunkt ausgegangen werden, für den die Höhe der Spareinlage nachgewiesen werden kann. Hierbei ist die Spareinlage nur mit dem bei Anwendung der Tabelle nach Anlage 3 sich ergebenden Teilbetrag anzusetzen. Satz 1 ist nur anzuwenden, wenn die Höhe der Spareinlage auf einen vor dem 9. Mai 1945 liegenden Zeitpunkt nachgewiesen werden kann.

(3) Ein Entschädigungsanspruch besteht in Abweichung von § 5 Abs. 5 auch dann, wenn die Summe der Altspananlagen des im Zeitpunkt der Einführung der Deutschen Mark berechtigten Gläubigers bei einem Schuldner 50 Reichsmark nicht erreicht, aber mindestens 20 Reichsmark betragen hat.

§ 8  
Bausparguthaben  
Bei Bausparguthaben (§ 2 Abs. 1 Nr. 2) findet § 7 Abs. 2 entsprechende Anwendung.

§ 9  
Pfandbriefe und verwandte Schuldverschreibungen  
(1) Pfandbriefe und verwandte Schuldverschreibungen im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 3 sind bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen Altspananlagen, wenn der Pfandbrief oder die verwandte Schuldverschreibung vor dem 1. Januar 1940 ausgegeben oder zwischen dem Beginn des 1. Januar 1940 und dem Zeitpunkt der Einführung der Deutschen Mark im Umtausch für eine vor dem

1. Januar 1940 ausgegebene Schuldverschreibung von dem Schuldner dem Gläubiger ausgehändigt worden ist. Durch Rechtsverordnung kann für Wertpapierarten, die nach dem Beginn des 1. Januar 1940 aufgelegt und ausschließlich oder überwiegend für Umtauschzwecke verwandt worden sind, bestimmt werden, daß ein solcher Umtausch vermutet wird.

(2) Entschädigungsberechtigt ist nur derjenige, für welchen

1. eine Lieferbarkeitsbescheinigung ausgestellt worden ist oder
2. das Recht im Wertpapierbereinigungsverfahren rechtskräftig anerkannt worden ist oder
3. die Schuldverschreibung im Zeitpunkt der Einführung der Deutschen Mark festgeschrieben war oder
4. der in der Schuldverschreibung verbriefte Anspruch im Zeitpunkt der Einführung der Deutschen Mark in einem Schuldbuch eingetragen war.

(3) Hat eine Schuldverschreibung einem Gläubiger am 1. Januar 1945 zugestanden, wird vermutet, daß sie ihm schon bei Beginn des 1. Januar 1940 zugestanden hat. Diese Vermutung gilt nicht, wenn für die über den Entschädigungsanspruch entscheidende Stelle erkennbar ist, daß die Schuldverschreibung dem Gläubiger bei Beginn des 1. Januar 1940 noch nicht zugestanden hat.

(4) Zugunsten desjenigen, für den eine Lieferbarkeitsbescheinigung ausgestellt worden ist, wird vermutet, daß ihm die Schuldverschreibung schon am 1. Januar 1945 zugestanden hat. Diese Vermutung gilt nicht, wenn sich aus den Unterlagen, die der über den Entschädigungsanspruch entscheidenden Stelle zugänglich sind, Umstände ergeben, die Zweifel an der Verfügungsberechtigung des Gläubigers am 1. Januar 1945 rechtfertigen.

§ 10  
Industrieobligationen und verwandte Schuldverschreibungen  
Auf Industrieobligationen und verwandte Schuldverschreibungen im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 4 findet § 9 entsprechende Anwendung.

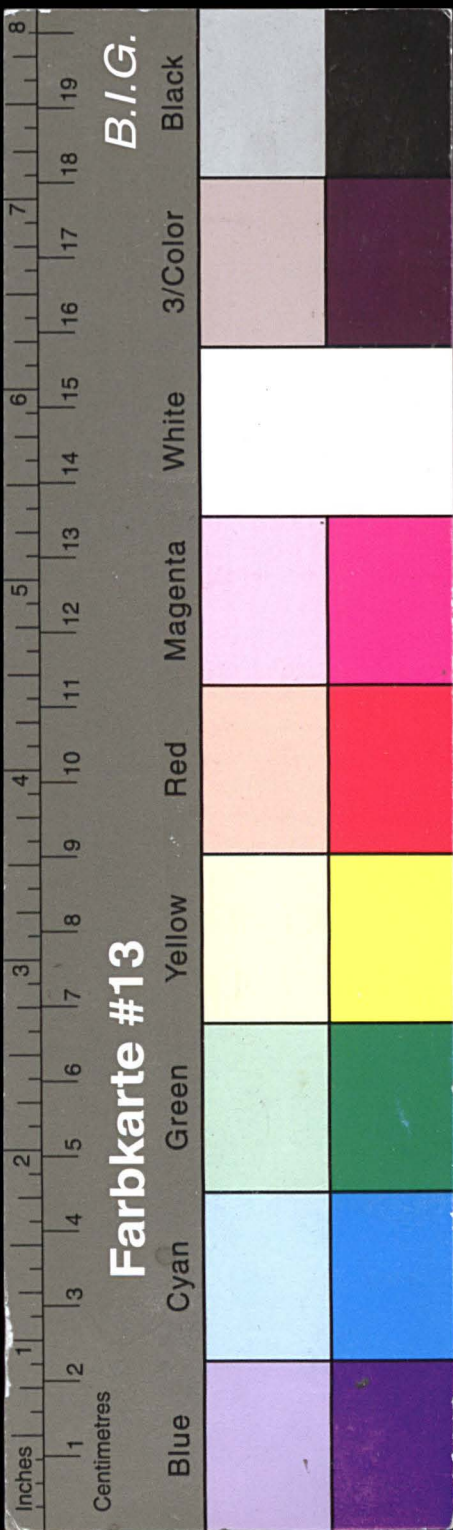
§ 11  
Ansprüche aus Lebensversicherungsverträgen  
(1) Bei Ansprüchen aus Lebensversicherungsverträgen (§ 2 Abs. 1 Nr. 5) ist zur Berechnung der Höhe der Altspananlage von der bei Beginn des 1. Januar 1940 gebildeten Prämienreserve auszugehen; als Prämienreserve gilt der aus der Reichsmarkversicherungssumme im Zeitpunkt der Einführung der Deutschen Mark nach Anlage 4 dieses Gesetzes ermittelte Betrag. Die Reichsmarkversicherungssumme im Zeitpunkt der Einführung der Deutschen Mark wird ein in diesem Zeitpunkt fälliger, aber noch nicht ausgezahlter Anspruch aus dem Versicherungsvertrag gleichgestellt.

(2) Der Entschädigungsanspruch besteht auch dann, wenn der Versicherungsvertrag von einem Arbeitgeber zugunsten eines Arbeitnehmers im Rahmen eines Gesamtvertrages zur Versorgung der Arbeitnehmer abgeschlossen worden ist, sofern die Prämien grundsätzlich der Lohnsteuer unterlagen; durch Rechtsverordnung kann über die Berechnung einer solchen Altspananlage Näheres bestimmt werden.

§ 12  
Sonstige durch Grundpfandrechte gesicherte privatrechtliche Ansprüche

(1) Durch Grundpfandrechte gesicherte privatrechtliche Ansprüche im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 6 sind Altspananlagen, wenn derjenige, welcher im Zeitpunkt der Einführung der Deutschen Mark Gläubiger des Anspruchs war,





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

im Falle des § 3 Abs. 2 ein Rechtsvorgänger, den Anspruch und das Grundpfandrecht vor dem 1. Januar 1940 erworben hatte. War eine zu dem Erwerb des Grundpfandrechts erforderliche Eintragung vor dem 1. Januar 1940 beantragt worden, gilt dieser Erwerb auch dann als vor diesem Zeitpunkt eingetreten, wenn die beantragte Eintragung erst nach diesem Zeitpunkt erfolgt ist. War die Entstehung des Anspruchs von einer Leistung des Gläubigers abhängig, wird vermutet, daß die Leistung vor Stellung des Antrags auf Eintragung bewirkt worden ist. Im Falle des rechtsgeschäftlichen Erwerbs des Anspruchs gilt als Zeitpunkt des Erwerbs derjenige Zeitpunkt, zu welchem nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechts das Grundpfandrecht auf den Erwerber übergegangen ist.

(2) Der Eigenschaft des Anspruchs als Altsparkanlage steht es nicht entgegen, wenn zwischen dem Beginn des 1. Januar 1940 und dem Zeitpunkt der Einführung der Deutschen Mark ein Wechsel in der Person des Schuldners eingetreten ist.

## § 13

### Umwandlung einer Sparanlage in eine andere Sparanlage

Durch Rechtsverordnung wird bestimmt, in welchen Fällen und unter welchen Voraussetzungen auch eine im Zeitpunkt der Einführung der Deutschen Mark bestehende Sparanlage (§ 2) als Altsparkanlage anerkannt wird, die dadurch begründet worden ist, daß eine bei Beginn des 1. Januar 1940 bestehende andere Sparanlage umgewandelt worden ist. Hierbei sind, soweit dies zur Vermeidung von Härten erforderlich ist, einer bei Beginn des 1. Januar 1940 bestehenden Sparanlage folgende Vermögenswerte gleichzustellen:

1. der Erlös aus der Veräußerung von Einheiten des Grundvermögens, des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens oder des Betriebsvermögens, die am 1. Januar 1940 im Eigentum des Gläubigers aus der Sparanlage, im Falle des § 3 Abs. 2 eines Rechtsvorgängers, gestanden haben und zwischen dem Beginn des 1. Januar 1940 und dem Zeitpunkt der Einführung der Deutschen Mark veräußert worden sind,
2. Entschädigungszahlungen, die auf Grund der Kriegssachschädenverordnung vom 30. November 1940 (Reichsgesetzbl. I S. 1547) wegen der Zerstörung oder Beschädigung von Einheiten des Grundvermögens, des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens oder des Betriebsvermögens oder von Hausrat gewährt worden sind, sofern die Entschädigung 50 vom Hundert des nach der Kriegssachschädenverordnung anzuerkennenden Betrages überschritten hat,
3. der Gegenwert von Devisen, die von deutschen Staatsangehörigen oder deutschen Volkszugehörigen abgeliefert oder eingezahlt worden sind, welche ihren Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt im Ausland im Zusammenhang mit den Ereignissen des zweiten Weltkrieges aufgeben mußten.

## Dritter Abschnitt

### Verfahren

## § 14

#### Bearbeitung des Entschädigungsanspruchs

(1) Die Bearbeitung des Entschädigungsanspruchs obliegt dem Institut. Institut ist

1. bei Spareinlagen im Sinne des § 22 des Gesetzes über das Kreditwesen dasjenige Geldinstitut, welches das Reichsmarkkonto geführt hat, bei Postsparkanlagen das von der Deutschen Bundespost bestimmte Postsparkassenamt,
2. bei Bausparguthaben das Schuldnerinstitut,

3. bei Wertpapieren im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 3 und 4 dasjenige Kreditinstitut, welches als Anmeldestelle im Wertpapierbereinungsverfahren tätig geworden ist oder die Lieferbarkeitsbescheinigung ausgestellt hat, in den Fällen des § 9 Abs. 2 Nr. 3 und 4 das Schuldnerinstitut,

4. bei Ansprüchen aus Lebensversicherungsverträgen das Schuldnerinstitut,

5. bei durch Grundpfandrechte gesicherten privatrechtlichen Ansprüchen die nach den Durchführungsvorschriften zu § 139 des Lastenausgleichsgesetzes beauftragte Stelle oder, wenn eine solche nicht vorhanden ist, diejenige Stelle, welche mit der Verwaltung der Umstellungsgrundschuld (§ 1 des Gesetzes zur Sicherung von Forderungen für den Lastenausgleich vom 2. September 1948 — WiGBI. S. 87 —) beauftragt war.

(2) Stellt das nach Absatz 1 zuständige Institut auf Grund ihm vorliegender Unterlagen fest, daß die Voraussetzungen für die Anerkennung des Entschädigungsanspruchs nach Grund und Höhe gegeben sind, wird die Entschädigung ohne Antrag gewährt.

(3) Liegen die Voraussetzungen des Absatzes 2 nicht vor, wird die Entschädigung auf Antrag gewährt. Der Antrag ist von dem Entschädigungsberechtigten (§ 4) auf amtlichem Formblatt bei dem nach Absatz 1 zuständigen Institut zu stellen. Stand die Altsparkanlage im Zeitpunkt der Einführung der Deutschen Mark einer Mehrheit von natürlichen Personen zu, kann der Antrag von jedem Mitberechtigten mit Wirkung für alle Mitberechtigten gestellt werden.

(4) Der Antrag nach Absatz 3 ist innerhalb eines Jahres nach demjenigen Zeitpunkt zu stellen, welcher für einzelne Gruppen von Altsparkanlagen durch Rechtsverordnung bestimmt wird. Wer durch Naturereignisse oder durch unabwehrbare Zufälle an der Wahrung der Frist gehindert worden ist, kann beim Ausgleichsamt Antrag auf Bewilligung einer Nachfrist stellen; § 341 des Lastenausgleichsgesetzes gilt entsprechend.

## § 15

### Bescheid

(1) Erscheint der Entschädigungsanspruch nach Grund und Höhe zweifelsfrei, entscheidet das nach § 14 Abs. 1 zuständige Institut endgültig.

(2) Hält das Institut die Voraussetzung des Absatzes 1 nicht für gegeben, entscheidet es mit der Maßgabe, daß der Antragsteller und der Vertreter der Interessen des Ausgleichsfonds gegen den Bescheid binnen 3 Monaten nach Bekanntgabe schriftlich gegenüber dem Institut oder der Ausgleichsbehörde die Entscheidung der Ausgleichsbehörde anrufen können. Die Bekanntgabe hat gegen Empfangsbestätigung zu erfolgen. Der Bescheid gilt als anerkannt, wenn nicht innerhalb der in Satz 1 genannten Frist die Entscheidung der Ausgleichsbehörde angerufen worden ist. Eine Abschrift des Bescheides ist, wenn nach § 18 Abs. 1 Satz 3 der Anspruch aus der Entschädigungsgutschrift sich gegen ein anderes Institut richtet, diesem zu übersenden; dieses Institut ist im weiteren Verfahren zur Stellungnahme berechtigt.

(3) Sieht sich das Institut aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen außerstande, selbst einen Bescheid zu erteilen, kann es den Antrag zur Entscheidung an das Ausgleichsamt abgeben.

(4) Der Bescheid ergeht gegenüber dem Entschädigungsberechtigten (§ 4).

(5) Der Bescheid kann auch Teile des geltend gemachten Anspruchs betreffen.

(6) Durch Rechtsverordnung wird Näheres über die Zuständigkeit der Vertreter der Interessen des Ausgleichsfonds und über die Zuständigkeit der Ausgleichsbehörden bestimmt.

(7) Ein Bescheid über den Anspruch aus einer Altsparkanlage im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 3 oder 4 kann unter dem Vorbehalt der Anerkennung der Altsparkanlage im Wertpapierbereinungsverfahren erteilt werden.

## § 16

### Verfahren vor den Ausgleichsbehörden

Für das Verfahren vor den Ausgleichsbehörden gelten die §§ 330 bis 342 des Lastenausgleichsgesetzes entsprechend.

## § 17

### Weitere Verfahrensvorschriften

Durch Rechtsverordnung können zur Beschleunigung und Vereinfachung der Bearbeitung der Entschädigungsansprüche, zur Regelung des Zusammenwirkens zwischen den Instituten und den Ausgleichsbehörden sowie zur Berücksichtigung der für die einzelnen Formen der Sparanlagen geltenden Besonderheiten zusätzliche Vorschriften über das Verfahren erlassen werden.

## § 18

### Entschädigungsgutschrift

(1) Ist der Entschädigungsanspruch durch endgültigen, anerkannten oder rechtskräftigen Bescheid festgestellt, wird durch das nach § 14 Abs. 1 zuständige Institut erfüllungshalber eine Entschädigungsgutschrift erteilt. Durch die Entschädigungsgutschrift wird ein schuldrechtlicher Anspruch des Entschädigungsberechtigten auf Zahlung des gutgeschriebenen Betrages gegen dasjenige Institut begründet, das die Entschädigungsgutschrift erteilt hat. In den Fällen des § 2 Abs. 1 Nr. 3 und 4 richtet sich der Anspruch gegen dasjenige Institut, welches im Wertpapierbereinungsverfahren als Prüfstelle bestimmt ist. Der Erwerb eines Anspruchs aus einer Entschädigungsgutschrift durch den ersten Erwerber unterliegt auch dann nicht der Wertpapiersteuer, wenn der Anspruch in einer Schuldverschreibung verbrieft wird.

(2) In den Fällen des § 14 Abs. 3 letzter Satz wird die Entschädigungsgutschrift zugunsten der Mehrheit von natürlichen Personen erteilt; die Befugnis, den Anspruch aus der Altsparkanlage geltend zu machen, bezieht sich auch auf den Anspruch aus der Entschädigungsgutschrift.

(3) In den Fällen des § 4 Abs. 3 ist derjenige, welcher berechtigt ist, den Entschädigungsanspruch geltend zu machen, auch berechtigt, für den Entschädigungsberechtigten über die Entschädigungsgutschrift zu verfügen, es sei denn, daß ein entgegenstehender Wille des Entschädigungsberechtigten bekannt ist.

(4) Der Anspruch aus der Entschädigungsgutschrift wird am 1. Januar 1953 ab mit 4 vom Hundert verzinst. Die Zinsen werden, soweit nicht durch Rechtsverordnung nach Absatz 7 etwas anderes bestimmt wird, mit der Maßgabe gutgeschrieben, daß Zinsezinsen nicht geschuldet werden.

(5) Die Ansprüche aus Entschädigungsgutschriften werden in dem Umfang zur Auszahlung freigegeben und damit fällig, in dem Mittel zur Einlösung der Deckungsforderungen (§ 19) aus dem Ausgleichsfonds bereitgestellt werden. Der Entschädigungsberechtigte kann die Auszahlung nicht vor Fälligkeit der Altsparkanlage verlangen.

(6) Die noch nicht freigegebenen Ansprüche aus Entschädigungsgutschriften bleiben bei der Berechnung der für die Geldinstitute vorgeschriebenen Mindestreserven außer Betracht.

(7) Durch Rechtsverordnung wird Näheres über die Ausgestaltung und über die Freigabe des durch die Entschädigungsgutschrift begründeten Anspruchs sowie darüber bestimmt, unter welchen Voraussetzungen die Verbindlichkeit aus der Entschädigungsgutschrift von einem anderen Institut oder unmittelbar vom Sondervermögen Ausgleichsfonds übernommen werden kann; hierbei kann für Gruppen von Altsparkanlagen die laufende Auszahlung der Zinsen vorgeschrieben werden.

## § 19

### Deckungsforderungen

(1) Zugunsten derjenigen Institute, welche Schuldner aus den Entschädigungsgutschriften sind, entstehen in Höhe ihrer Verbindlichkeiten aus Entschädigungsgutschriften mit deren Erteilung Deckungsforderungen gegen den Ausgleichsfonds. Die Deckungsforderungen werden vom 1. Januar 1953 an mit 4 vom Hundert, vom 1. Januar 1954 an mit 4½ vom Hundert verzinst. Zinsezinsen werden nicht geschuldet.

(2) Die Deckungsforderungen erlöschen mit Wirkung vom Zeitpunkt ihres Entstehens insoweit, als festgestellt wird, daß die Entschädigungsgutschriften auf Grund unrichtiger, auf vorsätzlichem oder grob fahrlässigem Verhalten der Bevollmächtigten der Institute beruhender Bescheide erteilt worden sind. Steht die Deckungsforderung nicht demjenigen Institut zu, das den Bescheid erteilt hat, findet Satz 1 keine Anwendung; das Institut, welches den Bescheid erteilt hat, ist unter den Voraussetzungen des Satzes 1 dem Ausgleichsfonds zum Schadenersatz verpflichtet. Die Deckungsforderungen erlöschen insoweit, als der Entschädigungsberechtigte auf den Anspruch aus der Entschädigungsgutschrift verzichtet, mit Wirkung vom Zeitpunkt des Verzichts.

(3) Werden Verbindlichkeiten aus Entschädigungsgutschriften von einem anderen Institut übernommen, gehen die Deckungsforderungen insoweit auf das übernehmende Institut über.

(4) Durch Rechtsverordnung wird Näheres über die Ausgestaltung und die Einlösung der Deckungsforderungen sowie über die Bilanzierung der Deckungsforderungen und der Verbindlichkeiten aus Entschädigungsgutschriften bestimmt.

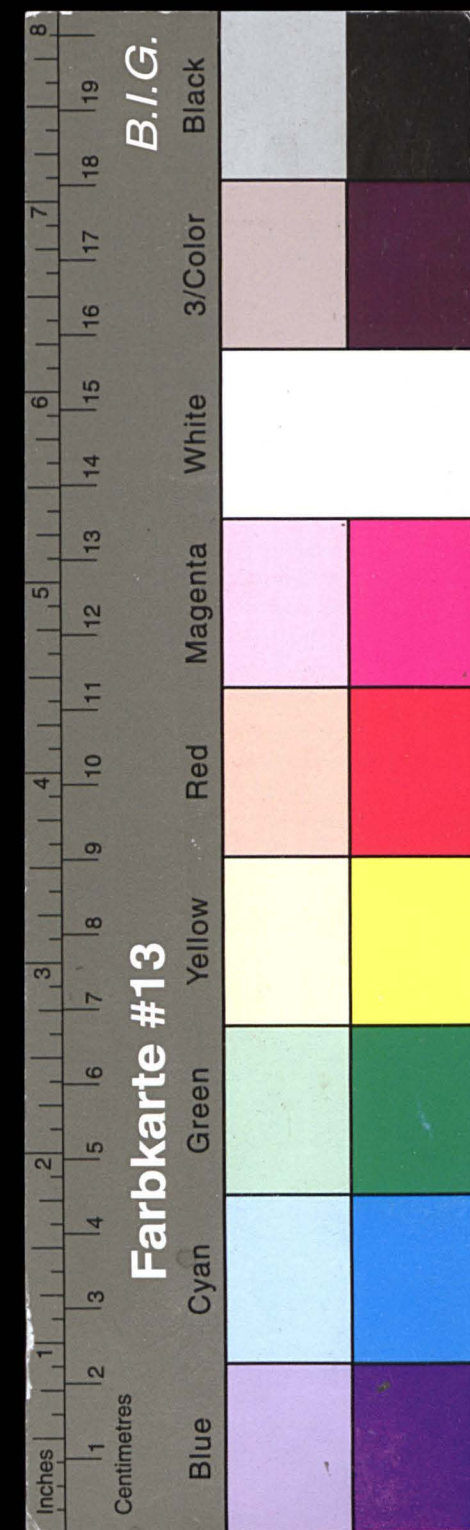
## § 20

### Haftungsvorschriften

(1) Das Institut ist verpflichtet, die Deckungsforderungen und die ihm auf Grund dieser Forderungen zufließenden Mittel in dem Umfang, in dem Verbindlichkeiten aus Entschädigungsgutschriften bestehen, ausschließlich zur Befriedigung dieser Verbindlichkeiten zu verwenden. Die Deckungsforderungen sind vorbehaltlich der Absätze 2 bis 4 insoweit nicht abtretbar, als ihnen Verbindlichkeiten aus Entschädigungsgutschriften gegenüberstehen.

(2) Wird über das Vermögen des Instituts das Konkursverfahren eröffnet, treten hinsichtlich der durch die Entschädigungsgutschriften begründeten Verbindlichkeiten die mit der Konkurseröffnung verbundenen Rechtsfolgen nicht ein. Der Konkursverwalter hat die Deckungsforderungen zu verwalten und nach Weisung des Präsidenten des Bundesausgleichsamts auf ein anderes Institut zu übertragen, das zur Übernahme der durch die Entschädigungsgutschriften begründeten Verbindlichkeiten bereit ist; mit der Übertragung gehen die Verbindlichkeiten auf dieses Institut über. Ist kein Institut zur Übernahme der Verbindlichkeiten bereit, hat das Sondervermögen Ausgleichsfonds die Verbindlichkeiten zu übernehmen; mit der Übernahmeerklärung gegenüber dem Konkursverwalter gehen die Verbindlichkeiten auf den Ausgleichsfonds über und erlöschen die





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

Deckungsforderungen. Der Konkursverwalter hat den Schuldübergang nach den Sätzen 2 und 3 den Gläubigern mitzuteilen.

(3) Wird über das Vermögen des Instituts das Vergleichsverfahren eröffnet, sind die Gläubiger der durch die Entschädigungsgutschriften begründeten Verbindlichkeiten nicht Vergleichsgläubiger. Wird das Unternehmen vom Vergleichsschuldner nicht fortgeführt, so gelten die Vorschriften des Absatzes 2 Sätze 2 bis 4 entsprechend mit der Maßgabe, daß an die Stelle des Konkursverwalters der Vergleichsschuldner tritt.

(4) Wird das Institut aus anderen Gründen aufgelöst, gelten die Vorschriften des Absatzes 2 Sätze 2 bis 4 entsprechend mit der Maßgabe, daß an die Stelle des Konkursverwalters die Liquidatoren (Abwickler) treten.

(5) Soweit nach näherer Maßgabe der in § 18 Abs. 7 vorgesehenen Rechtsverordnung über den Anspruch aus der Entschädigungsgutschrift Schuldverschreibungen oder Schuldkunden ausgegeben werden, für die nach den Vorschriften des Hypothekenbankgesetzes oder nach entsprechenden Vorschriften in anderen Gesetzen oder nach vertraglichen Vereinbarungen eine Deckung unterhalten werden muß, treten an die Stelle der Absätze 1 bis 4 die entsprechenden Vorschriften dieser Gesetze oder die vertraglichen Vereinbarungen; die Deckungsforderungen sind geeignet, zum Nennwert als Deckung verwandt zu werden.

## § 21

### Überwachung der Institute

(1) Der Präsident des Bundesausgleichsamts ist berechtigt, den bei der Durchführung dieses Gesetzes beteiligten Instituten Weisungen zu erteilen und die Durchführung durch Beauftragte zu überwachen.

(2) Die Erfüllung der den Instituten durch dieses Gesetz übertragenen Aufgaben ist nach Richtlinien, die der Präsident des Bundesausgleichsamts im Benehmen mit den für die Institute jeweils zuständigen Aufsichtsbehörden erläßt, zu prüfen. Ist eine Prüfung des Jahresabschlusses für ein Institut vorgeschrieben, hat der Abschlußprüfer die Prüfung im Zusammenhang mit der Prüfung des Jahresabschlusses vorzunehmen. Ist für ein Institut eine Prüfung des Jahresabschlusses nicht vorgeschrieben, bestimmt der Präsident des Bundesausgleichsamts den Prüfer.

## Vierter Abschnitt

### Sonstige Vorschriften

## § 22

### Gebühren und Kosten

(1) Das Verfahren bei den Instituten ist gebührenfrei; Kosten des Verfahrens dürfen dem Entschädigungsberechtigten, soweit nicht in § 23 etwas anderes bestimmt ist, nicht auferlegt werden. Die Kosten einer Vertretung trägt der Entschädigungsberechtigte.

(2) Für die Gebühren und Kosten des Verfahrens vor den Ausgleichsbehörden gilt § 334 des Lastenausgleichsgesetzes.

## § 23

### Verwaltungskosten

(1) Für die Kosten der Durchführung dieses Gesetzes gilt § 351 des Lastenausgleichsgesetzes entsprechend.

(2) Die Institute erhalten vom Bund einen Unkostenbeitrag für jeden von ihnen erteilten Bescheid.

Der Unkostenbeitrag beträgt

1. bei Spareinlagen und Postspareinlagen

für jeden Bescheid oder Teilbescheid nach § 15 Abs. 1 0,75 Deutsche Mark

für jeden Bescheid oder Teilbescheid nach § 15 Abs. 2 1,25 Deutsche Mark

2. bei Ansprüchen aus Lebensversicherungsverträgen und Bausparguthaben

für jeden Bescheid oder Teilbescheid nach § 15 Abs. 1 1,25 Deutsche Mark

für jeden Bescheid oder Teilbescheid nach § 15 Abs. 2 1,75 Deutsche Mark

3. bei Wertpapieren

für jeden Bescheid oder Teilbescheid nach § 15 Abs. 1 oder 2 1,00 Deutsche Mark

bezieht sich ein Bescheid auf mehrere Wertpapierarten, fällt der Unkostenbeitrag für jede Wertpapierart an, der Beitrag beträgt jedoch höchstens 10 Deutsche Mark für einen Bescheid

4. bei privatrechtlichen, durch Grundpfandrechte gesicherten Ansprüchen für jeden Bescheid nach § 15 Abs. 1 oder 2 3,00 Deutsche Mark

Der Unkostenbeitrag ist je zur Hälfte in den Rechnungsjahren 1954 und 1955 zu leisten.

(3) Die Institute erhalten einen Unkostenbeitrag nach Absatz 2 nicht für Bescheide, die eine Altsparranlage von weniger als 50 Reichsmark betreffen.

(4) Die mit der Durchführung dieses Gesetzes beauftragten Institute erhalten vom Bund einen angemessenen Beitrag zu den ihnen aus der Durchführung einer nach § 21 veranlaßten Prüfung entstandenen Kosten.

(5) Soweit in Erfüllung der Entschädigungsansprüche Schuldverschreibungen ausgegeben werden, sind die Schuldnerinstitute (§ 19 Abs. 1) berechtigt, einmalig zur Abgeltung der ihnen entstehenden Unkosten zu Lasten der Berechtigten einen Unkostenbeitrag von 0,5 vom Hundert des Nennbetrags der Schuldverschreibungen einzubehalten.

(6) Durch Rechtsverordnung kann Näheres über die Durchführung der Absätze 2 bis 5 bestimmt werden.

## § 24

### Rückerstattungsfälle

(1) Ist nach den Vorschriften über die Rückerstattung feststellbarer Vermögensgegenstände rechtskräftig entschieden oder durch einen rechtskräftigen Entscheidung gleichgestellten Vergleich vereinbart, daß eine Altsparranlage einem Rückerstattungsberechtigten zusteht, steht der Entschädigungsanspruch nach diesem Gesetz dem Rückerstattungsberechtigten zu.

(2) Ist über einen geltend gemachten Rückerstattungsanspruch noch nicht rechtskräftig entschieden, ist auch der Rückerstattungsanspruch zur Antragstellung nach diesem Gesetz berechtigt. Ist ein solcher Antrag oder ein entsprechender Antrag nach § 60 Abs. 3 des Wertpapierbereinigungsgesetzes gestellt, wird die Entscheidung über den Entschädigungsanspruch bis zur rechtskräftigen Entscheidung über den Rückerstattungsanspruch ausgesetzt.

(3) Durch Rechtsverordnung kann Näheres über das Verfahren in Rückerstattungsfällen bestimmt werden.

## § 25

### Ausschließung von den Entschädigungsleistungen

(1) Von Entschädigungsleistungen nach diesem Gesetz wird, unbeschadet einer strafrechtlichen Verfolgung, ausgeschlossen, wer in eigener oder fremder Sache wissentlich oder grob fahrlässig falsche Angaben über Umstände gemacht, veranlaßt oder zugelassen oder zum Zweck der Täuschung Tatsachen verschwiegen, entstellt oder vorge spiegelt hat, die für die Entschädigung nach diesem Gesetz von Bedeutung waren.

(2) Über die Ausschließung von der Gewährung der Entschädigung entscheidet auf Antrag des Instituts oder des Vertreters der Interessen des Ausgleichsfonds der Leiter des Landesausgleichsamts nach Anhörung des Beschwerdeausschusses. Die Entscheidung ist zu begründen; sie kann von den Beteiligten nach §§ 333 ff. des Lastenausgleichsgesetzes angefochten werden. Die Anfechtung hat keine aufschiebende Wirkung. Die Entscheidung kann auch nach Zuerkennung oder Erfüllung des Entschädigungsanspruchs erfolgen. Gewährte Leistungen sind zurückzuerstatten.

## § 26

### Strafvorschrift

Für Angestellte der mit der Durchführung dieses Gesetzes betrauten Institute sind die Vorschriften der Verordnung gegen Bestechung und Geheimnisverrat nicht-beamteter Personen in der Fassung vom 22. Mai 1943 (Reichsgesetzbl. I S. 351) entsprechend anzuwenden mit der Maßgabe, daß durch Rechtsverordnung bestimmt wird, wer zu verpflichtet ist, wer die Verpflichtung vorzunehmen hat und in welcher Form die Verpflichtung erfolgt.

## § 27

### Sondervorschriften für Berlin (West)

Soweit die in Berlin (West) geltenden Vorschriften zur Neuordnung des Geldwesens von den im übrigen Geltungsbereich dieses Gesetzes geltenden Vorschriften abweichen, können für Berlin (West) die Vorschriften des § 7 Abs. 2, des Dritten Abschnitts und des § 23 Abs. 2 durch Rechtsverordnung entspr. eehend geändert oder ergänzt werden.

## Fünfter Abschnitt

### Änderung

### von Lastenausgleichsgesetzen

## § 28

### Änderung des Lastenausgleichsgesetzes

Das Lastenausgleichsgesetz wird wie folgt geändert:

1. In § 4 wird folgende Nummer 9 angefügt:

„9. Entschädigung nach dem Altspargesetz.“

2. In § 8 Abs. 1 wird folgende Nummer 17 angefügt:

„17. das Gesetz zur Milderung von Härten der Währungsreform (Altspargesetz) vom 14. Juli 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 495) als Altspargesetz.“

3. In § 240 Abs. 1 wird folgender Satz 2 angefügt:

„Soweit aus dem durch die Umstellung betroffenen Anspruch Entschädigung auf Grund des Altspargesetzes gewährt wird, mindert sich der Sparschaden um den Nennbetrag der Entschädigung.“

4. In § 245 Nr. 3 werden folgende Sätze 2 und 3 angefügt:

„Handelt es sich um Verluste an Sparanlagen (§ 2 des Altspargesetzes), die dem unmittelbar Geschädigten oder einem Rechtsvorgänger (§ 3 des Altspargesetzes) schon bei Beginn des 1. Januar 1940 zugestanden haben, sind die Ansprüche, sofern sie nicht im Verhältnis von einer Reichsmark zu einer Deutschen Mark umzustellen gewesen wären, mit 20 vom Hundert des festgestellten Reichsmarkbetrages anzusetzen. Als bei Beginn des 1. Januar 1940 bestehende Sparanlagen gelten, sofern nicht der Geschädigte den Nachweis eines höheren Betrages führt,

1. Spareinlagen, Postspareinlagen und Bausparguthaben mit 20 vom Hundert,

2. Pfandbriefe, Rentenbriefe, Schiffspfandbriefe und Kommunalschuldverschreibungen mit 30 vom Hundert,

3. Ansprüche aus Industrieobligationen mit 50 vom Hundert,

4. Ansprüche aus Lebensversicherungsverträgen mit 60 vom Hundert,

5. sonstige privatrechtliche Ansprüche, die durch Hypotheken, Grundschulden oder Rentenschulden gesichert waren, mit 100 vom Hundert.“

5. In § 266 Abs. 3 wird folgender Satz 2 angefügt:

„Für Zwecke der Entschädigungsrente ist auf Grund von Sparschäden ein Schadensbetrag nicht anzusetzen.“

6. In § 323 wird folgender Absatz 6 angefügt:

„(6) Zur Durchführung des Altspargesetzes werden aus dem Ausgleichsfonds in den Kalenderjahren 1954 bis 1957 mindestens je die zur Verzinsung der auf Grund des Altspargesetzes entstandenen Deckungsforderungen in diesen Jahren erforderlichen Beträge, vom Kalenderjahr 1958 ab jährlich mindestens je 200 Millionen Deutsche Mark bereitgestellt.“

## § 29

### Änderung

### des Gesetzes über einen Währungsausgleich für Sparguthaben Vertriebener

Das Gesetz über einen Währungsausgleich für Sparguthaben Vertriebener in der Fassung vom 14. August 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 546 wird wie folgt geändert:

1. Nach § 3 Abs. 1 wird der folgende neue Absatz 2 eingefügt:

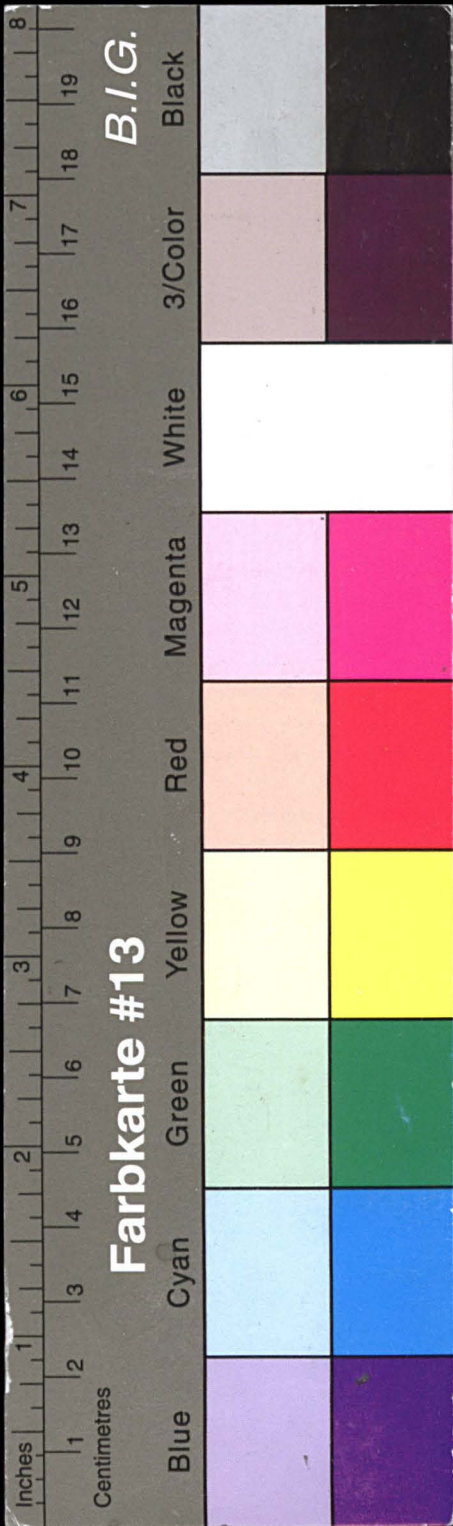
„(2) Soweit es sich um Verluste aus Spareinlagen handelt, die dem vertriebenen Sparer oder einem Rechtsvorgänger (§ 3 des Altspargesetzes vom 14. Juli 1953 — Bundesgesetzbl. I S. 495 —) schon am 1. Januar 1940 zugestanden haben, beträgt die Entschädigung 20 vom Hundert des Reichsmarknennbetrages des am 1. Januar 1940 bestehenden Sparguthabens; dabei sind Sparguthaben, die am 1. Januar 1940 in einer anderen Währung bestanden haben und die nach diesem Zeitpunkt auf Reichsmark umgestellt worden sind, mit dem für diese Umstellung maßgebenden Umstellungssatz in Reichsmark anzusetzen. Als am 1. Januar 1940 bestehenden Sparguthaben gelten, sofern nicht der Geschädigte den Nachweis eines höheren Betrags führt, 20 vom Hundert des im Zeitpunkt der Verreibung bestehenden Guthabens.“

Die bisherigen Absätze 2 und 3 werden Absätze 3 und 4.

2. § 3 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Aus Sparguthaben im Sinne des § 1 Abs. 1 Satz 2, deren Höhe 20 Reichsmark nicht übersteigt, wird Entschädigung nicht gewährt.“





3. In § 9 Abs. 2 wird folgender Satz 2 angefügt:  
„Ist über einen Anspruch ein Bescheid erteilt worden, ohne daß § 3 Abs. 2 berücksichtigt worden ist, ist ein Ergänzungsbescheid über den zusätzlichen Entschädigungsanspruch zu erteilen.“

4. § 11 Abs. 4 Satz 1 erhält folgende Fassung:  
„Die Bundesregierung legt durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, die Grundsätze für die Freigabe der Ausgleich Guthaben fest; die Ermächtigung kann auf den Präsidenten des Bundesausgleichsamts weiter übertragen werden.“

5. § 14 Abs. 2 Satz 1 erster Halbsatz erhält folgende Fassung:  
„Die Geldinstitute und die Deutsche Bundespost erhalten für jeden von ihnen erteilten Bescheid (§ 9 Abs. 1) vom Bund einen Unkostenbeitrag von einer Deutschen Mark, sofern nicht der Bescheid ein Sparguthaben von weniger als 50 Reichsmark betrifft.“

Sechster Abschnitt

Schlußvorschriften

§ 30

Aenderung des Umstellungsgesetzes

§ 2 Abs. 1 Satz 3 und 4 und § 16 Abs. 2 des Umstellungsgesetzes werden aufgehoben. Bezugnahmen auf diese Vorschriften in anderen Vorschriften sind gegenstandslos.

§ 31

Erlaß von Rechtsverordnungen

(1) Die in diesem Gesetz vorgesehenen Rechtsverordnungen erläßt die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates.

Kommunalobligationen und verwandte Schuldverschreibungen

Schuldverschreibungen<sup>1)</sup>, die von den nachstehend aufgeführten Schuldnern ausgegeben worden sind:

- Badische Kommunale Landesbank — Girozentrale —, Mannheim
- Bayerische Gemeindebank (Girozentrale), Öffentliche Bankanstalt, München
- Bayerische Handelsbank (Bodenkreditanstalt), München
- Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank, München
- Bayerische Landesbodenkreditanstalt, München (früher: Bayer. Landeskulturrentenanstalt)
- Bayerische Vereinsbank, München
- Braunschweig-Hannoversche Hypothekenbank, Braunschweig (Verwaltungssitz in Hannover)
- Braunschweigische Staatsbank, Braunschweig
- Deutsche Bau- und Bodenbank Aktiengesellschaft, Berlin
- Deutsche Centralbodenkredit-Aktiengesellschaft, Berlin
- Deutsche Genossenschaft-Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Berlin

<sup>1)</sup> Ausschließlich Pfandbriefe, Rentenbriefe und Schiffspfandbriefe, die nach § 2 Abs. 1 Nr. 3 nicht der Aufzählung in der Anlage bedürfen.

(2) Die Ermächtigung zum Erlaß von Rechtsverordnungen nach § 18 Abs. 7 kann auf den Präsidenten des Bundesausgleichsamts, der insoweit nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, weiter übertragen werden.

§ 32

Anwendung des Gesetzes in Berlin

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 12 Abs. 1 und des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch in Berlin (West). Rechtsverordnungen, die auf Grund der in diesem Gesetz enthaltenen Ermächtigungen erlassen werden, gelten in Berlin (West) nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

§ 33

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1953 in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Schwalten/Post Seeg, den 14. Juli 1953.

Der Bundespräsident

Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Blücher

Der Bundesminister der Finanzen

Schäffer

Anlage 1

(zu § 2 Abs. 1 Nr. 3)

- Deutsche Girozentrale — Deutsche Kommunalbank —, Berlin
- Deutsche Hypothekenbank (Actien-Gesellschaft), Berlin
- Deutsche Hypothekenbank, Bremen (früher in Meiningen/Weimar)
- Deutsche Industriebank, Berlin
- Deutsche Landesrentenbank, Berlin
- Deutsche Rentenbank, Berlin
- Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt (Landwirtschaftliche Zentralbank), Berlin
- Deutsche Landesbankenzentrale A.G., Berlin
- Deutsche Wohnstätten-Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Berlin
- Frankfurter Hypothekenbank, Frankfurt (Main)
- Hamburgische Landesbank — Girozentrale —, Hamburg
- Hessische Landesbank — Girozentrale —, Darmstadt
- Hypothekenbank in Hamburg, Hamburg
- Kur- und Neumärkische Ritterschaftliche Darlehnskasse, Berlin
- Landesbank der Provinz Westfalen, jetzt: Landesbank für Westfalen (Girozentrale), Münster/Westf.

- Landesbank und Girozentrale Schleswig-Holstein, Kiel
- Landeskreditkasse zu Kassel, Kassel
- Nassauische Landesbank, Wiesbaden
- Niedersächsische Landesbank — Girozentrale —, Hannover.
- Pfälzische Hypothekenbank, Ludwigshafen/Rh.
- Preussische Landespfandbriefanstalt, Berlin, jetzt: Deutsche Pfandbriefanstalt, Berlin
- Rheinische Girozentrale und Provinzialbank, Düsseldorf
- Rheinische Hypothekenbank, Mannheim
- Rheinisch-Westfälische Boden-Credit-Bank, Köln

Industrieobligationen und verwandte Schuldverschreibungen

Schuldverschreibungen, die von den nachstehend aufgeführten Schuldnern ausgegeben worden sind:

- Aachener Straßenbahn- und Energieversorgungs-Akt.Ges. Aachen (früher: Aachener Kleinbahn-Gesellschaft AG., vorm. Aachener und Burtscheider Pferdeisenbahn-Gesellschaft)
- Accumulatoren-Fabrik Aktiengesellschaft, Hagen (früher Berlin)
- Aktienbrauerei Ohligs, Solingen-Ohligs
- Aktienbrauerei Zum Hasen, Augsburg
- Aktiengesellschaft für Gas und Elektrizität, Berlin (früher Breslau)
- Aktiengesellschaft für Industrieverwaltung, München (früher: Eisenbahn-Rentenbank Frankfurt/Main, zuletzt München)
- Aktiengesellschaft Lokalbahn Lam-Kötzting, Lam
- Allgäuer Alpenmilch Aktiengesellschaft, München
- Allgemeine Electricitäts-Gesellschaft, Berlin
- Allgemeine Kapitalanlage Aktiengesellschaft, Mettingen (früher Berlin) Verw.Sitz Düsseldorf
- Allgemeine Lokalbahn- und Kraftwerke-Aktiengesellschaft, Hannover (früher Berlin)
- Amperwerke Elektrizitäts-Aktiengesellschaft, München
- Annweiler Email- und Metallwerke vorm. Franz Ulrich Söhne AG, Annweiler/Pfalz
- Aschaffenburg Zellostoffwerke Aktiengesellschaft, Aschaffenburg (Verwaltung in Redenfelden Post Raubling/Obb.)
- Aschinger Aktien-Gesellschaft, Berlin
- Badenwerk Aktiengesellschaft, Karlsruhe (früher: Badische Landeselektrizitätsversorgung A.G.)
- Bamag-Meguin Aktiengesellschaft, Berlin
- Bamberger Kalikofabrik Aktiengesellschaft, Bamberg
- Bank für Brau-Industrie, Berlin
- Basalt Aktiengesellschaft, Linz/Rhein
- Baumwollspinnerei Eilermark, Gronau/Westf.
- Bayerische Aktiengesellschaft für chemische und landwirtschaftlich-chemische Fabrikate, Heufeld/Obb. (jetzt: Süd-Chemie AG, München)
- Bayerische Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft Aktiengesellschaft, Bayreuth

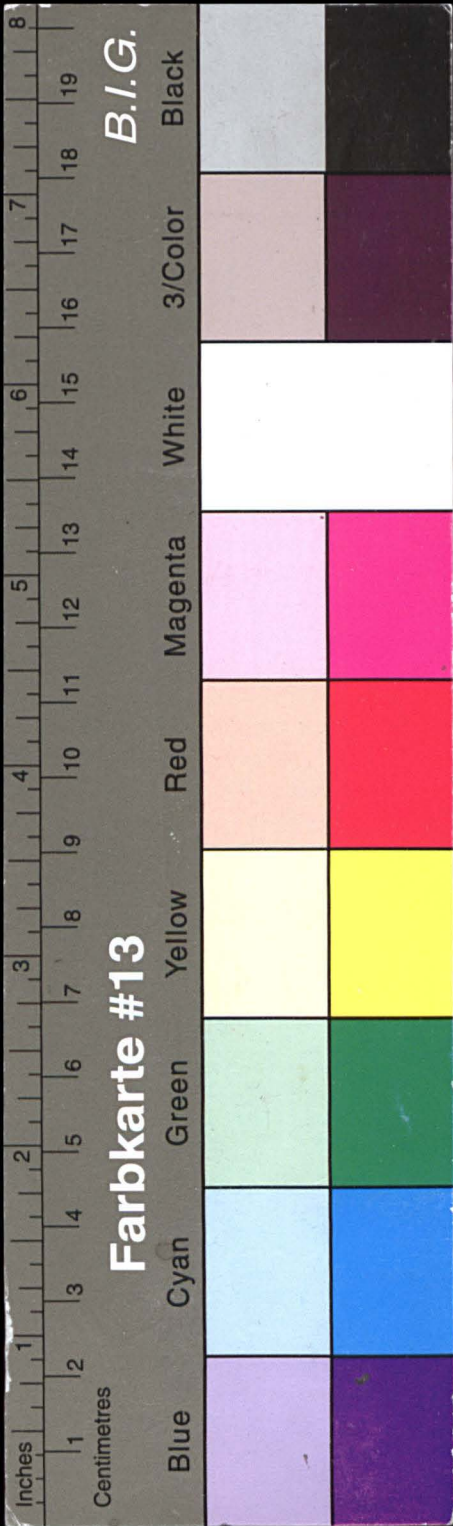
- Staatliche Kreditanstalt Oldenburg-Bremen, Bremen (früher: Staatliche Kreditanstalt Oldenburg (Staatsbank), Oldenburg)
- Sächsische Bodencreditanstalt, Berlin (früher Dresden)
- Süddeutsche Bodencredithank, München
- Umschuldungsverband deutscher Gemeinden, Berlin
- Vereinsbank in Nürnberg, Nürnberg
- Westdeutsche Bodenkreditanstalt, Köln
- Württembergische Hypothekenbank, Stuttgart
- Zentrale für Bodenkulturrkredit (Körperschaft des öffentlichen Rechts), Berlin

Anlage 2

(zu § 2 Abs. 1 Nr. 4)

- Bayerische Motoren-Werke AG., München
- Bayerische Syenit- und Marmor-Industrie, Augsburg-Nordendorf AG., Nordendorf
- Bayerische Wasserkraftwerke Aktiengesellschaft, München
- Bayernwerk Aktiengesellschaft, München
- Beamten-Wohnungsverein zu Berlin eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht
- Bergbau-Aktiengesellschaft Ewald-König Ludwig, Herten i. W.
- Bergbau-Aktiengesellschaft Lothringen, Bochum-Gerthe
- Bergedorf-Geesthachter Eisenbahn Aktiengesellschaft, Hamburg-Bergedorf
- Bergische Elektrizitäts-Versorgungs-G.m.b.H., Wuppertal-Barmen
- Bergmann-Elektricitäts-Werke Aktiengesellschaft, Berlin
- Berliner Kraft- und Licht (Bewag)-Aktiengesellschaft, Berlin
- Berliner Verkehrsbetriebe (BVG), Berlin
- Bergwerksgesellschaft Hibernia Aktiengesellschaft, Herne
- Brauerei Beckmann AG., Solingen
- Brauerei Isenbeck A.-G., Hamm i. W.
- Braunkohle-Benzin Aktiengesellschaft, Berlin
- Braunkohlen-Industrie-Aktiengesellschaft „Zukunft“ Weisweiler Krs. Aachen, in Eschweiler
- Braunkohlen- und Brikettwerke Roddergrube Aktiengesellschaft, Brühl Bez. Köln
- Braunschweig-Schöninger Eisenbahn-Aktiengesellschaft, Braunschweig
- C. & A. Brenninkmeyer G.m.b.H., Düsseldorf
- F. Bruckmann Kommanditgesellschaft, München
- Butzbach-Licher Eisenbahn-Aktiengesellschaft, Butzbach
- „Cab“ Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Mettingen/Westf. (früher Berlin) Verw.Sitz Düsseldorf
- Chemische Werke Essener Steinkohle Aktiengesellschaft, Essen
- Concordia Bergbau-Aktien-Gesellschaft, Oberhausen/Rhld.
- Concordia Spinnerei und Weberei, Wassenberg Bez. Aachen (früher Marklissa)
- Continental-Gummi-Werke Aktiengesellschaft, Hannover
- Crusauer Kupfer- und Messingwerke G.m.b.H., Kupfermühle bei Flensburg





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

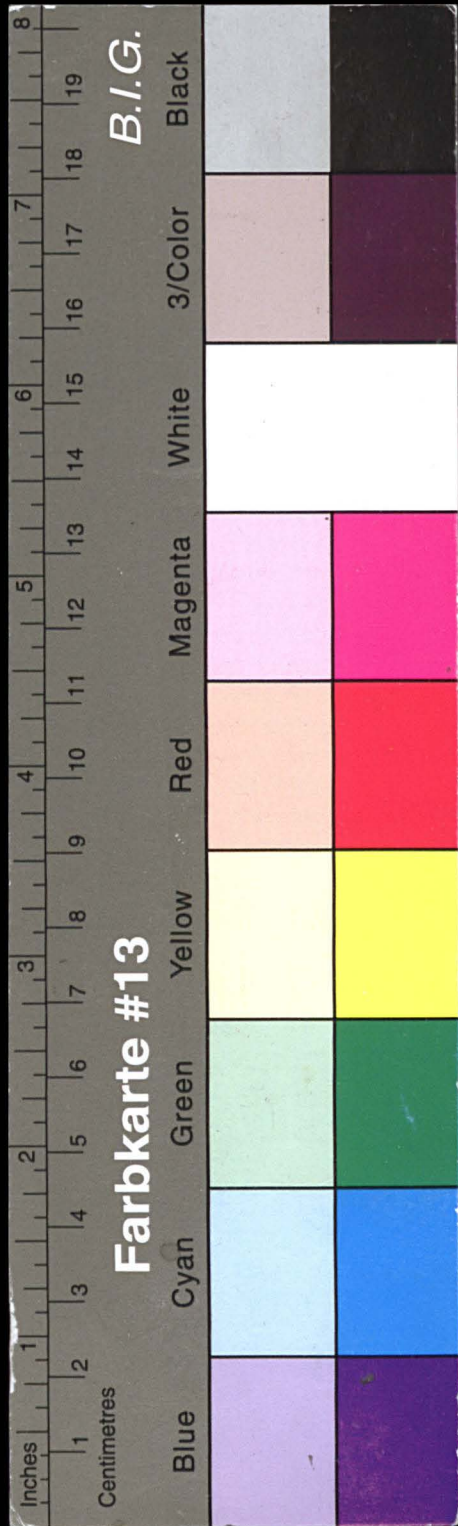
Daimler-Benz Aktiengesellschaft, Stuttgart-Untertürkheim  
Danziger Werft Aktiengesellschaft i. L., Hamburg (früher Danzig)  
Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft, Düsseldorf (früher Dessau)  
Deutsche Eisenbahn-Betriebs-Gesellschaft Actiengesellschaft, Bodenwerder (Verwaltung in Duingen/Alfeld) (früher Berlin)  
Deutsche Eisenwerke Aktiengesellschaft, Mülheim/Ruhr  
Deutsche Erdöl-Aktiengesellschaft, Hamburg (früher Berlin)  
Deutsche Gold- und Silber-Scheideanstalt vorm. Roessler, Frankfurt/Main  
Deutsche Ost-Afrika-Linie, Hamburg  
Deutsche Shell-Aktiengesellschaft, Hamburg (früher: Rhnania-Ossag Mineralölwerke Aktiengesellschaft, Hamburg)  
Deutsche Solvay-Werke Aktiengesellschaft, Solingen-Ohligs (früher Bernburg)  
Deutsche Telephonwerke und Kabelindustrie Aktiengesellschaft, Berlin  
Dortmunder Stadtwerke Aktiengesellschaft, Dortmund-Hörde  
Dürener Metallwerke Aktien-Gesellschaft, Düren  
Eisenbahn-Bank, Frankfurt (Main)  
Eisen- und Hüttenwerke Aktiengesellschaft, Köln  
Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte Sulzbach-Rosenberg Hütte  
Elektricitäts-Lieferungs-Gesellschaft, Hannover (früher Berlin)  
Elektricitätswerk Unterelbe Aktiengesellschaft, Hamburg  
Elektrizitätswerk Westerwald A.G., Höhn/Westerw.  
Elektrofinanz Aktiengesellschaft, Berlin  
Elektrowerke Aktiengesellschaft, Berlin  
Emschergerossenschaft, Essen  
Energieversorgung Ostbayern, Aktiengesellschaft Regensburg  
Energie-Versorgung Schwaben A.G., Stuttgart  
Engelhardt-Brauerei Aktiengesellschaft, Berlin  
Eschweiler Bergwerks-Verein, Kohlscheid Krs. Aachen  
Essener Bergwerks-Verein König Wilhelm, Essen  
Essener Steinkohlenbergwerke Aktiengesellschaft, Essen  
I. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft, Frankfurt (Main)  
Feldmühle Papier- und Zellstoffwerke Aktiengesellschaft, Hillegossen Krs. Bielefeld (früher Stettin-Odermünde)  
Felten & Guillaume Carlswerk Aktiengesellschaft, Köln-Mülheim  
Heinrich Franck Söhne GmbH (jetzt: Franck & Kathreiner GmbH) Ludwigsburg  
Frankfurter Auftau Aktiengesellschaft, Frankfurt (Main) (früher: Franken-Allee Aktiengesellschaft in Frankfurt/Main)  
Freudenberg & Co., Weinheim a. d. Bergstr. (früher Frankfurt a. M.)  
Gagfah Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft für Angestellten-Heimstätten, Berlin  
Gasanstalt-Betriebsgesellschaft m.b.H., Berlin  
Gelsenberg Benzin Aktiengesellschaft, Gelsenkirchen  
Gelsenki-chener Bergwerks-Aktiengesellschaft, Essen  
Gesellschaft für Industriewerte m.b.H., Berlin (früher: Bank für Industriewerte Aktiengesellschaft, Berlin)  
Gewerkschaft Augustus I, Essen

Gewerkschaft Carl-Alexander, Bacsweiler  
Gewerkschaft General Blumenthal, Recklinghausen  
Gewerkschaft Wilhelmine Mevissen in Bergheim Post Oestrum  
Giesecke & Devrient Aktiengesellschaft, München (früher Leipzig)  
Glotterwerk AG., Süddeutsche Elektrizitätsgesellschaft i. L., Freiburg i. Br.  
Th. Goldschmidt A.G., Essen-Ruhr  
Großkraftwerk Franken AG., Nürnberg  
Großkraftwerk Mannheim Aktiengesellschaft Mannheim  
Gutehoffnungshütte Aktienverein für Bergbau und Hüttenbetrieb, Nürnberg, Gemeinsam mit der Gutehoffnungshütte Oberhausen Aktiengesellschaft, Oberhausen  
Johannes Haag Zentralheizungen Aktiengesellschaft, Berlin  
Hackethal-Draht- und Kabel-Werke Aktiengesellschaft Hannover  
Hamburg-Amerikanische Paketfahrt-Aktiengesellschaft, Hamburg  
Hamburger Hafen und Lagerhaus-Aktiengesellschaft, Hamburg  
Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft, Hamburg  
Hamburgische Electricitäts-Werke Aktiengesellschaft, Hamburg  
Hannoversche Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft vormals Georg Egestorff (Hanomag), Hannover-Linden  
Harpener Bergbau-Aktien-Gesellschaft, Dortmund  
Hartmann & Braun Aktiengesellschaft, Frankfurt/Main  
Henschel Flugzeug-Werke A.G., Kassel (jetzt Schönefelder Industriegelände Aktiengesellschaft, Kassel)  
Henschel & Sohn G.m.b.H., Kassel  
Herrenmühle vorm. C. Genz A.-G., Heidelberg  
Hessische Elektrizitäts A.-G., Darmstadt  
Cornelius Heyl A.G., Worms  
Hochofenwerk Lübeck A.G., Lübeck-Herrenwyk  
Hoesch Aktiengesellschaft, Dortmund  
Hoffmann u. Engelmann A.G., Neustadt/Hdt.  
Holzindustrie Cordingen, Aktiengesellschaft, Cordingen Post Walsrode (Hann.)  
Howaldtswerke Aktiengesellschaft, Hamburg  
Hubertus-Braunkohlen Aktiengesellschaft i. A., Brüggen/Erft  
Hüttenwerke Siegerland Aktiengesellschaft, Siegen  
Ilse der Hütte, Peine  
Industriewerke Karlsruhe Aktiengesellschaft, Karlsruhe  
Kahlgrund-Eisenbahn-AG., Schöllkrippen/Ufr.  
Kali-Chemie Aktiengesellschaft, Sehnde (Hann.) (früher Berlin)  
Rudolf Karstadt Aktiengesellschaft, Hamburg  
Kathreiner GmbH (jetzt: Franck und Kathreiner GmbH), Ludwigsburg  
Kaufhaus Kortum A.-G., Bochum  
Kerkerbachbahn-Aktiengesellschaft, Kerkerbach, Post Runkel/Lahn  
Klein, Schanzlin & Becker A.G., Frankenthal/Pf.  
Klökner-Werke Aktiengesellschaft, Duisburg  
Kohlensäure-Industrie Aktiengesellschaft, Berlin (früher: Bank für Industrie und Verwaltung Aktiengesellschaft, Berlin)

Kolbermoor Union AG., Kolbermoor/Obb.  
Kommunales Elektrizitätswerk Mark Aktien-Gesellschaft Hagen  
Friedrich Krupp, Essen  
Krupp Treibstoffwerk G.m.b.H., Essen  
Kurfürsten-Bräu A.-G., Bonn, (früher: Bürgerliches Brauhaus Bonn)  
Heinrich Lanz Aktiengesellschaft, Mannheim  
Lech-Elektrizitätswerke Aktiengesellschaft, Augsburg  
Liegnitz-Rawitscher Eisenbahn-Gesellschaft, Berlin  
C. Lorenz Aktiengesellschaft, Stuttgart (früher Berlin)  
Main-Kraftwerke Aktiengesellschaft, Frankfurt (Main)-Höchst  
Mainzer Aktien-Bierbrauerei, Mainz  
Mannesmannröhren-Werke, Düsseldorf  
Mansfeld Aktiengesellschaft für Bergbau- und Hüttenbetrieb, Hannover (früher Eisleben)  
Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg Aktiengesellschaft, Augsburg  
Maschinenfabrik Esslingen, Esslingen a. N.  
Mausier-Werke Aktiengesellschaft, Oberndorf-Neckar  
Mechanische Baumwoll-Spinnerei und Weberei, Augsburg  
Mechanische Weberei zu Linden, Hannover-Linden  
Metallgesellschaft Aktiengesellschaft, Frankfurt/Main  
Metzeler Gummiwerke Aktiengesellschaft, München  
MIAG Mühlenbau und Industrie GmbH, Hannover  
Mitteldeutsche Stahlwerke G.m.b.H., Berlin  
Mix & Genest Aktiengesellschaft, Stuttgart-Zuffenhausen (früher Berlin)  
Mülheimer Bergwerks-Verein, Mülheim-Ruhr (Verwaltungssitz Essen)  
Nationale Automobil-Gesellschaft Aktiengesellschaft, Berlin  
Natronzellstoff- und Papierfabriken A.G., Mannheim-Waldhof (früher Berlin)  
Neckar-Aktiengesellschaft, Stuttgart  
Neckarwerke Elektrizitätsversorgungs - A.G., Esslingen (früher: Neckarwerke A.G.)  
Niederschlesische Bergbau-A.-G., Essen-Bredeney (früher: Waldenburg)  
Norddeutsche Affinerie, Hamburg  
Norddeutscher Lloyd, Bremen  
Norddeutsche Portlandcementfabrik Misburg, Aktiengesellschaft, Hannover  
Nordwestdeutsche Kraftwerke Aktiengesellschaft, Hamburg  
NSU Vereinigte Fahrzeugwerke AG., Neckarsulm  
Oberhütten Vereinigte Oberschlesische Hüttenwerke Aktiengesellschaft, Düsseldorf (früher Gleiwitz)  
Oberrheinische Eisenbahn-Gesellschaft AG., Mannheim  
Obersteiner Baugenossenschaft für den Landkreis Birkenfeld e.G.m.b.H., Idar-Oberstein  
Ölhandel- und Transport - Aktiengesellschaft, Hamburg (früher: Ölfabrik Groß-Gerau-Bremen, Hamburg)  
Phrix-Werke Aktiengesellschaft, Hamburg  
Preußische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft, Berlin  
Rabbethge & Giesecke Aktiengesellschaft, Einbeck  
Regentalbahn Aktiengesellschaft, Viechtach

Reichswerke Aktiengesellschaft für Berg- und Hüttenbetriebe, Berlin  
Rheinische Aktiengesellschaft für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation, Köln  
Rheinische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft, Mannheim  
Rheinmetall-Borsig, Aktiengesellschaft, Berlin  
Rhein-Sieg Eisenbahn-AG., Beuel/Rhein (früher: Brölthaler Eisenbahn A.G.)  
Rheinische Stahlwerke, Essen  
Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft, Essen  
Rhein-Main-Donau Aktiengesellschaft, München  
Ruhrchemie Aktiengesellschaft, Oberhausen-Holten  
Ruhrgas Aktiengesellschaft, Essen  
Ruhrverband, Essen  
Ruhrwohnungsbau Aktiengesellschaft, Dortmund  
Sachsenwerk, Licht- und Kraft-Aktiengesellschaft, München  
Salzmann & Comp., Kassel  
Schering A.G., Berlin  
F. Schichau A.G., Bremerhaven (früher: Elbing)  
Schieferwerke Ausdauer AG., Siegen (früher: Probstzella)  
Schlesische Aktiengesellschaft für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb, Braunschweig (früher: Beuthen O/S.)  
Schlesische Dampfer-Compagnie-Berliner Lloyd Aktiengesellschaft, Hamburg  
Schleswig-Holsteinische Stromversorgungs-A.G., Rendsburg  
Schluchseewerk Aktiengesellschaft, Freiburg i. Br.  
Schüle-Hohenlohe A.G., Plüderhausen/Württ.  
Servais-Werke A.G., Witterschlick b. Bonn  
Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk in Essen  
Siemens-Schuckertwerke Aktiengesellschaft, Berlin  
Siemens & Halske Aktiengesellschaft, Berlin  
Siemens & Halske Aktiengesellschaft — Siemens-Schuckertwerke Aktiengesellschaft, Berlin  
Spinnerei und Zwirner Ramie AG., Emmendingen (früher: Erste Deutsche Ramie-Gesellschaft, Emmendingen)  
Steinkohlenbergwerk Friedrich Heinrich Aktiengesellschaft, Kamp-Lintfort, Kr. Moers  
Steinkohlen-Elektrizität Aktiengesellschaft, Essen  
Hugo Stinnes Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mülheim-Ruhr  
Tegernsee-Bahn-Aktiengesellschaft, Tegernsee/Obb. (früher: Eisenbahn-Aktiengesellschaft Schafflach-Gmund-Tegernsee)  
Thüringische Zellwolle Aktiengesellschaft, Gronau/Westf. (früher: Schwarza)  
August Thyssen-Hütte Aktiengesellschaft, Duisburg-Hamborn  
Tuchfabrik Lörrach A.G., Lörrach  
Überlandwerk Jagstkreis Aktiengesellschaft, Ellwangen (Jagst)  
Überlandwerk Rhön GmbH, Mellrichstadt  
Gebr. Ueckermann, Brauerei Felsenkeller, Herford  
Ulmer Brauerei-Gesellschaft, Ulm/Donau  
Union Rheinische Braunkohlen Kraftstoff Aktiengesellschaft, Wesseling Bez. Köln  
Universum-Film Aktiengesellschaft, Berlin





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

Vaterländischer Bauverein e.G.m.b.H., Berlin	Waggonfabrik Uerdingen A.G., Krefeld-Uerdingen
Vereinigte Deutsche Metallwerke Aktiengesellschaft, Frankfurt (Main)	Wasserwirtschaft im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet (Ruhrkohlenbezirk) G.m.b.H., Essen
Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen Aktiengesellschaft, Dortmund	Carl Weber & Co., GmbH, Oerlinghausen
Vereinigte Industrie-Unternehmungen Aktiengesellschaft, Berlin	Wilmersdorfer Hochbau-Aktiengesellschaft, Berlin
Vereinigte Kunstanstalten Aktiengesellschaft, Kaufbeuren	Wintershall-Aktiengesellschaft, Celle (früher Berlin)
Vereinigte Speyerer Ziegelwerke A.G., Mannheim (Verwaltung Speyer/Rh.)	Württembergische Eisenbahn-Gesellschaft, Stuttgart
Vereinigte Stahlwerke Aktiengesellschaft, Düsseldorf	Wuppertaler Stadtwerke AG., Wuppertal (vormals: Elektrische Straßenbahn Barmen-Elberfeld)
Vereinigte Zellstoff- und Papierfabriken Kostheim-Oberleschen A.G. (jetzt: Zellstoffabrik Waldhof, Mannheim)	Zellstoffabrik Waldhof, Mannheim
	Zuckerfabrik zu Nörten Gesellschaft m.b.Haftung, Nörten-Hardenberg.

Anlage 3  
(zu § 7 Abs. 2)

## Berechnung der Höhe der Altspananlage bei nach dem 1. Januar 1940 nachgewiesenen Spareinlagen

Zeitpunkt, auf den die Spareinlage nachgewiesen ist	Hundertsatz, mit dem die nachgewiesene Spareinlage anzusetzen ist
bis 31. Dezember 1940	75 v. H.
bis 31. Dezember 1941	60 v. H.
bis 31. Dezember 1942	40 v. H.
bis 31. Dezember 1943	33 1/3 v. H.
bis 31. Dezember 1944	25 v. H.
bis 8. Mai 1945	20 v. H.

Anlage 4  
(zu § 11 Abs. 1)

## Tabelle für die Ermittlung der Höhe der Altspananlage aus Lebensversicherungsverträgen

A. Als Prämienreserve zum 1. Januar 1940 gelten für je 100 RM Versicherungssumme im Zeitpunkt der Umstellung folgende Beträge:

I. Versicherungen, die bis zum Zeitpunkt der Umstellung prämienpflichtig waren

Kalenderjahr des Versicherungsbeginns	Kalenderjahr des Ablaufs der vereinbarten Prämienzahlung															
	1948 bis 1949	1950 bis 1951	1952 bis 1953	1954 bis 1955	1956 bis 1957	1958 bis 1959	1960 bis 1964	1965 bis 1972	1973 bis 1980	1981 bis 1988	1989 und spät.					
1924 und früher	66	60	54	48	42	37	32	27	23	20						
1925 und 1926	60	54	48	43	38	33	28	24	20	17						
1927 und 1928	54	48	43	38	34	29	25	21	17	15						
1929 und 1930	48	42	38	34	30	25	22	18	15	13						
1931 und 1932	42	37	34	30	27	22	19	15	13	11						
1933 und 1934	36	32	29	26	23	19	16	13	11	9						
1935	31	27	24	21	19	16	13	11	9	7						
1936	25	22	19	17	15	13	11	9	7	5						
1937	18	16	14	12	11	10	9	7	5	4						
1938	12	10	9	8	7	7	6	5	3	3						
1939	6	5	5	4	4	4	3	3	2	2						

## II. Versicherungen, die vor dem Zeitpunkt der Umstellung prämienfrei geworden sind

Kalenderjahr des Versicherungsbeginns	Kalenderjahr des Ablaufs der Versicherung, spätestens das Jahr, in dem der Versicherte das rechnermäßige 85. Lebensjahr vollendet															
	1948 bis 1949	1950 bis 1951	1952 bis 1953	1954 bis 1955	1956 bis 1959	1960 bis 1964	1965 bis 1972	1973 bis 1980	1981 bis 1988	1989 und spät.						
1939 und früher	RM 66	RM 62	RM 58	RM 54	RM 50	RM 46	RM 42	RM 38	RM 34	RM 30						

B. 1. Bei der Bemessung der RM-Versicherungssumme bleiben Versicherungsleistungen und Zusatzleistungen auf Risikobasis, insbesondere Unfallzusatzversicherungen, Invaliditätszusatzversicherungen und Familienrentenzusatzversicherungen außer Betracht.

Ist die Versicherungssumme im Erlebensfall höher als im Todesfall, ist die Tabelle auf die höhere Versicherungssumme anzuwenden.

Bei Rentenversicherungen, auf die das Rentenaufbesserungsgesetz in der Fassung vom 15. Februar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 118) nicht anzuwenden ist, ist die Versicherungssumme mit dem zehnfachen Betrag der im Zeitpunkt der Umstellung versicherten RM-Jahresrente anzusetzen.

2. Der Versicherungsbeginn ist der Beginn des Zeitabschnitts, für den vereinbarungsgemäß die erste Prämie zu entrichten war. Die Zeit einer Rückdatierung des Versicherungsbeginns oder eine Rückverlegung des technischen Beginns der Versicherung ist als Zeit der Prämienzahlung anzurechnen.

3. War im Zeitpunkt der Umstellung ein Anspruch aus dem Versicherungsvertrag fällig, aber noch nicht ausgezahlt, ergibt sich die Höhe der Altspananlage aus Tabelle I, wobei als Kalenderjahr des Ablaufs der Prämienzahlung die Jahre 1948/49 gelten.

4. Bei noch nicht ausgezahlten Ansprüchen aus Versicherungsverträgen gegen Einmalprämie ist Tabelle II anzuwenden.

## Altsparerregelung

### Rundschreiben betreffend Altsparger Gesetz (ASpG)

Vom 11. August 1953

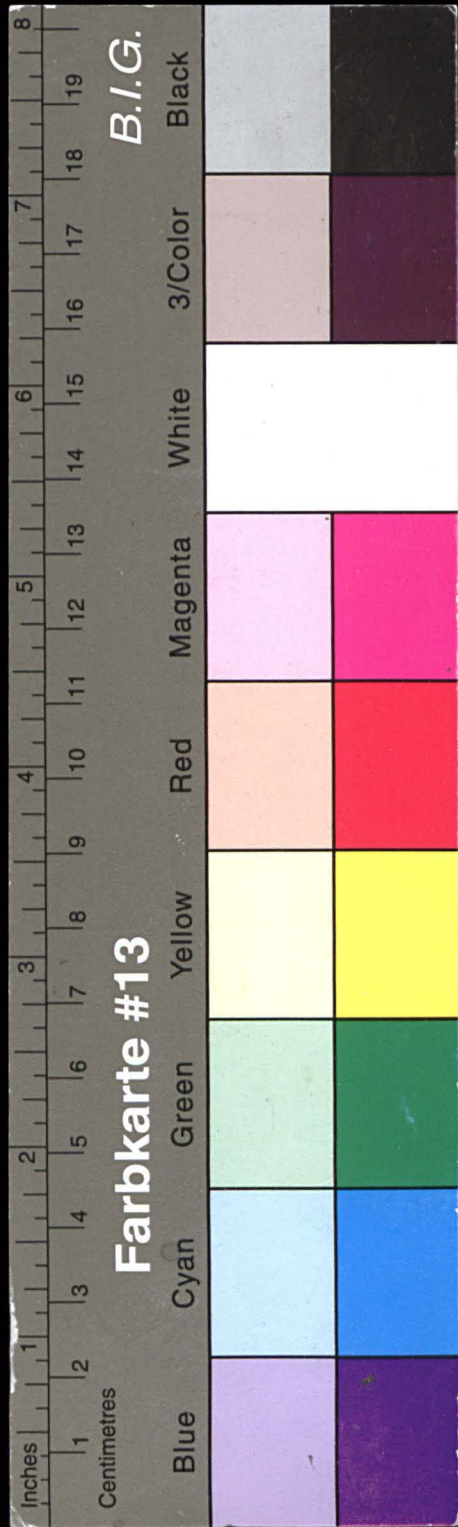
#### I.

- Das am 15. Juli 1953 verkündete und mit Wirkung vom 1. Juli 1953 in Kraft getretene Altsparger Gesetz (Bundesgesetzbl. I S. 495), abgedruckt oben S. 287, ist ein echtes Lastenausgleichsgesetz. Die hiernach gewährten Entschädigungen sind echte, mit Rechtsanspruch ausgestattete Ausgleichsleistungen (§ 28 Nr. 1, § 5 ASpG). Die zur Durchführung des Gesetzes erforderlichen Mittel werden aus dem Ausgleichsfonds zur Verfügung gestellt (§ 365 LAG, 28 Nr. 6 ASpG).
- Das Gesetz berücksichtigt nur Gläubigerverluste aus den in § 2 aufgeführten Altspananlagen. Eine Entschädigung für Gläubigerverluste aus Reichsmarkansprüchen gegen die öffentliche Hand — soweit solche nicht bereits in das Altsparger Gesetz einbezogen sind — ist der Rege-

lung durch Sondergesetz vorbehalten. Zur Befriedigung dieser Ansprüche sollen allgemeine Haushaltsmittel herangezogen werden.

- Das Gesetz berücksichtigt ferner nur Gläubigerverluste an Altspananlagen, die im Zusammenhang mit der Neuordnung des Geldwesens im Bundesgebiet oder Berlin (West) entstanden sind. Sparanlagen von Vertriebenen, die als Vertreibungsschäden geltend gemacht werden können, fallen daher nicht unter das Altsparger Gesetz. Eine den Grundsätzen des Altsparger Gesetzes angepaßte Berücksichtigung der an Altspananlagen von Vertriebenen entstandenen Verluste (§ 1 Abs. 2) erfolgt durch die im fünften Abschnitt des Gesetzes vorgesehene Änderung des § 245 Nr. 3 LAG (die allerdings zugleich für Ostgeschädigte gilt) und des § 3 WAG.





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

4. Zu den sachlichen und persönlichen Voraussetzungen für die Gewährung des Entschädigungsanspruches, die im wesentlichen im ersten und zweiten Abschnitt des Gesetzes enthalten sind, wird zu späterer Zeit Stellung genommen werden. Die verfahrensrechtlichen Bestimmungen im dritten Abschnitt des Gesetzes beruhen weitgehend auf den Erfahrungen, die bei der Durchführung des Gesetzes über einen Währungsausgleich für Sparguthaben Vertriebener gewonnen wurden. Im übrigen sieht das Gesetz zahlreiche Rechtsverordnungen zu Fragen materieller, formeller und verfahrensrechtlicher Art vor, zu denen nach Erlaß Stellung genommen werden wird.

5. Die Ausgleichsbehörden sind vorerst mit der Durchführung der Altsparentscheidung nicht unmittelbar befaßt.

Ähnlich wie nach dem WAG sind den Ausgleichsbehörden hier die in § 14 Abs. 1 genannten Geldinstitute vorgeschaltet. Diese verfügen in weitem Ausmaße über alle Unterlagen, die für die Entscheidung über den Entschädigungsanspruch maßgebend sind.

Ohne daß es eines Antrages des Berechtigten bedarf, prüfen diese Institute von Amts wegen die bei ihnen vorhandenen Unterlagen und entscheiden bei Vorliegen der sachlichen und persönlichen Voraussetzungen selbständig und endgültig über diejenigen Fälle, die nach Grund und Höhe zweifelsfrei sind (§ 14 Abs. 2). Diese Normalfälle werden zahlenmäßig den Hauptanteil der Entschädigungsfälle darstellen.

6. Liegen dem Institut keine Unterlagen vor, oder stellt es auf Grund der ihm vorliegenden Unterlagen fest, daß die Voraussetzungen für die Anerkennung des Entschädigungsanspruches nach Grund und Höhe nicht gegeben sind, so ist das Amtsverfahren nicht durchführbar. In diesen Fällen ist vielmehr ein Antrag des Berechtigten erforderlich, der innerhalb eines Jahres nach der durch Rechtsverordnung noch festzulegenden Frist gestellt werden muß (§ 14 Abs. 3 u. 4 ASpG).

Hierfür ist ein amtliches Formblatt vorgesehen, das vom Bundesministerium der Finanzen herausgegeben werden wird. Um die Arbeit der Institute während der Zeit des Amtsverfahrens nach Möglichkeit nicht zu stören, wird vorerst weder ein Antragsformblatt herausgegeben noch eine Antragsfrist in Lauf gesetzt.

7. Erscheint dem Institut der Entschädigungsanspruch nach Grund und Höhe nicht zweifelsfrei, so entscheidet es nach § 15 Abs. 2 ASpG mit der Maßgabe, daß der Berechtigte und der Vertreter der Interessen des Ausgleichsfonds die Entscheidung der Ausgleichsbehörde anrufen kann.

8. Einzelheiten über die Zuständigkeit der Vertreter der Interessen des Ausgleichsfonds und der Ausgleichsbehörden sowie über das Zusammenwirken zwischen den Instituten und Ausgleichsbehörden werden noch durch Rechtsverordnung geregelt werden (§ 15 Abs. 6, § 17 ASpG).

9. Soweit die Ausgleichsbehörden im Zuge der Durchführung des WAG von den Geldinstituten bzw. der Bundespost Sparbücher und sonstige Urkunden nach Abschluß des Verfahrens zugestellt erhalten haben, sind diese entsprechend örtlicher Vereinbarung zwischen den Instituten und dem Ausgleichsamt an die Institute zurückzusenden, die seinerzeit über den Anspruch im WAG entschieden haben. Über Einzelfragen der Durchführung der §§ 3 und 9 Abs. 2 WAG in der Neufassung des § 29 Nr. 1-4 ASpG ergeht nach Absprache mit den Zentralverbänden und der Bundespost ein besonderes Rundschreiben.

## II.

In Anpassung an die Grundsätze des ASpG und unter Berücksichtigung der hiernach zu gewährenden Entschädigungen sind folgende Änderungen des Lastenausgleichsgesetzes eingetreten:

10. Die Zuerkennung einer Entschädigung nach dem Altspargergesetz verringert den Schadensbetrag des Sparer-schadens um den Nennbetrag der zuerkannten Entschädigung. Das ist in § 28 Nr. 3 ASpG durch eine Ergänzung des § 240 Abs. 1 LAG ausgesprochen. Hierbei wird darauf hingewiesen, daß § 240 LAG und damit auch die jetzt vorgenommene Ergänzung nur Bedeutung für „Sparerschäden“ haben, d. h. für Schäden im Sinne des § 15 LAG, die durch die Währungsumstellung im Bundesgebiet oder Berlin (West) entstanden sind.

Soweit bei Berechnung des Grundbetrages für Zwecke der Unterhaltshilfe nach dem LAG ein Sparer-schaden einbezogen war (§§ 15, 240 LAG), ist nach Erteilung der Entschädigungsgutschrift eine Neuberechnung des Grundbetrages vorzunehmen.

11. Für Zwecke der Entschädigungsrente ist auf Grund von Sparerschäden ein Schadensbetrag nicht mehr anzusetzen. Dieses ergibt sich aus der Neufassung des § 261 Abs. 1 und § 266 Abs. 2 durch das Dritte Änderungsgesetz zum Lastenausgleichsgesetz und Feststellungsgesetz. § 28 Nr. 5 ASpG ist als gegenstandslos anzusehen.

12. Die Ergänzung des § 245 Nr. 3 LAG durch § 28 Nr. 4 ASpG bedeutet praktisch die Anwendung der Grundsätze des Altspargergesetzes auf Reichsmarkspareinlagen und andere privatrechtliche geldwerte Ansprüche, die als Vertriebungsschäden und Ostschäden geltend gemacht werden können. Soweit es sich bei Verlusten dieser Art um Altsparanlagen handelt, wird — wie bereits bisher nach § 245 Nr. 3 Satz 1 LAG — eine fiktive Währungsumstellung angenommen. Als Umstellungssatz sind aber für Altsparanlagen nunmehr 20 v. H. anzusetzen (§ 245 Nr. 3 Satz 2 LAG).

Die Vermutung des § 245 Nr. 3 Satz 3 LAG trägt der Geldentwertung Rechnung, die zwischen dem 1.1.1940 und der Vertriebung stattgefunden hat. Sie ist in ihren Auswirkungen für die einzelnen Sparanlagen mit verschiedenen Hundertsätzen angesetzt worden.

Die Änderung des § 245 LAG hat nur dort Bedeutung, wo der Grundbetrag der Hauptentschädigung als solcher eine Rolle spielt (z. B. bei §§ 255, 258 LAG). Soweit Verluste dieser Art bei Vertriebenen und Ostgeschädigten zur Ermittlung des Schadensbetrages und des Grundbetrages für Zwecke der Unterhaltshilfe herangezogen wurden oder werden, verbleibt es bei der bisherigen Berechnungsweise des § 266 Abs. 1 Satz 2 LAG. Allerdings mindert sich auch hier der Schadensbetrag durch die zusätzliche Erhöhung der Entschädigungsquote im Währungsausgleich für Sparguthaben Vertriebener.

13. Geschädigte, die sich an die Ausgleichsbehörden wenden, sind darüber zu belehren, daß vorläufig nur das Amtsverfahren vorgesehen ist und sie keine gesetzliche Möglichkeit haben, ein Antragsverfahren in die Wege zu leiten. Sie sind ferner darauf hinzuweisen, daß ihnen hinsichtlich der Höhe ihres Anspruchs oder dessen Verzinsung keine Nachteile entstehen, wenn sie im Amtsverfahren vorläufig keine Entschädigungsgutschrift zugesandt erhalten oder erst nach dem gesetzlich noch festzulegenden Termin ihren Antrag einreichen können. Antragsformblätter und Beginn der Antragsfrist werden rechtzeitig durch Zeitungsaufrufe und Rundfunk bekanntgegeben werden.

Geschädigte, die einen Anspruch nach dem WAG nur deshalb nicht geltend machen konnten, weil das Reichs-

marksparguthaben unter 50 Reichsmark liegt, sind schließlich darauf hinzuweisen, daß nunmehr auch solche Guthaben Berücksichtigung finden werden, da die Bagatellgrenze für Spareinlagen auch für das WAG durch die Neufassung des § 3 Abs. 3 WAG durch § 29 Nr. 2 ASpG auf 20 Reichsmark herabgesetzt worden ist.

14. In der Anlage wird der Schnellbrief des Bundesministeriums der Finanzen LA 4009 — 1/53 vom 16.7.1953 mitgeteilt. Um die Vertreter der Interessen des Ausgleichsfonds und die Ausgleichsbehörden laufend über

Der Bundesminister der Finanzen  
LA 4009 — 1/53

Bonn, den 16. Juli 1953.

Betr.: Durchführung des Altspargergesetzes.

Das Altspargergesetz ist am 14. Juli 1953 ausgefertigt und am 15. Juli (Bundesgesetzbl. I S. 495) veröffentlicht worden. Es ist damit (§ 33) mit Wirkung vom 1. Juli 1953 in Kraft getreten. Die Durchführung des Gesetzes obliegt im wesentlichen den Kreditinstituten, Lebensversicherungsunternehmen und Bausparkassen, die Sparanlagen am Währungstichtag verwaltet haben. Die Regelung wesentlicher Fragen der Durchführung des Gesetzes ist durch das Gesetz Rechtsverordnungen vorbehalten worden. Die Arbeiten zur beschleunigten Vorbereitung dieser Rechtsverordnungen sind zur Zeit im Gange. Da die Rechtsverordnungen der Zustimmung des Bundesrates bedürfen und der Bundesrat erstmals wieder am 15. September zu einer allgemeinen Sitzung zusammentreten wird, kann mit der Bekanntgabe der ersten Rechtsverordnung nicht vor Ende September gerechnet werden.

Die Institute bearbeiten Entschädigungsansprüche zunächst noch nicht im Antragsverfahren (§ 14 Abs. 3); die Möglichkeit einer formellen Antragstellung wird erst zu gegebener Zeit durch Rechtsverordnung eröffnet werden (§ 14 Abs. 4). Vorläufig werden daher Entschädigungsansprüche ausschließlich im Amtsverfahren (§ 14 Abs. 2) bearbeitet, wenn auf Grund der den Instituten vorliegenden Unterlagen die Voraussetzungen für die Anerkennung des Entschädigungsanspruches nach Grund und Höhe zweifelsfrei gegeben sind. Es ist den Instituten unbenommen, den Altsparenern zur Ermöglichung des Amtsverfahrens die Ergänzung der vorliegenden Unterlagen (z. B. durch Vorlage des Sparbuchs) anheimzugeben.

den jeweiligen Stand der Arbeiten zu unterrichten, werden auch weiterhin Mitteilungen des Bundesministeriums der Finanzen dieser Art bekanntgegeben werden.

Bad Homburg v. d. H., den 11. August 1953.  
Az.: II/5 — LA 3623 — 20/53.

Bundesausgleichsamt  
Der Präsident  
Dr. Kühne

Anlage

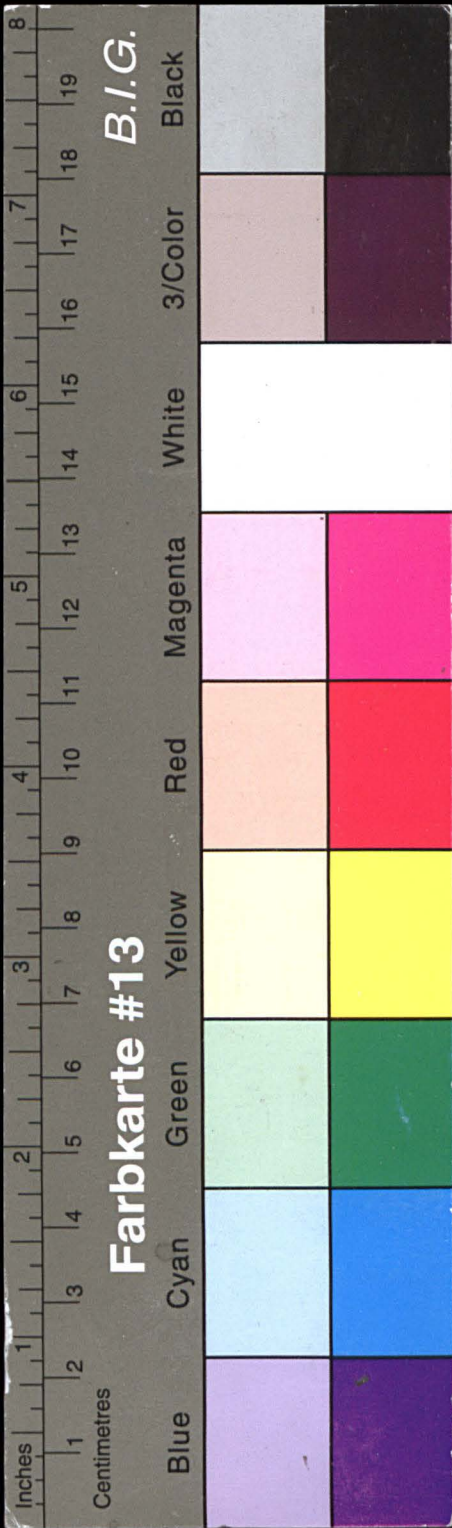
Über die formelle Gestaltung des Bescheids im Amtsverfahren (§ 15 Abs. 1) enthält das Gesetz keine Einzelvorschriften. Der Bescheid kann daher erteilt werden, indem die Anerkennung des Entschädigungsanspruches dem Sparer in jeder geeignet erscheinenden Form, auch unmittelbar durch Mitteilung der Erteilung der Entschädigungsgutschrift (§ 18 Abs. 1), zur Kenntnis gebracht wird.

Über die Ausgestaltung des durch die Entschädigungsgutschrift begründeten Anspruchs im Bereich der einzelnen Sparanlagen (z. B. Kontogutschrift, Depotgutschrift, Ausgabe einer Schuldverschreibung) ist nach § 18 Abs. 7 durch Rechtsverordnung Näheres zu bestimmen. Dies wird durch die erste voraussichtlich zu Ende September zu erlassende Rechtsverordnung geschehen. Bis zu diesem Zeitpunkt ist es Aufgabe der Institute, an Hand der ihnen vorliegenden Unterlagen die Erteilung der Entschädigungsgutschrift in zweifelsfreien Fällen vorzubereiten, insbesondere die Höhe des Entschädigungsanspruches zu berechnen. Es wird geprüft und baldmöglichst bekanntgegeben werden, ob und inwieweit auch eine Bescheiderteilung an die Altsparer schon vor Inkrafttreten der Rechtsverordnung möglich ist.

Weitere Richtlinien für die Durchführung des Gesetzes werden die Institute laufend über die Spitzenverbände erhalten. Soweit diese Richtlinien die Natur einer Weisung haben, ist vorgesehen, daß sie gleichzeitig als solche des Präsidenten des Bundesausgleichsamts (§ 21 Abs. 1) ergehen.

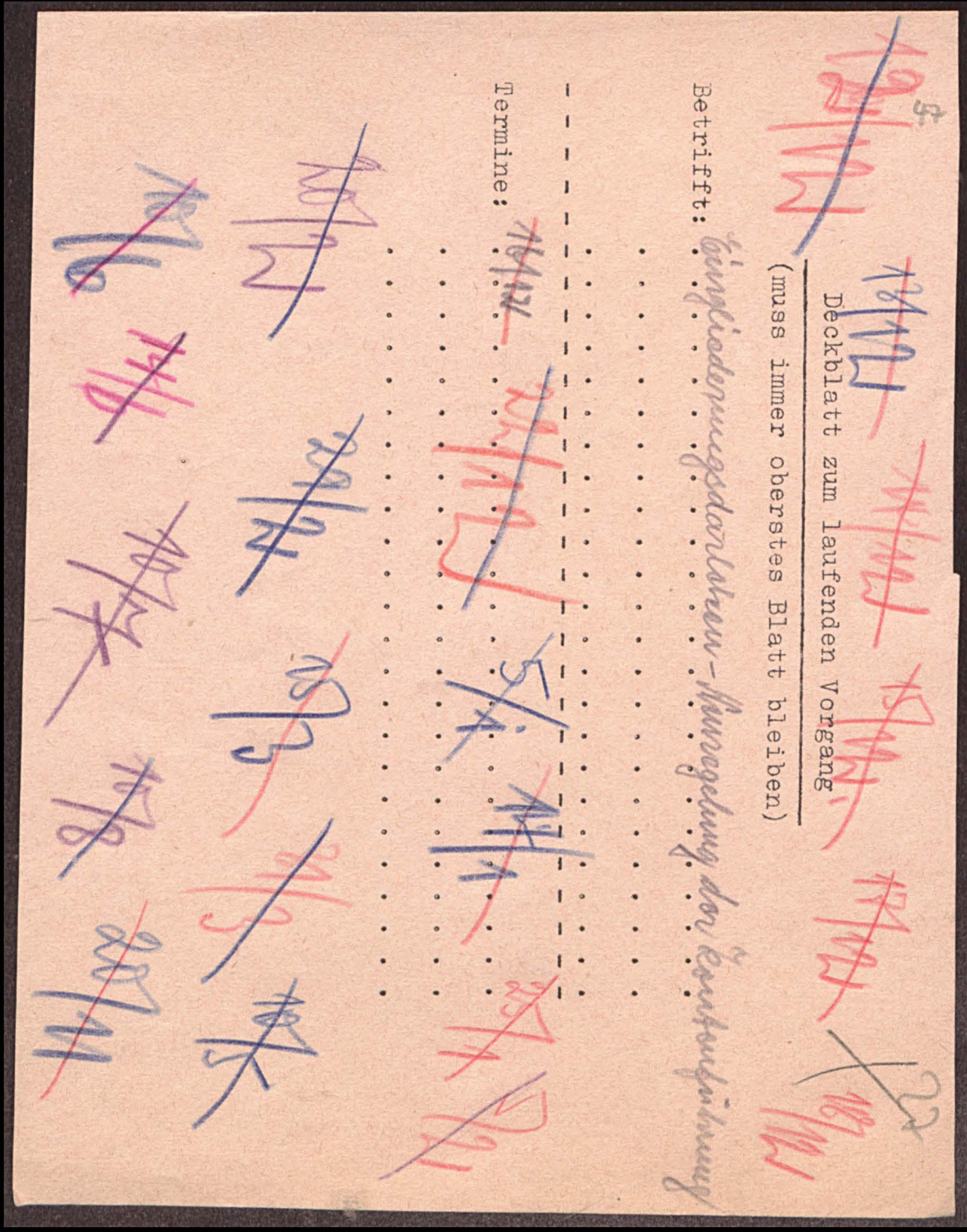
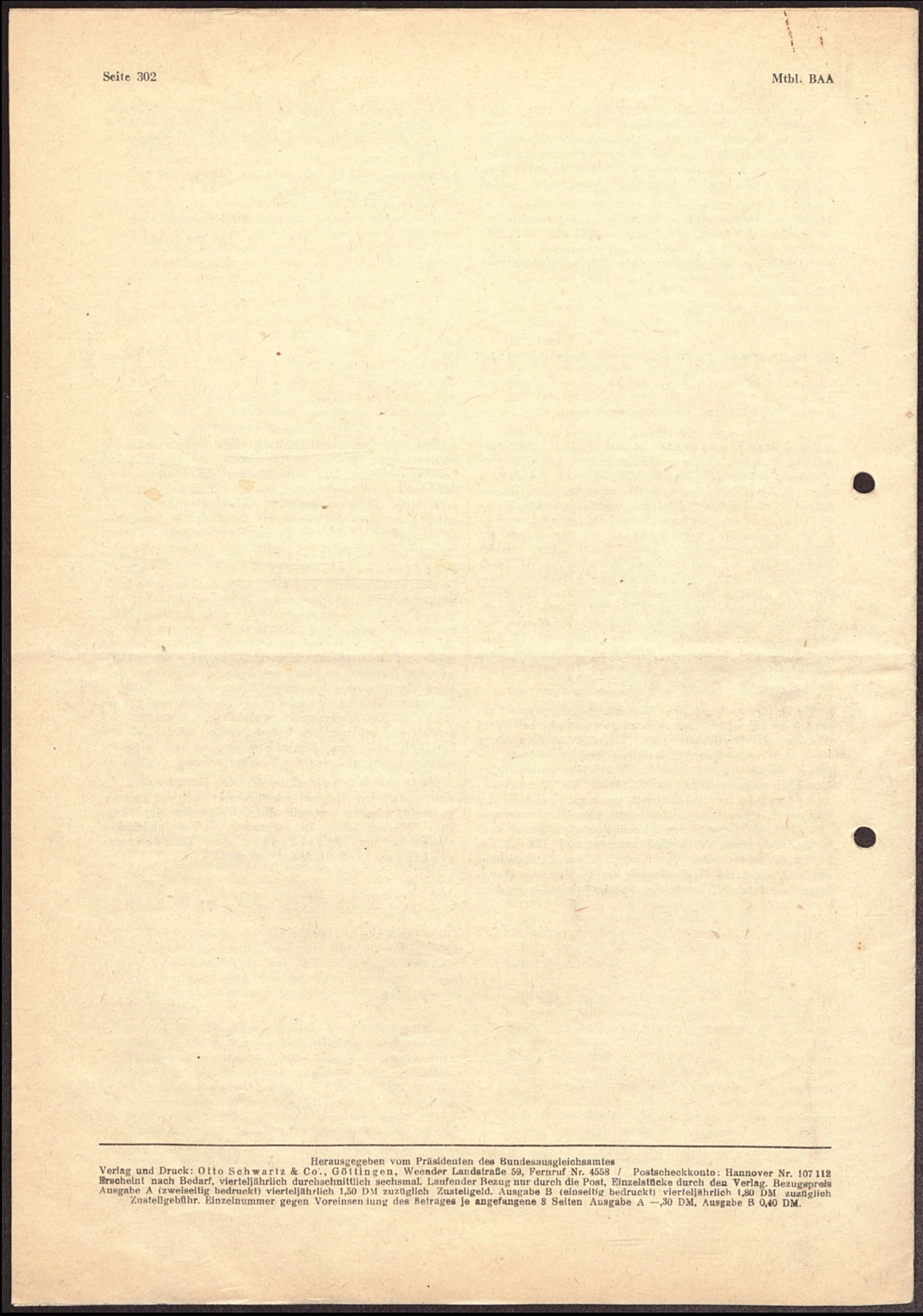
Im Auftrag:  
gez. Dr. Käss.



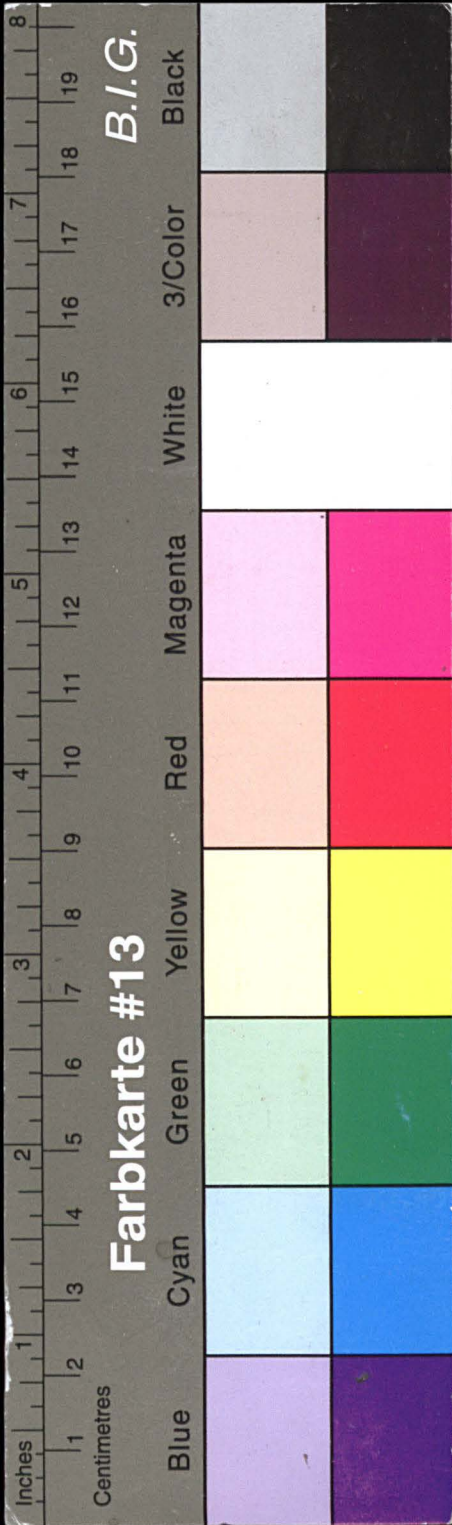


# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

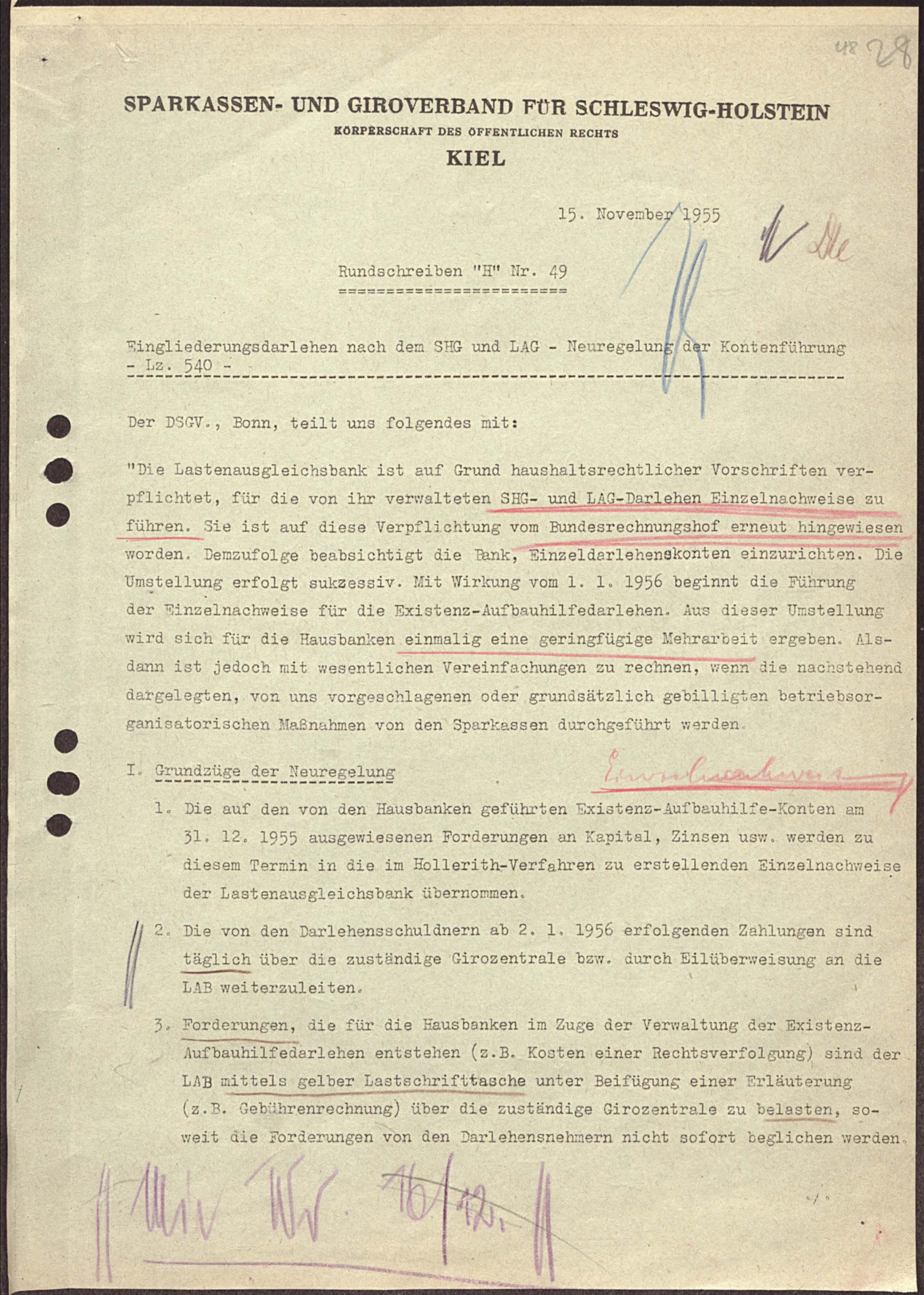
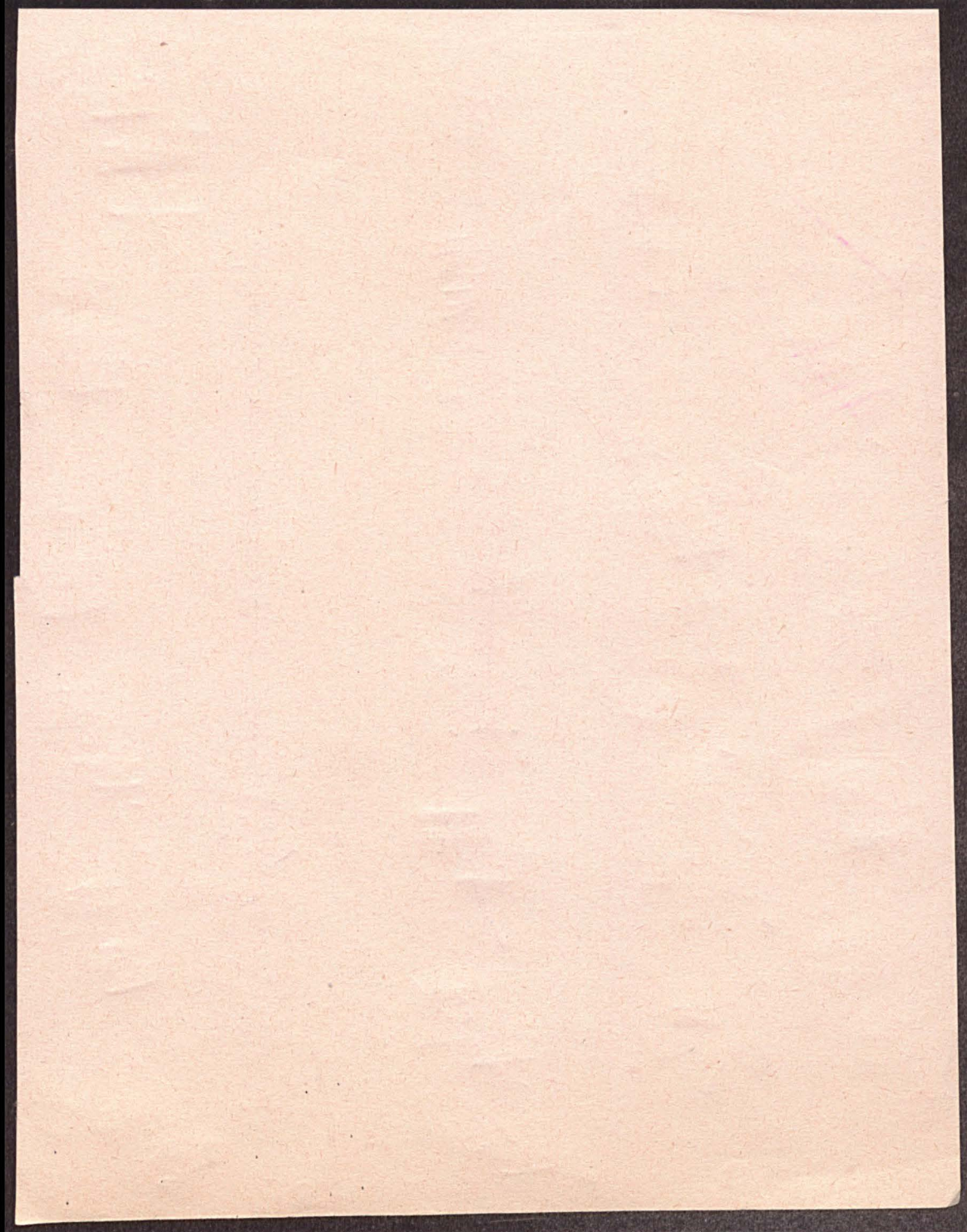






# Kreisarchiv Stormarn E103

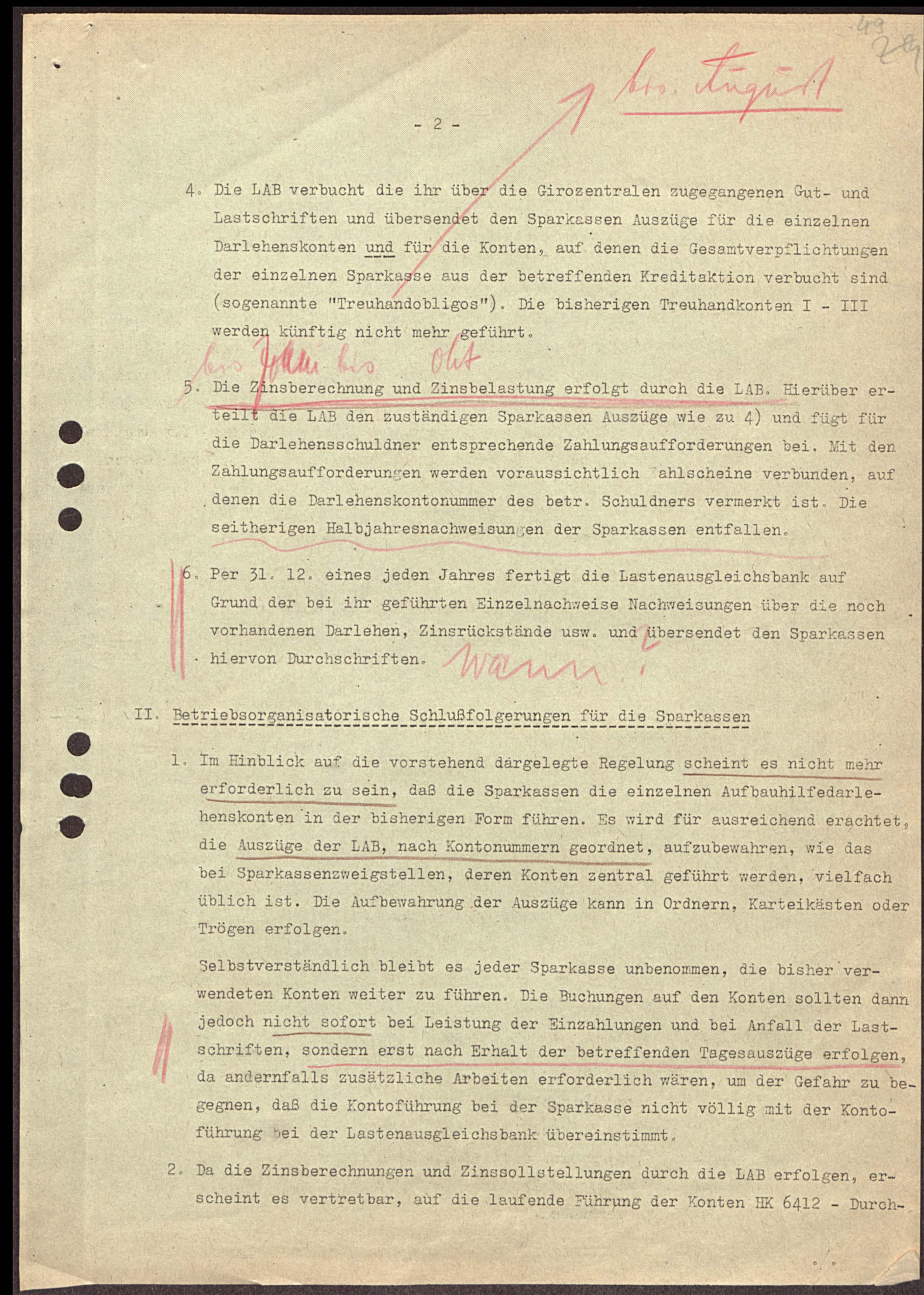
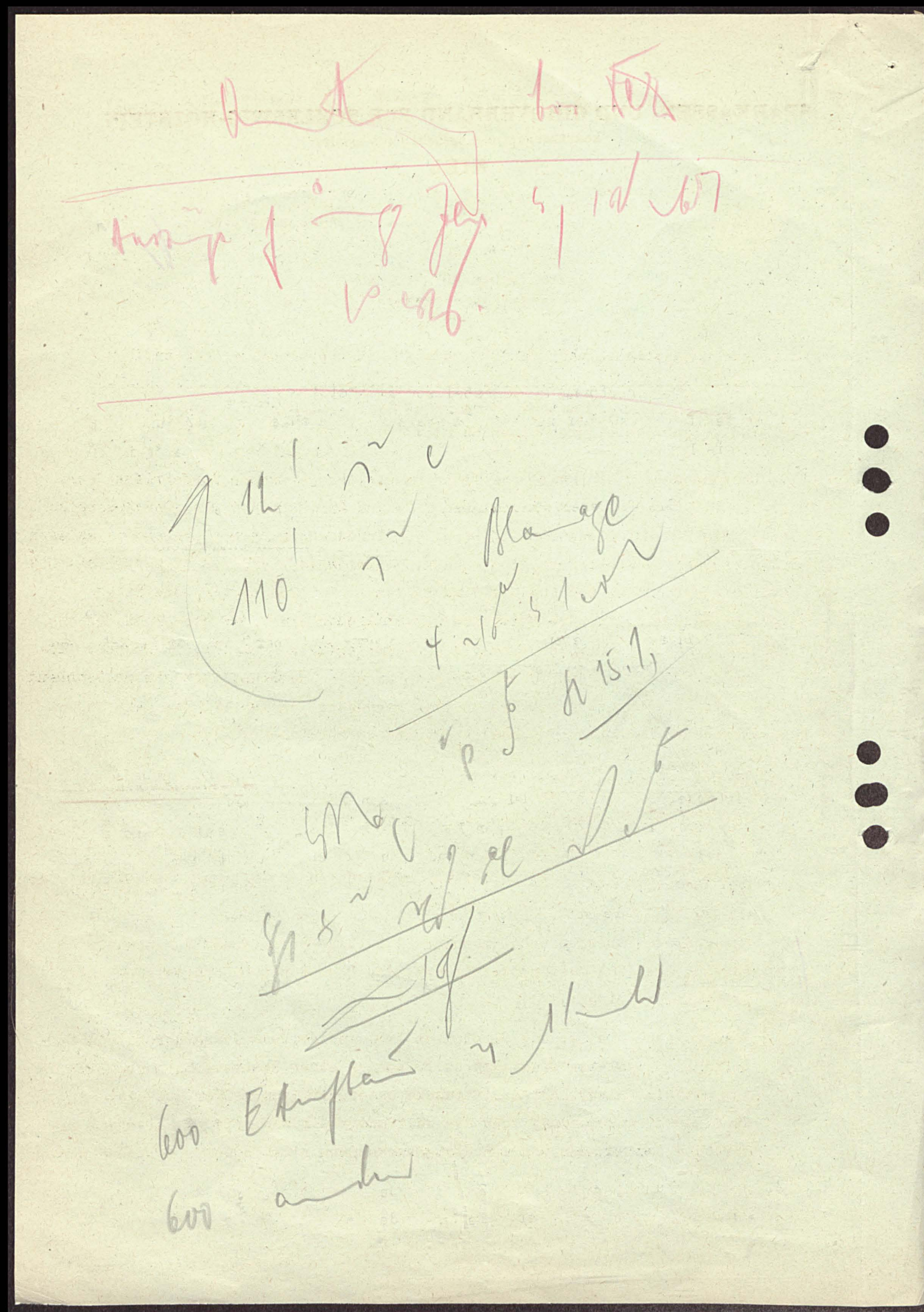
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552





A color calibration chart (Farbkarte #13) featuring a ruler at the top with markings in inches (0 to 8) and centimeters (0 to 20). The chart includes nine color patches: Blue, Cyan, Green, Yellow, Red, Magenta, White, 3/Color, and Black. The text "B.I.G." is printed vertically on the right side.

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552







# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

- 3 -

laufende Kredite, Zins- und Tilgungsforderungen (Aktiva) - und HK 4612 -  
Durchlaufende Kredite, Zins- und Tilgungsforderungen (Passiva) - zu ver-  
zichten und lediglich die Konten HK 6411 und 4611 zu führen.

3. Zur Belegung der Positionen "Durchlaufende Kredite (Aktiva)" und "Durch-  
laufende Kredite (Passiva)" in der Bilanz werden die von der LAB gefertig-  
ten Nachweisungen nach vorangegangener Abstimmung mit den bei der Spar-  
kasse vorhandenen Unterlagen verwendet werden können. Nur in Ausnahmefäl-  
len (Fertigstellung des Jahresabschlusses in den ersten Januar-Tagen)  
wird die Fertigung einer e i g e n e n Aktivnachweisung für die hie-  
behandelten Darlehen u. U. nicht zu umgehen sein. Die LAB hat jedoch  
in Aussicht gestellt, ihre Darlehensnachweisungen für einzelne Sparkas-  
sen mit Vorrang zu fertigen.

### III. Betriebstechnische Abwicklung des laufenden Geschäftsverkehrs

Wird den vorstehend unter II gemachten Vorschlägen gefolgt, so wickelt sich  
der laufende Geschäftsverkehr auf dem Sektor "Existenz-Aufbauhilfedarlehen"  
künftig wie folgt ab:

1. Die Sparkasse nimmt die Einzahlungen der Darlehensschuldner mittels Zahl-  
schein entgegen, prüft, soweit die Darlehenskontonummer auf dem Zahl-  
schein nicht eingedruckt ist, die Ordnungsmäßigkeit der Kontonummer und  
leitet den eingezahlten Betrag durch die Buchung

per HK 31 - Kasse

an HK 411 - Girozentrale, laufendes Konto

an die Lastenausgleichsbank weiter. Erfolgen die Zahlungen mittels Über-  
weisungsauftrag, so ist entsprechend zu verfahren.

Es ist erforderlich, die Verbuchung der weitergeleiteten Beträge bei der  
LAB zu überwachen, könnten die Gutschriften über ein internes Zwischen-  
konto geleitet oder die Überweisungsträger auf b sonderen Sammelgutschriften  
aufgaben zusammengestellt werden.

2. Nach Erhalt der Tagesauszüge ist zumindest festzustellen, ob die auf den  
einzelnen Auszügen verbuchten Beträge die Gesamtbeträge ergeben, die auf  
dem Tagesauszug für das Treuhandobligo vermerkt sind. Die einzelnen Aus-  
züge sind alsdann einzusortieren. Die aus dem Tagesauszug des Treuhand-  
obligos ersichtlichen Kapital- (evtl. auch Leistungs-) Umsätze sind über HK  
64 und 46 zu verbuchen.

30-50 Fährverbuchung

- 4 -

3. Die zu den Zinsterminen von der LAB erstellten und der Sparkasse über-  
mittelten an die Anschrift der Darlehensschuldner gerichteten Zahlungs-  
aufforderungen sollten in Fensterbriefumschlägen weitergeleitet werden.  
Es besteht aber auch die Möglichkeit, diese Zahlungsaufforderungen bis  
zum Vorsprechen der Schuldner am Schalter aufzubewahren.

4. Im Geschäftsverkehr mit der LAB sind neben der Abteilungs-Nummer der  
LAB, und zwar

III - Lastenausgleichs-Abteilung - Kreditverwaltung -

Bearbeitung gefährdeter, notleidender und gekündigter  
Eingliederungs-Darlehen,

IV - Lastenausgleichs-Abteilung - Auszahlung und Buchhaltung  
der Eingliederungs-Darlehen,

VII - Kreditüberwachungs-Abteilung

Bearbeitung gefährdeter und notleidender Eingliederungs-  
Darlehen, soweit der betreffende Darlehensnehmer außerdem  
gefährdete bzw. notleidend gewordene ERP- und Betriebsmittel-  
Kredite in Anspruch genommen hat,

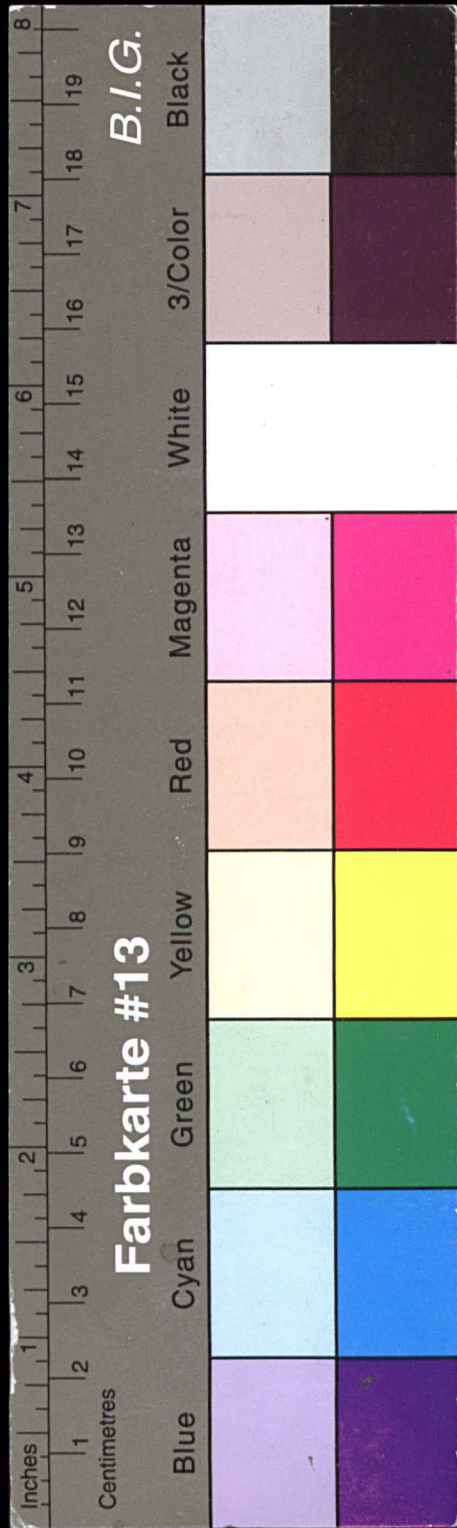
Darlehensart, die  
die/Hausbank-Nummer sowie die laufende Nummer des Darlehensnehmers laut  
"Verzeichnis der Einzeldarlehensnehmer" (s. unten) anzugeben.

### IV. Überleitungsmaßnahmen

Per 31. 12. 1955 ist letztmals, und zwar für das 2. Halbjahr 1955 (bei  
global abrechnenden Instituten für die Zeit vom 1. 4. 1955 bis 31.12.1955),  
der übliche Einzelabrechnungsbogen zu erstellen. Zusätzlich benötigt die  
LAB zur Vorbereitung der Umstellung umgehend ein Verzeichnis der Einzel-  
darlehensnehmer nach dem aus der Anlage ersichtlichen Muster. Die entspre-  
chenden Formblätter gehen den Sparkassen in den nächsten Tagen zu. Das  
Verzeichnis der Einzeldarlehensnehmer ist so gestaltet, daß die Eintragungen  
in den ersten 4 Spalten auf die ersten 4 Spalten des Einzelabrechnungsbo-  
gens durchgeschrieben werden können, so daß die eigentliche Mehrarbeit sich  
auf die Ausfüllung der Spalten 5 bis 14 des Verzeichnisses der Einzeldar-  
lehensnehmer erstreckt.

Zur Ausfüllung des Verzeichnisses der Einzeldarlehensnehmer ist, soweit sich  
die in ihm vorzunehmenden Eintragungen nicht ohne weiteres aus den Spalten-  
bezeichnungen ergeben, folgendes zu bemerken:





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

- 5 -

1. In dem "Verzeichnis" sind die laufenden, gekündigten und die gestundeten Darlehen getrennt voneinander, also in besonderen Abschnitten, aufzuführen.
2. Maschinentechnisch bedingt, kann die LAB mit höchstens vierstelligen Kontonummern arbeiten. Sofern die bisher bei den Sparkassen geführten Konten mehrstelligere Kontonummern tragen, läßt sich eine Umnummerierung der Konten leider nicht umgehen.

In die Spalte 1 des Verzeichnisses der Einzeldarlehensnehmer sind also die bisher bei der Sparkasse geführten Kontonummern einzusetzen, sofern sie nicht mehr als 4 Stellen aufweisen, andernfalls die ab 1. 1. 1956 geltenden neuen Kontonummern.

3. Für die in Spalte 5 vorgesehene Schlüsselung der Geschädigtengruppen gilt folgende Regelung:

<u>Geschädigtengruppe</u>	<u>Schlüsselzahl</u>
Vertriebene (Ausweis A und b)	1
Sowjetzonenflüchtlinge (Ausweis C)	2
Kriegssachgeschädigte	3
Kriegsgefangene (Spätheimkehrer)	4
Politisch und rassistisch Verfolgte	5
Sonstige	6

4. Für die Spalte 6 g lt. folgender Schlüssel:

<u>Wirtschaftszweig</u>	<u>Schlüsselzahl</u>
Bauhandwerk	0
Nahrungs- und Genußmittelhandwerk	1
Bekleidungs-Handwerk	2
Sonstiges Handwerk	3
Großhandel	4
Einzelhandel	5
Handelsvertretung	6
Verkehrs- und Gaststättengewerbe	7
Industrie	8
Freie Berufe und sonstige	9

Für die Unterscheidung zwischen handwerklichen und industriellen Betrieben ist die Zugehörigkeit zu der entsprechenden Kammer

- 6 -

(Handwerkskammer bzw. Industrie- und Handelskammer) oder die Beschäftigtengrenze - ca. 10 Mann - ausschlaggebend.

5. In Spalte 7 sind die a u s g e z a h l t e n Darlehensbeträge einzusetzen. Bei Darlehen, die in Teilbeträgen ausgezahlt wurden, ist die Gesamtsumme der Teilauszahlungen anzugeben, nicht etwa der derzeitige Saldo des Darlehenskontos.
6. Die Kündigungsgründe (Spalte 10) gemäß § 8 der Weisung vom 28.4.1950 nebst Änderungen vom 31. 7. 1950 und 19. 12. 1950 in der Fassung vom 26. 6. 1951 sind wie folgt zu schlüsseln:

§ 8 a unrichtige Angaben über wirtschaftliche und persönliche Verhältnisse des Darlehensnehmers	0
b Zahlungseinstellung oder Konkurseröffnung	1
c Aufgabe der Erwerbstätigkeit	2
d Rückstand mit 2 Halbjahresraten	3
e Vertragswidrige Verwendung des Darlehens	4
und zusätzlich	
Vertragsverletzungen gemäß BGB	5
Sonstige Kündigungsgründe, die außer den o.a. in der franz. Zone gültig sind.	6

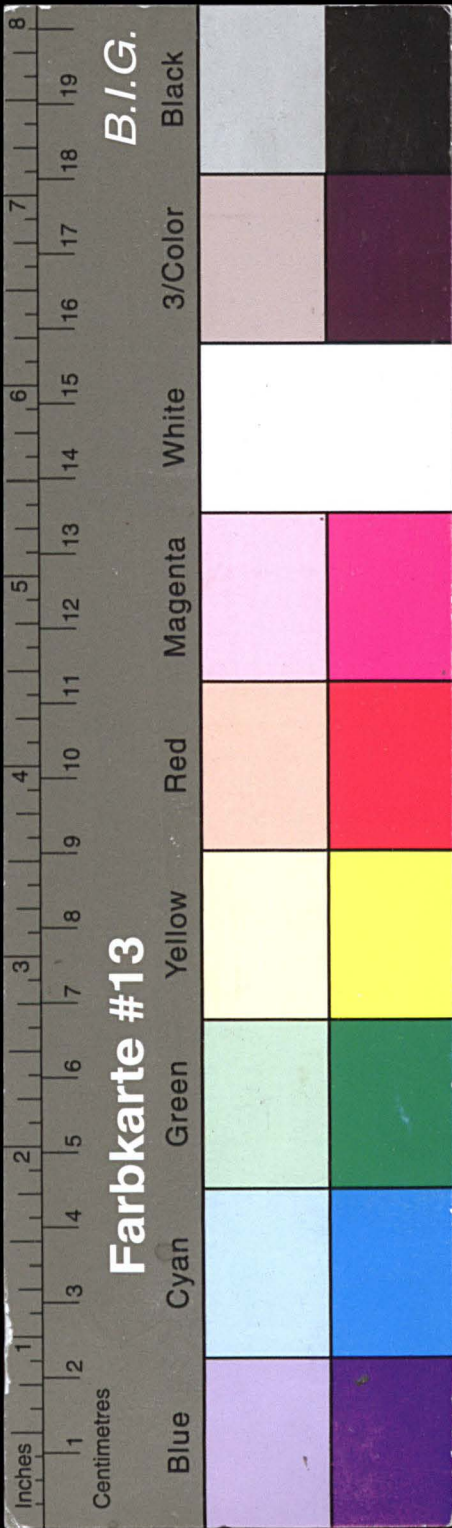
7. In Spalte 12 ist der Tag des Wirksamwerdens (Wertstellung lt. Umbuchungsaufgabe der LAB) der gemäß Stundungsrundschreiben des BAA vom 30. 9. 1953 erfolgten Stundungen anzugeben (nicht zu verwechseln mit der durch die Weisung des BAA vom 5. 7. 1954 allgemein bestimmten Tilgungsaussetzung vom 1. 7. 1954 - 31. 12. 1955).
8. In Spalte 14 sind u. a. die von den normalen Abzahlungssätzen - 3 % p.a. für die ersten 3 Jahre, danach 8 % pa. - abweichenden Abzahlungssätze bzw. Abzahlungsraten anzugeben.

In den nächsten Tagen wird die Lastenausgleichsbank den Sparkassen Vordrucke für die Erstellung des Verzeichnisses der Einzeldarlehensnehmer und der "Einzelabrechnung" übersenden.

Wir empfehlen, schon jetzt die vorbereitenden Arbeiten für die Aufnahme der Kontenführung durch die Lastenausgleichsbank durchzuführen, insbesondere für die einzelnen Darlehensnehmer die Geschädigtengruppe und den Wirtschaftszweig gemäß Spalte 5 und 6 des Verzeichnisses festzulegen.

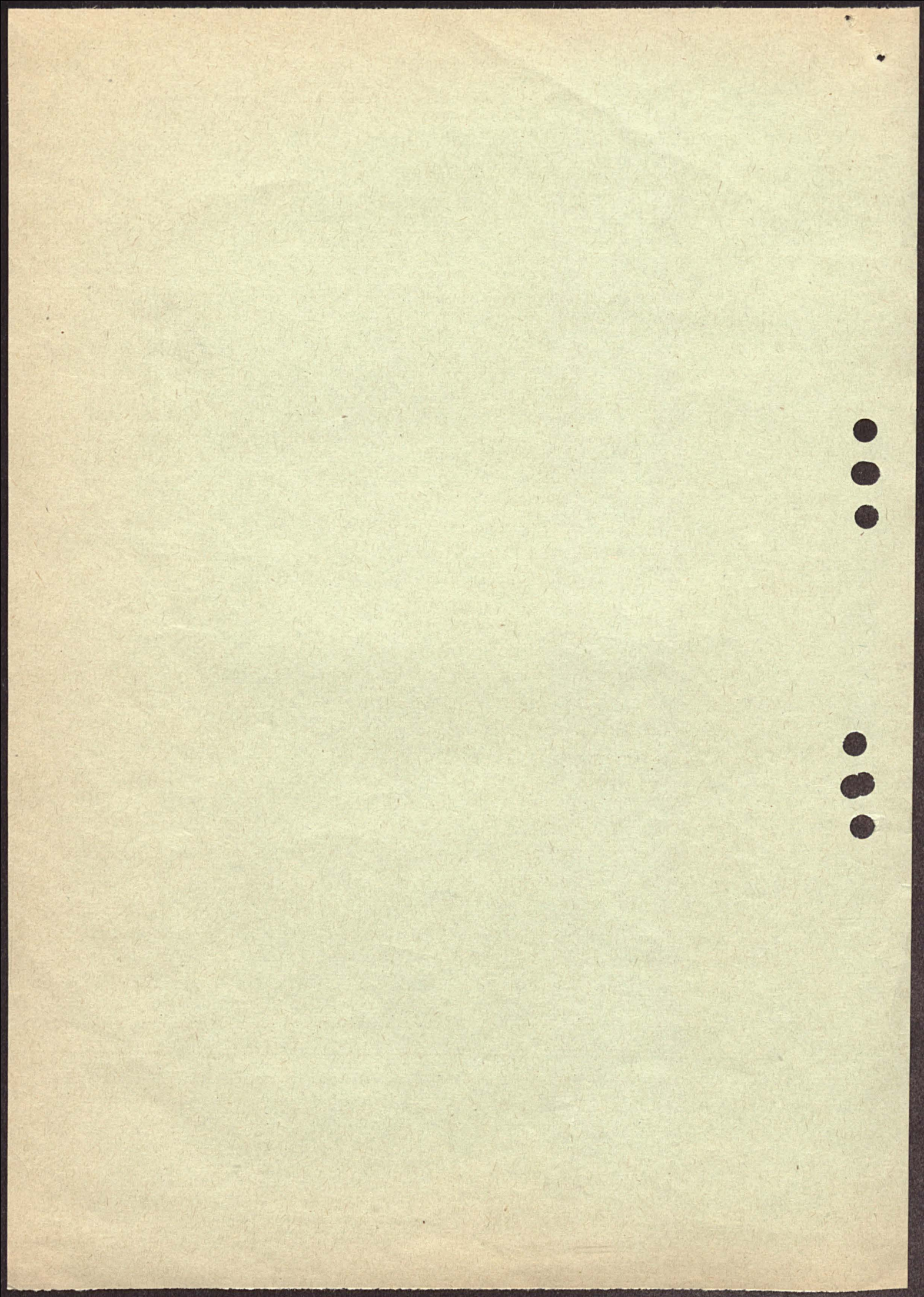
Der Verbandsvorsteher  
i.A. D i r c k s





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



Hypotheken-Gewinnabgabe

- 038 -

Tagesabschluss vom 31.12.1952

Soll

Gruppe	vorgerechnete Zinsen	vorgerechnete Tilgung	erst. gez. Zinsen	erst. gez. Tilgung	HGA-Kapital Neuerlass./Erstatt.	Umsätze		Posten
	1	2	3	4	5	DM	DM	
nicht veranl. HGA								
veranlagte HGA								
Verrechnungskonto 034 (Summe: 3, 4, 5)								
Treuhandkonto ObFiDi		nicht veranlagte	DM					
		veranlagte	DM					
HGA-Schuldner		nicht veranlagte	DM					
		veranlagte	DM					
Zinsschuldnerkonto		nicht veranlagte	DM					
		veranlagte	DM					
Zinsertragskonto		nicht veranlagte	DM					
		veranlagte	DM					
Tilgungsschuldnerkonto		nicht veranlagte	DM					
		veranlagte	DM					
Tilgungsertragskonto		nicht veranlagte	DM					
		veranlagte	DM					

Haben

Gruppe	zurückger. Zinsen	zurückger. Tilgung	gez. Zinsen	gez. Tilgung	HGA-Kapital Ablös./Stornierg.	Umsätze		Posten
	1	2	3	4	5	DM	DM	
nicht veranl. HGA								
veranlagte HGA								
Verrechnungskonto 034 (Summe: 3, 4, 5)								
Treuhandkonto ObFiDi		nicht veranlagte	DM					
		veranlagte	DM					
HGA-Schuldner		nicht veranlagte	DM					
		veranlagte	DM					
Zinsschuldnerkonto		nicht veranlagte	DM					
		veranlagte	DM					
Zinsertragskonto		nicht veranlagte	DM					
		veranlagte	DM					
Tilgungsschuldnerkonto		nicht veranlagte	DM					
		veranlagte	DM					
Tilgungsertragskonto		nicht veranlagte	DM					
		veranlagte	DM					

Vorsteher:

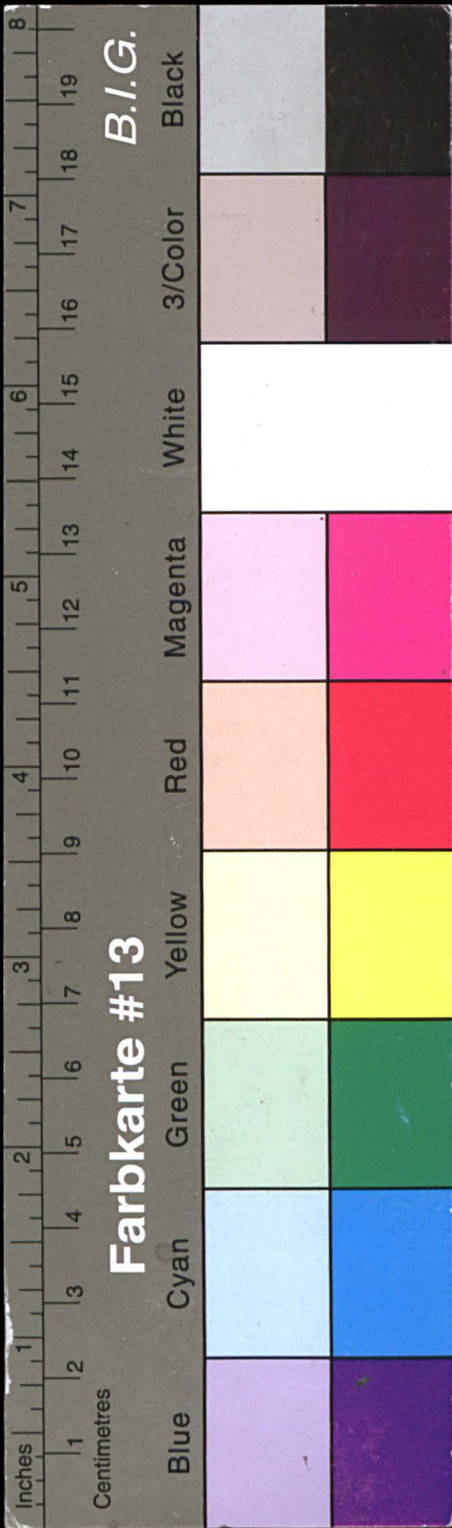
aufgestellt:

geprüft:

Form. 446

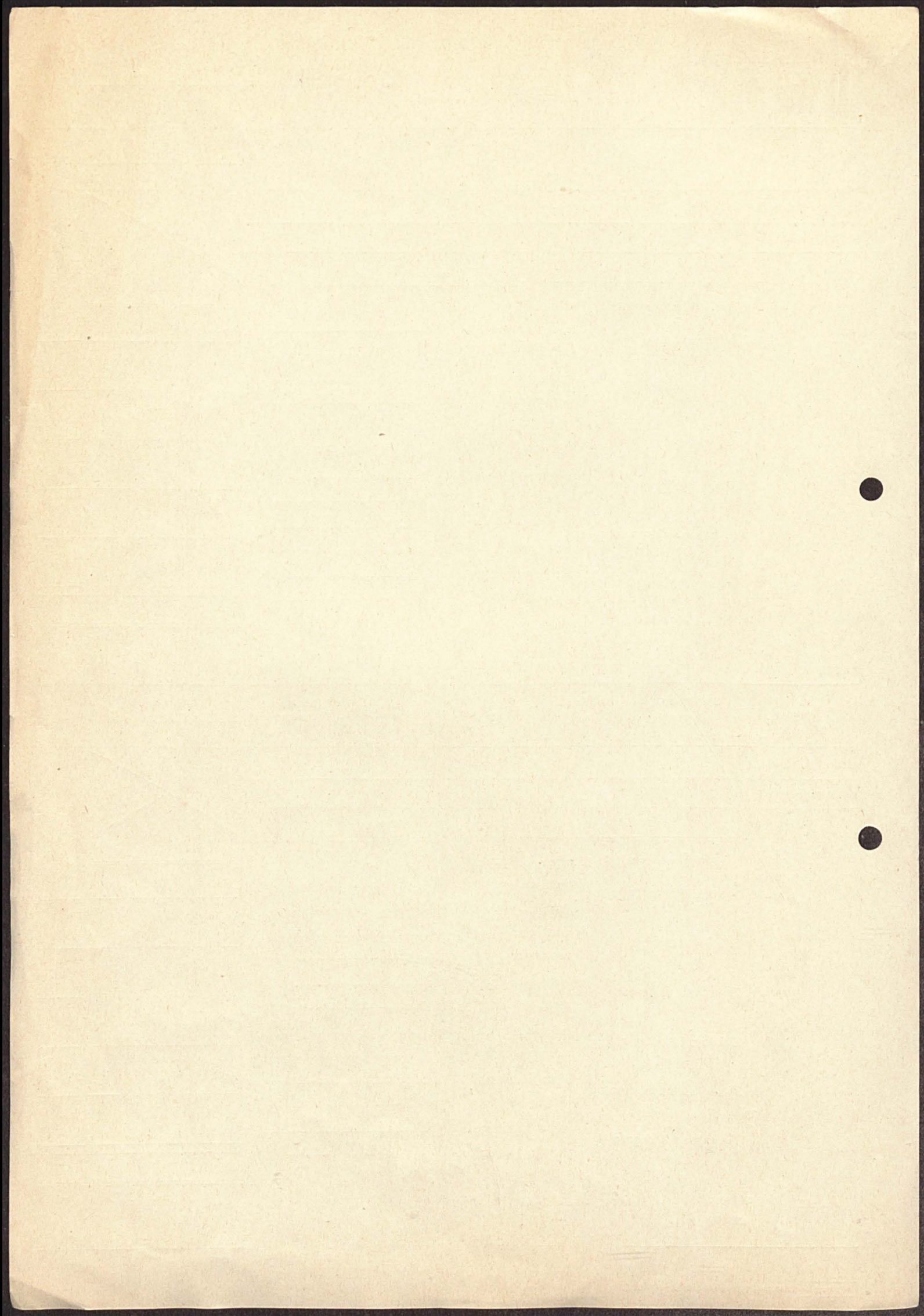
Friedr. Kindt - Buchdruckerei - Bad Oldesloe 500 6. 56





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



Darlehensbuchhaltung  
034

Tagesabschluß vom 195

Soll	Umsätze		Posten
	DM	DM	
Hypotheken 1/10-Rechte			
Hypotheken DM-Ausleihungen			
Darlehen langfristig			
Darlehen mittelfristig			
Kommunaldarlehen			
Zinsschuldner - vorgerechnete Zinsen -			
Zinsschuldner - erstattete gezahlte Zinsen -			
Zinsertragskonto - zurückgerechnete Zinsen -			
Verzugszinsen			
Provisionen			
Durchlaufende Beträge			
Verrechnungskonto Hauptbuchhaltung			
Verrechnungskonto Hypotheken-Gewinnabgabe			
Verrechnungskonto Aufbauhilfe			
Soll-Umsätze insgesamt:			

Haben	Umsätze		Posten
	DM	DM	
Hypotheken 1/10-Rechte			
Hypotheken DM-Ausleihungen			
Darlehen langfristig			
Darlehen mittelfristig			
Kommunaldarlehen			
Zinsschuldner - zurückgerechnete Zinsen -			
Zinsschuldner - gezahlte Zinsen -			
Zinsertragskonto - lt. Zinssoll vereinnahmte Zinsen -			
Verzugszinsen			
Provisionen			
Durchlaufende Beträge			
Verrechnungskonto Hauptbuchhaltung			
Verrechnungskonto Hypotheken-Gewinnabgabe			
Verrechnungskonto Aufbauhilfe			
Haben-Umsätze insgesamt:			

Vorsteher:

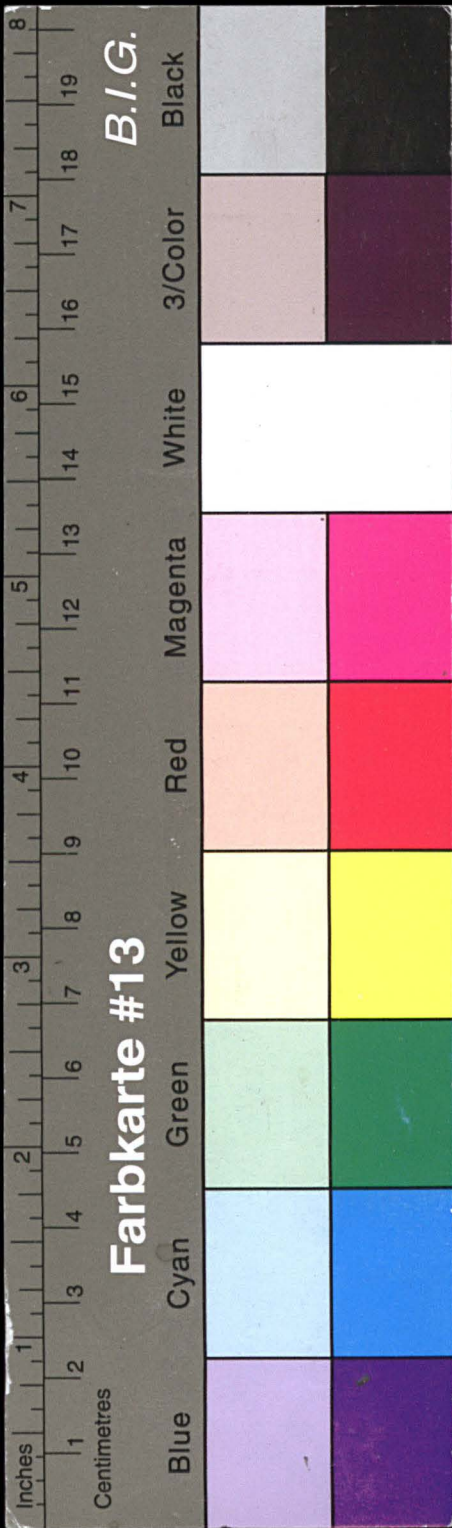
aufgestellt:

geprüft:

Form. 446

Friedr. Kindt - Buchdruckerei - Bad Oldesloe 500 6. 56





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

Darlehensbuchhaltung

034

Tagesabschluß

vom

195

Soll

Gruppe	Zinssoll - vor-gerechnete Zinsen 1	erst. gezahlte Zinsen 2	Darlehens-auszahlung 3	Umsätze 2 u. 3 (nur für Aufbauhilfe)	Posten
Hypotheiken 1/10-Rechte					
Hypotheiken DM-Ausleihungen					
Darlehen langfristig					
Darlehen mittelfristig					
Kommunaldarlehen					
eigene Forderung insgesamt:					
Aufbauhilfe					

Haben

Gruppe	Zinssoll - zurück-gerechnete Zinsen 1	gezahlte Zinsen 2	Darlehens-rückzahlung 3	Umsätze 2 u. 3 (nur für Aufbauhilfe)	Posten
Hypotheiken 1/10-Rechte					
Hypotheiken DM-Ausleihungen					
Darlehen langfristig					
Darlehen mittelfristig					
Kommunaldarlehen					
eigene Forderung insgesamt:					
Aufbauhilfe					

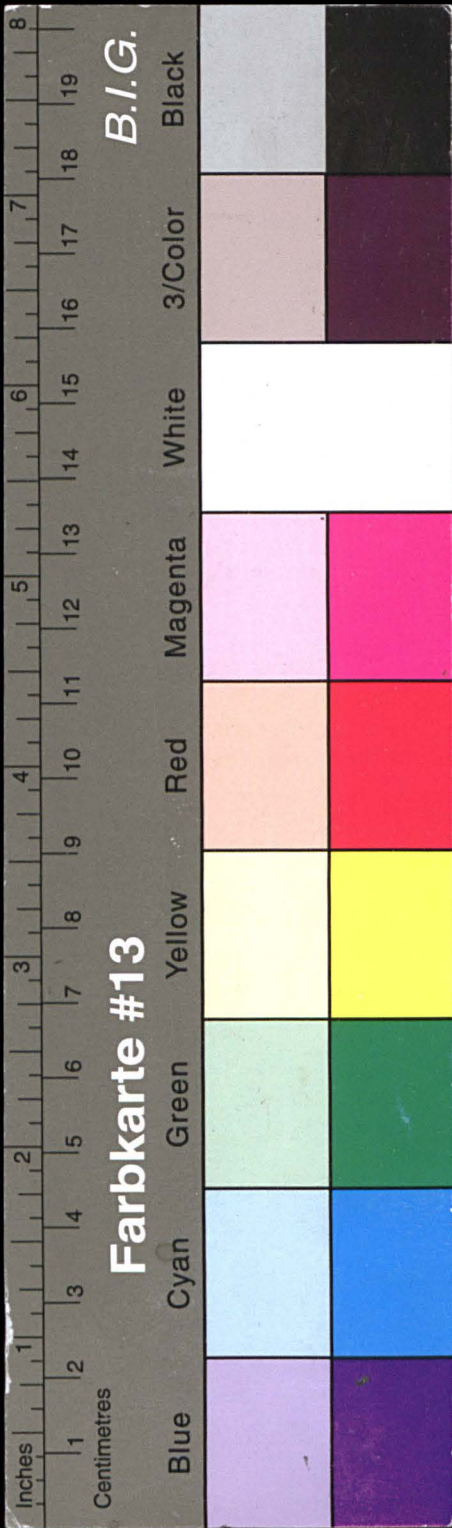
Vorsteher:

aufgestellt:

geprüft:

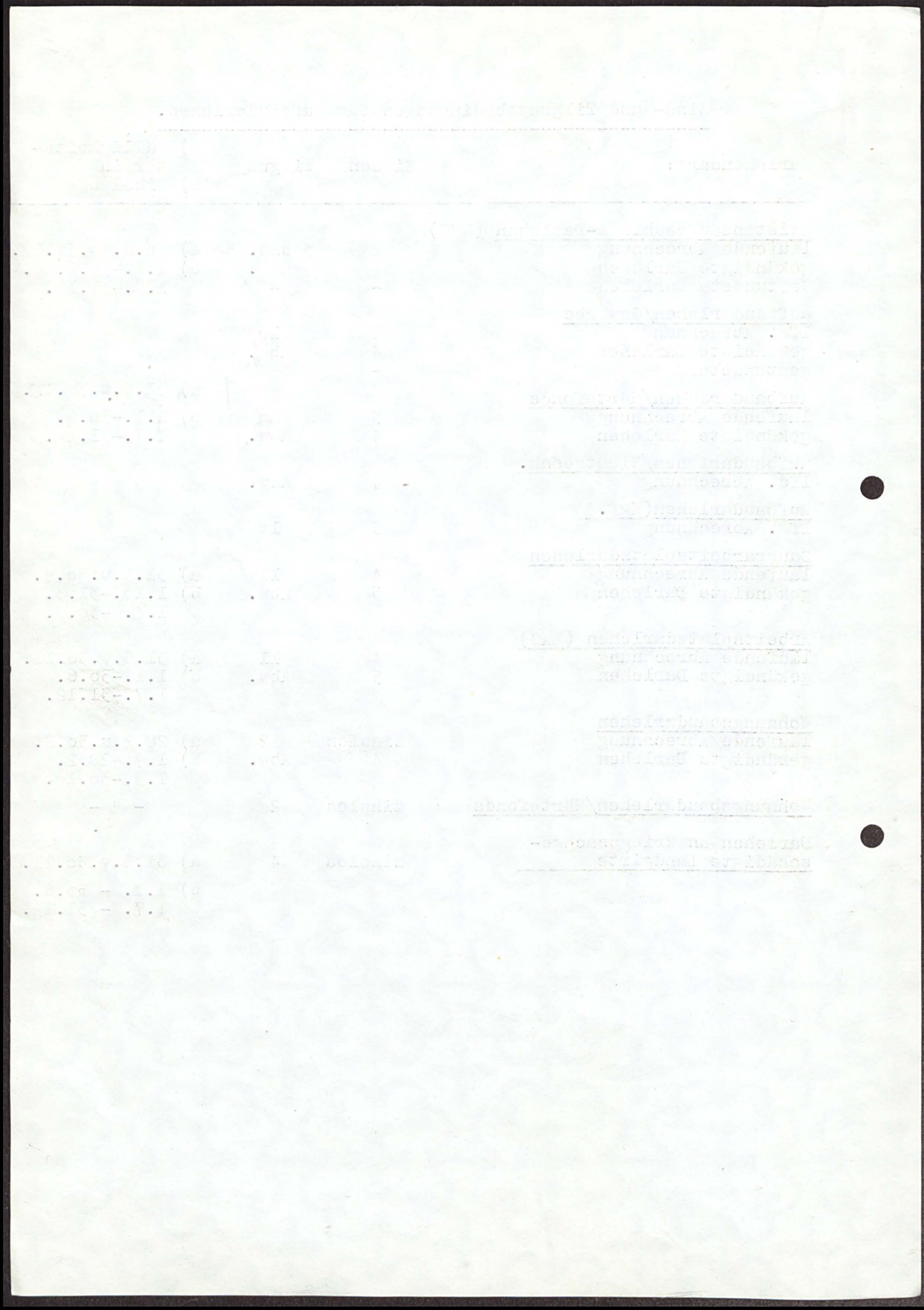
Zins- und Tilgungsbedingungen für Aufbaudarlehen.				
Darlehensart:	Zinsen %	Tilgung %	a) Fälligkeits-termin b) Zinslauf	
<u>Existenzaufbauhilfe-Darlehen</u> (SHG)				
laufende Abrechnung	2	3 bzw. 8	a) 30.6. u.31.12.	
gekündigte Darlehen	4	abw.	b) 1.1.-30.6. u.	
Gestundete Darlehen	-	-	1.7.-31.12.	
<u>Aufbaudarlehen/Gewerbe</u>				
lfd. Abrechnung	3	10		
gekündigte Darlehen	4	Abw.		
gestundete "	-			
<u>Aufbaudarlehen/Härtefonds</u>				
laufende Abrechnung	3	10	a) 31.5.u.30.11.	
gekündigte Darlehen	4	Abw.	b) 1.1.-30.6.	
<u>Aufbaudarlehen/Nichtgesch.</u>				
lfd. Abrechnung	4	Abw.	1.7.-31.12.	
<u>Aufbaudarlehen(Kgf.)</u>				
lfd. Abrechnung	3	10		
<u>Dauerarbeitsplatzdarlehen</u>				
laufende Abrechnung	4	11	a) 31.3.u.30.9.	
gekündigte Darlehen	5	Abw.	b) 1.10.-31.3.	
			1.4. -30.9.	
<u>Arbeitsplatzdarlehen</u> (LAG)				
laufende Abrechnung	4	11	a) 31.5.u.30.11.	
gekündigte Darlehen	5	Abw.	b) 1.1.-30.6.	
			1.7.-31.12.	
<u>Wohnungsbaudarlehen</u>				
laufende Abrechnung	zinslos	2	a) 28.2.u.30.8.	
gekündigte Darlehen	4	Abw.	b) 1.9.-28.2.	
			1.3.-30.10.	
<u>Wohnungsbaudarlehen/Härtefonds</u>				
	zinslos	2	- " -	
<u>Darlehen an kriegssachge-schädigte Landwirte</u>				
	zinslos	4	a) 31.5.u.30.11.	
			b) 1.1. - 30.6.	
			1.7. - 31.12.	





# Kreisarchiv Stormarn E103

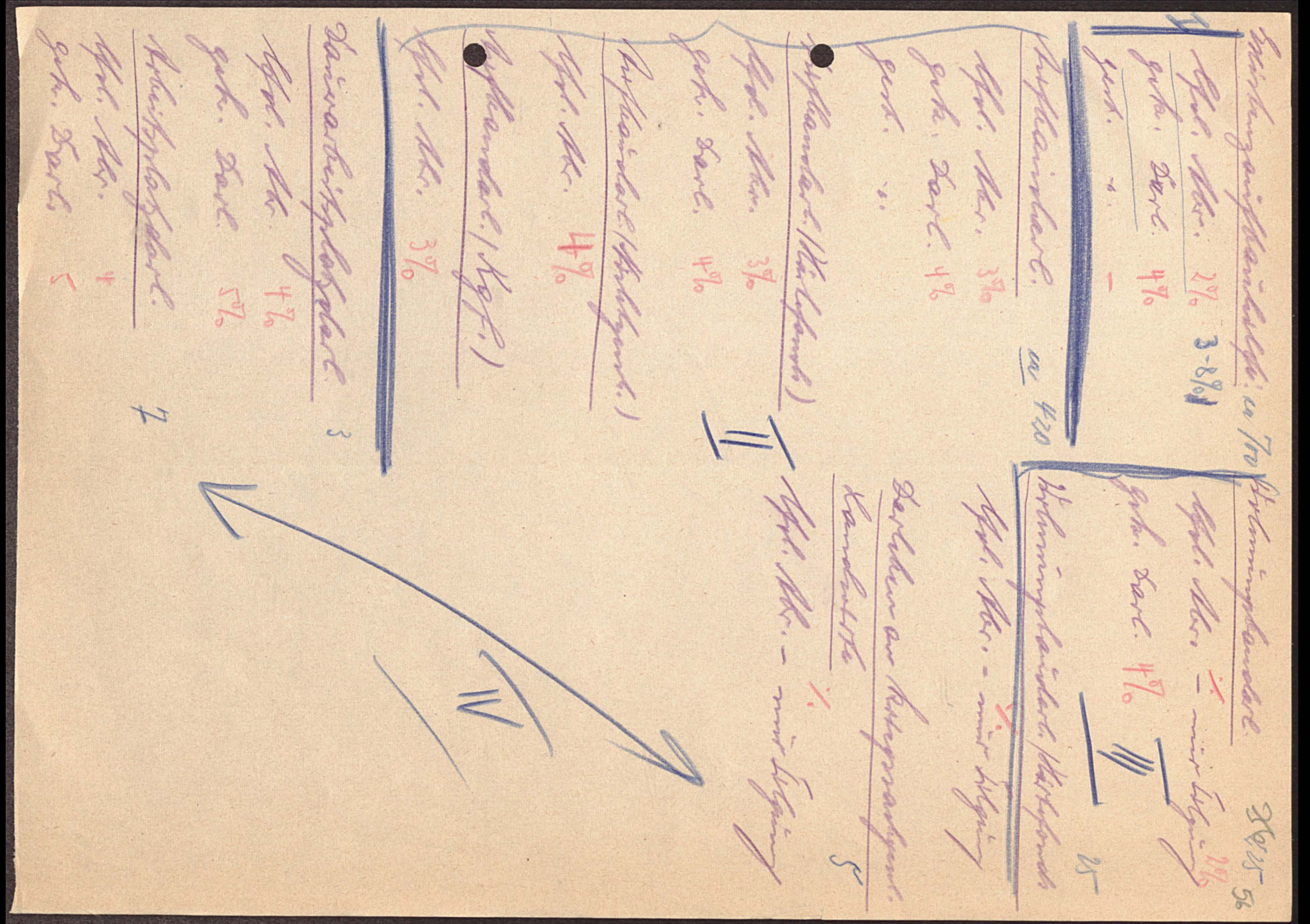
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552



55 35

Zins- und Tilgungsbedingungen für Aufbaudarlehen.			
Darlehensart:	Zinsen %	Tilgung %	a) Fälligkeits-termin b) Zinslauf
<u>Existenzaufbauhilfe-Darlehen (SHG)</u>			
laufende Abrechnung	2	3 bzw. 8	a) 30.6. u.31.12.
gekündigte Darlehen	4	abw.	b) 1.1.-30.6. u. 1.7.-31.12.
Gestundete Darlehen	-	-	
<u>Aufbaudarlehen/Gewerbe</u>			
lfd. Abrechnung	3	10	a) 31.5.u.30.11. b) 1.1.-30.6. 1.7.-31.12.
gekündigte Darlehen	4	Abw.	
gestundete "	-	-	
<u>Aufbaudarlehen/Härtefonds</u>			
laufende Abrechnung	3	10	a) 31.5.u.30.11. b) 1.1.-30.6. 1.7.-31.12.
gekündigte Darlehen	4	Abw.	
<u>Aufbaudarlehen/Nichtgesch.</u>			
lfd. Abrechnung	4	Abw.	a) 31.3.u.30.9. b) 1.10.-31.3. 1.4. -30.9.
<u>Aufbaudarlehen(Kgf.)</u>			
lfd. Abrechnung	3	10	
<u>Dauerarbeitsplatzdarlehen</u>			
laufende Abrechnung	4	11	a) 31.5.u.30.11. b) 1.1.-30.6. 1.7.-31.12.
gekündigte Darlehen	5	Abw.	
<u>Arbeitsplatzdarlehen (LAG)</u>			
laufende Abrechnung	4	11	a) 28.2.u.30.8. b) 1.9.-28.2. 1.3.-30.10.
gekündigte Darlehen	5	Abw.	
<u>Wohnungsbaudarlehen</u>			
laufende Abrechnung	zinslos	2	a) 31.5.u.30.11. b) 1.1. - 30.6. 1.7. - 31.12.
gekündigte Darlehen	4	Abw.	
<u>Wohnungsbaudarlehen/Härtefonds</u>	zinslos	2	- " -
<u>Darlehen an kriegssachge- schädigte Landwirte</u>	zinslos	4	





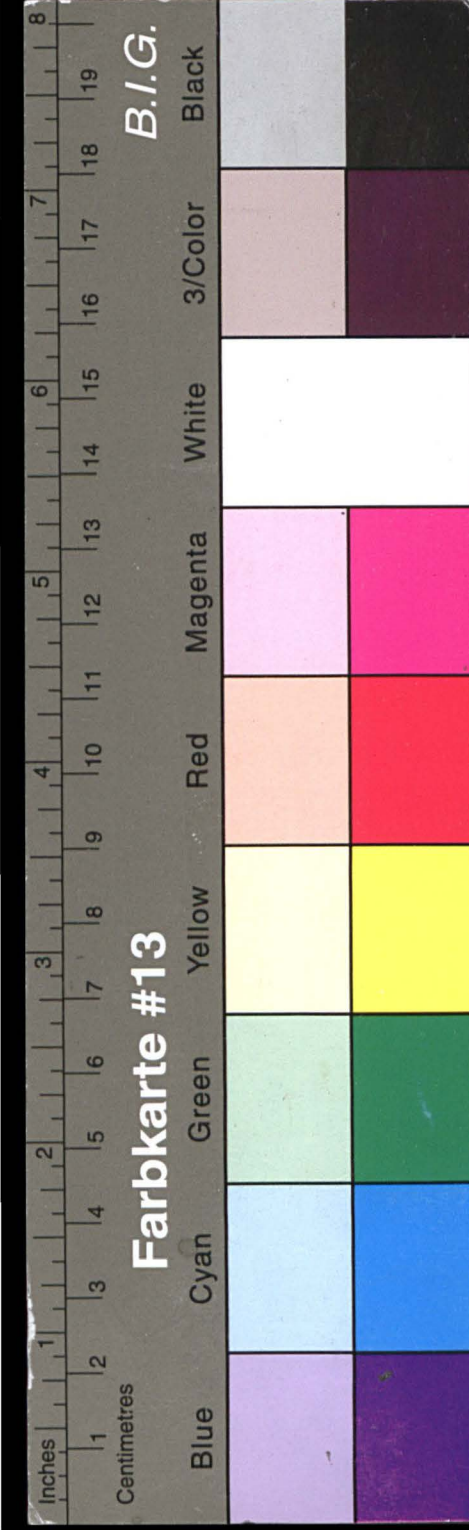






[illegible]

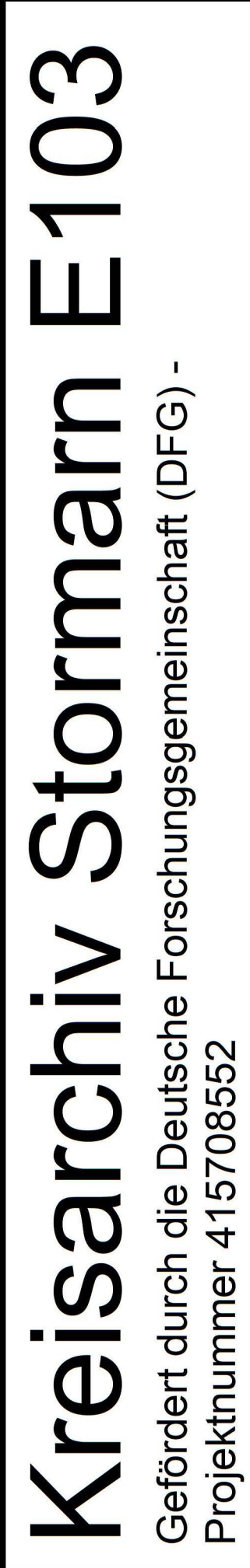




# Kreisarchiv Stormarn E103

[illegible][illegible]





**Darlehensbuchhaltung**  
**034**

**Tagesabschluss** vom \_\_\_\_\_ 195 \_\_\_\_\_

Soll	Umsätze		Posten
	DM	DP	
Hypothesen 1/10-Rechte			
Hypothesen DM-Ausleihungen			
Darlehen langfristig			
Darlehen mittelfristig			
Kommunalarlehen			
Zinsschuldner - vorgerechnete Zinsen -			
Zinsschuldner - erstattete gezahlte Zinsen -			
Zinsertragskonto - zurückgerechnete Zinsen -			
Verzugszinsen			
Provisionen			
Durchlaufende Beträge			
Verrechnungskonto Hauptbuchhaltung			
Verrechnungskonto Hypothesen-Gewinnabgabe			
Verrechnungskonto Aufbauhilfe			
Soll-Umsätze insgesamt:			

Haben	Umsätze		Posten
	DM	DP	
Hypothesen 1/10-Rechte			
Hypothesen DM-Ausleihungen			
Darlehen langfristig			
Darlehen mittelfristig			
Kommunalarlehen			
Zinsschuldner - zurückgerechnete Zinsen -			
Zinsschuldner - gezahlte Zinsen -			
Zinsertragskonto - lt. Zinssoll vereinnahmte Zinsen -			
Verzugszinsen			
Provisionen			
Durchlaufende Beträge			
Verrechnungskonto Hauptbuchhaltung			
Verrechnungskonto Hypothesen-Gewinnabgabe			
Verrechnungskonto Aufbauhilfe			
Haben-Umsätze insgesamt:			

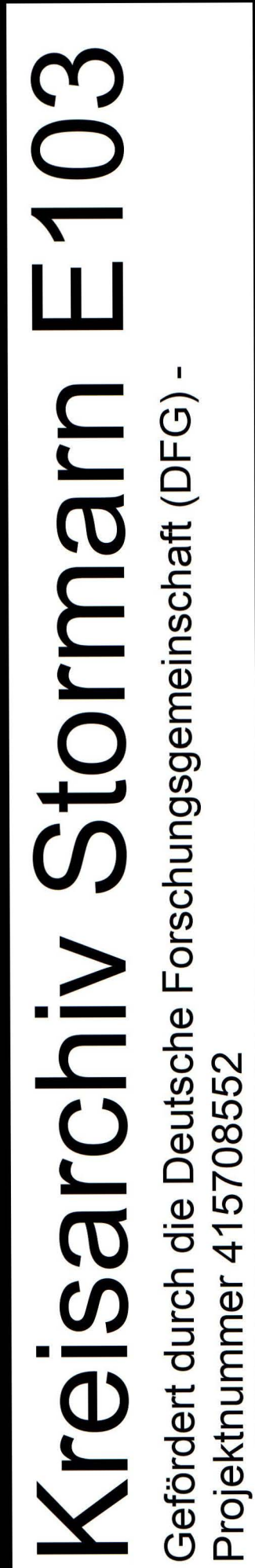
Vorsteher:

aufgestellt:

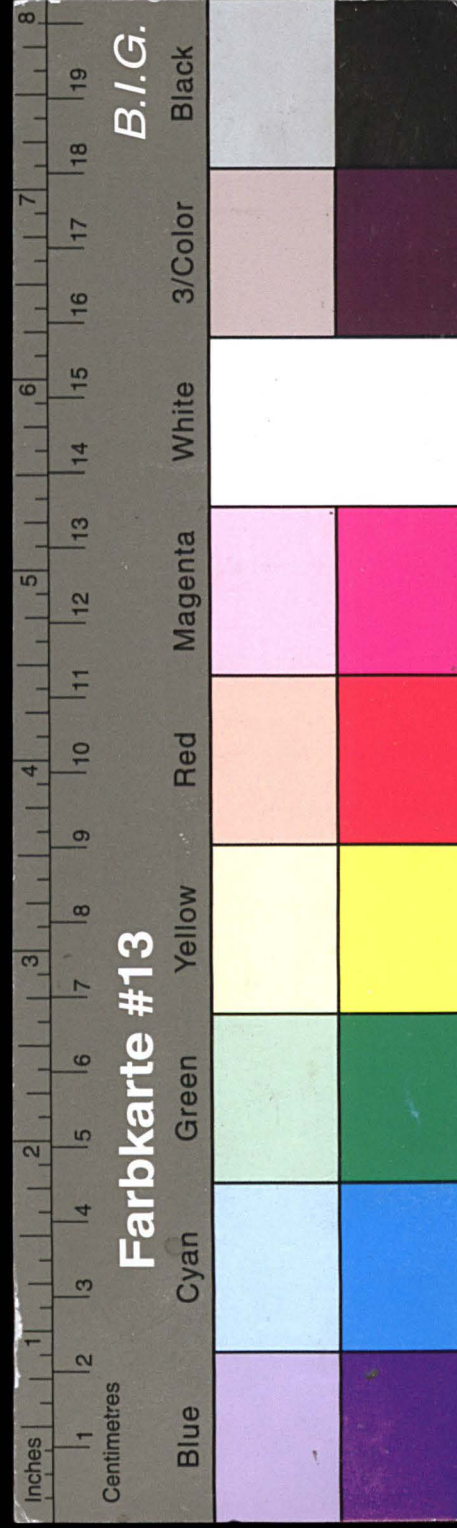
geprüft:

Form. 446 Friedr. Klotz - Buchdruckerei - Bad Oldesloe 500 6, 56



[illegible]





# Farbkarte #13

# Farbkarte #13

Blue

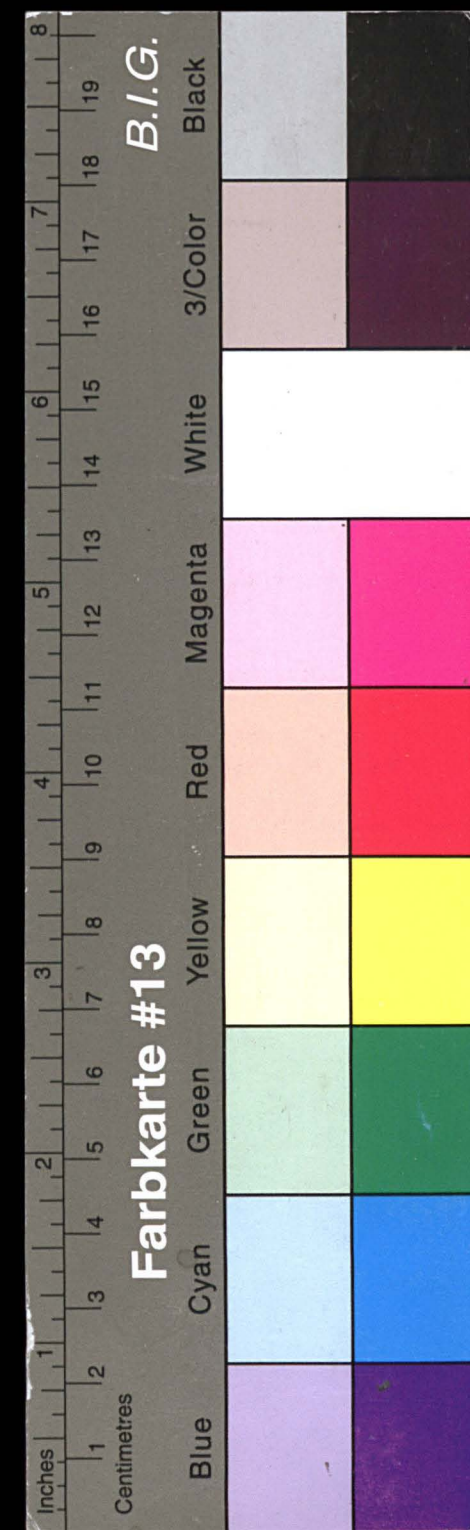
# Kreisarchiv Stormarn E103

[illegible][illegible]



[illegible]





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

Kostenveranschlagungen

(40)				
Haben	Verbindungen gegen	Kapitalford.	Haben	Haben
4) An 100	5000.-	Per 70	50.-- 4a)	
		Per 700	10000.-- 9)	

(50)				
Haben	Verbindungen gegen V.	Tidg.	Haben	Haben
4) An 80	50.--	Per 100	50.-- 7)	

(60)				
Haben	Verbindungen gegen V.	Zins-ford.	Haben	Haben
5) An 90	150.--	Per 100	150.-- 5)	

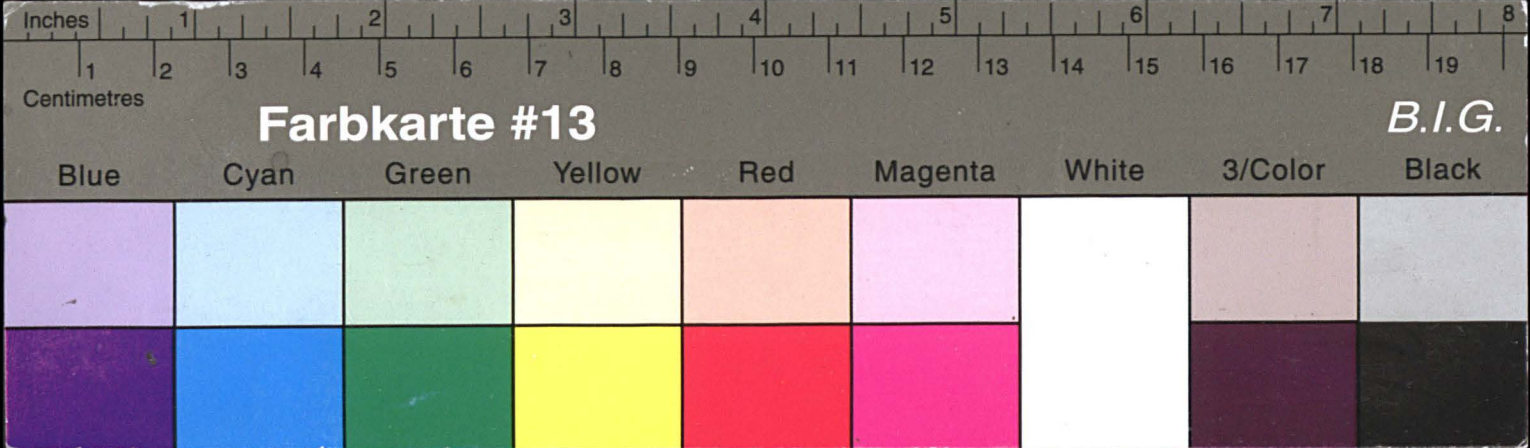
(100)				
Haben	Verbindungen gegen	030	Haben	Haben
1) An 70	5000.-	Per 40	5000.-- 1)	
5) An 60	150.--	Per 90	150.-- 6)	
7) An 50	50.--	Per 80	50.-- 8)	
9) An 40	1000.--	Per 70	1000.-- 10)	

(70)				
Haben	Verbindungen gegen	Kapitalverpflichtung	L P B	Haben
4a) An 40	50.--	Per 100	5000.-- 1)	
10) An 100	10000.--			

(80)				
Haben	Verbindungen gegen L P B	Tidg.	Haben	Haben
8) An 100	50.--	Per 50	50.-- 4)	

(90)				
Haben	Verbindungen gegen	Zins-Verpflicht.	L P B	Haben
6) An 100	150.--	Per 60	=	150.-- 3)





# Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -  
Projektnummer 415708552

